

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

A001	Globalisierung zügeln: Kooperation statt Konfrontation im Welthandel	6
A002	Globale Gerechtigkeit statt Armut, Krankheit, Kriege - Impfschutz für alle, Solidarität mit Flüchtlingen, Rüstungsexporte begrenzen	10
A003	Brasilien braucht eine politische Erneuerung und unsere Solidarität!	13
A004	Verbot aller Atomwaffen weltweit	16
A005	Unser Europa! Sozial gerecht - wirtschaftlich stark - ökologisch vorbildlich	18
A006	Europa im Zeichen des Wandels	24
A007	Rassismus und Extremismus bekämpfen, wehrhafte Demokratie	27
A008	Rechtsextremismus und Faschismus bekämpfen – für eine solidarische Gesellschaft	31
A009	Engagement gegen antidemokratische politische Strömungen	32
A010	Rechtsextremismus bekämpfen. Demokratie verteidigen.	33
A011	Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen	35
A012	Solidarisch mit der Gelben Hand e.V. zusammenarbeiten	37
A013	Verbreitung der Gelben Hand in Ausbildungszentren und Betrieben	38
A014	Solidarisch und gerecht - Soziale Sicherheit in der Transformation	41
A015	Berufsunfähigkeitsversicherung für Alle	45
A016	Sicherstellung der demokratischen Beteiligung durch Selbstverwaltungsgremien	46
A017	Zukunft der Alterssicherung. Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge, gesetzliche Rente stabilisieren.	47
A018	Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung	52
A019	Rente muss zum Leben reichen	53
A020	Absicherung der Regelaltersrente	56
A021	Rente - 45 Beitragsjahre sind genug	57
A022	Rentenabschlagsberechnung für langjährig Versicherte anpassen	58

A023	Abschlagsfreie Rente nach 45 Dienst- und Beitragsjahren (ohne Altersprüfung)	59
A024	Abschlagsfrei in Rente nach 45 Beitragsjahren	61
A025	Altersunabhängig nach 40 Jahren Arbeitsleben ohne Abschläge in Rente	62
A026	Absenkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters	63
A027	Rentenpunkte für Fachschulausbildungen	64
A028	Renteneintritt für Schichtarbeitnehmer*innen flexibler bzw. finanzierbar gestalten	65
A029	Renteneintritt für belastete Berufsgruppen individuell ermöglichen, insbesondere im Schichtbetrieb	66
A030	Frühere Rente für Arbeitnehmer*innen in Vollkonti- und Dauernachtschicht	67
A031	Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeitende	68
A032	Betriebsrente	70
A033	Doppelte Beitragspflicht bei Betriebsrenten vollständig aufheben	71
A034	Neubetrachtung und rückwirkender Bestandsschutz für betriebliche Altersvorsorgen bezüglich der Beitragspflicht für die gesetzliche Sozialversicherung (KV und PV)	72
A035	Kein voller Beitrag zur Krankenversicherung bei Auszahlung der betrieblichen Altersvorsorge	73
A036	Von der Nachsorge zur Prävention - ein leistungsstarkes Gesundheitssystem. Versorgungssicherheit auf europäischer Ebene gewährleisten.	74
A037	Bürger*innenversicherung - ein Sozialversicherungssystem für alle	77
A038	Bürger*innenversicherung - ein Sozialversicherungssystem für alle	78
A039	Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung	79
A040	Die GKV/PKV als Solidarsystem für alle	80
A041	Nachhaltige Sicherung der gesetzlichen Krankenversicherung	81
A042	Altersgrenze für den Anspruch auf Zugehörigkeit zur Familienversicherung erhöhen	82
A043	Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung	83
A044	Ermäßigter Krankenkassenbeitrag für Rentner*innen	85
A045	Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs	86

A046	Selbstzahlerleistungen, so genannte IGeL-Leistungen	87
A047	Vorsorgeuntersuchungen zurück zum 2-Jahres-Rhythmus (Check-up 35)	88
A048	Reformierung des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes	89
A049	Erwerbstätigkeit in Teilzeit aufgrund von Pflege und häuslicher Unterstützung vereinfachen - Regulierung auf legislativer, politischer und arbeitgeber*innen geführter Ebene	91
A050	Novellierung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG)	93
A051	Pflege und Begleitung von Sterbenden	95
A052	Fünf Tage Zusatzurlaub für Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Care-Arbeit in der Pflege leisten	97
A053	Familienpolitik für die Mitte der Gesellschaft. Unterstützung für Arbeitnehmer*innen mit Kindern.	98
A054	Verlängerung der Partnermonate im Rahmen der Elternzeit	101
A055	Einführung von Elternschutz	102
A056	Kinderbetreuungszeiten bei Schließung von Betreuungseinrichtungen gesetzlich regeln	103
A057	Anhebung der Altersgrenze des Kinderkrankengeldes von 12 auf 14 Jahre	104
A058	Verdoppelung der gesetzlichen Kinderkrankentage	105
A059	Erweiterung des Entgeltfortzahlungsgesetzes um die Kinderkrankenpfegetage	106
A060	Fünf Tage Zusatzurlaub für Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Care-Arbeit in der Kinderbetreuung leisten	108
A061	Berechnungsgrundlage Elterngeld	109
A062	Elterngeld für ein weiteres Jahr, wenn keine Betreuungsangebote der Kommune vorhanden sind, sowie kostenlose, qualifizierte Kinderbetreuung	110
A063	Altersgrenze für den Anspruch auf Kindergeld erhöhen	111
A064	Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen - Partnerschaftlichkeit stärken	112
A065	Flexible Kinderbetreuung	115
A066	Schichtmitarbeiter*innen nicht vergessen	116
A067	Unterstützung für Alleinerziehende	117
A068	Finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende bei Kurzarbeit	118
A069	Gleichstellung als Zukunftschance und gewerkschaftlicher Auftrag. Frauen.Macht.Gerechtigkeit - unter den Bedingungen der Transformation	119

A070	Geichstellung und Chancengleichheit - standhaft auch in Krisenzeiten	123
A071	Arbeiter*innen aller Gender, vereinigt Euch!	131
A072	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen ermöglichen	138
A073	Der Genderblick auf die Digitalisierung	141
A074	Frauen im digitalen Wandel	144
A075	Aktionstag Equal Pay Day	145
A076	Mehr Frauen in die Parlamente - Parität jetzt	146
A077	Der Internationale Frauentag als bundeseinheitlicher Feiertag	147
A078	Frauentag	148
A079	Frauentag zum bundesweiten Feiertag erklären	149
A080	Zusammenhalt statt Diskriminierung: Vielfalt stärken - unsere Arbeitsgesellschaft braucht alle.	150
A081	Gendermedizin - Gleichwertige Medikamententests an beiden Geschlechtern	152
A082	Gender und Gesundheit	154
A083	Blutspende ohne Diskriminierung	156
A084	Blutspende ohne Diskriminierung	157
A085	Der Mensch im Mittelpunkt - LSBTIQ*	158
A086	Förderung egalitär geführter Ehen und eheähnlicher Lebensgemeinschaften	161
A087	Gleichstellung drittes Geschlecht	163
A088	Bessere Bildung für das Jahrzehnt der Transformation - gleiche Bildungschancen für alle und Recht auf Weiterbildung	164
A089	Sozialpartnerschaft in der Bildung stärken	168
A090	Digitalisierung in der schulischen Bildung	169
A091	Jetzt einen Schub machen, (Nord)Deutschland! - Erwachsenenbildung als Schlüsselbaustein der Transformationsgesellschaft	170
A092	Bildungszugang gerechter machen	173
A093	Gewerkschaft intensiver in die Lehrpläne an allgemeinbildenden Schulen integrieren	175
A094	Bildungsurlaub modernisieren	176

A095	Anspruch auf Bildungsurlaub in Sachsen	178
A096	Bildungsurlaub? Was soll denn das sein? Wir fordern mehr Aufklärung!	179
A097	Entlastung der arbeitenden Mitte - mehr Gerechtigkeit durch einen nachhaltigen Umbau des Steuersystems	180
A098	Veränderung des Ehegattensplittings im Steuerrecht	187
A099	Abschaffung des Ehegattensplittings in der jetzigen Form	189
A100	Uneingeschränkte steuerliche Abzugsfähigkeit für Beiträge zu Berufsverbänden	190
A101	Aus der Krise lernen: Umgang mit der Corona-Pandemie und die Folgen daraus	191
A102	Steuergesetzgebung	194
A103	Steuerfreiheit bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld (Jahressonderzahlung)	195
A104	Wohnungsnot trotz Bau-Boom: Preistreiberei beenden	196
A105	Bezahlbares Wohnen für Arbeitnehmer*innen, Studierende und Azubis	199
A106	Neuausrichtung der Wohnungspolitik	201
A107	Soziale Gerechtigkeit durch Gleichberechtigung, Wohnraum und Bildung	205
A108	Einführung von digitalen Wahlen	208
A109	Bezahlte Freistellung für Wahlhelfer*innen am Tag nach der Wahl	211
A110	Cannabis in Deutschland am Vorbild Portugals entkriminalisieren	212

Antrag A001: Globalisierung zügeln: Kooperation statt Konfrontation im Welthandel

Laufende Nummer: 252

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1

2 1. Wir fordern eine auf einheitlichen und verbindlichen Regeln basierende
3 Handelsordnung. Sie muss Fairness, Rechtssicherheit und Nachhaltigkeit
4 sicherstellen. Dazu brauchen wir nicht zuletzt eine neu aufgestellte
5 Welthandelsorganisation, die wieder handlungsfähig ist.

6

7 2. Internationale Handelsabkommen müssen klaren Standards genügen, die sozialen
8 Rechte der Beschäftigten schützen und verbessern sowie der Bewahrung der
9 natürlichen Lebensgrundlagen dienen.

10

11 3. Wir fordern verbindliche Lieferkettengesetze auf nationaler und europäischer
12 Ebene, die Unternehmen verpflichten, für die Wahrung der Menschenrechte und der
13 ILO-Kernnormen in der Lieferkette zu sorgen. Eine einfache Selbstverpflichtung
14 der Wirtschaft ist dafür nicht ausreichend, da bei Verstößen keine Konsequenzen
15 folgen. Branchenabkommen und Rahmenabkommen mit Unternehmen können solche
16 gesetzlichen Regelungen weiter konkretisieren und präzisieren.

17

18 4. Europa und Deutschland müssen ihre Rolle als starker Industriestandort in der
19 globalen Handelsordnung behaupten. Darum fordern wir eine aktive
20 Industriepolitik, die die Ziele der europäischen Industriestrategie mit den
21 Zielen des Green Deal verbindet, um den Industrieanteil an der europäischen
22 Wertschöpfung zu steigern.

23

24 5. Zur europäischen Souveränität muss es gehören, dass kritische und
25 systemrelevante Produkte, Kompetenzen und Lieferkettenbestandteile in Europa
26 verbleiben und nicht verlagert werden. Die Industriepolitik muss hier
27 entsprechende Anreize setzen.

28

29 **Begründung:**

Große Teile der deutschen Industrie sind in multidimensionale internationale Wertschöpfungsnetzwerke eingebunden. Die Unternehmen sind sowohl Nachfrager von Vorleistungen als auch Anbieter von Produkten. Nicht zuletzt hat die Corona-Krise gezeigt, welche Schwierigkeiten sich für Unternehmen ergeben können, wenn die Lieferketten gravierende Störungen erfahren.

Die internationale Handelspolitik unterliegt aktuell jedoch auch weiteren Stressfaktoren. So wurde sie, insbesondere auch unter der vorangegangenen US-Präsidentschaft, als Vehikel für geostrategische Machtpolitik eingesetzt. Darüber hinaus nimmt China eine immer wichtigere Rolle auf den internationalen Märkten ein. In der Strategie „Made in China 2025“ hat sich das Land zum Ziel gesetzt, in wichtigen Branchen zum technologischen Weltmarktführer zu werden. Dabei setzt China deutlich mehr auf eine staatlich gelenkte Wirtschaft, durch die die heimischen Unternehmen häufig unfaire Vorteile im internationalen Wettbewerb erlangen, wenn sie von Subventionen, Regulierungen oder staatlicher Finanzierung profitieren.

Stärkung der heimischen Wirtschaft mit Schutz vor unfairem Wettbewerb

Die Europäische Union droht im Wettbewerb der großen Wirtschafts- und Handelsmächte USA und China ins Hintertreffen zu geraten. Die letzte US-Regierung hat die Handelspolitik als strategisches Mittel eingesetzt und verschiedene protektionistische Maßnahmen ergriffen. Mit der neuen Regierung steht der EU wieder ein verlässlicherer Partner zur Seite, der allerdings auch den Schutz der heimischen Wirtschaft verfolgen dürfte.

Gleichzeitig wird China zu einem immer bedeutenderen Wettbewerber, der auch technologisch rasant aufholt; sei es durch eigene Innovation, aber auch durch erzwungenen Know-how-Transfer oder die Übernahme ausländischer Konkurrenten. Dabei entwickelt sich China mit seiner stark vom Staat gelenkten Wirtschaft auch immer stärker zu einem systemischen Kontrahenten. Durch Subventionen, regulatorische Bevorzugung und direkte Finanzierungshilfen haben chinesische Unternehmen im internationalen Wettbewerb häufig unfaire Vorteile. Des Weiteren mangelt es weiterhin an einem fairen reziproken Marktzugang und an einem Level Playing Field, das etwa die Eigentumsrechte an geistigem Eigentum zuverlässig schützt.

Deshalb fordern wir für Deutschland und für Europa eine aktive Industriepolitik. Es muss das Ziel sein, gute und mitbestimmte Industriearbeitsplätze in Deutschland und Europa auch langfristig zu erhalten. Nur so können die deutsche und die europäische Industrie zur Gestalterin der sozial-ökologischen Transformation werden und die sich ergebenden Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle voll ausschöpfen.

Deshalb müssen neue Technologien gefördert werden, auch wenn eine Produktion aktuell eventuell noch nicht betriebswirtschaftlich rentabel ist. Neue Technologien müssen erprobt und dort, wo nötig, auch vor einem Zugriff aus dem außereuropäischen Ausland geschützt werden. Dies gelingt allerdings nur, wenn der Staat bereit ist, seiner

Verpflichtung nachzukommen, die Zukunftsfähigkeit der Industrie auch langfristig nachhaltig zu sichern.

Schließlich fordern wir, dass die Bundesregierung sich nachdrücklicher für die Stärkung des multilateralen Handelssystems einsetzt. Dazu gehört insbesondere eine Reform der Welthandelsorganisation. Ein funktionierendes und auf einheitlichen Regeln basierendes internationales Handelssystem ist die beste Absicherung gegen machtbasierte und geostrategische Handelspolitik, die unweigerlich Handelskonflikte nach sich zieht. Denn nur mit klaren Regeln kann eine Zivilisation der Globalisierung erreicht werden.

Heimische Herstellung notwendiger Produkte fördern, Abschottung vermeiden

Nicht erst die Corona-Krise hat die Schwachstellen des internationalen Handels offengelegt. Internationale Handelsstreitigkeiten und geopolitisches Vormachtstreben führen dazu, dass die Weltwirtschaft sich zunehmend in mehrere Wirtschaftsblöcke separiert. Die Corona-Pandemie wirkte hier wie ein Brennglas. Es hat sich gezeigt, wie verwundbar das Geschäftsmodell von Unternehmen sein kann, wenn es nur von einem Zulieferer oder von mehreren Zulieferern aus derselben geografischen Region abhängig ist.

Deshalb fordern wir, die Herstellung kritischer Produkte in Deutschland und Europa zu fördern. Beispielsweise bei Medikamenten, Hygieneartikeln oder Schutzkleidung müssen Deutschland und Europa unabhängig von außereuropäischen Zulieferern werden. Eine gegebenenfalls betriebswirtschaftlich nicht rentable Produktion ist mit staatlichen Mitteln so zu unterstützen, dass eine Versorgung jederzeit gewährleistet ist.

Allerdings darf eine solche Politik nicht zu einer allgemeinen Abschottung oder zu nationalen Egoismen führen. Die deutsche Wirtschaft ist auf den Handel angewiesen und die Exportwirtschaft trägt einen erheblichen Anteil zum Wohlstand hierzulande bei. Deshalb darf es keinen allgemeinen Protektionismus geben. Eine Renationalisierung großer Teile der Produktion und internationale Isolation würden zu Wohlstandseinbußen führen. Grundsätzlich sollte es die Aufgabe der Unternehmen bleiben, ihre Wertschöpfungsketten zu organisieren. Bei medizinischen und anderen kritischen Gütern sind jedoch eine stärkere Kontrolle und ein entschiedeneres staatliches Eingreifen notwendig.

Starke Rolle der Rechte der Arbeitnehmer*innen, des Umweltschutzes und von Nachhaltigkeit in internationalen Abkommen

In einem multilateralen Handelssystem sind die exportorientierte deutsche Wirtschaft, wie auch die gesamte europäische Wirtschaft, auf Handelsverträge mit verlässlichen Partner*innen angewiesen. Bei allen internationalen Handels- oder Investitionsabkommen müssen aber die Rechte der Arbeitnehmer*innen, der Umweltschutz sowie Nachhaltigkeitsthemen prominent vertreten sein. Internationale Handelsabkommen dürfen kein Einfallstor für die Aufweichung von Standards in Europa sein.

114

115 Wir fordern deshalb, dass diese Themen in jedem Handelsabkommen eine prominente Rolle
116 einnehmen. Kein Handelsvertrag darf zu einem Absenken von Arbeits-, Sozial-,
117 Verbraucher*innen- oder Umweltstandards in Europa führen. Außerdem fordern wir, dass
118 jede Nation, mit der die Europäische Union ein Handels- oder Investitionsabkommen
119 abzuschließen anstrebt, die ILO-Kernnormen ratifiziert haben muss oder sich
120 verpflichten muss, dies in einem vorab festgelegten Zeitrahmen zu tun. Reine „Best-
121 Effort-Klauseln“ in diesem Bereich sind in internationalen Handels- oder
122 Investitionsabkommen strikt abzulehnen.

123

124 **Verbindliches Lieferkettengesetz statt Selbstverpflichtung der Wirtschaft**

125 Die Herstellung von Produkten ist in vielen Fällen ein mehrstufiges Verfahren. Der
126 Endproduktproduzent ist auf Vorlieferungen angewiesen, genauso wie der Hersteller der
127 Vorprodukte oft Zulieferungen erhält. Am Anfang dieser Kette steht in der Regel ein
128 Rohstoffherzeuger. Große Unternehmen verfügen nicht selten über Hunderte oder gar
129 Tausende von Zulieferfirmen, die sich über die ganze Welt verteilen können. Vor dem
130 Hintergrund der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind Unternehmen
131 verpflichtet, Menschenrechte in der Lieferkette zu wahren.

132

133 Wir wollen verbindliche nationale und europäische Regelungen, die den Schutz sozialer
134 und ökologischer Standards in den Lieferketten der Unternehmen wirksam absichern. Es
135 ist unser Ziel, solche gesetzlichen Initiativen durch Branchenstandards und globale
136 Rahmenabkommen mit den Unternehmen zu vertiefen.

137

138 **Ursprung:**

139 Hauptvorstand

Antrag A002: Globale Gerechtigkeit statt Armut, Krankheit, Kriege - Impfschutz für alle, Solidarität mit Flüchtlingen, Rüstungsexporte begrenzen

Laufende Nummer: 253

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1

- 2 • Politik und Unternehmen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Ziele für
3 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen umzusetzen.

4

- 5 • Besonders in folgenden Bereichen müssen Veränderungen erfolgen:

6

- 7 • Weniger Rüstungsexporte und Kriege, sondern eine konkrete Friedenspolitik
8 • Deutschland muss alles dafür tun, dass Kriege als Instrument der
9 Konfliktaustragung ausgeschlossen werden. Diplomatische Lösungen und
10 präventive Konfliktbearbeitung müssen Priorität haben.
11 • Es dürfen keine weiteren Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Staaten
12 geliefert werden.
13 • Eine verbindlichere Rüstungskontrolle gehört auf die politische
14 Tagesordnung. Die Einhaltung und Weiterentwicklung der Nonproliferation-
15 Verträge, der multilateralen Abrüstungsvereinbarung und anderer globaler
16 Rahmenverträge zur Reduzierung von Kriegsgefahren müssen noch stärker von
17 Deutschland unterstützt werden.

18

- 19 • Armut stoppen, Ernährung gewährleisten und Solidarität mit Flüchtenden
20 • Elendslager, wie Moria auf Lesbos oder Lipa in Bosnien-Herzegowina, sind
21 schlimme Zeichen der Entsolidarisierung und müssen zukünftig verhindert
22 werden. Wir brauchen bessere Aufnahmebedingungen und Versorgung von
23 Menschen in Not.
24 • Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex muss nicht nur finanziell und
25 personell besser ausgestattet werden, sie bedarf auch einer stärkeren
26 parlamentarischen Kontrolle, um eine Auftragserfüllung nach
27 rechtsstaatlichen und humanen Maßstäben sicherzustellen.
28 • Das Asylrecht ist eine große Errungenschaft und muss verteidigt werden.

Dazu gehört eine zügigere Bearbeitung von Asylanträgen. Um den Bedarf an Fachkräften langfristig zu decken, braucht der Arbeitsmarkt in Deutschland auch Fachkräfteeinwanderung aus Ländern außerhalb der EU. Die fluchtbedingte Einwanderung birgt große Potenziale für den Arbeitsmarkt, vor allem bei den jungen Menschen. Die Reglementierung vieler Berufe und die fehlende Vergleichbarkeit ausländischer Berufsqualifikationen erschweren die Integration von Migrant*innen in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Anerkennung bestehender Berufsabschlüsse muss darum erleichtert werden.

- Deutschland muss den Menschen, die aufgrund von extremer Armut, Hunger oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit fliehen, vor allem vor Ort im Rahmen von effektiver und effizienter Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe Unterstützung anbieten. Insbesondere bedarf es Maßnahmen, um die Welternährung bei zunehmend begrenzten Anbauflächen sicherzustellen.
- Die Initiative Asian Floor Wage (sie hat auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten sinnvolle Mindestlohnhöhen berechnet) sowie die ILO-Initiative Decent Work finden unsere volle Unterstützung. Gute Bezahlung ist die Grundlage für ein gutes Leben; Hungerlöhne zementieren Elend, beenden es nicht und müssen überwunden werden.
- Die IG BCE setzt sich zur Armutsreduzierung für eine verbindlich geregelte, ambitionierte menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten ein, die europäische wie nationale Regelwerke durch branchenspezifische Rahmenvereinbarungen sinnvoll ergänzt.

• **Gesundes Leben, Überwindung von Krankheiten, bessere Hygiene- und Medikamentenversorgung**

- Deutschlands Ziel muss es sein, weltweit allen Menschen die Verwirklichung des bestmöglichen Gesundheitsniveaus zu ermöglichen und in enger Abstimmung mit der WHO infektiöse und epidemische Erkrankungen zu bekämpfen.
- Deutschland muss in der Entwicklungshilfe mehr tun und auch Medikamente bereitstellen, die bezahlbar sind oder zum Teil im Rahmen der Krankheitsprävention und -heilung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Diese Anstrengungen müssen über die schon bestehende Unterstützung der COVAX-Initiative der WHO durch die deutsche Bundesregierung hinausgehen. Arme Länder müssen unabhängig von ihrer Kaufkraft so schnell wie möglich Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 erhalten.

Begründung:

Deutschland trägt, als die größte Volkswirtschaft Europas und global vernetzte Industrienation, eine besondere Verantwortung für mehr globale Gerechtigkeit. Wir fordern eine gerechte Verteilung der erwirtschafteten Gewinne und gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen - egal wo sie leben oder arbeiten, so wie es die ILO mit ihrer Initiative Decent Work fordert.

71

72 Bisherige Regelungen und Selbstverpflichtungen von Unternehmen haben gezeigt, dass es
73 verbindlichere Rahmenwerke zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht bedarf. Daher ist
74 der Gesetzentwurf zum nationalen Lieferkettengesetz der Bundesregierung ein erster zu
75 begrüßender Schritt. Das Ambitionsniveau bleibt jedoch weit hinter den Erwartungen
76 zurück. Ein stärkeres Engagement der Unternehmen, bezüglich einer grundlegenden
77 Besserung der Menschenrechtslage insbesondere in den Zulieferstrukturen, ist damit
78 kaum zu erwarten.

79

80 Wir als IG BCE haben uns im Rahmen des Verbundes Chemie3 den Sustainable Development
81 Goals der Vereinten Nationen im Unternehmenskontext verschrieben, da die globale
82 Gerechtigkeitsfrage im sozialen Sinne nicht losgelöst gedacht werden kann von der
83 ökologischen und ökonomischen Dimension. Es ist auch im ureigenen Interesse
84 Deutschlands, dass auch in den ärmsten Ländern ein ausreichender Hygiene- und
85 Gesundheitsschutz sowie ein ausreichendes Gesundheitssystem gewährleistet sind, damit
86 auch die ärmeren Staaten eine ausreichende Menge an Impfstoffen haben, um weitere
87 gefährliche Mutationen und die weitere Verbreitung von Corona zu verhindern.
88 Deutschland und die EU sollen hier gerade mit anderen Industrienationen gemeinsam für
89 eine gerechtere Welt kämpfen. Auch wir als IG BCE werden mit den anderen europäischen
90 und internationalen Gewerkschaften noch mehr tun, um die Globalisierung gerechter zu
91 gestalten.

92

93 **Ursprung:**

94 Hauptvorstand

Antrag A003: Brasilien braucht eine politische Erneuerung und unsere Solidarität!

Laufende Nummer: 246

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die unverantwortliche Politik des amtierenden brasilianischen Präsidenten Jair
- 2 Bolsonaro hat die Bevölkerung ungeschützt dem Corona-Virus ausgeliefert und damit
- 3 weltweit die zweitmeisten Todesopfer gefordert.
- 4 Er hat die Rechte der Arbeitnehmenden und ihrer Gewerkschaften weiter beschnitten und
- 5 durch seine verfehlte Wirtschaftspolitik ziehen internationale Unternehmen ihre
- 6 Investitionen ab und schließen Standorte im Land.
- 7 Die illegalen Abholzungen und Brandrodungen im Amazonas werden nicht nur toleriert,
- 8 sondern deren Verursacher sogar noch dazu ermuntert.
- 9 Der Dammbruch von Brumadinho in 2019 mit 259 Toten steht stellvertretend für die
- 10 verantwortungslose und profitorientierte Geschäftspolitik der Bergbaukonzerne im
- 11 Land.
- 12
- 13 Diese Politik schadet den Menschen, der Umwelt und dem gesellschaftlichen
- 14 Zusammenhalt in Brasilien! Dem darf niemand weiter unbeteiligt zusehen! Die IG BCE
- 15 steht fest an der Seite der brasilianischen Gewerkschaften und der arbeitenden
- 16 Bevölkerung im Land!
- 17
- 18 **Von der Militärdiktatur zum Hoffnungsträger Lateinamerikas**
- 19 Brasilien ist einer der wichtigsten Industriepartner Deutschlands. Kaum ein Land hat
- 20 so viele deutsche Investitionen erfahren. Darüber hinaus wurden zahlreiche Werke von
- 21 deutschen Chemieunternehmen im Land errichtet. Für die chemische Industrie ist
- 22 Brasilien das wichtigste Land in ganz Lateinamerika. Darüber hinaus exportiert die
- 23 deutsche chemische Industrie in erheblichem Maße nach Brasilien. 1985 endete die
- 24 Militärdiktatur und das Land kehrte zur Demokratie zurück. Diese Entwicklung wurde
- 25 auch dadurch befördert, dass zahlreiche gewerkschaftliche Aktionen im Industriegürtel
- 26 von Sao Paulo stattfanden. Schon damals stand der spätere Präsident Lula an
- 27 vorderster Front der Gewerkschaften.
- 28 Schon zu Beginn der 90er-Jahre versuchte die brasilianische Chemiegewerkschaft CNQ-
- 29 CUT, Kontakt zu ihrer deutschen Schwestergewerkschaft herzustellen, um den
- 30 Sozialdialog mit den deutschen multinationalen Unternehmen im Land aufzubauen.

Seitdem stehen wir in einem sehr engen und produktiven Arbeitszusammenhang. Exemplarisch für verschiedene Aktivitäten steht das gewerkschaftliche Netzwerk aller Gewerkschaften Südamerikas, die BASF-Beschäftigte vertreten. Seit nunmehr über 20 Jahren ist es gelungen, gemeinsam mit dem Betriebsrat der BASF in Ludwigshafen und den jeweiligen BASF-Arbeitsdirektor*innen aufzuzeigen, dass das gemeinsame Miteinander für beide Seiten mehr bewegt als alle anderen Leitungsmodelle in Lateinamerika.

Die Entwicklung der letzten Jahre gibt Anlass zur Sorge

Mit der Aufdeckung der Korruptionsskandale unter dem Schlagwort „Lava jato“ begann eine beispiellose Kampagne gegen die brasilianische Arbeiterpartei PT, die 2016 in der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff endete. Die durchaus berechtigte Kritik gegen die in der brasilianischen Gesellschaft tief verwurzelte Korruption führte allerdings dazu, dass der zuständige Staatsanwalt mit unterschiedlichem Engagement gegen Beschuldigte vorging. Während zahlreiche Geschäftsleute und konservative Politiker*innen bis heute nicht angeklagt wurden oder ihre Prozesse immer noch vor sich hindümpeln, wurde gegenüber dem ehemaligen Präsidenten Lula ein Exempel statuiert, um zu verhindern, dass er erneut als Präsident kandidiert. Nur durch die Verurteilung Lulas war es Bolsonaro möglich, die Wahlen zu gewinnen.

Die ehemalige Justizministerin und Juristin Herta Däubler-Gmelin hatte die Anklageschrift gegen Lula fachlich analysiert und kam zu dem Schluss, dass sie für eine Verurteilung kaum ausreichende Belege liefert. Gleichwohl erfolgte eine Verurteilung. Die IG BCE hat sich darum konsequent der internationalen Forderung nach Freilassung von Lula angeschlossen. Im März 2021 hob das Oberste Gericht Brasiliens alle vier Verurteilungen gegenüber Lula auf und er durfte das Gefängnis als freier Mann verlassen.

Gewerkschaften werden in ihrer Existenz bedroht

Mit der Abschaffung der „Gewerkschaftssteuer“ im November 2018 wurde den Gewerkschaften praktisch von einem Tag auf den anderen fast die gesamte finanzielle Grundlage entzogen. Viele Hauptamtliche mussten entlassen werden. Darüber hinaus hat Präsident Bolsonaro nach seinem Amtsantritt weitere Verschlechterungen im Bereich der Arbeitnehmer*innenrechte vorgenommen und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit weiter eingeschränkt.

Die Gewerkschaften versuchen dem zu begegnen, indem sie angefangen haben über Fusionen zu reden, um ihre Kräfte zu bündeln. Bei sieben Dachverbänden und entsprechend sieben Chemiegewerkschaften ein sinnvoller Schritt. Auf Bitten der brasilianischen Chemiegewerkschaften hat die IG BCE in einer webbasierten Seminarreihe mit Erfahrungen und Hinweisen diesen Prozess unterstützt.

Das Unglück von Brumadinho erfordert Konsequenzen

Am 25. Januar 2019 brach der Damm eines Schlammrückhaltebeckens in Brumadinho.

73 Betreiber der dortigen Eisenerzmine war der brasilianische Konzern Vale. Allerdings
74 lag eine - wider besseren Wissens - ausgestellte Unbedenklichkeitsbescheinigung des
75 TÜV Süd für den Damm vor. In der Folge des Dammbruchs starben 259 Menschen, ein
76 ganzes Dorf wurde zerstört und der angrenzende Fluss sowie große landwirtschaftlich
77 genutzte Flächen wurden vergiftet.

78 Der Prozess in Brasilien gegen das Unternehmen Vale führte dazu, dass ein Großteil
79 der Schadensersatzzahlungen an den Bundesstaat Minas Gerais, in dem die Mine von
80 Brumadinho liegt, flossen und nur ein kleiner Teil an die Familien der Opfer. Da
81 diese geringen Entschädigungssummen bei Weitem nicht ausreichen, haben sie sich in
82 einer Sammelklage an das Landgericht München gewandt, um auch vom TÜV Süd
83 Schadensersatz zu fordern. Damit diese Klage überhaupt zugelassen werden konnte,
84 brauchten sie jemanden in Deutschland, der eine Prozesskostenhilfe für sie
85 hinterlegt. Ohne diese Sicherheit würde es nicht zum Prozess kommen. Deshalb hat die
86 IG BCE beschlossen, die Klagenden zu unterstützen.

87 Gleichzeitig ist dieser Fall ein bedrückendes Beispiel dafür, wie wichtig und ein
88 Lieferkettengesetz ist!

89

90 **Begründung:**

91 Im Antragstext enthalten.

92

93 **Ursprung:**

94 Hauptvorstand

Antrag A004: Verbot aller Atomwaffen weltweit

Laufende Nummer: 352

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass sich die IG BCE, in all ihren Strukturen und mit all ihrer Energie dafür
- 2 einsetzt, dass die Bundesregierung den UN-Vertrag für das Verbot von Atomwaffen
- 3 unterzeichnet.

4

5 **Begründung:**

- 6 Am 07.07.2017 haben von den 193 UN-Staaten 122 Staaten für die Verabschiedung des
- 7 Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) gestimmt. Bis zum 12. Dezember 2020 haben 86 Staaten
- 8 den Verbotsvertrag unterzeichnet, 51 Staaten haben diesen ratifiziert bzw. sind
- 9 beigetreten. Der Verbotsvertrag ist somit am 22. Januar 2021 in Kraft getreten und
- 10 ist nun gültiges Völkerrecht.

11

- 12 Leider gehört die Bundesrepublik bis heute nicht zu den Unterzeichnerstaaten. Im
- 13 Gegenteil, es gibt Pläne für die weitere atomare Aufrüstung der Bundeswehr.

14

- 15 Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist ein wichtiger Schritt, um dem Ziel einer Welt
- 16 ohne die Option des Einsatzes von Atomwaffen näherzukommen. Der AVV verbietet den
- 17 Vertragsstaaten Entwicklung, Test, Produktion, Erwerb, Lagerung, Transfer, direkte
- 18 oder indirekte Kontrolle, Stationierung und Einsatz und Androhung eines Einsatzes von
- 19 Atomwaffen sowie die Unterstützung der verbotenen Aktivitäten. Die Mehrheit der
- 20 Bevölkerung Deutschlands will, dass unser Land atomwaffenfrei wird.

21

- 22 Vier Bundesländer haben bereits beschlossen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu
- 23 unterstützen bzw. die Bundesregierung aufzufordern, ihm beizutreten:

24

- 25 Bremen, Bremische Bürgerschaft, 5. Dezember 2017

- 26 Berlin, Berliner Abgeordnetenhaus, 10. Mai 2019

- 27 Rheinland-Pfalz, Landtag, 22. August 2019

- 28 Hamburg, Hamburgische Bürgerschaft, 12. Februar 2020

29

30 Über 100 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland und aller Welt haben sich
31 bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen.

32

33 „Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die
34 Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest
35 überzeugt, dass unsere Einwohner*innen das Recht auf ein Leben frei von dieser
36 Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich,
37 würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt
38 nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten
39 Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren
40 Beitritt auf.“

41

42 Darunter befinden sich Städte wie Berlin, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt am Main,
43 München oder Köln, aber auch bereits einige sächsische Städte wie Chemnitz, Dresden,
44 Leipzig oder Zwickau haben den ICAN-Städteappell unterzeichnet.

45

46 Wir Gewerkschafter*innen kämpfen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, aber
47 „ohne Frieden ist alles nichts“, so hat es Willy Brandt einst formuliert. All das
48 Erreichte ist mit einer Bombe sofort zunichtegemacht. Deshalb muss es in unserem
49 ureigensten Interesse sein, alle Atomwaffen zu ächten und uns für ein friedliches
50 Zusammenleben aller Nationen einzusetzen.

51

52 **Ursprung:**

53 Vertrauenskörper GLOBALFOUNDRIES Dresden

Antrag A005: Unser Europa! Sozial gerecht - wirtschaftlich stark - ökologisch vorbildlich

Laufende Nummer: 251

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 In den kommenden Jahren wird sich die IG BCE für eine europäische Perspektive in
- 2 folgenden Themenfeldern einsetzen:
- 3
- 4 **Sozial gerecht**
- 5 Das erklärte Ziel der EU, für vergleichbare Lebensbedingungen in allen
- 6 Mitgliedsstaaten zu sorgen, muss endlich in die Tat umgesetzt werden. Solange enorm
- 7 unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Gemeinschaft bestehen,
- 8 ist das Fortschrittsversprechen der europäischen Einheit nicht erfüllt. Soziale und
- 9 wirtschaftliche Stabilität gibt es in Europa nur im Verbund, nicht im Gegeneinander
- 10 nationaler Interessen. Aber Europa muss auch erkennbar und praktisch Lösungen für die
- 11 drängenden Sorgen und Nöte der Menschen anbieten und umsetzen. Priorität haben dabei
- 12 die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze in der gesamten EU, eine gerechte
- 13 Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg und ein leistungsfähiges Netz sozialer
- 14 Sicherheit. Um das zu erreichen, brauchen wir eine starke Gewerkschaftsbewegung in
- 15 der Europäischen Union, in der Zeit fundamentaler Veränderungen der Arbeits- und
- 16 Lebensbedingungen mehr denn je.
- 17 Aus Sicht der IG BCE ist es deshalb erforderlich:
- 18 Die Tarifbindung in allen Ländern Europas zu stärken. Ziel ist es, die Gewerkschaften
- 19 überall zu ermächtigen, in freien Verhandlungen und auf Augenhöhe mit den
- 20 Arbeitgeber*innen die Arbeitsbedingungen zu gestalten. Dazu muss die EU mit
- 21 einheitlichen Rahmenbedingungen die Tarifautonomie in allen Ländern der Gemeinschaft
- 22 absichern und zugleich gewährleisten, dass die gewerkschaftliche Mitgestaltung und
- 23 Mitbestimmung in den Unternehmen gestärkt und gefördert werden. Tarif- und
- 24 Mitbestimmungsflucht unter Nutzung europäischer Rechtsformen müssen ausgeschlossen
- 25 sein, der Ausbau der Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte dagegen das erklärte
- 26 Ziel europäischer Politik werden. Dazu gehört, dass im Transformationsprozess die
- 27 Unterstützung von Unternehmen mit EU-Geldern an die Voraussetzung der Tarifbindung
- 28 gekoppelt werden muss. Die EU muss dafür sorgen, dass in allen Mitgliedsländern
- 29 Tarifvertragssysteme gestärkt werden, durch eine Tarifverhandlungsverpflichtung der
- 30 Unternehmen, Fortgeltung von Tarifverträgen nach Unternehmensumstrukturierungen, auch
- 31 grenzübergreifend, sowie ein EU-weites Verbandsklagerecht bei Tarifverstößen von

32 Arbeitgeber*innen.

33

34 Dort, wo tarifliche Regelungen nicht für alle Branchen und Beschäftigungsgruppen
35 erreicht werden können, muss europaweit ein gesetzlicher Rahmen einen auskömmlichen
36 Mindestlohn, gemessen an der Kaufkraft in dem jeweiligen Mitgliedsstaat, garantieren.
37 Das ist ein Schritt, um dem Trend zu prekären Beschäftigungs- und Lebensbedingungen
38 zu begegnen, der verbunden werden muss mit der Zielsetzung, innerhalb der EU
39 gewerkschaftliche Standards von "Guter Arbeit" durchzusetzen.

40

41 Krasse Verstöße gegen das Gerechtigkeitsempfinden und nicht nachvollziehbare
42 Benachteiligungen innerhalb Europas sind ohne weiteren Zeitverzug zu korrigieren.
43 Dazu gehört die ungerechte Besteuerung des deutschen Kurzarbeitergeldes durch den
44 französischen Staat, die bei französischen Grenzgänger*innen zu sozial unhaltbaren
45 Einkommensverlusten führt, obgleich sie in Deutschland arbeiten und hier auch
46 sozialversichert sind. Wir fordern die Bundesregierung und den französischen Staat
47 auf, rückwirkend für eine gerechte Behandlung dieser Beschäftigungsgruppen zu sorgen.

48

49 Der Europäische Qualifizierungsrahmen (EQF) soll die Vergleichbarkeit der
50 Berufsabschlüsse in ganz Europa sicherstellen. Da dies noch nicht abschließend
51 umgesetzt ist, fordern wir eine umgehende Regelung für alle Berufsabschlüsse.
52 Insbesondere junge Menschen haben in einem Europa der Chancen und Vielfalt einen
53 Anspruch darauf, ihren Arbeitsort frei zu wählen und ihr Berufsleben auch in einem
54 anderen Land als ihrem eigenen zu verbringen. Dazu müssen die Bedingungen
55 vollumfänglich geschaffen werden.

56

57 Die Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) wurde 2017 in Göteborg verabschiedet
58 und umfasst 20 Forderungen für die Bereiche Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang,
59 faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Die IG BCE steht
60 ausdrücklich zur ESSR, da sie eine Zusicherung der EU darstellt, einem sozialen
61 Europa Priorität einzuräumen. Es ist Aufgabe der Mitgliedsstaaten wie Deutschland als
62 auch der EU, diese Punkte in entsprechende Gesetze und Maßnahmen zu gießen. Genau
63 dies werden wir als IG BCE einfordern und dem nationalen wie europäischen Gesetzgeber
64 unsere Mitarbeit bei der Umsetzung zusichern.

65 Bislang sind nur wenige Aspekte europaweit aufgegriffen worden. Am bekanntesten ist
66 noch die Europäische Arbeitsmarktkommission (ELA). Die ELA hat die Aufgabe,
67 Einzelpersonen und Arbeitgeber*innen Zugang zu Informationen über Rechte und
68 Pflichten für Arbeitsmärkte in anderen Mitgliedsstaaten zur Verfügung zu stellen, die
69 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbehörden zu fördern und in
70 Konflikten zu vermitteln. In diesem Sinne sind ähnliche Regelungen zur einheitlichen
71 europäischen Sichtweise auf soziale Aspekte wünschenswert.

72 Die Debatten über eine Rahmenrichtlinie für einen angemessenen Mindestlohn weisen den
73 Weg. Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf, auch andere Aspekte der ESSR

74 zügig und in Gänze umzusetzen. Beispiele hierfür sind Garantien für nationale
75 Sozialdialoge und Regeln, zur Stärkung der Tarifbindung, in den Mitgliedsstaaten.

76

77 **Wirtschaftlich stark**

78 Der Green Deal der EU-Kommission sieht u.a. vor, dass alle energieintensiven
79 Industrien bis 2050 CO₂-neutral produzieren. Dies kann nur gelingen, wenn es auch
80 entsprechende Programme gibt, die diese Transformation sozial abfedern und
81 zukunftssichere Industriearbeitsplätze schaffen. Deshalb muss die Kommission in einem
82 weit stärkeren Maße als bislang geplant durch begleitende Forschungs- und
83 Strukturpolitik innovative Industrielösungen für die Herausforderungen der Zukunft
84 fördern und ermöglichen.

85 Mit dem Just Transition Fonds hat die EU-Kommission bereits ein erstes Finanzpaket
86 geschnürt, das den Regionen in der EU in den sozialökologischen
87 Transformationsprozessen helfen soll. Die IG BCE fordert die Kommission auf, den
88 finanziellen Rahmen so aufzustocken, dass das erklärte Ziel realistisch und
89 tatsächlich erreicht werden kann, nämlich all denen, die durch politische
90 Entscheidungen ihre Arbeitsplätze verlieren, neue Perspektiven aufzuzeigen, den
91 Strukturwandel in den betroffenen Regionen abzufedern und neue zukunftssichere
92 Arbeitsplätze zu schaffen.

93 Viele der Branchen im Organisationsbereich der IG BCE liefern wichtige
94 Ausgangsstoffe, Produkte und Verfahren zum sozialökologischen Wandel. Wenn dieser
95 Wandel beschleunigt werden soll, müssen auch diese Branchen gefördert und unterstützt
96 werden. Gerade sie sorgen für gut bezahlte und nachhaltige Industriearbeitsplätze.

97 Die Transformation der Wirtschaft kann nur mit einer europaweiten Infrastruktur
98 erreicht werden, dies gilt für die Erzeugung und den Transport von Wasserstoff in
99 gleicher Weise wie für die Vernetzung der erneuerbaren Energieerzeugung.

100 Die Corona-Krise hat die Schwächen der Versorgung mit notwendigen Medikamenten und
101 Schutzmaterialien deutlich aufgezeigt. Mitgliedsstaaten und EU müssen jetzt Lösungen
102 erarbeiten, wie in Zukunft sichergestellt ist, dass allen Europäer*innen im Notfall
103 eine gesicherte Versorgung mit Medikamenten garantiert werden kann. Aus Sicht der IG
104 BCE ist dies nur möglich, wenn auch die Abhängigkeit von der außereuropäischen
105 Wirkstoffproduktion von bestimmten Arzneimitteln durch mindestens eine Teilautonomie
106 in den europäischen Lieferketten abgelöst wird.

107

Ökologisch vorbildlich

108 Die Umstellung der europäischen Industrie auf CO₂-Neutralität ist ein ehrgeiziges
109 Vorhaben und darf auch nicht an den Grenzen Europas enden. Deshalb fordert die IG
110 BCE, die gewonnenen Erfahrungen mit neuen umweltfreundlicheren Produktionsverfahren
111 auch als Angebot an andere Regionen in der Welt zu verstehen.

112 Der Stopp der Erderwärmung kann nur gelingen, wenn es weltweit eine massive Reduktion
113 der Treibhausgasemissionen gibt. Deshalb ist es nicht nur vernünftig, neue CO₂-

114 neutrale Technologien in die ganze Welt zu exportieren, sondern das bedeutet für
115 Europa auch eine Chance, im Transformationsprozess neue zukunftssichere
116 Industriearbeitsplätze zu schaffen. Das setzt voraus, dass auf europäischer Ebene
117 Verstöße außerhalb Europas gegen die gemeinsame globale Verantwortung für den
118 Klimaschutz wirksam sanktioniert werden, insbesondere so lange, bis eine einheitliche
119 globale CO2-Bepreisung erreicht ist.

120 Europa kann und muss den Beweis antreten, dass erneuerbare Energien und
121 energieintensive Industrien kein Widerspruch sind.

122 Kreislaufwirtschaft, die Sammelquote von Altpapier, E-Fuels und grüner Wasserstoff
123 müssen in Deutschland und Europa zu Zukunftsbranchen ausgebaut werden.

124

125 **industriAll European Trade Union**

126 Mit der europäischen Gewerkschaftsföderation der Industriegewerkschaften haben wir
127 einen starken Player auf der europäischen Bühne. Unverkennbar nehmen die
128 Herausforderungen an eine gewerkschaftliche Einflussnahme auf europäische
129 Entscheidungen zu. Deshalb muss industriAll European Trade Union seine Arbeit noch
130 gezielter auf die zukünftigen Herausforderungen ausrichten.

131 Aus Sicht der IG BCE ist es deshalb erforderlich:

132 Stärker als bisher in Arbeitsgruppen der Kommission mitzuarbeiten, um frühzeitig auf
133 Gesetzgebungsprozesse einwirken zu können.

134 Stärker eigene Themen gegenüber der Kommission voranzutreiben.

135 Themen strategischer und frühzeitiger der Kommission gegenüber zu kommunizieren, um
136 so Gestaltungsräume zu besetzen.

137 Notwendige Qualifizierungen für die Beschäftigten im Brüsseler Sekretariat
138 anzubieten, damit sie diese Rolle möglichst effizient ausfüllen können.

139

140 **Unser Blick nach Brüssel**

141 Es reicht nicht, bei zunehmenden Entscheidungen der EU mit unmittelbarer Auswirkung
142 auf unsere Branchen und deren Beschäftigten ausschließlich auf unsere europäische
143 Gewerkschaftsföderation zu setzen. Auch wir als IG BCE müssen uns der Notwendigkeit
144 stellen, uns stärker und frühzeitiger in die komplexen europäischen
145 Entscheidungsfindungen einzubringen. Deshalb werden wir die Präsenz der IG BCE in der
146 europäischen Politik ausbauen und die gewerkschaftlichen Interessen unserer
147 Mitglieder in den europäischen Gremien und Institutionen stärker verankern.

148

149 **Begründung:**

150 Green Deal, Digitalisierung, der Recovery Plan der EU sowie der Klimawandel
151 beinhalten oder fordern eine Vielzahl an Transformationsprozessen für die Industrie.
152 Dies wird nicht ohne Folgen für die Beschäftigten bleiben. Deshalb bedarf es
153 adäquater Antworten der Gewerkschaften. Allein auf nationaler Ebene ist diese enorme

154 und komplexe Herausforderung nicht zu leisten, auch nicht in Deutschland.
155 Die Anforderungen an eine europäische Gewerkschaftspolitik erhöhen sich in dem Maße,
156 wie entscheidende Weichen in Brüssel und nicht in Berlin gestellt werden.
157 Auf sozialer Ebene ist die Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) der Maßstab,
158 an dem sich die Politik der EU messen lassen muss. In ihr sind 20 zentrale
159 Forderungen an eine soziale Marktwirtschaft und den Wohlfahrtsstaat festgehalten:

160

161 **Kapitel I - Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang**

- 162 1. Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen
- 163 2. Gleichstellung der Geschlechter
- 164 3. Chancengleichheit
- 165 4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung

166

167 **Kapitel II - Faire Arbeitsbedingungen**

- 168 5. Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung
- 169 6. Gerechte Entlohnung
- 170 7. Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz
- 171 8. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
- 172 9. Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben
- 173 10. Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz

174

175 **Kapitel III - Sozialschutz und Inklusion**

- 176 11. Betreuung und Unterstützung von Kindern
- 177 12. Sozialschutz
- 178 13. Leistungen bei Arbeitslosigkeit
- 179 14. Ein angemessenes Mindesteinkommen
- 180 15. Alterseinkünfte und Ruhegehälter
- 181 16. Gesundheitsversorgung für alle
- 182 17. Inklusion für Menschen mit Behinderungen
- 183 18. Recht auf Langzeitpflege
- 184 19. Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose
- 185 20. Zugang zu essentiellen Dienstleistungen

186

187 Vieles hiervon ist in Deutschland bereits gültiges Recht, aber für viele
188 Mitgliedsstaaten ist die Mehrzahl der Forderungen noch lange nicht
189 selbstverständlich. Für die Identifizierung mit dem europäischen Gedanken sind
190 Wohlstand und soziale Sicherheit aber ein unverzichtbarer Bestandteil. Die

191 Entscheidungsträger*innen in der EU müssen deshalb auch die sozialen Aspekte immer im
192 Auge behalten.

193 Ein anderes wichtiges Handlungsfeld betrifft die europäische Industriepolitik:
194 Chemikalienpolitik, Pharmapolitik, Kreislaufwirtschaft - zum Beispiel bei Zellstoff-
195 und Papier-, E-Mobility und CO2-freier Produktion verändern die Arbeitswelt in den
196 Branchen der IG BCE in den nächsten 10 Jahren in weit größerem Umfang als in den
197 letzten 30 Jahren. Das ist auch eine der größten Herausforderungen für die IG BCE und
198 ihre Möglichkeiten der Einflussnahme.

199 In der Transformation der Industrie sowie der Wirtschaft als Ganzes sind aber auch
200 Chancen für innovative Produkte und Lösungen enthalten. Diese Chancen gilt es zu
201 analysieren und zu nutzen.

202

203 **Ursprung:**

204 Hauptvorstand

Antrag A006: Europa im Zeichen des Wandels

Laufende Nummer: 327

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE ist eine treibende Kraft in Europa, zur Verständigung der Aussöhnung und
2 des grenzüberschreitenden Kampfes für gute Arbeits- und Lebensbedingungen.
3 Wir fordern eine weiterhin klare Haltung zu Europa und halten folgende Punkte aus
4 gewerkschaftlicher Sicht für unverzichtbar:

5

6 **Föderales Europa**

- 7 Wir wollen perspektivisch einen europäischen Bundesstaat mit einer gemeinsamen
8 Regierung und einem starken Parlament. Die regionalen, kulturellen Identitäten sollen
9 gefördert werden und sich in regionalen Organen organisieren und verwalten. Wir
10 feiern die Unterschiede und unterstreichen gleichzeitig mit einem europäischen Pass
11 und europäischer Nationalität die Gemeinsamkeiten.

- 12 Europa muss nicht nur Verantwortung innerhalb der Grenzen übernehmen, sondern auch
13 über die Grenzen hinaus agieren und auch dort die Werte Demokratie, Solidarität und
14 Gemeinschaft leben und dafür müssen wir uns einsetzen. Das Versagen zu helfen, wenn
15 Menschen Schutz suchen, muss sofort beendet werden. Einige weitere Politikfelder sind
16 besser europäisch zu lösen. Wir fordern daher, die Kompetenzen für eine gemeinsame
17 Außenpolitik zur EU-Kommission zu verlagern. Die Themenfelder Steuerpolitik,
18 Energiepolitik, Verkehr und Infrastrukturausbau können nur durch einen gemeinsamen
19 Ansatz für Europa gelöst werden.

20

21 **Gemeinsame europäische Werte**

- 22 Europa muss eine Friedensmacht sein. Europa soll seine Entwicklungshilfe stärken und
23 wirtschaftliche Beziehungen fair aushandeln. Europa soll ein Vorbild von Demokratie
24 und Freiheit sein und durch das konsequente Eintreten für seine Werte in
25 internationalen Beziehungen einen Gegenpol zu autoritären, internationalen Trends
26 setzen.

27

28 **Strukturen vereinheitlichen**

- 29 Auf dem Weg zur föderalen Organisation des europäischen Bundesstaates sollen
30 Schrittweise die Gesetzgebungen harmonisiert werden. Der grenzüberschreitende
31 Schienenverkehr soll ausgebaut und die Mitbestimmung in Betrieben ausgeweitet werden.

Europäische JAVen ergänzen den EBR und ein einheitliches Steuersystem schafft finanziellen Spielraum für eine flächendeckende und kostenfreie Daseinsvorsorge. Große Digitalunternehmen und international agierende Konzerne dürfen sich ihrer Steuerpflicht nicht entziehen. Steuervermeidung muss konsequent bekämpft werden. Wir fordern, dass Gewinne an dem Ort besteuert werden, an dem diese auch gemacht wurden.

Europäische Bildung

Der erste Schritt ist eine Harmonisierung und Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen. Die grenzüberschreitende Ausbildung soll gestärkt werden. Durch einen europäischen Dienst, angelegt an bestehenden sozialen, ökologischen oder politischen Freiwilligenjahren in den EU-Ländern, sollen ein europäisches Gemeinschaftsgefühl und gegenseitiges Verständnis geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir, die Inhalte der Schulunterrichte europaweit zu harmonisieren, um einen einheitlichen Bildungsstandard innerhalb der EU zu erreichen.

Ein Europa, das zusammenwächst

Durch den Ausbau von Austauschprogrammen wird die Kommunikation zwischen den Menschen auf allen Ebenen gefördert und die Europäer*innen untereinander weiter vernetzt. Diese Austauschprogramme sind über alle Lebenslagen zu realisieren und müssen für alle Menschen in Europa möglich gemacht werden. Nur mit einer Kostenneutralität der Angebote können alle Bürger*innen zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. Dabei soll die IG BCE im DGB-Dachverband vorangehen und sowohl in den Betrieben auf Austauschprogramme hinarbeiten als auch in der gemeinsamen internationalen Arbeit. Die Einführung eines einheitlichen europäischen Feiertags, mehr Aufklärungsprogramme zur EU sowie eine häufigere Verwendung der Europahymne, z. B. bei Sportveranstaltungen, können den Prozess des Zusammenwachsens beschleunigen.

Begründung:

Die IG BCE-Jugend hat sich in einem großen beteiligungsorientierten Prozess über die Jugendkampagne „Arbeiten und Leben im Zeichen des Wandels - Zukunft aus Nordrhein“ über mehrere Jahre mit ihrer Vision einer aus junggewerkschaftlichen Zukunft auseinandergesetzt.

Es ging uns dabei darum, die Schranken in unseren Köpfen einzureißen und abseits vom Alltag frei über Visionen nachzudenken und im Anschluss aus dieser Vision konkrete Forderungen abzuleiten, an denen wir heute arbeiten können, um unserer Vision näher zu kommen. Und diese Vision ist für uns klar:

Europa ist und bleibt zentraler Bestandteil von gewerkschaftlichem Handeln. Der Mensch, die Freundschaft und die Gemeinsamkeiten der Menschen stehen im Mittelpunkt unseres Denkens und bestimmen unseren Blick auf unsere gemeinsame europäische

72 Zukunft.

73 Unser Europa der Zukunft ist frei von Angst und Not. Politische Stabilität,
74 wirtschaftlicher Erfolg und das Überwinden von nationalstaatlichem Denken haben die
75 Populist*innen verdrängt und ersetzt durch ein europäisches Gemeinschaftsgefühl der
76 Freiheit, Gerechtigkeit und der Solidarität.

77 Das Europa der Zukunft ist ein/e globale/r Akteur*in und setzt sich konsequent mit
78 aller Macht für die Umsetzung der universellen Menschenrechte ein und ist leuchtendes
79 Vorbild für den Rest der Welt. Innereuropäische Grenzen sind undenkbar, nachhaltige
80 Industrie und Wirtschaftspolitik ist selbstverständlich und starke europäische
81 Gewerkschaften sorgen für gute und sichere Arbeit in der ganzen Europäischen Union.

82 Die Jugend in Europa ist gut vernetzt und kennt nur noch ein Europa. Sie wählt ein
83 starkes europäisches Parlament und eine europäische Regierung, welche die alten
84 Staaten ersetzt und eine europäische Nationalität bei Bewahrung aller kulturellen
85 Identität geschaffen hat.

86 Soziale Absicherung in allen Lebensphasen schafft Vertrauen in die Demokratie und die
87 Gesellschaft. Vertrauen ist die Grundlage von Freiheit. Freiheit ist die Grundlage
88 von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist die Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Auf
89 diesen Grundlagen organisieren die Menschen im europäischen Staat eine gemeinsame
90 kostenfreie Daseinsvorsorge.

91 Die soziale Demokratie ist die Antwort auf den ungezügelten Kapitalismus der
92 Vergangenheit.

93 Unsere Vision ist international, unsere Solidarität grenzenlos und unser Blick geht
94 immer Richtung Zukunft. Das Leben in Europa und der Welt steht im Zeichen des
95 Wandels, es liegt an uns, ihn zu gestalten.

96

97 **Ursprung:**

98 Landesbezirksjugendausschuss Bayern

Antrag A007: Rassismus und Extremismus bekämpfen, wehrhafte Demokratie

Laufende Nummer: 250

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Gewerkschaften sind eine zentrale Säule im Kampf gegen Rassismus, Extremismus,
2 Populismus und extreme Rechte. Im Betrieb, in der Gesellschaft und in der eigenen
3 Organisation engagieren sich Kolleg*innen für ein demokratisches und solidarisches
4 Miteinander. Respekt und gegenseitige Achtung zählen für uns zu den Werten, für die
5 wir uns einsetzen und streiten, damit sie das Miteinander in unserem Land prägen. Zu
6 diesem Grundverständnis, wie wir in unserem demokratischen Land leben wollen, gehört,
7 den kulturellen Hintergrund von Menschen, die zu uns kommen, als Bereicherung zu
8 tolerieren und schätzen zu lernen, aber auch die Anerkennung unserer Werteordnung,
9 von Demokratie und Verfassung.
- 10
- 11 Wir fordern die Politik auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, der Mobilisierung
12 Radikaler jeglicher Orientierung, ob Rechtsradikale, Reichsbürger*innen,
13 Verschwörungstheoretiker*innen oder sonstigen Feinden des zivilisatorischen
14 Fortschritts, entgegenzuwirken. Gemeinsamer Auftrag und Ziel muss die Verteidigung
15 unserer demokratischen Prinzipien gegen alle Formen von Extremismus sein. Wir
16 erwarten alle notwendigen Anstrengungen, die es erfordert, um eine demokratische
17 Diskussions- und Entscheidungskultur wieder nachhaltig zum Maßstab unseres
18 gesellschaftlichen und politischen Lebens zu machen.
- 19
- 20 Vertrauen in staatliches Handeln und die Akzeptanz seiner demokratischen
21 Institutionen sind wesentliche Voraussetzungen für Stabilität und Zusammenhalt in
22 einer Gesellschaft. In einer demokratischen Ordnung müssen Vertrauen und Akzeptanz
23 immer wieder neu erworben werden, insbesondere indem Politik und Staat die
24 elementaren Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse der Bürger*innen gewährleisten. Umso
25 mehr sind in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen, von
26 neuen fundamentalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der weltweiten Corona-
27 Pandemie, klare Prioritäten notwendig. Politische Handlungsstärke und staatliche
28 Wirkungsmacht entstehen aus einer strikten Orientierung an Gemeinsamkeit, statt
29 Gegeneinander, aus einer Orientierung an Solidarität, Respekt und Miteinander. Das
30 wirkt Unsicherheiten entgegen und führt zu einer Politik sozialer Stabilität.
- 31 Extremist*innen jeglicher Couleur und Radikale eint der Versuch, diese Stabilität zu

erschüttern, zu spalten und die Menschen gegeneinander zu treiben. Damit stehen diese Kräfte im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Überzeugungen und Werten.

34

Die Freiheit des Glaubens ist fester Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die ungestörte Religionsausübung hat Verfassungsrang, ist von jedermann zu respektieren und im Zweifel mit staatlicher Macht zu garantieren. Umso unerträglicher ist es, dass jüdisches Leben in Deutschland infrage gestellt wird und ein zunehmender Antisemitismus Menschen dieser Glaubensrichtung in Angst um ihre Sicherheit versetzt und die selbstverständliche Ausübung ihrer Religion angreift. In wacher Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung und den Massenmord an Menschen jüdischen Glaubens muss jegliche Form von Antisemitismus von allen gesellschaftlichen Gruppen entschieden verfolgt und bekämpft werden. Das ist nicht nur unserer historischen Verantwortung geschuldet, sondern auch unseren Werten und der Ordnung unseres Zusammenlebens, wie sie im Grundgesetz verankert sind.

46

Die IG BCE versteht sich als Teil einer demokratischen Allianz gegen jegliche Formen und gegen ein Erstarken des Antisemitismus. Um dem entgegenzutreten, müssen unter anderem schulische und außerschulische Bildungsmaßnahmen verstärkt werden. Dazu gehört, Erinnerungskultur in der Gesellschaft wach zu halten, zumal immer weniger Augenzeug*innen hautnah über die Gräueltaten der Nazidiktatur und über die Todesfabriken in den Konzentrationslagern berichten können. Wir fordern die Politik auf, gemeinsam mit den Unternehmen Konzepte zu entwickeln, damit alle Auszubildenden während oder in der Ausbildungszeit mindestens einmal eine Gedenkstätte besuchen können.

55

Die Verteidigung demokratischer Werte umfasst auch den virtuellen Raum. Wir fordern eine konsequente Verfolgung und Bestrafung der Verbreitung beleidigender, extremistischer, sexistischer und rassistischer Äußerungen in den sozialen Medien und darüber hinaus. Hier kann und muss insbesondere die Antidiskriminierungsstelle des Bundes intensiver tätig sein, gemeinsam mit den entsprechenden Stellen der Länder. Wie fordern eine auf Dauer angelegte staatliche Strategie, die Konzepte zur Aufklärung entwickelt und verfolgt, gesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie verlässlich fördert, gleichzeitig konsequent demokratie- und menschenfeindliche Kommunikation mit den Instrumenten des Rechtsstaates ahndet. Die Social-Media-Anbieter*innen sind dabei eindeutig und durch Gesetz in die Pflicht zu nehmen. Erklärungen zur losen Selbstverpflichtung sind keineswegs ausreichend. Facebook und Co. müssen mit verbindlichen Regelungen Verantwortung für das übernehmen, was in ihren Medien veröffentlicht wird, so wie das ganz selbstverständlich auch für Printmedien, Fernsehen und Rundfunk gilt. Der Datenschutz und die persönliche Meinungsfreiheit sind zu respektieren, finden aber da ihre Grenze, wo willentlich Gesetze ignoriert und die Grundlagen unseres Zusammenlebens beschädigt werden. Gleichzeitig muss die Strafverfolgung intensiviert werden. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und entsprechende Qualifizierungen der zuständigen Behörden sind in dem Maße voranzutreiben, wie sich Extremist*innen über

75 Grenzen hinweg vernetzen.

76

77 Die Förderung und Unterstützung demokratischer Willensbildung ist ein traditioneller
78 gewerkschaftlicher Wert. Unser Streben und Handeln gelten der Solidarität und
79 Meinungsfreiheit, dem fairen Aushandeln von bestmöglichen Regelungen und der
80 gegenseitigen Wertschätzung. Wir fordern deshalb, dass Vereinigungen, die dem
81 Extremismus in jeglicher Form entgegenwirken, mehr öffentliche Unterstützung
82 bekommen. Wir schätzen die Arbeit der Gelben Hand und fordern zu deren Unterstützung
83 auf.

84

85 Wir sehen, dass die aktuelle politische Situation auch von uns ein verstärktes
86 Engagement in Sachen Demokratieförderung fordert. Wir werden deshalb weitere Projekte
87 im Betrieb initiieren und dabei der IG BCE nahestehende Organisationen und
88 Institutionen einbinden, wie das beispielhaft mit dem Projekt „Coole Demokratie“ des
89 Qualifizierungsförderwerks Chemie gelungen ist. Etablierte Formate, wie die
90 Internationalen Wochen gegen Rassismus, werden wir noch stärker nutzen.

91

92 Wir wollen den Anteil an Betriebsvereinbarungen gegen Rassismus und Extremismus und
93 gemeinsamer Absichtserklärungen mit den Unternehmen, dem entgegenzutreten, deutlich
94 erhöhen. Wir bringen mehr spezifische Aktivitäten, insbesondere für junge Menschen,
95 in unseren Bildungsprogrammen auf den Weg.

96

97 Demokratie im Betrieb verträgt sich nicht mit Ausgrenzung oder Spaltung. In
98 Vorbereitung auf die Betriebsratswahlen 2022 werden wir deshalb unsere verbindenden,
99 gewerkschaftlichen Werte in den Unternehmen thematisieren, unter anderem mit dem
100 Standpunktepapier „Charta für Mitbestimmung“ und entsprechenden
101 Bildungsveranstaltungen. Allen Versuchen, die Betriebsratswahlen für extremistische
102 und separatistische Zwecke zu missbrauchen, werden wir mit aller Entschiedenheit
103 entgegentreten. Alle Angriffe auf unsere Betriebsrät*innen, werden wir mit
104 Entschlossenheit und der gemeinsamen Kraft unserer IG BCE zurückweisen.

105

106 Wir werden uns überall mit einer klaren und harten Haltung von der AfD und anderen
107 undemokratischen Gruppierungen abgrenzen. Der Wertekontext gewerkschaftlichen
108 Handelns und die verpflichtende Orientierung an den Interessen der Arbeitnehmer*innen
109 sind dabei unser in der IG BCE-Satzung verankerter Maßstab. Menschenfeindlichkeit und
110 Rassismus sind nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der IG BCE. Die AfD ist
111 nach unserer Auffassung eine im Kern auf Spaltung und Gegeneinander angelegte Partei.
112 Sie hat sich in ihrer Programmatik und in ihrem politischen Handeln als im Kern
113 rassistisch, nationalistisch, menschenverachtend, demokratie- und
114 gewerkschaftsfeindlich erwiesen. Sie ist zwar demokratisch gewählt, aber keine
115 demokratische Partei. Die IG BCE fordert daher, die AfD konsequent unter Beobachtung
116 des Verfassungsschutzes zu stellen.

117

118 **Begründung:**

119 Respekt und gegenseitige Wertschätzung sind zentrale Pfeiler unseres Zusammenlebens.
120 Deswegen treten wir Hass und Hetze, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus mit
121 aller Kraft entgegen.

122

123 Dem Staat kommt dabei die zentrale Aufgabe des Staates zu, alle Chancen zu ergreifen,
124 um Demokratie zu fördern und Bedrohungen zu verhindern. Die Bürger*innen müssen
125 darauf vertrauen können, dass die wehrhafte Demokratie ihren Gegner*innen
126 entschlossen begegnet und Unsicherheiten bekämpft, die diese für ihre Zwecke
127 instrumentalisieren wollen. Schlicht wahrheitswidrige Propaganda, als Fake-News
128 verharmlost, ist einzugrenzen und zu widerlegen. Gewerkschaften und andere
129 gesellschaftliche Gruppierungen müssen diesen Prozess begleiten und mit eigenen
130 Konzepten und Aktivitäten unterstützen. Erfolgreich werden wir sein, wenn sich jede*r
131 an seinem/ihren Platz und mit seinem/ihren Möglichkeiten beteiligt.

132

133 Gemeinsam muss entschieden gehandelt werden, gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus
134 und wachsenden, das gesellschaftliche Miteinander zerstörenden, Hass. Die IG BCE wird
135 gemeinsam mit allen DGB-Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft mit aller
136 Entschlossenheit die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.

137

138 **Ursprung:**

139 Hauptvorstand

Antrag A008: Rechtsextremismus und Faschismus bekämpfen – für eine solidarische Gesellschaft

Laufende Nummer: 177

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A007
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE verstärkt bzw. beginnt Kooperationen mit anderen, sich zur freiheitlich-
- 2 demokratischen Grundordnung bekennenden Organisationen und Initiativen, die sich
- 3 gegen Faschismus und Rassismus engagieren.
- 4 Zudem soll die Kraft der Organisation und ihrer Mitglieder noch stärker genutzt
- 5 werden, um friedliche Aktionen zu unterstützen (etwa zu Demonstrationen aufrufen).
- 6 Des Weiteren soll die IG BCE ihre politische Macht intensiver nutzen, um in der
- 7 Politik ein viel stärkeres Engagement für eine solidarische Gesellschaft und gegen
- 8 Faschismus und Rassismus einzufordern. Jegliche Form des gesellschaftlichen und
- 9 politischen Widerstandes gegen einen Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland wie
- 10 auch in Europa muss wachsen.

11

12 **Begründung:**

- 13 In ganz Europa ist der Rechtsextremismus auf dem Vormarsch. In der Folge sind bereits
- 14 in einigen Staaten (z. B. Ungarn, Polen) populistische Parteien an der Macht. Nach
- 15 „Eurorettung“ und „Asylbetrug“ versuchen die Rechtsextremen nun in der „Querdenker-
- 16 Bewegung“ Fuß zu fassen. Dem müssen Gewerkschafter*innen geschlossen entgegentreten.

17

18 **Ursprung:**

- 19 Bezirksvorstand Karlsruhe

Antrag A009: Engagement gegen antidemokratische politische Strömungen

Laufende Nummer: 81

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A007
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Abteilungen wird dazu aufgefordert, sich
- 2 eindeutig und unmissverständlich gegen die zurzeit verstärkt auftretenden
- 3 antidemokratischen Strömungen zu positionieren.

4

5 **Begründung:**

- 6 In den letzten zehn Jahren haben sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland
- 7 (BRD) einige antidemokratische Strömungen ausgebreitet und wurden gesellschaftsfähig.
- 8 Gerade im Zuge der anhaltenden Corona-Pandemie werden immer wieder Stimmen aus dem
- 9 rechten bzw. rechtsradikalen Milieu laut, die der Bundesregierung und den
- 10 demokratisch legitimierten Volksvertreter*innen abwegige und abstruse Vorwürfe
- 11 machen, Verschwörungstheorien verbreiten und die demokratische Grundordnung der BRD
- 12 angreifen. Die IG BCE sollte hier eine klare Position beziehen und sich in den
- 13 politischen Diskurs einbringen. Die Position der IG BCE sollte hier, besonders mit
- 14 Blick auf die Corona-Pandemie, dahingehend sein, dass sachliche Kritiken an den
- 15 aktuellen Maßnahmen gerechtfertigt und durchaus gewünscht sind. Allerdings muss klar
- 16 sein, dass ein energischer und womöglich hitzig geführter Diskurs sich trotzdem an
- 17 Fakten orientieren muss, da er sonst jeglicher Grundlage entbehrt.

- 18 Die IG BCE sollte auch einen klaren Standpunkt zur mutwilligen Verbreitung von
- 19 Fehlinformationen einnehmen, bei dem sie sich geschlossen gegen solche Praktiken
- 20 positioniert.

- 21 Diese Grundregeln müssen für jede politische Diskussion gelten. Mit mehr als 600.000
- 22 Mitgliedern sollte sich die IG BCE stärker für einen konstruktiven politischen Dialog
- 23 einsetzen und darauf hinwirken, dass dieser in angemessener und zivilisierter Weise
- 24 geführt wird.

25

26 **Ursprung:**

- 27 Bezirksfrauenforum Nürnberg

Antrag A010: Rechtsextremismus bekämpfen. Demokratie verteidigen.

Laufende Nummer: 342

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von
- 2 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein und verteidigt wehrhaft unsere Demokratie.
- 3
- 4 Dafür sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- 5 • Die IG BCE baut ihre Anstrengungen für die Demokratieförderung und den Kampf
- 6 gegen Rechts in den Betrieben aus. Dabei unterstützen wir die Betriebsrät*innen,
- 7 zu deutlich mehr Betriebsvereinbarungen gegen Rassismus und für Zusammenhalt und
- 8 Demokratie zu kommen. Zudem sollen demokratiepräventive Projekte und Aktivitäten
- 9 in den Belegschaften aktiv gefördert und weiterentwickelt werden, wie unter
- 10 anderem das Projekt für Auszubildende und ihre Ausbilder*innen „Coole
- 11 Demokratie“ im Landesbezirk Nordost in der Zusammenarbeit mit dem QFC -
- 12 Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH.
- 13 • Die IG BCE wird in allen gewerkschaftlichen Gremien regelmäßig über
- 14 rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, deren Netzwerke und
- 15 Arbeitnehmer*inneninitiativen in Deutschland informieren. Wir entwickeln
- 16 spezifische Bildungsangebote für junge Mitglieder, zeigen Flagge und arbeiten
- 17 mit demokratischen Partner*innen in der Zivilgesellschaft und in Netzwerken
- 18 verlässlich zusammen.
- 19 • Die IG BCE wird in den Reihen ihrer Mitglieder für eine Mitgliedschaft im
- 20 gewerkschaftlichen Kumpelverein „Die Gelbe Hand“ werben. Wir sind überzeugt,
- 21 Deutschland braucht in den anstehenden Wandlungsprozessen mehr und nicht weniger
- 22 Kumpelkultur. Die Gelbe Hand ist unser Symbol.
- 23 • Die IG BCE setzt sich gemeinsam mit dem DGB dafür ein, dass ein bundesweites
- 24 Demokratieförderungsgesetz kommt. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen
- 25 Konsens, der antidemokratisches Verhalten und rassistische Ausgrenzung
- 26 zurückweist und sanktioniert.
- 27 • Die IG BCE sieht in der Partei AfD einen politischen Gegner. Die AfD ist eine im
- 28 Kern ihrer Mitgliedschaft und Programmatik rassistische, menschenverachtende und
- 29 gewerkschaftsfeindliche Partei. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind aber
- 30 mit der Satzung der IG BCE unvereinbar. Darum grenzen wir uns als IG BCE

31 weiterhin konsequent und mit einer klaren Haltung von dieser Partei ab. Die
32 bundesweite Beobachtung der AfD als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz
33 ist überfällig.

34

35 **Begründung:**

36 Gewerkschaften streiten jeden Tag in den Betrieben für Demokratie, Zusammenhalt und
37 gleichwertige Lebensverhältnisse aller Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft,
38 Geschlecht oder sexueller Orientierung. Rassismus und jede Form von gruppenbezogener
39 Menschenfeindlichkeit erteilen wir eine klare Absage. Wir sind bekennende
40 Mitgestalter*innen, Netzwerkbauer*innen und Antifaschist*innen. Unsere Ziele sind
41 gute Arbeit, soziale Sicherheit und Zukunftsperspektiven für alle Beschäftigten.
42 Wir sind überzeugt, Gewerkschafter*innen sind ein stabiler Pfeiler der sozialen
43 Demokratie in unserem Land. Gemeinsam leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag für
44 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den ökonomischen Fortschritt und eine
45 demokratische Diskussions- und Entscheidungskultur. Alle Angriffe, die sich gegen
46 unsere gewerkschaftlichen Werte und die demokratische Grundordnung richten, wehren
47 wir ab. Wir stehen solidarisch in der Mitte unserer Gesellschaft zusammen.

48

49 **Ursprung:**

50 Landesbezirksvorstand Nordost

Antrag A011: Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen

Laufende Nummer: 343

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, seinen Einfluss auf Politik und
- 2 Regierung dahingehend geltend zu machen, dass das Verwenden von Reichs- und
- 3 Reichskriegsflaggen bundesweit im öffentlichen Raum verboten wird.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 Reichsbürger*innen, rechte Verschwörungstheoretiker*innen, aber auch manch sogenannte
- 7 Corona-Leugner*innen, tragen auf Demonstrationen Reichs- und Reichskriegsflaggen vor
- 8 sich her oder hissen diese auf privatem Grund.
- 9 Seit den PEGIDA-Demonstrationen rücken diese Flaggen verstärkt in den Fokus der
- 10 Öffentlichkeit, sie sind weiterhin Symbol nationalsozialistischer und
- 11 ausländerfeindlicher Anschauungen und werden von rechten und rechtsextremen
- 12 Gruppierungen verwendet. Auch die Verwendung dieser Flaggen bei den seit Mai 2020 an
- 13 der B 96 stattfindenden unangemeldeten Demonstrationen drückt eine
- 14 verfassungsfeindliche Gesinnung der Verwender*innen aus. Die Symbolik soll dort vor
- 15 allem die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage stellen.
- 16 Spätestens seit Demonstrierende mit Reichs- und Reichskriegsflaggen versuchten, in
- 17 das Reichstagsgebäude in Berlin einzudringen, wurden diese Flaggen auch mit
- 18 Gewaltbereitschaft verbunden. In der öffentlichen Wahrnehmung stehen Reichs- und
- 19 Reichskriegsflaggen eindeutig für rechtsextremes und verfassungsfeindliches
- 20 Gedankengut und zwar unabhängig davon, wie diese Flaggen historisch eingeordnet
- 21 werden.
- 22 Ihre Verwendung in der Öffentlichkeit, insbesondere wenn dort Reichs- und
- 23 Reichskriegsflaggen in Mehrzahl gezeigt werden, ist regelmäßig geeignet, eine
- 24 einschüchternde Wirkung zu erzielen. Die Verwender*innen demonstrieren damit ihre
- 25 ablehnende demokratische Haltung, sie treten für die Abschaffung unserer
- 26 freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein. Die Verwendung stellt eine nachhaltige
- 27 Beeinträchtigung der Voraussetzungen für ein geordnetes, staatsbürgerliches
- 28 Zusammenleben und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar. Dies gilt auch
- 29 für auf Privatgrund gehisste Reichs- und Reichskriegsflaggen, die erkennbar eine
- 30 Wirkung auf die Öffentlichkeit erzielen sollen.
- 31 Wir nehmen es nicht hin, dass rechte Gruppen und Personen mit Symbolen
- 32 nationalsozialistischer Anschauungen den öffentlichen Raum beanspruchen.

33 Die Verwendung dieser Flaggen sehen wir als Angriff auf den gesellschaftlichen
34 Zusammenhalt, unseres demokratischen Zusammenlebens und als Gefahr für die
35 öffentliche Ordnung.

36

37 **Ursprung:**

38 Bezirksfrauenausschuss Cottbus

39

Antrag A012: Solidarisch mit der Gelben Hand e.V. zusammenarbeiten

Laufende Nummer: 149

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE mit all ihren Gremien dazu beiträgt, die Arbeit des Vereins „Mach’
2 meinen Kumpel nicht an - für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.“, auch bekannt
3 unter „Die Gelbe Hand e.V.“, mehr zu bewerben. Dadurch möchten wir dazu beitragen,
4 mehr Fördermitglieder für den Verein zu gewinnen, um Fremdenfeindlichkeit und
5 Rechtsradikalismus entschlossen entgegenzutreten.

6

7 **Begründung:**

- 8 Die Aufklärungsarbeit des Vereins „Mach’ meinen Kumpel nicht an - für
9 Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.“ ist sinnvoll und notwendig, da die Themen,
10 wie zum Beispiel Rassismus und Diskriminierung, zentrale Themen in unserer
11 Gesellschaft sind.
- 12 An der politischen Lage in Deutschland kann man sehen, dass hier eine deutliche
13 Tendenz in den rechten Bereich zu erkennen ist. Am Beispiel der Kommunalwahlen in NRW
14 sieht man, dass die AfD mehr Stimmen verzeichnen konnte (5,1 %) als im Jahr 2014 (2,6
15 %). Die Arbeit der „Gelben Hand e.V.“ steuert gegen diesen politischen Rechtsruck.
- 16 Wenn man dazu betrachtet, dass dieser Verein von dem DGB gegründet wurde, wozu auch
17 die IG BCE gehört, und man dann die Mitglieder mit den ungefähren Fördermitgliedern
18 vergleicht, so kommt man zu dem Ergebnis, dass 2.100 Fördermitglieder auf etwa 6
19 Millionen DGB-Mitglieder (was einen Anteil von 0,00035 % ausmacht) nicht akzeptabel
20 sind.
- 21 Wir als Jugend müssen versuchen, die „Gelbe Hand“ zu einem selbstverständlichen Thema
22 zu machen, beispielsweise ihre Arbeit in der politischen Viertelstunde auf Seminaren
23 vorstellen oder Veranstaltungen zusammen mit der „Gelben Hand“ veranstalten. Dazu
24 könnte man das Logo mit in die E-Mail-Signatur oder in Rundschreiben aufnehmen.
- 25 Diese Maßnahmen können dazu beitragen, die gute Arbeit der „Gelben Hand e.V.“
26 präsenter werden zu lassen.

27

28 **Ursprung:**

- 29 Bezirksjugendausschuss Recklinghausen

Antrag A013: Verbreitung der Gelben Hand in Ausbildungszentren und Betrieben

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A012
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Alltagsrassismus ist schon immer ein gravierendes Problem in unserer Gesellschaft und
- 2 auch in unseren Betrieben.
- 3 Im Alltagssprachgebrauch wird mit Rassismus die bewusste oder auch unbewusste
- 4 Herabwürdigung von Menschen anderer Hautfarbe oder ethnischer Herkunft beschrieben.
- 5 Manche Herabwürdigungen werden offen bekannt und/oder mit verbaler oder körperlicher
- 6 Gewalt verbunden, wodurch sie leichter als solche zu erkennen sind. Unterschweiliger
- 7 Rassismus ist hingegen oft nicht so einfach als solcher zu erkennen, weshalb er
- 8 häufig toleriert wird.
- 9 Vor allem junge Betroffene haben es häufig schwer, etwas dagegen zu unternehmen, da
- 10 ihnen die notwendigen Kompetenzen und die Sprachfähigkeiten fehlen. Der Verein „Mach'
- 11 meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und
- 12 Rassismus e.V.“, bekannt auch als „Kumpel-Verein“ oder „Gelbe Hand“, kann den
- 13 Betroffenen die nötige Unterstützung bieten und sollte daher stärker in unsere
- 14 Betriebe eingebunden werden.
- 15 **Gelbe Hand in Ausbildungszentren und Ausbildungsstätten:**
- 16 Wir fordern, dass die IG BCE- und DGB-Jugend mit all ihren Gremien auf die
- 17 Ausbildungsstätten einwirkt, damit die Gelbe Hand den notwendigen Zugang zu den
- 18 Ausbildungsstätten (z. B. auch Berufsschulen) und Ausbildungszentren erhält. Die
- 19 Gelbe Hand ist Teil des gewerkschaftlichen Engagements gegen Rassismus,
- 20 Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Zu ihrem Anliegen gehört auch, die
- 21 Kolleg*innen im Betrieb vor Rassismus zu schützen.
- 22 Um diesen Schutz bestmöglich zu gewährleisten, ist es wichtig, bereits in der
- 23 Ausbildung Präventionsmaßnahmen gegen die Entstehung von Rassismus durchzuführen.
- 24 Durch Veranstaltungen, Workshops und Aktionsstände vor Ort soll die Gelbe Hand
- 25 gemeinsam mit den Azubis an diesen Themen arbeiten. Hier werden u. a. Newsletter und
- 26 Bildungsmodule vorgestellt, die eine gewisse Konfliktkompetenz fördern und den
- 27 richtigen Umgang mit verbalen Attacken (z. B. rassistischen Sprüchen) vermitteln.
- 28 Um die Gelbe Hand dabei zusätzlich zu unterstützen, fordern wir den
- 29 Bundesjugendausschuss dazu auf, Materialien wie Poster, Flyer, Präsentationen,
- 30 Ansprache-Konzepte etc. den JAVen zur Verfügung zu stellen, die auch für JA-

31 Versammlungen benutzt werden können.

32 Mit diesen Materialien soll es den JAVen ermöglicht werden, einfach auf Azubis
33 zuzugehen und sie zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
34 aufzuklären.

35 **Verstärkte Teilnahme von JAVen an Gelbe-Hand-Schulungen:**

36 Die ersten Ansprechpartner*innen eines jeden Auszubildenden sind die Jugend- und
37 Auszubildendenvertretungen. Jede JAV ist nach dem
38 § 70 Abs. 4 BetrVG dazu verpflichtet, die Integration ausländischer, in § 60 Abs. 1
39 BetrVG genannter Arbeitnehmer*innen im Betrieb zu fördern und entsprechende Maßnahmen

40 beim Betriebsrat zu beantragen.

41 Um dieser Aufgabe im erforderlichen Maße nachkommen zu können, sollten sich JAVen zu
42 diesem Thema intensiver schulen und weiterbilden lassen.

43 Daher fordern wir, dass die JAVen stärker dazu bewegt werden, sich für Workshops,
44 Schulungen etc. der Gelben Hand anzumelden und auch, dass Seminare nach § 37.6 BetrVG
45 hierzu angeboten werden oder dieses Thema in bestehende Seminare integriert wird. Nur
46 wer seine Rechte und Möglichkeiten kennt, kann diese auch anwenden.

47

48 **Begründung:**

49 Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind leider heutzutage immer noch
50 ein großes Problem unserer Gesellschaft.

51 Oft kommt es vor, dass im Betrieb oder in der Berufsschule Schüler*innen/Azubis heute
52 noch belästigt und beleidigt werden. Die meisten Menschen wissen nicht, wie man in
53 solch einer Situation reagieren kann. Viele junge Menschen haben in solchen
54 Konfliktsituationen keine Konter parat oder sind einfach nur sprachlos.

55 Gerade in Zeiten, in denen sich alte und neue Nazis wieder verstärkt zu Wort melden,
56 ist es wichtig, das kritische Bewusstsein für eine wehrhafte Demokratie zu stärken
57 und den Mut zur Zivilcourage zu fördern. Auf rassistische Äußerungen dürfen wir nicht
58 mehr sprachlos reagieren. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten. Wir wollen immer
59 wieder aufzeigen, dass es nie wieder Faschismus geben darf und es wichtig ist, sich
60 für Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen. Dies lässt sich durch die
61 Unterstützung gewerkschaftsnaher Vereine wie der Gelben Hand umsetzen. Dafür müssen
62 wir sie verstärkt einbinden.

63 Vor allem Alltagsrassismus ist ein großes Thema, das wir gemeinsam mit der Gelben
64 Hand angehen müssen. Da es einer der subtilsten Arten von Rassismus ist, findet
65 Alltagsrassismus sehr oft Toleranz und wird klein geredet mit Sprüchen wie: „Das war
66 ja nur Spaß“ oder: „Versteht du keinen schwarzen Humor“. Vielen Menschen ist es
67 vielleicht auch gar nicht bewusst, dass sie mit ihren „harmlosen“ Äußerungen jemand
68 anderen verletzen können.

69 Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass wir mit der Gelben Hand und den JAVen
70 zusammenarbeiten, um aufzuklären und gegen jegliche Form von Rassismus vorzugehen.

71 Gerade durch die Workshops der Gelben Hand in den Ausbildungszentren werden viele
72 wichtige Vorgehensweisen geliefert, wie man mit rassistischen Äußerungen umgeht.

73 Dies trägt dazu bei, dass die Jugend auf solche Szenarien vorbereitet wird und vor
74 allem wird auch klargestellt, dass die Azubis und Schüler*innen in solchen, wie auch
75 in anderen Fällen, niemals alleine stehen.

76

77 **Ursprung:**

78 Bezirksjugendausschuss Köln-Bonn

Antrag A014: Solidarisch und gerecht - Soziale Sicherheit in der Transformation

Laufende Nummer: 257

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Eine Wirtschaft, die auf Wettbewerb als treibendes Prinzip setzt und
- 2 marktwirtschaftlich organisiert ist, braucht als Gegengewicht den sozialen Ausgleich
- 3 wirtschaftlichen Handelns. Andernfalls führt das Ungleichgewicht von Macht und
- 4 Möglichkeiten zu nackter Ausbeutung der abhängig Beschäftigten und empörender
- 5 Ungerechtigkeit, in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, beim
- 6 Gesundheitsschutz und bis zur Verteilung von Bildungschancen. Aus diesem Grund haben
- 7 sich die Arbeitnehmer*innen zu Beginn der Industrialisierung zu Gewerkschaften
- 8 zusammengeschlossen und seitdem Teilhabe an Wachstum und Wohlstand sowie eine
- 9 sozialstaatliche Absicherung der großen Lebensrisiken erstritten. Das ist die Basis,
- 10 auf der sich individuelle Freiheiten für die Beschäftigten in der Realität entwickeln
- 11 - und kein Klassenprivileg bleiben.
- 12 Solidarität im gewerkschaftlichen Sinne ist keine ausschließlich moralische
- 13 Kategorie, sondern ein grundlegendes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches
- 14 Gestaltungsprinzip. Wo das verwirklicht ist, sind die Arbeitnehmer*innen weder
- 15 Bittsteller*innen, noch bedürfen sie der öffentlichen Fürsorge. Ihren Anspruch auf
- 16 soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und auf sozialen Schutz durch den
- 17 Sozialstaat leiten sie selbstbewusst aus eigener Arbeits-, Steuer- und
- 18 Beitragsleistung ab.
- 19 Die soziale Ordnung der Arbeitswelt und ihre gewerkschaftliche Gestaltung sind der
- 20 Ausgangspunkt für echte Teilhabe der Arbeitnehmer*innen in ihrer großen Mehrheit. Wo
- 21 das fehlt, fehlt es am Ende an sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit, in Wirtschaft
- 22 und Gesellschaft, insgesamt.
- 23 Das bestätigen die Erfahrungen der Corona-Krise: Erst eine stabile, gewerkschaftlich
- 24 geprägte Ordnung der Arbeitswelt vermittelt die Gewissheit, vor existenziellen
- 25 Risiken abgesichert zu sein. Zum Beispiel, wenn das Kurzarbeitergeld durch
- 26 Tarifvertrag vom Arbeitgeber aufgestockt wird. Auch Kranken- und Arbeitslosengeld
- 27 sind in ihrer Höhe vom Verdienst abhängig, genauso wie die spätere Rente. Für die
- 28 abhängig Beschäftigten setzt die gewerkschaftliche Tarifpolitik die Standards für
- 29 Gute Arbeit, die wiederum eine gute Alterssicherung und das Niveau der Leistungen aus
- 30 den Sozialversicherungen definieren. Wo das nicht oder nicht ausreichend gegeben ist,
- 31 reicht allein das Kurzarbeitergeld genauso wenig zum Leben wie die spätere Rente.

Selbst ein gut ausgebautes System sozialer Sicherung bleibt daher in seinem Leistungsniveau auf "Gute Arbeit" mit möglichst flächendeckender tariflicher Gestaltung und Garantie angewiesen. Die wachsende Bedeutung der Notlösung staatlich gesetzter Mindeststandards - ob Mindestlohn oder Grundrente - führt dagegen zu einem drastischen Verlust an Sozialstaatlichkeit. Ohne Trendumkehr ist zu befürchten, dass weder künftige Krisen noch der Strukturwandel im Zuge der Transformation ohne dramatische soziale Verwerfungen gestaltbar sein werden.

Auch die unterschiedlichen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens stellen dafür keine Lösung dar, sondern schreiben die Logik einer sozialen Absicherung auf Mindestniveau fort. Sie stehen im Widerspruch zum gewerkschaftlichen Anspruch, das Recht auf Gute Ausbildung, Arbeit und Alterssicherung überall und für alle Arbeitnehmer*innen durchzusetzen.

Wir arbeiten deshalb weiter mit Nachdruck an unserem Ziel, das Gestaltungsprinzip der Solidarität zur Geltung zu bringen. Und das bedeutet:

- Das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats braucht die Ergänzung durch ein individuellen Risiken vorbeugendes Handeln im Betrieb und den Unternehmen - in der Altersvorsorge genauso wie beim Gesundheitsschutz.
- Statt der Absicherung auf Basis staatlich gesetzter Mindeststandards muss die beitragsbezogene Sicherheit auf der Grundlage "Guter Arbeit" durchgesetzt werden - überall dort, wo neue und alte Formen der Ausbeutung dem entgegenstehen.
- Prinzipiell darf es keine Ausnahmen von der Versicherungspflicht geben, die entweder als ungerechtfertigte Privilegien daherkommen und den Solidarbeitrag verweigern; oder wenn sie als Verweigerung von sozialem Schutz Einfallstore für Ausbeutungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt öffnen.

Auf dieser Grundlage setzt sich die IG BCE für eine umfassende Stärkung des gewerkschaftlich erkämpften und mitgestalteten Systems sozialer Sicherheit ein. Die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats muss sich gerade in den Herausforderungen der digitalen und klimapolitischen Transformation sowie unter den Bedingungen des demografischen Wandels beweisen. Das verlangt nach Modernisierung und Reform:

- Erwerbstätige erlangen durch ihre Sozialbeiträge verfassungsrechtlich geschütztes, soziales Eigentum.
- Die zukünftige Finanzierung der Sozialsysteme muss stärker unter dem Gesichtspunkt von Gerechtigkeit ausgehandelt werden. Bisher nicht im Renten- und Unfallversicherungs-System Versicherte (z. B. Beamt*innen, Selbstständige usw.) müssen mittelfristig mit einbezogen werden (Erwerbstätigenversicherung).
- Die Kranken- und Pflegeversicherung bauen wir zu einer Bürger*innenversicherung um.
- Für diese Systeme bleiben Beiträge aus Erwerbseinkommen die zentrale Finanzierungsbasis.

- Eine wirkungsvolle Selbstverwaltung sichert die demokratische Beteiligung der Versicherten. Als Teil der sozialen Selbstverwaltung gestalten wir als Gewerkschaft das soziale Sicherungssystem der Zukunft aktiv mit.
- Die Arbeitslosenversicherung wollen wir in eine Arbeitsversicherung umwandeln, um Menschen präventiv durch Weiterbildung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit zu schützen.
- Vor dem Hintergrund ausreichender finanzieller Ressourcen brauchen wir einen höheren steuerfinanzierten Anteil an den Sozialversicherungen.
- Wir wenden uns gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen.
- Die Grundsicherung muss ein menschenwürdiges Leben von Langzeitarbeitslosen sichern und sich um die Integration in den Arbeitsmarkt bemühen. Das Grundsicherungssystem muss entbürokratisiert und Bedürftigkeitsprüfungen entschärft werden.

Begründung:

Die Erwerbsarbeit ist zentraler Bestandteil des Sozialstaates in der Transformation. Sie bildet die wirtschaftliche Basis für ein selbstbestimmtes Leben und für die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems.

Der Sozialstaat sichert eine dauerhafte, unbürokratische, steuerfinanzierte Grundversorgung, wenn eine Beteiligung am Erwerbsleben nicht mehr möglich ist. Diese gestattet eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und unterstützt beim Wiedereinstieg in Erwerbsarbeit.

Der Sozialstaat in der Transformation ist vorausschauend und vernetzt die verschiedenen politischen Handlungsfelder wie Bildungs-, Struktur- und Industriepolitik sowie die unterschiedlichen Zweige der sozialen Sicherung miteinander. Er wirkt präventiv und sorgt für Chancengerechtigkeit.

Der Sozialstaat in der Transformation muss neben der materiellen Existenzsicherung die Teilhabe am Arbeitsleben, den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und die Verhinderung einer unterwertigen Beschäftigung sichern. Der Erhalt einer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verwertbaren Qualifikation wird aufgrund der beschleunigten technischen Entwicklung und den strukturellen Veränderungen immer wichtiger. Eine unterwertige Beschäftigung würde eine Dequalifizierung in Kauf nehmen, damit würden die langfristigen Beschäftigungschancen beeinträchtigt und die Sicherung des Fachkräftepotenzials für die deutsche Wirtschaft gefährdet.

Vor diesem Hintergrund benötigt der Sozialstaat in der Transformation ausreichende finanzielle Ressourcen, um die neuen Herausforderungen bestehen zu können.

Erwerbsarbeit beinhaltet auch Identifikation und Teilhabe. Deshalb muss es Aufgabe des Sozialstaates bleiben, alle Arbeitsfähigen in Arbeit zu vermitteln. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Beruhigungsspielle für Menschen auf dem Abstellgleis und widerspricht dieser Sozialstaatsauffassung.

Die derzeitige Form der Grundsicherung (Hartz IV) ist eine Begründung für die

114 zunehmende Akzeptanz des Modells des bedingungslosen Grundeinkommens.
115 Unsere Forderung nach „Guter Arbeit“ gilt für alle, auch für Arbeitslose.
116 Erwerbsarbeit bedeutet mehr als wirtschaftliches Auskommen. Sie schafft auch die
117 Möglichkeit von Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Anerkennung. Deshalb
118 bleibt es unser Ziel, allen einen Zugang zur Erwerbsarbeit unter guten
119 Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würde
120 dieser gesellschaftspolitische Anspruch durch eine Alimentierung von Erwerbslosen auf
121 einem Mindestniveau konterkariert. Dies ist mit unserem gesellschaftspolitischen
122 Verständnis eines solidarischen Sozialstaates nicht vereinbar.

123

124 Das Setzen auf das bedingungslose Grundeinkommen würde einen Abschied von der
125 gewerkschaftlichen Forderung nach einem Recht auf gute Arbeit bedeuten. Beides
126 zusammen widerspricht sich. Für die IG BCE kommt es nicht in Frage, dieses Recht auf
127 gute Arbeit als Forderung aufzugeben, denn dann endet das Grundeinkommen in einer
128 „Schweigeprämie“ für diejenigen, die ausgegrenzt sind, raus aus dem Arbeitsleben,
129 raus aus den Betrieben und um die man sich nicht mehr kümmern will. Dies ist mit
130 unserem gesellschaftspolitischen Verständnis eines solidarischen Staatswesens nicht
131 vereinbar.

132

133 **Ursprung:**

134 Hauptvorstand

Antrag A015: Berufsunfähigkeitsversicherung für Alle

Laufende Nummer: 462

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Darmstadt
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE und ihre Gremien dafür einsetzen, dass die
- 2 Berufsunfähigkeitsversicherung für alle Arbeitnehmer*innen ohne Einschränkungen
- 3 zugänglich gemacht wird, ohne dass Vorerkrankungen oder Schwerbehinderungen
- 4 ausgeschlossen werden.

5

6 **Begründung:**

- 7 Oftmals haben sich Arbeitnehmer*innen im Falle einer Berufsunfähigkeit abgesichert.
- 8 Vielen Kolleg*innen bleibt diese Form der Absicherung jedoch verwehrt. Gründe hierfür
- 9 sind Vorerkrankungen oder Schwerbehinderungen. Leider sind die
- 10 Berufsunfähigkeitsversicherungen so aufgestellt, dass genau diese Vorerkrankungen
- 11 oder die Bereiche der Schwerbehinderung nicht abgesichert sind oder aber die
- 12 Betroffenen gar nicht erst versichert werden. Dies widerspricht dem Art. 3 unseres
- 13 Grundgesetzes: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die IG BCE soll sich
- 14 deshalb für eine Gleichberechtigung und somit das Recht auf Absicherung vor
- 15 Berufsunfähigkeit dieser Menschen einsetzen.

16

- 17 Eine weitere Möglichkeit wäre es auch, diesen Beschäftigten durch einen
- 18 Kollektivvertrag im Rahmen von Tarifverträgen, angelehnt an die
- 19 Pflegezusatzversicherung im Flächentarif Chemie, Versicherungsmöglichkeiten
- 20 zugänglich zu machen.

21

22 **Ursprung:**

- 23 Vertrauenskörper Merck Darmstadt

Antrag A016: Sicherstellung der demokratischen Beteiligung durch Selbstverwaltungsgremien

Laufende Nummer: 465

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Darmstadt
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE und ihre Gremien dafür einsetzen, dass die derzeitige
- 2 demokratische Beteiligung der Versicherten durch die Selbstverwaltungsorgane in den
- 3 Kranken-, Pflege- und Rentenkassen sichergestellt wird.

4

5 **Begründung:**

- 6 Der derzeitig amtierende Bundesgesundheitsminister - Jens Spahn, CDU - startet immer
7 wieder Versuche, die demokratische Beteiligung der Versicherten durch die
8 Selbstverwaltungsorgane zurückzufahren. Mit Begründung der Überalterung dieser
9 Gremien, die durchaus in vielen Fällen vorliegt, möchte er die Gremien und Organe
10 verkleinern oder stellt gar die Sinnhaftigkeit im Allgemeinen in Frage. Dagegen
11 müssen wir uns als basisdemokratische Organisation positionieren und somit auch noch
12 einmal den Stellenwert der Selbstverwaltungsorgane unterstreichen. Die IG BCE soll
13 ihren politischen Einfluss geltend machen und für den Erhalt der
14 Selbstverwaltungsorgane eintreten.

15

16 **Ursprung:**

- 17 Vertrauenskörper Merck Darmstadt

Antrag A017: Zukunft der Alterssicherung. Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge, gesetzliche Rente stabilisieren.

Laufende Nummer: 259

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Die IG BCE setzt sich auf politischer Ebene für die nachhaltige Stabilisierung des
2 Rentenniveaus und eine weitere Anhebung über das Jahr 2030 hinaus ein. Wir fordern
3 die Stabilisierung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern auf heutigem Stand von 48 %
4 (Haltelinie), mit dem Ziel einer Anhebung auf mindestens 50 % (Ziellinie). Wir setzen
5 uns weiterhin dafür ein, dass die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen
6 Rahmenbedingungen geschaffen werden, dieses Ziel zu realisieren. Dabei ist uns
7 bewusst, dass auch dies nicht zwangsläufig eine Lebensstandardsicherung im Alter
8 garantiert. Wir sehen daher in der Kombination aus gesetzlicher und betrieblicher
9 Rente gute Chancen, eine bessere Lebensqualität im Alter zu erreichen.

10

11 **Erhöhung des Bundeszuschusses zur Dämpfung des Beitragssatzanstiegs**

12 Um das Rentenniveau vor weiterem Absinken zu schützen und den Beitragssatz zur
13 gesetzlichen Rentenversicherung dabei trotzdem auf einem verträglichen Niveau zu
14 halten, fordert die IG BCE die Erhöhung des Bundeszuschusses in Form eines
15 Demografiebeitrags aus Steuermitteln, der bedarfsgerecht eingebracht wird. Dies ist
16 jedoch nur ein Baustein bei der Lösung der beschriebenen Herausforderung. Ein
17 Grundsatz gilt dabei für uns weiterhin: Das Äquivalenzprinzip ist und bleibt für uns
18 maßgebend bei der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Daher müssen auch
19 künftig Rentenzahlungen vor allem aus Beiträgen finanziert werden.

20

21 **Einführung einer Erwerbstätigenversicherung**

22 Die IG BCE fordert die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung und damit die
23 Erweiterung des Kreises der Beitragszahler*innen der gesetzlichen Rentenversicherung.
24 Hierbei sollten insbesondere (Solo-)Selbstständige und Abgeordnete zeitnah mit
25 einbezogen werden.

26

27 **Zum Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersvorsorge** 28 **Gesunden und flexiblen Renteneintritt ermöglichen**

29 Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnt die IG BCE entschieden ab. Stattdessen muss
30 es weitere Verbesserungen bei der Flexibilisierung des Renteneintritts geben, wie

beispielsweise die Ermöglichung der Teilrente vor dem 63. Lebensjahr. Die IG BCE fordert den Gesetzgeber zudem auf, einfachere Möglichkeiten zu schaffen, die Flexirente (Teilrente) in Anspruch zu nehmen. Entscheidend ist, dass die Hinzuverdienstgrenze und das damit verbundene komplexe Anrechnungsverfahren wegfallen.

Einführung eines von Arbeitgeber*innen finanzierten Mindestbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung

Die IG BCE fordert seitens des Gesetzgebers die Einführung eines durch den*die Arbeitgeber*in finanzierten Mindestbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung, um geringe Rentenansprüche aufgrund geringer Löhne aufzuwerten. Der Mindestbeitrag soll nach 35 Jahren in Vollzeit typisierend zu einer Rente in Höhe des durchschnittlichen Grundsicherungsbedarfs führen. Um dem Verursacher*innenprinzip gerecht zu werden, ist er allein seitens der Arbeitgeber*innen zu bezahlen. Die Beschäftigten zahlen nur den tatsächlichen Anteil ihres Lohns. Darüber hinaus muss die Versicherungspflicht auf Mini- und Midijobs ausgeweitet werden, um Fehlanreize einer nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu mindern. Von diesen Regelungen würden insbesondere Frauen profitieren, da sie statistisch gesehen besonders häufig in Branchen arbeiten, in denen ein niedriges Lohnniveau herrscht und sie dementsprechend niedrige Rentenansprüche erwerben.

Einführungen einer obligatorischen Basisversorgung in der betrieblichen Altersversorgung

Die IG BCE fordert den Gesetzgeber auf, einen obligatorischen Arbeitgeber*innenmindestbeitrag zur betrieblichen Altersversorgung (Basis-bAV) einzuführen. Gerade für Frauen könnten so die strukturellen Hürden, bei der Inanspruchnahme einer betrieblichen Altersversorgung drastisch gesenkt werden. Die Arbeitgeber*innen zahlen nach unserem Vorschlag mindestens ein Viertel der monatlichen Bezugsgröße (derzeit ca. 800 Euro) als Mindestbeitrag pro Jahr pro Kopf für die Beschäftigten in die betriebliche Altersversorgung ein. Ausschließlich tarifgebundene Arbeitgeber*innen bekommen die Hälfte dieses Betrages als zusätzlichen Förderbetrag im Sinne des § 100 EStG aus Steuermitteln erstattet. Für den Durchführungsweg stehen die bisherigen Modelle inkl. des Sozialpartnermodells zur Verfügung. Die Arbeitnehmer*innen können eigene Beiträge im Zuge der bisherigen Entgeltumwandlung einzahlen. Weitergehende tarifliche Vereinbarungen bleiben möglich und können angerechnet werden. Bestehende Systeme der bAV, die eine höhere Absicherung ermöglichen, bleiben davon unberührt.

Kein Obligatorium in der privaten Altersvorsorge

Die IG BCE lehnt ein Obligatorium in der privaten Altersvorsorge zugunsten des obligatorischen Arbeitgeber*innenmindestbeitrags in der zweiten Säule (Basis-bAV) ab. Die Finanzierung der zusätzlichen Altersversorgung darf nicht allein auf die

73 Beschäftigten abgewälzt werden.

74

75 **Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung**

76 Tarifverträge mit Regelungen zur bAV sollen zukünftig leichter für
77 allgemeinverbindlich erklärt werden. Über diesen Weg können weiße Flecken in der
78 Tariflandschaft effektiver geschlossen werden.

79

80 **Begründung:**

81 **Lebensqualität im Alter erhalten - eine Kombination aus gesetzlicher Rente und** 82 **betrieblicher Altersversorgung**

83 Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, Bedingungen zu schaffen, die einen
84 auskömmlichen Ruhestand gewährleisten. Wir müssen in der Politik darauf hinwirken,
85 dass die Rolle der gesetzlichen Rentenversicherung weiter gestärkt wird und über
86 Tarifverträge eine tragfähige betriebliche Altersvorsorge gewährleistet wird, damit
87 unsere Mitglieder im Alter eine bestmögliche finanzielle Absicherung erfahren. Eine
88 auskömmliche gesetzliche Rente allein ist in den seltensten Fällen gleichbedeutend
89 damit, dass zu 100 % an den Lebensstandard während des Erwerbslebens angeknüpft
90 werden kann. Denn während die Höhe der gesetzlichen Rente nur den
91 lebensdurchschnittlichen Verdienst abbilden kann, sollte sich die
92 Lebensstandardsicherung in etwa an der Einkommenssituation vor Renteneintritt
93 orientieren. In der Realität entsteht somit für viele Menschen eine wachsende
94 Versorgungslücke, die geschlossen werden sollte, um den Lebensstandard halten zu
95 können. Den entstandenen zusätzlichen Vorsorgebedarf allein auf die Schultern der
96 Beschäftigten abzuwälzen und sie in eine obligatorische private Altersvorsorge ohne
97 Beteiligung der Arbeitgeber*innen zu drängen, lehnen wir als IG BCE ab. Neben der
98 Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ist also auch der flächendeckende Ausbau
99 der betrieblichen Altersversorgung unser Ziel.

100

101 **Demografischen Herausforderungen begegnen - Demografiebeitrag und** 102 **Erwerbstätigenversicherung**

103 Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland steht die gesetzliche
104 Rentenversicherung vor enormen Herausforderungen. Die Konsequenz: Bleiben Reformen
105 aus, so wird das Rentenniveau weiter sinken und der Beitragssatz weiter steigen. Dies
106 belastet sowohl Beitragszahler*innen als auch Rentner*innen. Insbesondere angesichts
107 der Hochphase des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge müssen konkrete
108 Maßnahmen ergriffen werden, die in Kombination mindestens mittelfristig zu einer
109 Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen. Die
110 Einführung einer Erwerbstätigenversicherung kann den Rückgang der
111 Beitragszahler*innen reduzieren, während die Zahl der Rentenbezieher*innen nur
112 langsam zunimmt. Mittels der zusätzlichen Einnahmen kann der Anstieg des
113 Beitragssatzes bis zu einem gewissen Grad gedämpft werden. Hierzu trägt auch die
114 Erhöhung des Bundeszuschusses aus Steuermitteln bei.

115

116 **Gesund in Rente gehen - flexible Übergänge ermöglichen**

117 Die IG BCE fordert eine echte Flexirente: Die Möglichkeit, eine Flexirente
118 (Teilrente) in Anspruch zu nehmen, muss vereinfacht werden. Entscheidend ist an
119 dieser Stelle, dass die Hinzuverdienstgrenze wegfällt. Nur so kann das Ziel erreicht
120 werden, die Belastung der älteren Beschäftigten mittels Arbeitszeitreduzierung zu
121 verringern und sie bis zur Regelaltersgrenze, ihrer Belastbarkeit angemessen, ins
122 Erwerbsleben einzubinden. Ein Potenzial, das angesichts des massiven
123 Fachkräftemangels und der durch steigenden Arbeitsdruck verursachten zunehmenden
124 gesundheitlichen wie psychischen Belastung nicht weiter ungenutzt bleiben darf. Ein
125 Abrutschen in die volle oder teilweise Erwerbsunfähigkeit muss verhindert werden.

126

127 **Zurück zum Verursacher*innenprinzip - Arbeitgeber*innen-finanzierter Mindestbeitrag**
128 **zur gesetzlichen Rentenversicherung**

129 Geringe Rentenansprüche aufgrund geringer Löhne aufzuwerten, ist nötig, da die
130 Versicherten nicht in der Lage waren und sind, ausreichende Beiträge zu zahlen. Der
131 gesetzliche Mindestlohn führt selbst bei Vollzeit nicht zu einer ausreichenden Rente.
132 Es besteht kein Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung und Arbeitgeber*innen können
133 ungehindert nur (kleine) Teilzeit- statt Vollzeitstellen anbieten. Daher bleibt es
134 sozialpolitisch nötig, geringe Rentenansprüche trotz langer Beitragszeiten aufgrund
135 niedriger Löhne aufzuwerten (Grundrente). Allerdings sind diese Regelungen politisch
136 hoch umstritten, u. a. da sie dem Verursacher*innenprinzip nicht gerecht werden.
137 Besser wäre es, wenn ein Mindestbeitrag zu zahlen wäre, der nach 40 Jahren in
138 Vollzeit typisierend zu einer Rente in Höhe des durchschnittlichen
139 Grundsicherungsbedarfs führen würde. Ein solcher Mindestbeitrag würde die
140 Arbeitgeber*innen, die unzureichenden Löhne zahlen, in die Pflicht nehmen, die Kosten
141 für eine auskömmlichere Rente zu tragen. Es entstünde zugleich ein finanzieller
142 Anreiz, einen höheren Stundenlohn zu zahlen, um die arbeitgeber*innenseitigen Kosten
143 für den zusätzlichen Rentenbeitrag zu senken.

144

145 **Kein Obligatorium in der privaten Altersversorgung - betriebliche Altersversorgung**
146 **ausweiten!**

147 In Zeiten von Niedrig- und Nullzinsen ist auch die betriebliche Altersvorsorge unter
148 Druck. Wir erwarten von der Politik Regelungen, die die Attraktivität dieses Pfeilers
149 auch unter diesen Bedingungen erhalten, denn die Verbreitung der betrieblichen
150 Altersvorsorge stagniert trotz verbesserter Anreize. Lösungsvorschläge, die eine
151 obligatorische Absicherung über die private Altersvorsorge allein zu Lasten der
152 Beschäftigten vorsehen, lehnen wir ab. Dieser Weg wird jedoch auf politischer Ebene
153 immer stärker in den Fokus genommen.

154 Es soll ein obligatorischer Arbeitgeber*innenmindestbeitrag zur betrieblichen
155 Altersvorsorge, wie oben beschrieben, eingeführt werden. Durch diese Regelung, würde
156 der Großteil der Beschäftigten durch die betriebliche Altersvorsorge abgedeckt

157 werden. Das vorgeschlagene Modell verlässt den Pfad der reinen Freiwilligkeit in der
158 zusätzlichen Altersvorsorge und bezieht verpflichtend die Arbeitgeber*innen in die
159 Finanzierung ein.

160

161 **Ursprung:**

162 Hauptvorstand

Antrag A018: Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch Annahme A017
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der IGBCE-Hauptvorstand möge sich gegenüber der Bundesregierung und Politik stärker
- 2 für ein angepasstes wirtschaftliches Rentenniveau und gegen eine weitere Verschärfung
- 3 der Altersarmut einsetzen. Die Einführung der gesetzlichen Grundrente zum 01.01.2021
- 4 wurde als 1. Schritt bereits realisiert.

5

6 **Begründung:**

- 7 Die betriebliche Altersvorsorge sollte jeder/jedem offenstehen. Die Niedrigverzinsung
- 8 macht Privat- und Riester-Renten unattraktiv.

9

10 **Ursprung:**

- 11 Ortsgruppe Rehlingen

Antrag A019: Rente muss zum Leben reichen

Laufende Nummer: 184

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch Annahme A017
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Den Hauptvorstand der IG BCE aufzufordern, gemeinsam mit den anderen
- 2 Mitgliedsgewerkschaften innerhalb des DGBs alles dafür zu tun, dass
- 3 Arbeitnehmer*innen im Alter und bei der Erwerbsminderungsrente eine gute
- 4 Alterssicherung haben, die ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
- 5 Dafür braucht es einen starken Sozialstaat. Sich auf einen schönen Lebensabend freuen
- 6 zu können, ist nur mit einer guten und verlässlichen Alterssicherung möglich. Das
- 7 muss der Anspruch der IG BCE sein.

8

9 **Begründung:**

- 10 Die Rente muss man sich auch leisten wollen. In Österreich, der Schweiz, Frankreich,
- 11 Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Dänemark sind die Renten höher als in
- 12 Deutschland.

- 13 Der Unterschied zeigt sich im OECD-Vergleich:

- 14 Österreich als „Rentenwunder“ gibt rund 14 % des Bruttoinlandsprodukts zur Versorgung
- 15 der Ruheständler aus, Deutschland etwa 9 %. Dies führt dazu, dass mit einer
- 16 Brutto Lohnersatzrate von rund 78 % gerechnet werden kann. In Deutschland kommen wir
- 17 gerade mal auf 38 %. In Österreich gibt es keine Teilprivatisierung (Riester-Rente)
- 18 bei einem seit Jahren stabilen Beitragssatz von 22,8 % (12,55 % AG und 10,25 % AN).
- 19 Im Jahr 2019 erhielt ein/e Rentner*in durchschnittlich 1.966 € brutto.

- 20 Da dieser Betrag 14-mal im Jahr ausgezahlt wurde, betrug die auf 12 Monate
- 21 umgerechnete Rente 2.294 €. Das sind rund 1.000 € mehr als in Deutschland.

- 22 Außerdem besteht die Option, mit 60 Jahren in Rente zu gehen.

- 23 Der gesellschaftliche Widerstand gegen weitere Rentenkürzungen in Deutschland ist
- 24 mittlerweile stark. Es formiert sich eine Bewegung, die deutliche Verbesserungen
- 25 fordert. Getragen werden muss sie von Gewerkschaften, Sozialverbänden und einigen
- 26 sehr aktiven Rentner*innenreformgruppen. Immer klarer wird dabei:

- 27 Die formale Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 % wird nicht reichen. Insbesondere
- 28 den Normalrentner*innen nicht, die demnächst in großer Zahl auch von bescheidenen
- 29 Renten Steuern zahlen müssen und den Kleinst-Rentner*innen schon gar nicht. Es muss
- 30 mehr herauskommen als ein kleiner Rentennachschlag.

31

Worauf es ankommt, ist eine generelle und deutliche Anhebung aller Renten. Es kann und darf nicht sein, dass Deutschland hier weit hinter Ländern wie Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Dänemark und Österreich zurückbleibt. Jede*r kann mit eigenen Augen sehen, dass es möglich ist, zumindest einer gesellschaftlichen Gruppe - den Beamt*innen - monatlich rund 3.000 € brutto Pension zu zahlen. Zudem kann jede*r sehen, wie in nahezu allen Nachbarländern die Rentner*innen im Durchschnitt deutlich besser versorgt werden als hierzulande. Niemand vermag glaubhaft ökonomische Gründe dafür ins Feld zu führen, weshalb in Europas stärkster Wirtschaftsnation das nicht genauso funktioniert.

Die IG BCE soll all ihre Möglichkeiten nutzen für:

- die Beibehaltung der Rente nach 45 Versicherungsjahren und ab 65 Lebensjahren
- die Entgeltumwandlung als tarifliche Altersvorsorge, neben einer Betriebsrente
- die Einführung und Stärkung der Betriebsrente, ohne Doppelbesteuerung
- die Stärkung der Staatsrente durch:
 - das Einzahlen aller Erwerbstätigen in ein Rentensystem

Wie viele Beitragszahler*innen dies bringen kann, zeigt die Anzahl der Sozialversicherungsbeschäftigten von 33,6 Millionen (August 2019). Die Zahl der Erwerbstätigen betrug zum gleichen Zeitpunkt 45,3 Millionen. Eine Erwerbstätigenversicherung hätte also mindestens 10 Millionen mehr Beitragszahler*innen, als es heute in der Rentenversicherung der Fall ist. Gerade die Einbeziehung der Freiberufler*innen und Beamt*innen würde eine enorme Wirkung entfalten. Es handelt sich in der Regel um gutverdienende Personengruppen.

- Abschaffen der Riester- und Rürup-Rente

Es ist eine Illusion, dass die entstehende Differenz mit der Riester-Rente ausgeglichen werden kann. Die Zuschüsse für die Riester-Rente sollten der Deutschen Rentenversicherung zugutekommen. Keine Zuschüsse mehr für die private Vorsorge, dieses Geld muss in die Staatsrente fließen.

- Anheben des Rentenwertes

Eine Anhebung des Rentenwertes von derzeit 33,05 € in West- und 31,89 € in Ostdeutschland auf 45 € würde die Bruttostandardrente von derzeit 1.487,25 € (West) auf 2.025 € (Ost und West) steigen lassen. Die Steigerung des Rentenwertes nutzt allen Geringverdienenden sowie besser Verdienenden. Gleichwohl ergibt sich am unteren Ende insbesondere für jene, die lange Teilzeit gearbeitet haben, noch ein Aufstockungsbedarf. Sie sollten eine Mindestrente erhalten, die mindestens 1.050 € netto beträgt.

72 **Zusammenfassung:**

73 Wir brauchen mehr Vertrauen in die Staatsrente. Wir brauchen eine deutliche Anhebung
74 des Rentenwerts für alle: Um mindestens ein Drittel müsste die Rente für alle
75 steigen. Dadurch kämen wir auf ein Versorgungsniveau vieler westlicher
76 Nachbarstaaten. Gleichzeitig würde die Rentenverschlechterung der vergangenen
77 Jahrzehnte ungefähr ausgeglichen werden. Die demografische Entwicklung steht einer
78 solchen Rentenverbesserung nicht entgegen. Mit der besseren Ausschöpfung des
79 Erwerbspotenziales und der Einführung der Erwerbstätigenversicherung, lässt sich die
80 Zahl der Beitragszahler*innen deutlich steigern. Die finanziellen Mittel für bessere
81 Renten wären da.

82

83 Dieses Ziel ist mit dem Drei-Säulen-Modell nicht erfüllt. Die Bilanz des
84 Rentensystems seit der Riester-Reform ist ernüchternd. Es ist nicht möglich, privat
85 hinter den Lücken her zu sparen, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind,
86 beziehungsweise, was sich noch weiter verschärfen wird. Gerade Geringverdiener*innen
87 sind nicht imstande, zusätzlich vorzusorgen, und drohen in die Altersarmut
88 abzurutschen.

89

90 Ein höherer Bundesanteil, die Konzentration auf die gesetzliche Rente, die
91 Abschaffung der Riester-Rente und die Entgeltumwandlung anstelle einer Betriebsrente,
92 welche die Arbeitgeber*innen zahlen, die Beendigung von politisch verordneten
93 Beitragsausfällen, die Streichung der Beitragsbemessungsgrenze und eine moderate
94 Erhöhung des Beitragssatzes schaffen genug Raum für eine bessere Rente.

95 Die Arbeitgeber*innen haben seit der Einführung der Riester-Reform von einem
96 Finanzgeschenk von 200 Milliarden Euro profitiert. Der Staat hat durch die
97 Niedrigzinspolitik einen Zinsvorteil von 360 Milliarden Euro.

98 Deshalb: Rente muss zum Leben reichen!

99

100 **Ursprung:**

101 Vertrauensleute der Essity Operations Mannheim GmbH

Antrag A020: Absicherung der Regelaltersrente

Laufende Nummer: 185

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch Annahme A017
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass der Hauptvorstand der IG BCE sich beim Gesetzgeber dafür einsetzt, dass keine
- 2 weitere Erhöhung des Lebensalters für eine Rente ohne Abzüge erfolgt.
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5 In immer wiederkehrenden Abständen wird in der politischen Landschaft die weitere
- 6 Anhebung der Altersgrenzen zur sogenannten Stabilisierung der Rentenkassen gefordert.
- 7 Hier sollte und muss in der Diskussion der arbeitende Mensch in den Vordergrund
- 8 gestellt werden und sowohl die Möglichkeiten eines gesunden Rentenzugangsalters und
- 9 andererseits die Ausweitung der Finanzierung hierzu beachtet werden.
- 10 Ein würdiger Lebensabend mit ausreichender Versorgung muss das Ziel bleiben.
- 11 Statistiken mit Lebenserwartungen im Durchschnitt spiegeln hierbei nicht die Realität
- 12 unserer Kolleg*innen wider.
- 13
- 14 **Ursprung:**
- 15 Bezirksfrauenausschuss Stuttgart

Antrag A021: Rente - 45 Beitragsjahre sind genug

Laufende Nummer: 186

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme mit Änderungen
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich im deutschen
- 2 Gesetzgebungsprozess dafür einzusetzen, dass eine grundsätzliche Möglichkeit
- 3 geschaffen wird, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, bei einer
- 4 Stabilisierung des Rentenniveaus von möglichst 50 Prozent.

5

6 **Begründung:**

- 7 Wer auf ein Erwerbsleben von 45 Beitragsjahren zurückblicken kann, muss unabhängig
- 8 von seinem Alter abschlagsfrei in Rente gehen können. Das alles kann auch nur
- 9 halbwegs funktionieren, wenn das dann zu erwartende Rentenniveau keine Altersarmut
- 10 bedeutet. Daher muss das Rentenniveau in gleichem Atemzug auf 50 Prozent stabilisiert
- 11 werden.

12

13 **Ursprung:**

- 14 Bezirksfrauenausschuss Ulm

Antrag A022: Rentenabschlagsberechnung für langjährig Versicherte anpassen

Laufende Nummer: 216

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Südniedersachsen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A021
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IGBCE soll sich für eine Rentengerechtigkeit einsetzen, so dass die
- 2 Rentenabschlagsberechnung immer von dem abschlagsfreien Renteneintrittsdatum ausgeht.

3

4 **Begründung:**

- 5 Bisher können z. B. besonders langjährig Versicherte mit 45 Berufsjahren ab dem
- 6 Jahrgang 1964 mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Entschließt sich diese*r
- 7 Mitarbeiter*in nun, noch früher in Rente zu gehen, wird nicht von 65 Jahren
- 8 ausgegangen, sondern von 67 Jahren. Beispiel:

- 9 • Rente mit 65 Jahren, bei 45 Versicherungsjahren =
- 10 0 Abschläge
- 11 • Rente mit 64 Jahren, bei 45 Versicherungsjahren = 10,8 % Abschläge
- 12 (3 Jahre, pro Monat 0,3% Abschlag)
- 13 • Sollzustand: Rente mit 64 Jahren, bei 45 Versicherungsjahren = 3,6 % Abschläge
- 14 (1 Jahr, pro Monat 0,3% Abschlag)

15

16 **Ursprung:**

- 17 Vertrauensleute Innerstetal Langelsheim (Standortfirmen Albemarle, Chemetall und
- 18 Synthomer)

Antrag A023: Abschlagsfreie Rente nach 45 Dienst- und Beitragsjahren (ohne Altersprüfung)

Laufende Nummer: 273

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen/Thüringen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A021
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Sich dafür einzusetzen, dass die abschlagsfreie Rente nach 45 Dienst- und
- 2 Beitragsjahren für besonders langjährig Versicherte, unabhängig der bisherigen
- 3 Regelaltersgrenze von 65/67 Jahren, möglich wird.

4

5 **Begründung:**

6 **Soziale Gerechtigkeit**

- 7 Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, nach 45 Jahren abschlagsfrei in die Altersrente
- 8 zu gehen. Wer 45 Jahre den Staat mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen
- 9 getragen hat, hat dies auch verdient und seine Gesundheit zum Wohle aller eingesetzt.
- 10 Als Gewerkschaft muss es unsere Aufgabe sein, uns dafür einzusetzen, für unsere
- 11 langgedienten Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit zu eröffnen, einen realistischen
- 12 Rentenbeginn zu ermöglichen, von dem sie auch noch etwas haben.

13

14 **Agenda! 2010**

- 15 Durch die Agenda 2010 sind die lohnabhängig langjährig Beschäftigten
- 16 überdurchschnittlich benachteiligt worden. Das gilt in diesem Zusammenhang besonders
- 17 für die Erschwerung der Eingangsvoraussetzungen in andere Rentenarten, also der
- 18 Abschaffung der Erwerbsunfähigkeitsrente und den Eingangsvoraussetzungen zur
- 19 Erwerbsminderungsrente. Mit der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67
- 20 Jahre und dem gleichzeitigen Absinken des Rentenniveaus hat der Gesetzgeber dafür
- 21 gesorgt, dass es für Arbeitnehmer*innen immer schwieriger wird, eine abschlagsfreie
- 22 Rente zu erreichen.

23

24 **Gesundheitsaspekte**

- 25 Nur die wenigsten Beschäftigten können aus gesundheitlichen Gründen bis zur
- 26 Regelaltersgrenze arbeiten, weshalb die Rentenreform eher einer Rentenkürzung
- 27 gleichkam. Da die beruflichen Belastungen höchst unterschiedlich sind, wird eine
- 28 starre Altersgrenze deshalb immer weniger gerecht. Die physischen und psychischen
- 29 Belastungen werden in der modernen Arbeitswelt immer größer. Zusätzlich kommt es zu
- 30 einer Entgrenzung von Arbeit und Freizeit, da die Ansprüche der Arbeitswelt wachsen.

31 Dadurch bleibt das Privatleben oft auf der Strecke. Deshalb müssen Ausstiegchancen
32 aus der Arbeitswelt geschaffen werden, die den unterschiedlichen Bedingungen in der
33 Arbeitswelt und den individuellen Wünschen und Möglichkeiten der Menschen
34 entsprechen.

35

36 **Kosten**

37 Während für die Banken- und die Griechenland-Krise innerhalb kürzester Zeit
38 Milliarden von Euros zur Verfügung gestellt wurden, steht die Finanzierung der
39 Rentenversicherung vor schwierigen Herausforderungen. Deshalb muss das aktuelle
40 Umlageverfahren der Sozialversicherung den heutigen demografischen Gegebenheiten
41 angepasst werden und ggf. über neue angepasste Finanzierungsmethoden und
42 Steuerzuschüsse diskutiert werden.

43

44 **Ursprung:**

45 Vertrauensleute CSL Behring

Antrag A024: Abschlagsfrei in Rente nach 45 Beitragsjahren

Laufende Nummer: 464

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Darmstadt
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A021
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren Gremien dafür einsetzt, dass ein/e Arbeitnehmer*in
2 nach 45 (Beitrags-) Jahren innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung
3 abschlagsfrei in Rente gehen kann (besonders langjährige Versicherte). Dies soll
4 unabhängig vom Alter der/des rentenversicherten Arbeitnehmerin/Arbeitnehmers der Fall
5 sein.

6

7 **Begründung:**

- 8 Bisher herrscht das Prinzip, dass bei einem früheren Renteneintritt als dem
9 eigentlich vorgesehenen Eintrittstermin mit Abzügen bei den Rentenbezügen zu rechnen
10 ist. Die Abzüge sind danach gestaffelt, in welchem Jahrgang sich die/der
11 Rentennehmer*in befindet und wie weit der Renteneintritt vor dem eigentlichen Datum
12 liegt.

13

- 14 Da das Renteneintrittsalter und die Bezüge in regelmäßigen Abständen angepasst
15 werden, finden wir es wichtig, für besonders langjährige Rentenversicherte klare und
16 faire Regeln für künftige Rentenanwartschaften festzulegen.

17

- 18 Hier spielen auch gesellschaftliche Veränderungen, wie der demografische Wandel und
19 steigende Lebenserwartung, eine Rolle.

- 20 Arbeitnehmende werden häufiger in der Lage sein, mehr als 45 Jahre in die gesetzliche
21 Rentenkasse einzuzahlen.

- 22 Dementgegen steht eben das bereits genannte Prinzip der Verrentung mit Abschlägen.
23 Dem muss in einem Solidarsystem wie der gesetzlichen Rentenversicherung
24 entgegengewirkt werden.

- 25 45 Beitragsjahre müssen ausreichen, um ohne Nachteile in die Rente zu gehen.

26

27 **Ursprung:**

- 28 Vertrauensleute der Merck KGaA in Darmstadt

Antrag A025: Altersunabhängig nach 40 Jahren Arbeitsleben ohne Abschläge in Rente

Laufende Nummer: 224

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass der gHV seinen politischen Einfluss dahingehend geltend macht: Der
- 2 abschlagsfreie Übergang in die Rente muss schon nach 40 Jahren Arbeitsleben
- 3 unabhängig vom Alter möglich sein.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 a) Diejenigen, die heute bereits 35 Jahre Arbeitsleben hinter sich haben, haben oft
- 7 noch viele Jahre des Berufslebens vor sich. Viele haben jetzt schon gesundheitliche
- 8 Probleme.
- 9 b) Viele dieser Menschen sind mehrfach belastet.
- 10 c) Der hohe Druck im Arbeitsleben und die Flexibilität, die verlangt wird, ist für
- 11 viele nicht mehr auszuhalten.
- 12 d) Diese Menschen kümmern sich oft um die nahe Verwandtschaft, die Unterstützung
- 13 braucht.
- 14 e) Enkelbetreuung
- 15 f) Pflegefälle
- 16 g) Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, müssen ihre Rente einigermaßen
- 17 gesund genießen können.
- 18 h) Außerdem ist der Bildungsweg länger geworden: Menschen steigen heute
- 19 durchschnittlich später ins Berufsleben ein, Studienzeiten werden für die gesetzliche
- 20 Rente nur beitragsfrei angerechnet.
- 21 i) Wenn diese Menschen mit Abschlägen in Rente gehen, hat das oft gravierende
- 22 finanzielle Folgen. Die Altersarmut steigt Jahr für Jahr, besonders bei Frauen.
- 23 j) Das Geld ist da - die Schere zwischen arm und reich öffnet sich jedes Jahr mehr.
- 24 Das spaltet die Gesellschaft. Vom wachsenden Reichtum unserer Gesellschaft müssen
- 25 alle was haben!
- 26
- 27 **Ursprung:**
- 28 Vertrauenskörper Johnson & Johnson Medical GmbH

Antrag A026: Absenkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters

Laufende Nummer: 188

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Wir fordern den IG BCE-Hauptvorstand auf, sich für eine Absenkung des gesetzlichen
- 2 Renteneintrittsalters einzusetzen.

3

4 **Begründung:**

- 5 Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre diene hauptsächlich der
- 6 Absenkung der Renten, weil die meisten Kolleg*innen, insbesondere in der chemischen
- 7 Industrie, weit verbreitet in Schichtarbeit, gar nicht oder nicht gesund das
- 8 Renteneintrittsalter von 67 Jahren erreichen.

- 9 Die IG Metall hat eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben, unter mehr als
- 10 1.000 Personen, durch das Forschungsinstitut TNS Infratest.

- 11 Überraschend ist, welche Reformen des jetzigen Systems die Befragten anstreben.

- 12 Vier von fünf Befragten (79 Prozent) fordern die Öffnung der Rentenversicherung hin
- 13 zu einer Erwerbstätigenversicherung. Selbst unter den Beamt*innen unterstützt fast
- 14 die Hälfte (44 Prozent) eine gesetzliche Pflichtversicherung für sich, bei den
- 15 Selbstständigen und Freiberufler*innen sind es 57 Prozent. Dagegen lehnen die
- 16 Versicherten eine Erhöhung des Renteneintrittsalters einhellig ab. 84 Prozent der
- 17 Befragten sprechen sich gegen ein weiteres Hinausschieben der Regelaltersgrenze über
- 18 das 67. Lebensjahr hinweg aus.

- 19 Während die Gesellschaft immer reicher wird, will man uns weismachen, die Renten für
- 20 Menschen, die ihr Leben hart gearbeitet haben, wären nicht mehr bezahlbar. Das ist
- 21 aber alles nur eine Frage der Verteilung.

22

23 **Ursprung:**

- 24 Vertrauenskörper Höganäs Laufenburg

Antrag A027: Rentenpunkte für Fachschulausbildungen

Laufende Nummer: 420

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass sich die IG BCE für eine Gesetzesänderung einsetzt, die zu einer Anrechnung von
2 Rentenpunkten für eine Fachschulausbildung führt.

- 3 Die Höhe der Rentenpunkte sollte durchschnittlich der Anzahl der Rentenpunkte
4 entsprechen, die ein/e Auszubildende/r im dualen Ausbildungssystem erwirbt.

5

6 **Begründung:**

- 7 Viele Fachschulausbildungen werden heute den systemrelevanten Berufsgruppen
8 zugeordnet. Diese Berufe werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt und zeichnen sich
9 zudem durch eine niedrige Vergütung aus. Diese niedrige Einkommensstruktur ist
10 mitverantwortlich für den hohen Gender Pension Gap in Deutschland. Die Gewährung von
11 Rentenpunkten würde einen Beitrag zur Verringerung dieser Rentenlücke leisten.

12

13 **Ursprung:**

- 14 Bezirksfrauenausschuss Hamburg/Harburg

Antrag A028: Renteneintritt für Schichtarbeiter*innen flexibler bzw. finanzierbar gestalten

Laufende Nummer: 86

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme mit Änderungen
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 5: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE und ihre zuständigen Gremien werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- 2 dass sich die Arbeitsform „teil-/vollkontinuierliche“ Schichtarbeit, z. B. durch
- 3 einen Zuschlagsfaktor pro abgeleistetem vollem Schichtjahr auf die erworbenen
- 4 Rentenpunkte, bei Arbeitnehmer*innen dergestalt auswirkt, dass die finanziellen
- 5 Einbußen durch zu erwartende Rentenabschläge₁ bei einem vorzeitigem~~gezogenen~~gezogenen
- 6 Renteneintritt₂
- 7 deutlich abgefedert werden können, um diesen dennoch für die Betroffenen finanzierbar
- 8 zu ermöglichen.

8

9 **Begründung:**

- 10 Schichtarbeiter*innen gehören zu einer besonders belasteten Arbeitnehmer*innen-
- 11 Gruppe. Arbeitsmedizinische Erkenntnisse belegen dies bereits seit Jahrzehnten.
- 12 Daneben belasten steigende Arbeitsverdichtung sowie die rasant voranschreitende
- 13 Digitalisierung in den Betrieben diesen Personenkreis zusätzlich, so dass diese
- 14 Kolleg*innen nur mit erheblichen zusätzlichen Anstrengungen und Aufwendungen die für
- 15 sie zur finanziellen Absicherung aber so dringend notwendige abschlagsfreie
- 16 Regelaltersrente erreichen können.
- 17 Mit einem vorzeitigem Renteneintritt und den damit verbundenen Rentenabschlägen haben
- 18 diese Kolleg*innen mit so großen finanziellen und dann dauerhaften Einbußen zu
- 19 kämpfen, dass eben dieses vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus
- 20 finanziellen Gründen als Option ausscheidet.

21

22 **Ursprung:**

- 23 Landesbezirksvorstand Bayern

Antrag A029: Renteneintritt für belastete Berufsgruppen individuell ermöglichen, insbesondere im Schichtbetrieb

Laufende Nummer: 85

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A028
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, mit allen Gremien darauf hinzuwirken, dass die mit
2 zunehmendem Alter steigenden Auswirkungen von Schichtarbeit für Mitarbeiter*innen,
3 die viele Dienstjahre im entsprechenden Arbeitszeitmodell tätig waren, mit allen
4 Mitteln begrenzt werden. Hier ist eine Neuregelung für belastete Berufsgruppen, bei
5 abschlagsfreien Möglichkeiten des Renteneintritts, durch den Gesetzgeber notwendig.

6

7 **Begründung:**

- 8 Schichtarbeit stellt eine erhebliche Belastung dar sowohl bei der gesellschaftlichen
9 Teilhabe, dem Familienleben als auch insbesondere für die Gesundheit von
10 Beschäftigten. Gerade die gesundheitlichen Auswirkungen steigern sich exponentiell
11 über die berufstätigen Jahre im Schichtdienst und zunehmendem Lebensalter. Bereits
12 nach etwa 15 Jahren in Wechselschicht steigt das Risiko einer dauerhaften
13 gesundheitlichen Beeinträchtigung deutlich an. Im Vordergrund stehen neben den
14 Schlafstörungen auch Magen-Darm-Erkrankungen, wie Magen- und Zwölffingerdarm-
15 Geschwüre, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und psychische Störungen. Die Störung des
16 zirkadianen Rhythmus wird von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC)
17 als wahrscheinlich krebserregend eingestuft.

- 18 Eine langjährige Beschäftigung in Wechselschicht stellt ohne Zweifel ein deutlich
19 erhöhtes gesundheitliches Risiko dar. Neben der Forderung nach möglichst geeigneten
20 Schichtmodellen sollte sich die IG BCE daher dafür einsetzen, dass langjährig in
21 Wechselschicht tätigen Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen in „rentennahen“ Jahrgängen
22 früher als vorgesehen ohne Abschlüsse eine Altersrente gewährt wird.

23

24 **Mögliches Modell:**

- 25 • Ab 15 Jahre Wechselschicht wird für jedes weitere Jahr mit geleisteter
26 Schichtarbeit die Regelaltersrente um 1 Monat vorgezogen.

27

28 **Ursprung:**

- 29 Vertrauensleute der Wacker Chemie AG, Burghausen

Antrag A030: Frühere Rente für Arbeitnehmer*innen in Vollkonti- und Dauernachtschicht

Laufende Nummer: 187

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A028
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmer*innen für jedes Jahr an
- 2 geleisteter Vollkontischichtarbeit oder Dauernachtschichtarbeit aufgrund ihrer
- 3 besonderen gesundheitlichen Belastung jeweils einen Monat früher in eine ungekürzte
- 4 Rente dürfen.

5

6 **Begründung:**

- 7 Schichtarbeit ist grundsätzlich eine starke gesundheitliche Belastung.
- 8 Vollkontischicht und Dauernachtschicht sind hierbei die extremsten Belastungen, die
- 9 nachweislich eine kürzere Lebensdauer nach sich ziehen.

10

- 11 Hierfür kann und darf es nicht nur finanzielle Ausgleiche während der Arbeitsphase
- 12 geben. Vielmehr muss es auch einen „gleichberechtigten Lebensabend“ geben, welcher
- 13 folglich früher beginnen muss.

14

- 15 Es ist und wird immer schwieriger, Arbeitnehmer*innen für solch extreme Schichtarbeit
- 16 zu gewinnen als auch dauerhaft zu halten. Dieser Ausgleich einer früheren Rente (für
- 17 jedes Jahr ein Monat früher) schafft neue Anreize für Arbeitnehmer*innen, um sich für
- 18 diese extrem belastenden Schichtmodelle gewinnen zu lassen.

19

20 **Ursprung:**

- 21 Vertrauensleute Duravit AG

Antrag A031: Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeitende

Laufende Nummer: 226

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A028
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 dass die IG BCE mit ihren Gremien sich für eine Herabsetzung der abschlagsfreien
2 gesetzlichen Regelaltersgrenze für solche Arbeitnehmer*innen einsetzt, die langjährig
3 ununterbrochen in Schichtarbeit mit einer regelmäßigen Ableistung von Nachtschichten
4 gearbeitet haben.

5 Für je fünf Jahre Arbeit in einem Schichtmodell mit Nachtschichtarbeit soll die
6 Regelaltersgrenze um ein Jahr herabgesetzt werden.

7

8 **Begründung:**

9 Seit Jahren vertreten wir in der Diskussion um die Altersrente den Standpunkt, dass
10 besonders belastete Gruppen von Kolleg*innen nicht gezwungen werden sollen, bis zum
11 67. Lebensjahr zu arbeiten oder durch vorherigen Renteneintritt Abschlüsse bei der
12 Rente hinnehmen müssen.

13 In unserem Organisationsbereich sind viele unserer Mitglieder in teil- oder
14 vollkontinuierlichen Schichtsystemen beschäftigt. Auch in anderen Bereichen in
15 unserer Gesellschaft nehmen Schichtarbeit und Nachtarbeit zu. Alle diese Kolleg*innen
16 brauchen eine Hoffnung für die Zukunft. Sie wollen gesund in Rente gehen. Nach jahre-
17 oder gar jahrzehntelanger Schichtarbeit vor die Wahl gestellt zu sein:

18 "Entweder arbeiten bis zum Umfallen oder Altersarmut!"

19 ist unfair und unakzeptabel.

20 Der Hauptvorstand der IG BCE soll Vorschläge entwickeln, wie wir gemeinsam auf allen
21 Ebenen unserer Organisation, aber auch im Zusammenwirken mit anderen Gewerkschaften
22 und Organisationen, diese Forderung verbreiten und Unterstützung dafür gewinnen.

23 Ansatzpunkte dafür gibt es schon heute.

24 So sind wir Teil des DGB, Teil der Kampagne „Rente muss reichen“. Wir wollen die
25 Kolleg*innen der anderen DGB-Gewerkschaften überzeugen, diese konkrete Forderung als
26 Teil der Kampagne „Rente muss reichen“ mit aufzunehmen.

27 Die Gremien auf allen Ebenen der IG BCE können unsere eigenen Mitglieder zur
28 Beteiligung an der DGB-Kampagne „Rente muss reichen“ auffordern und dabei
29 unterstützen, diese unsere Forderung in die öffentliche Diskussion um die Zukunft des

- 30 Rentensystems in Deutschland einzubringen und zu vertreten.
- 31 Immer wenn Vertreter*innen unserer Organisation mit Repräsentant*innen der
32 politischen Parteien oder Regierungsinstitutionen zusammenkommen, kann diese
33 Forderung zur Sprache gebracht werden.
- 34 Ständig befinden sich Funktionär*innen unserer Organisation im Gespräch mit
35 Vertreter*innen der verschiedensten Arbeitgeber*innenverbände. Auch diese können zur
36 Unterstützung für die Zukunftsaussichten der in ihren Unternehmen beschäftigten
37 Schichtarbeiter*innen aufgefordert werden.
- 38 Vielen klugen Köpfen in der IG BCE werden noch viele weitere kluge Ideen einfallen.
- 39
- 40 **Ursprung:**
- 41 Vertrauenskörper Sasol Wax GmbH, Hamburg

Antrag A032: Betriebsrente

Laufende Nummer: 189

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass die zuständigen Gremien der IG BCE sich dafür einsetzen mögen, dass eine
- 2 Betriebsrente flächendeckend eingeführt wird. Dies soll sowohl politisch als auch
- 3 tarifvertraglich angegangen werden.

4

5 **Begründung:**

- 6 • bessere soziale Absicherung im Alter
- 7 • Bindung und Motivation von Mitarbeiter*innen
- 8 • Beteiligung Arbeitgeber*innen/Arbeitnehmer*innen an der Betriebsrente
- 9 • wenn man früher in Rente geht, ist eine Kürzung vertretbar; wenn aber das
- 10 Rentenniveau auch noch sinkt und die Steuer hoch geht, hat das gravierende
- 11 Auswirkungen auf die Rente
- 12 • die jetzige Altersversorgung ist zu unübersichtlich
- 13 • allein die Versicherungen haben hier den finanziellen Vorteil und nicht die
- 14 Arbeitnehmer*innen

15

16 **Ursprung:**

- 17 Vertrauensleute der Fuchs Schmierstoffe GmbH

Antrag A033: Doppelte Beitragspflicht bei Betriebsrenten vollständig aufheben

Laufende Nummer: 217

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Südniedersachsen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Die Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten soll vollständig aufgehoben werden.

2

3 **Begründung:**

4 Durch die Petition der IG BCE gab es bereits eine Veränderung bei der
5 Doppelverbeitragung, durch die Einführung eines monatlichen Freibetrages von 159,25
6 €. Dies ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

7 Die negative Entwicklung der gesetzlichen Alterssicherung hat doch erheblich dazu
8 geführt, dass betriebliche und private Altersversorgung aufgebaut wurde. Wenn für die
9 beiden Zusatzsäulen bereits Sozialversicherungsbeiträge abgeführt wurden, darf dies
10 nicht noch einmal verbeitragt werden. Das ist ungerecht.

11

12 **Ursprung:**

13 Vertrauensleute Innerstetal Langelsheim (Standortfirmen Albemarle, Chemetall und
14 Synthomer)

Antrag A034: Neubetrachtung und rückwirkender Bestandsschutz für betriebliche Altersvorsorgen bezüglich der Beitragspflicht für die gesetzliche Sozialversicherung (KV und PV)

Laufende Nummer: 190

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A033
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass der Hauptvorstand der IG BCE sich beim Gesetzgeber dafür einsetzt, dass
- 2 betriebliche Altersvorsorgen, die vor Einführung der Doppelverbeitragung im Jahr 2004
- 3 bereits 5 Jahre bestanden haben (Unverfallbarkeit), einen rückwirkenden
- 4 Bestandsschutz (Vertrauensschutz) erhalten. Hier wäre ein Ausgleich für bereits
- 5 laufende Rentenzahlungen und erbrachte Beiträge zu berücksichtigen sowie die
- 6 Neuausrichtung für kommende Rentenauszahlungen aus diesen Versorgungswerken.

7

8 **Begründung:**

- 9 Da es durchaus politische Bewegung in dieser Thematik gab, soll hiermit nachträglich
- 10 der in 2004 verweigerte Vertrauensschutz für die hiervon betroffenen
- 11 Arbeitnehmer*innen geschaffen werden.

12

13 **Ursprung:**

- 14 Bezirksfrauenausschuss Stuttgart

Antrag A035: Kein voller Beitrag zur Krankenversicherung bei Auszahlung der betrieblichen Altersvorsorge

Laufende Nummer: 191

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich nach wie vor mit all ihren politischen Möglichkeiten dafür
2 einsetzen, dass in Zukunft nicht mehr der volle Beitrag zur Kranken- und
3 Pflegeversicherung, also Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenanteil, bei der
4 Auszahlung der betrieblichen Altersvorsorge fällig wird. Betriebsrentner*innen sollen
5 nur noch den Arbeitnehmer*innenanteil bezahlen müssen.

6

7 **Begründung:**

- 8 Im Herbst 2018 hat die IG BCE eine Petition zur Abschaffung der Doppelverbeitragung
9 gestartet und weit über 30.000 Unterschriften eingesammelt. Zahlreiche Gespräche mit
10 SPD, CDU und CSU haben dazu geführt, dass seit dem 01.01.2020 für Betriebsrenten ein
11 Freibetrag in Höhe von 1/20 der monatlichen Bezugsgröße gilt. Das waren in 2020
12 159,25 € monatlich.

- 13 Für monatliche Versorgungsbezüge in Höhe von 300 € haben wir unser Ziel, die
14 Krankenversicherungsbeiträge zu halbieren, damit erreicht. Für Bezieher*innen von
15 Versorgungsbezügen von mehr als 300 € monatlich kann dies aber nur ein erster Schritt
16 in die richtige Richtung gewesen sein.

17

18 **Ursprung:**

- 19 Vertrauensleute Papierfabrik Koehler SE, Oberkirch

Antrag A036: Von der Nachsorge zur Prävention - ein leistungsstarkes Gesundheitssystem. Versorgungssicherheit auf europäischer Ebene gewährleisten.

Laufende Nummer: 260

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 **Lessons learned - Konsequenzen aus der Corona-Pandemie**

2 Als erste Konsequenz fordern wir, dass der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD)
3 personell und technisch gestärkt wird. Die zentralen Aufgaben sind die
4 Pandemiebekämpfung, der Infektions- und Katastrophenschutz. Für einen solchen Notfall
5 ist zukünftig in geeigneter Weise vorzusorgen.

6 Als zweite Konsequenz fordern wir, die Produktionskapazitäten für Hygiene- und
7 Arzneimittel in der EU und in Deutschland deutlich zu erhöhen. In der Krise hat sich
8 gezeigt, wie wichtig es ist - vor allem bei der Unterbrechung von globalen
9 Lieferketten - ausreichend Kapazitäten für die Herstellung von Impfstoffen, anderen
10 wichtigen Arzneimitteln und Hygieneartikeln vorzuhalten.

11 Als dritte Konsequenz fordern wir, dass Katastrophen- und Pandemiepläne auch in
12 Unternehmen als vorsorgender Arbeits- und Gesundheitsschutz erstellt werden. Dabei
13 kann auch die frühzeitige Einbindung der Werks- und Betriebsärzt*innen erforderlich
14 sein.

15

16 **Prävention stärken**

17 Darüber hinaus wollen wir unser Gesundheitssystem von einem kurativen System zu einem
18 präventiven System umbauen. Wir wollen, dass der gesetzliche Rahmen für mehr
19 Prävention geschaffen wird, um aufwendige Behandlungen in der Nachsorge zu vermeiden.

20 Wir brauchen für eine transparente und qualitativ gute Versorgung mehr Investitionen
21 in die Digitalisierung des Gesundheitssystems. Allerdings brauchen wir keine
22 Scheininnovationen, sondern Innovationen, die sich am Patienten*innennutzen
23 orientieren, anstatt neue Abrechnungsmöglichkeiten für Leistungserbringer*innen ohne
24 erwiesenen Zusatznutzen zu schaffen. Dazu ist eine Folgeabschätzung vor Einführung
25 einer neuen (digitalen) Leistung zwingend durchzuführen.

26

27 **Bürger*innenversicherung einführen**

28 Wir fordern die Einführung einer solidarischen und paritätisch finanzierten

Bürger*innenversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung. Medizinisch notwendiger Zahnersatz und Sehhilfen sollen wieder Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden.

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (auch mobil) verbessern

Wir sehen im mobilen Arbeiten eine Chance für mehr Arbeitszeitsouveränität unserer Mitglieder. Mobiles Arbeiten muss durch die IG BCE so gestaltet werden, dass es gute mobile Arbeit wird. Gutes mobiles Arbeiten ist mitbestimmt, sozial abgesichert und gesund. Das beinhaltet auch einen adäquaten Unfallversicherungsschutz.

Wir fordern einen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten, der über das Mobile-Arbeit-Gesetz hinaus geht. So ist bspw. gesunde Bildschirmarbeit nicht nur für Arbeitsstätten zu regeln, sondern diese Regeln müssen auch außerhalb der Arbeitsstätte Anwendung finden. Die IG BCE wird auf allen Ebenen Einfluss nehmen, um bestehende Regelungslücken zu schließen. Das gilt insbesondere für die Berufsgenossenschaften und das staatliche Regelwerk. Außerdem wollen wir tarifpolitische Handlungsmöglichkeiten mit sozial- und arbeitspolitischen Aspekten in Zukunft stärker miteinander verzahnen.

Wird ein betriebliches Eingliederungsmanagement und/oder Gefährdungsbeurteilung nach mehrfacher Aufforderung weiterhin mangelhaft oder gar nicht durchgeführt, fordern wir eine Rechtsgrundlage, die den*die Arbeitgeber*in zwingend veranlasst, diesen Missstand nachhaltig zu beseitigen (Ersatzvornahme). Diese wird durch die entsprechende staatliche oder berufsgenossenschaftliche Aufsicht veranlasst und beispielsweise von einer/einem akkreditierten Dienstleister*in durchgeführt.

Wir fordern die alters- und alternsgerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen. Dazu müssen unterschiedliche Ansätze (betrieblich, tariflich, gesetzlich) miteinander verzahnt und weiterentwickelt werden.

Wir fordern darüber hinaus unabhängige Beratungsstellen in den Regionen zu Berufskrankheiten für Arbeitnehmer*innen, auch zur Klärung von so genannten Ist-Situationen (z. B. im Home-Office), auch als wirksamer Bestandteil zur Ableitung von Schutzmaßnahmen des Arbeitsschutzes, z. B. im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung, eingebettet in einem umfassenden Präventionsansatz.

Begründung:

Seit dem Ausbruch der SARS-CoV-2 Pandemie sind weltweit inzwischen mehr als 2,5 Millionen Menschen an den Folgen der Erkrankung verstorben. Auch das Gesundheitssystem in Deutschland ist zwischenzeitlich an die Belastungsgrenze gekommen. Daher ist es erforderlich, die notwendigen Lehren aus der Pandemie für die Zukunft zu ziehen.

Die globale Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Stärken das deutsche Gesundheitssystem hat. Sie hat allerdings auch die Schwächen schonungslos offengelegt. Während die Patienten*innen mit einem schweren Erkrankungsverlauf intensivmedizinisch gut versorgt werden konnten, sind die flächendeckenden Impfungen

71 und Testungen, vor allem während der zweiten COVID-19-Welle, nur schleppend
72 angelaufen. Daher sind Lehren aus den Erfahrungen mit dieser Pandemie für die Zukunft
73 zu ziehen. Vor allem die personelle und technische Ausstattung des öffentlichen
74 Gesundheitsdienstes ist deutlich zu verbessern. Dazu gehört auch, die
75 Arbeitsbedingungen der im Gesundheitssektor Beschäftigten zu verbessern. Es ist auch
76 Vorsorge für Szenarien zu treffen, wie sie durch eine pandemische Lage entstehen
77 können. Für solche Szenarien sind zwingend auch personelle Reserven vorzusehen.

78 Auf dem Weg von einem kurativen zu einem präventiven Gesundheitssystem kommt es
79 darauf an, schwere Krankheitsverläufe oder noch besser die Erkrankung selbst zu
80 verhindern. Gesundheitsgefährdungen müssen an der Quelle abgestellt werden:
81 Investitionen in Aufklärung über Erkrankungen (Diabetes etc.) und Verhinderungen von
82 schweren chronischen Verläufen sparen viel Geld in Kuration und verbessern die
83 Lebensqualität der Menschen. Diese Aufgabe kann nicht alleine von den Träger*innen
84 der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Es bedarf ebenfalls erhöhter
85 Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden im öffentlichen Gesundheitsdienst.

86 Die SARS-CoV-2-Pandemie hat den Trend zu mehr mobilem Arbeiten verstärkt. Eine
87 Mehrheit der Menschen kann sich inzwischen Arbeiten im Home-Office vorstellen. Wie
88 Umfragen zeigen, wollen die meisten nicht dauerhaft von zu Hause arbeiten, sondern
89 maximal für 2-3 Tage in der Woche. Grundsätzlich sind mit dem mobilen Arbeiten auch
90 Risiken verbunden. So fehlt es häufig an ergonomischen Arbeitsplätzen in der
91 Privatwohnung, die Arbeitszeit wird entgrenzt und mobiles Arbeiten kann schnell zur
92 Überforderung führen, wenn zu Hause auch noch zu pflegende Angehörige und/oder zu
93 betreuende Kinder leben.

94 Der Staat als Regulationsinstanz hat es bislang versäumt, mobiles Arbeiten
95 zufriedenstellend zu regulieren. Den Gewerkschaften fehlt es an Ressourcen, den
96 Arbeits- und Gesundheitsschutz so in den staatlichen Arbeitsschutzausschüssen
97 auszugestalten, wie es eigentlich erforderlich ist. Daher werden wir uns auf allen
98 Ebenen für die Schließung von Regelungslücken einsetzen.

99 Neben dem Beratungsangebot der Unfallversicherungsträger*innen wollen wir unabhängige
100 regionale Beratungsstellen zum Thema Berufskrankheiten schaffen. Die
101 Berufsgenossenschaften stecken häufig in einem Interessenkonflikt. Schließlich hat
102 die Anerkennung einer Berufskrankheit finanzielle Konsequenzen für die/den Träger*in.
103 Daher ist ein unabhängiges Angebot zwingend erforderlich.

104 Der demografische Wandel führt dazu, dass viele Menschen heute statistisch eine
105 deutlich höhere Lebenserwartung haben als ihre Eltern und Großeltern. Gleichzeitig
106 nimmt die Anzahl von Pflegebedürftigen und chronischen Erkrankungen zu. Wir wollen
107 demografischen Wandel so gestalten, dass sich der Zeitraum der gesunden Lebensjahre
108 verlängert. Dafür müssen wir die Beschäftigungsfähigkeit dauerhaft erhalten und
109 alternsgerechtes Arbeiten in den Betrieben etablieren.

110

111 **Ursprung:**

112 Hauptvorstand

Antrag A037: Bürger*innenversicherung - ein Sozialversicherungssystem für alle

Laufende Nummer: 376

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A036
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Ausschüssen dafür einsetzt,
- 2 dass alle Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland über ein einheitliches Kranken-
- 3 , Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungssystem abgesichert sind.

4

5 **Begründung:**

- 6 Grundlegendes Ziel einer Bürger*innenversicherung ist die Abschaffung der Zwei-
- 7 Klassen-Gesellschaft im Gesundheitssystem und in der Altersvorsorge. Ein solches
- 8 System verspricht deutlich höhere Einnahmen für die gesetzliche Krankenversicherung
- 9 und die Rentenkasse sowie eine höhere Effizienz. Diese Effizienz-Steigerung würde
- 10 wiederum Kosten einsparen, welche das Leistungsniveau der Grundversorgung wiederum
- 11 deutlich erhöhen würden.

- 12 Des Weiteren führt ein solches System zu mehr sozialer Gerechtigkeit und stabilisiert
- 13 oder senkt sogar die Krankenkassen- bzw. Rentenbeiträge.

- 14 Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke favorisieren die Umgestaltung der
- 15 bestehenden Krankenversicherung in eine Bürger*innenversicherung, während CDU und FDP
- 16 diese ablehnen.

- 17 Wir als IG BCE-Jugend des Bezirks Hamm gehen einen Schritt weiter und wollen diesen
- 18 Ansatz auch auf unsere Rentensysteme ausweiten.

- 19 Alle Bürger*innen zahlen einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller Einkünfte
- 20 (Lohnarbeit, Kapitalerträge, Mieteinnahmen, Zuschüsse und sonstige Einnahmen) in die
- 21 Bürger*innenversicherung ein. Im Sinne paritätischer Beiträge wird bei abhängig
- 22 Beschäftigten die Hälfte des Beitrags von dem*der jeweiligen Arbeitgeber*in
- 23 übernommen. Die Beiträge für Geringverdiener*innen würden aus Steuermitteln
- 24 aufgebracht werden. Die Beiträge für Kinder sollten ebenfalls aus Steuermitteln
- 25 aufgebracht werden.

26

27 **Ursprung:**

- 28 Landesbezirksjugendausschuss Baden-Württemberg

Antrag A038: Bürger*innenversicherung - ein Sozialversicherungssystem für alle

Laufende Nummer: 99

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A036
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, sich mit all ihren zuständigen Gremien und Ausschüssen
2 beim Gesetzgeber dafür einzusetzen, dass alle Bürger*innen der Bundesrepublik
3 Deutschland über ein einheitliches Kranken- und Rentenversicherungssystem
4 (Bürger*innenversicherung) abgesichert sind.

5

6 **Begründung:**

- 7 Grundlegendes Ziel einer Bürger*innenversicherung ist die Abschaffung der Zwei-
8 Klassen-Gesellschaft im Gesundheitssystem und in der Altersvorsorge. Ein solches
9 System verspricht deutlich höhere Einnahmen für die gesetzliche Krankenversicherung
10 und die Rentenkasse sowie eine höhere Effizienz. Diese Effizienz-Steigerung würde
11 wiederum Kosten einsparen und das Leistungsniveau der Grundversorgung deutlich
12 erhöhen. Des Weiteren führt ein solches System zu mehr sozialer Gerechtigkeit und
13 stabilisiert oder senkt sogar die Krankenkassen- bzw. Rentenbeiträge.
- 14 Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke favorisieren die Umgestaltung der
15 bestehenden Krankenversicherung in eine Bürger*innenversicherung, während CDU und FDP
16 diese ablehnen. Wir als IG BCE-Jugend des Bezirks Hamm gehen einen Schritt weiter und
17 wollen diesen Ansatz auch auf unsere Rentensysteme ausweiten.
- 18 Alle Bürger*innen zahlen einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller Einkünfte
19 (Lohnarbeit, Kapitalerträge, Mieteinnahmen, Zuschüsse und sonstige Einnahmen) in die
20 Bürger*innenversicherung ein. Im Sinne paritätischer Beiträge wird bei abhängig
21 Beschäftigten die Hälfte des Beitrags vom jeweiligen Arbeitgeber übernommen. Die
22 Beiträge für Geringverdiener*innen würden aus Steuermitteln aufgebracht werden. Die
23 Beiträge für Kinder sollten ebenfalls aus Steuermitteln aufgebracht werden.

24

25 **Ursprung:**

- 26 Bezirksjugendausschuss Hamm

Antrag A039: Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung

Laufende Nummer: 388

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A036
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass der Hauptvorstand sich für eine Einführung einer Bürgerversicherung einsetzt.

2

3 **Begründung:**

- 4 Die Sozialversicherungen beruhen auf dem Solidarprinzip und werden nur von bestimmten
5 Arbeitnehmer*innen bzw. Rentner*innen und Arbeitssuchenden getragen.

- 6 Großverdiener*innen über der Beitragsbemessungsgrenze und Beamt*innen haben die
7 Möglichkeit bzw. sind dazu gezwungen, sich selbst abzusichern. Der Solidargedanke
8 sollte bei diesen Versicherungen nicht im Hintergrund stehen und sollte daher von
9 allen in Deutschland mitfinanziert werden.

10

11 **Ursprung:**

- 12 Ortsgruppe Stendal des Bezirkes Halle-Magdeburg

Antrag A040: Die GKV/PKV als Solidarsystem für alle

Laufende Nummer: 84

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A036
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass sich die zuständigen Gremien der IG BCE für eine Erweiterung der
- 2 Finanzierungsbasis bzw. des versicherungspflichtigen Personenkreises der GKV/PKV
- 3 einsetzt. Ein ausgewogenes Konzept sollte folgende Bestandteile umfassen:

- 4 • Integration weiterer Personenkreise in die gesetzliche Kranken-,
- 5 Pflegeversicherung
- 6 • Wegfall der Versicherungspflichtgrenze
- 7 • Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragsbemessung

8

9 **Begründung:**

10 Gemessen an den Aufgaben, hat sich das Modell der GKV auch im internationalen
11 Vergleich hervorragend bewährt. Der in den kommenden Jahren durch die geburtenstarken
12 Jahrgänge 1955 bis 1965 steigende Altenquotient stellt allerdings im Verein mit der
13 Ausbreitung prekärer Beschäftigung eine finanzielle Herausforderung für die GKV/PKV
14 dar. Über eine Umstrukturierung in ein einheitliches System für alle Bürger*innen
15 könnte dieses Problem erheblich abgemildert werden. Für das in Europa einmalige
16 System von GKV und PKV gibt es keine belastbare ökonomische Begründung. Das
17 Geschäftsmodell „Private Krankenvollversicherung“ entzieht den gesetzlichen Kassen
18 wichtige Beitragseinnahmen. Außerdem sind beihilfeberechtigte Personen (Beamte*innen)
19 faktisch Zwangskund*innen der PKV, die in weiten Einkommensbereichen den über der GKV
20 liegenden Kostensteigerungen nahezu schutzlos ausgeliefert sind. Die
21 Weiterentwicklung des heutigen Systems würde bedeuten, dass alle Bürger*innen an der
22 Finanzierung der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung teilhaben und die
23 Pflegeversicherung ggf. sogar als Vollversicherung ausgestaltet werden könnte. Unter
24 den gegebenen Bedingungen gehen die wachsenden GKV-Ausgaben allein zulasten der
25 unteren und mittleren Einkommen, was dem Solidarprinzip widerspricht und die
26 Finanzierung von GKV und PKV destabilisiert.

27

28 **Ursprung:**

29 Bezirksfrauenausschuss Bezirk Kelheim-Zwiesel

Antrag A041: Nachhaltige Sicherung der gesetzlichen Krankenversicherung

Laufende Nummer: 192

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A036
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE möge sich beim Gesetzgeber für die Einführung einer
- 2 solidarischen Bürgerversicherung einsetzen.
- 3
- 4 Hierbei ist insbesondere auf eine paritätische und solidarische Lastenverteilung
- 5 hinzuwirken. Zudem sollten Beamt*innen und Selbstständige in das System der
- 6 gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden und private Krankenversicherungen
- 7 abgeschafft werden.

8

9 **Begründung:**

- 10 Das System der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich in den Jahren bewährt und
- 11 den solidarischen Gedanken bewahrt.

12

- 13 Um dieses System auch für die nächsten Generationen zukunftsfest und finanzierbar zu
- 14 machen, muss das System in puncto solidarischer und gerechter Lastenverteilung
- 15 reformiert werden.

16

- 17 Als mögliches Instrument würde eine solidarische Bürgerversicherung helfen, in die
- 18 ausnahmslos alle Bürger*innen unter Einbeziehung aller Einkunftsarten Beiträge in die
- 19 Krankenversicherung leisten, also auch Selbstständige und Beamt*innen, und
- 20 gleichermaßen alle Bürger*innen im Versicherungsfall daraus die gleichen Leistungen
- 21 in Anspruch nehmen können.

22

23 **Ursprung:**

- 24 Ortsgruppe Heilbronner Unterland

Antrag A042: Altersgrenze für den Anspruch auf Zugehörigkeit zur Familienversicherung erhöhen

Laufende Nummer: 374

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG Bergbau, Chemie, Energie mit all ihren Gremien dafür einsetzt, die
- 2 Altersgrenze für die beitragsfreie Mitgliedschaft in der Familienversicherung in der
- 3 gesetzlichen Krankenkasse zu erhöhen.

4

5 **Begründung:**

- 6 In unserer heutigen Zeit ist es kein Einzelfall mehr, wenn junge Menschen nach ihrer
- 7 Berufsausbildung noch ein Studium, eine weitere Berufsausbildung oder eine
- 8 weiterführende Schule bzw. Weiterbildung beginnen.
- 9 Oftmals beginnt mit diesem Lebensabschnitt auch die erste eigene Unabhängigkeit. Der
- 10 Auszug von zu Hause, die erste eigene Wohnung und damit ein großer Sprung in der
- 11 persönlichen Entwicklung.
- 12 Nach derzeitiger Regelung sind in der gesetzlichen Krankenversicherung Kinder bis zu
- 13 ihrem 23. Lebensjahr bzw. bis zu ihrem 25. Lebensjahr bei Ausübung einer Schul- oder
- 14 Berufsausbildung kostenlos in der Familienversicherung mitversichert.
- 15 Bei vielen sich Weiterbildenden führt dieser Wegfall und die damit verbundene
- 16 Pflicht, sich selbst zu versichern, zu einer enormen finanziellen Mehrbelastung.
- 17 Für Menschen über 25 Jahre entfällt zudem der Anspruch auf Kindergeldbezug. Somit
- 18 stehen die sich Weiterbildenden vor einer Mehrbelastung von über 300 Euro im Monat,
- 19 ohne dass sich in ihrem Ausbildungsstatus oder in ihrem Einkommen irgendetwas
- 20 verändert hat.
- 21 Durch diese Problematik werden viele junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung
- 22 sowie in ihrer Chance auf einen höheren Bildungsgrad beeinträchtigt. Da Bildung sowie
- 23 Chancengleichheit einige der gewerkschaftlichen Kernthemen sind, sollte sich die IG
- 24 BCE für eine Erhöhung dieser Altersgrenze einsetzen.

25

26 **Ursprung:**

- 27 Landesbezirksjugendausschuss Baden-Württemberg

Antrag A043: Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung

Laufende Nummer: 395

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Den geschäftsführenden Hauptvorstand aufzufordern, bei den zuständigen Stellen darauf
2 hinzuwirken, dass die Altersgrenze für die studentische Kranken- und
3 Pflegeversicherung, die aktuell bei 30 Jahren liegt, in Ausnahmefällen (z. B.
4 Aufnahme Studium nach Ausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung) über die
5 Vollendung des 30. Lebensjahres hinaus ausgedehnt wird.

6

7 **Begründung:**

- 8 Ein Teil der deutschen Studierenden hat vor ihrem Studienbeginn eine andere
9 (berufliche) Ausbildung absolviert und zum Teil mehrjährige Erfahrungen im
10 Berufsleben gesammelt. Eine akademische Qualifizierung soll dieser Gruppe ohne
11 Nachteile gegenüber Regelstudierenden ermöglicht werden.

12

- 13 Zurzeit scheiden Studierende, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten
14 Hochschule studieren, im Alter von 25 Jahren automatisch aus der Familienversicherung
15 aus. Kinderlose Studierende im Alter zwischen 25 und 30 Jahren entrichten als
16 Selbstzahler*innen zunächst einen ermäßigten Satz, der mittlerweile, je nach
17 Versicherung, mehr als 100 € monatlich beträgt. Zudem ist dieser Betrag in den
18 letzten Jahren beinahe jedes Jahr angehoben worden. Ab dem Alter von 30 Jahren gilt
19 die freiwillige Versicherung für Studierende, für die die Betroffenen ebenfalls als
20 Selbstzahler*innen aufkommen müssen. Hierfür werden jeden Monat rund 190 € fällig.

21

- 22 Diese Kosten müssen betroffene Studierende zusätzlich zu ihren üblichen
23 Lebenshaltungskosten aufbringen. Dadurch sind sie gegenüber anderen Studierenden, die
24 nicht der Gruppe der selbstzahlenden Versicherten angehören, benachteiligt.

25

- 26 Aus diesem Grund fordert der Bezirksjugendausschuss die IG BCE auf, bei den
27 zuständigen Stellen auf eine Gleichstellung aller Studierenden, unabhängig vom Alter,
28 bezüglich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung hinzuwirken.

29

30 **Ursprung:**

31 Bezirksjugendausschuss Halle-Magdeburg

Antrag A044: Ermäßigter Krankenkassenbeitrag für Rentner*innen

Laufende Nummer: 223

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass der gHV seinen politischen Einfluss dahingehend geltend macht, dass für die
- 2 Krankenkassenbeiträge der Rentner*innen künftig nur noch der ermäßigte Beitragssatz,
- 3 anlog zu freiwillig gesetzlich Versicherten - nicht sozialversicherungspflichtig -
- 4 Beschäftigten, erhoben wird.

5

6 **Begründung:**

- 7 Die Krankenkassen erheben derzeit einen allgemeinen Beitragssatz von derzeit 14,6 %,
- 8 plus Zusatzbeitrag, der die Zahlung von Krankengeld ab dem 43. Krankheitstag
- 9 beinhaltet.

- 10 Für freiwillig Versicherte, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind
- 11 (z. B. Freiberufler*innen, Selbstständige) ohne Krankengeldanspruch, gilt ein
- 12 ermäßigter Beitragssatz von 14 % + Zusatzbeitrag. Für Rentner*innen wird jedoch der
- 13 allgemeine Beitragssatz von 14,6 % + Zusatzbeitrag erhoben, obwohl für Rentner*innen
- 14 die Zahlung von Krankengeld entfällt.

15

16 **Ursprung:**

- 17 Vertrauenskörper der DOW Produktions GmbH & Co OHG Werk Stade

Antrag A045: Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs

Laufende Nummer: 144

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber dafür
- 2 einzusetzen, dass der Pap-Test zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs auch ab 35
- 3 Jahren wieder jedes Jahr durchgeführt werden kann.

4

5 **Begründung:**

- 6 Ab 2020 wird die Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs neu organisiert.
- 7 Die Untersuchungsangebote zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs sind dann
- 8 abhängig vom Alter der Frau:
- 9 Frauen zwischen 20 und 34 Jahren können - wie bislang - einmal jährlich eine
- 10 zytologische Untersuchung mittels des sogenannten Pap-Tests wahrnehmen.
- 11 Frauen ab dem Alter von 35 Jahren wird im Rahmen der jährlichen Vorsorgeuntersuchung
- 12 zukünftig nur alle drei Jahre - dann aber eine Kombinationsuntersuchung (Ko-Testung)
- 13 -, bestehend aus Pap-Abstrich und HPV-Test angeboten.
- 14 Soll eine jährliche Untersuchung weiterhin als Vorsorgeuntersuchung vorgenommen
- 15 werden, ist diese als IGeL-Leistung selbst zu bezahlen.
- 16 Die gesetzlichen Vorsorgeleistungen werden somit gegen selbst zu bezahlende
- 17 Leistungen ausgetauscht.

18

19 **Ursprung:**

- 20 Bezirksfrauenausschuss Dortmund-Hagen

Antrag A046: Selbstzahlerleistungen, so genannte IGeL-Leistungen

Laufende Nummer: 105

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- 2 Untersuchungen zur Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Krankheiten als
- 3 Kassenleistungen und nicht als Selbstzahlerleistungen festzulegen.

4

5 **Begründung:**

- 6 Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Krankheiten sind keine
- 7 Selbstzahlerleistungen.
- 8 Selbstzahlerleistungen, auch als IGeL bekannt, werden fast der Hälfte aller
- 9 gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland beim Arztbesuch angeboten.
- 10 Dazu gehören beispielsweise Ultraschalluntersuchungen, Glaukomfrüherkennung,
- 11 bestimmte Blutuntersuchungen/Laborergebnisse, Krebsfrüherkennung bei Frauen (HPV-
- 12 Test) und Männern (PSA-Wert), Hautscreening bzw. Krebsvorsorge. Diese Leistungen
- 13 dienen jedoch als medizinische Zielsetzung der Verhütung, Früherkennung und
- 14 Behandlung von Krankheiten und sollten daher nicht als individuelle
- 15 Gesundheitsleistung, sondern - auch nach dem Willen des gesetzlich
- 16 Krankenversicherten - als kassenärztliche Leistung definiert werden.

17

18 **Ursprung:**

- 19 Bezirksfrauenausschuss Dortmund-Hagen

Antrag A047: Vorsorgeuntersuchungen zurück zum 2-Jahres-Rhythmus (Check-up 35)

Laufende Nummer: 143

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber dafür
- 2 einzusetzen, dass alle in Deutschland gesetzlich Krankenversicherten einen Anspruch
- 3 auf Vorsorgeuntersuchungen im 2-jährigen, nicht 3-jährigen Rhythmus erhalten.

4

5 **Begründung:**

6 **Vorsorgeuntersuchungen in 2-jährigem Rhythmus**

- 7 Seit dem 1. April 2019 gilt für Krankenversicherte ab 35 Jahren die Regelung,
- 8 Vorsorgeuntersuchungen nur noch alle 3 statt 2 Jahre durchführen lassen zu können.
- 9 Durch vergrößerte zeitliche Intervalle erhöht sich das Risiko zu spät gestellter
- 10 Diagnosen und daraus folgend rechtzeitiger und erfolgreicher Heilbehandlungen.
- 11 Insbesondere bei älteren Menschen ist der Rhythmus von 3 Jahren zu lang. Hinzu kommt
- 12 die Befürchtung einer zusätzlichen psychischen oder depressiven Erkrankung, da die
- 13 längerdauernde Ungewissheit über den eigenen Gesundheitszustand zu Ängsten,
- 14 Depressionen und Paniken führen kann.
- 15 Zwar haben seit dem 1. April 2019 nun auch Krankenversicherte zwischen dem 18. und
- 16 35. Lebensjahr die Möglichkeit eines (einmaligen) kostenfreien Check-ups, jedoch nur
- 17 dieses eine Mal in 17 Jahren.
- 18 Aufgrund der Tatsache, dass es durch staatliche Anordnungen und Gesetze zwingende
- 19 Sicherheitskontrollen für Kraftfahrzeuge in 2-jährigem Pflichtrhythmus gibt, ist ein
- 20 3-jähriger Gesundheits-Check-up für Menschen absolut unverhältnismäßig.

21

22 **Ursprung:**

- 23 Bezirksfrauenausschuss Dortmund-Hagen

Antrag A048: Reformierung des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes

Laufende Nummer: 345

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE in all ihren Strukturen und mit all ihrer Energie dafür
- 2 einsetzt, dass das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz den realen
- 3 Bedürfnissen der pflegenden Arbeitnehmer*innen angepasst werden. Hierbei sollen
- 4 insbesondere die folgenden Punkte verändert werden:
- 5 • Streichung der Betriebsgröße als Anspruchsvoraussetzung, sodass alle Pflegenden
- 6 die Regelungen in Anspruch nehmen können
- 7 • Flexibilisierung der Freistellungsdauer, d. h. eigenbestimmte Beendigung der
- 8 Freistellung, auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers
- 9 • Verlängerungen der Höchstdauer der Freistellungen
- 10 • finanzielle Verbesserungen in der Freistellungszeit

11

12 Begründung:

13 Das 2008 eingeführte und zuletzt 2015 geänderte Pflegezeitgesetz (PfleZG) sowie das
14 2011 eingeführte und zuletzt 2014 geänderte Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) spiegeln
15 aktuell nicht die realen Bedürfnisse pflegender Arbeitnehmer*innen wider.

16

17 Erstens gilt der Freistellungsanspruch nicht für Kleinbetriebe (unter 15 bzw. 25
18 Beschäftigten), wodurch insbesondere viele weibliche Beschäftigte von vornherein
19 ausgeschlossen werden.

20

21 Zweitens ist die einmal beantragte Freistellungszeit nicht flexibel, sodass eine
22 vorzeitige Rückkehr nicht in allen Fällen (z. B. bei freiwilligem Einzug ins
23 Pflegeheim) ohne Zustimmung des*der Arbeitgeber*in möglich ist.

24

25 Drittens reichen die Freistellungszeiträume nicht aus, um der Realität der pflegenden
26 Arbeitnehmer*innen gerecht zu werden.

27

28 Nach dem Pflegezeitgesetz kann eine vollständige bzw. teilweise Freistellung nur bis

29 zu 6 Monaten beantragt werden. Nach dem Familienpflegezeitgesetz ist darüber hinaus
30 eine teilweise Freistellung mit mindestens 15 Wochenstunden Arbeitszeit nur bis zu 24
31 Monaten möglich. Dies reicht nicht aus, um die Pflegebedürftigen langfristig zu
32 versorgen.

33

34 Beispielsweise sind in Pflegegrad 1 nach 24 Monaten immer noch 85,2 % der
35 Pflegebedürftigen auf Pflege angewiesen. Für die anderen Pflegegrade gelten die
36 folgenden Werte: 75,1 % bei Pflegegrad 2, 57,7 % bei Pflegegrad 3, 26,8 % bei
37 Pflegegrad 4 und 17,8 % bei Pflegegrad 5 (Quelle: Barmer Krankenkasse Daten 2012-
38 2018).

39

40 Schließlich haben die pflegenden Arbeitnehmer*innen aktuell nur einen Anspruch auf
41 ein zinsloses Darlehen als Ausgleich für das entgangene Einkommen. Das staatliche
42 Pflegegeld ist hierbei auch kein angemessener finanzieller Ausgleich für die
43 Pflegenden.

44

45 **Ursprung:**

46 Bezirksfrauenausschuss Leipzig

Antrag A049: Erwerbstätigkeit in Teilzeit aufgrund von Pflege und häuslicher Unterstützung vereinfachen - Regulierung auf legislativer, politischer und arbeitgeber*innen geführter Ebene

Laufende Nummer: 182

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der IG BCE-Hauptvorstand wird aufgefordert, sich auf legislativer, politischer und
- 2 arbeitgeber*innengeführter Ebene dafür einzusetzen, dass durch Erwerbsarbeit in
- 3 Teilzeit aufgrund von Pflege und häuslicher Unterstützung von hilfebedürftigen
- 4 Personen eine Vereinfachung der derzeitigen Gesetzeslage und Kommunikation für die
- 5 Pflegenden stattfindet. Die Vorgaben hierfür wären ein einheitliches Gesetz für alle
- 6 Paragraphen zum Thema Pflege, eine beschleunigte und vereinfachte Kommunikation mit
- 7 Behörden sowie die damit verbundenen Antragsstellungen für (Zusatz-)Leistungen und
- 8 eine Verpflichtung der Arbeitgeber*innen, Informationen und Hilfestellungen für
- 9 Mitarbeiter*innen anzubieten.

10

11 **Begründung:**

- 12 Offiziell wurden im Jahr 2017 2,6 Millionen Pflegebedürftige zu Hause versorgt. Im
- 13 Jahr 2050 werden es voraussichtlich 3,75 Millionen sein. Expert*innen vermuten, dass
- 14 bereits zurzeit über 3 Mio. Menschen in Deutschland auf Hilfe angewiesen sind, diese
- 15 aber in der Statistik nicht auftauchen, weil ein Pflegegrad nicht beantragt oder
- 16 bewilligt wurde.

- 17 Pflege- und Unterstützungsbedürftige werden überwiegend von Angehörigen oder
- 18 Bekannten betreut, vor allem von Frauen mittleren Alters.

19

- 20 Die Doppelbelastung durch Beruf und Pflege wirkt sich physisch, aber auch psychisch
- 21 aus. Die Vereinbarkeit von Vollzeitarbeit und zusätzlicher Pflegehilfe ist quasi nicht
- 22 vorhanden. Dadurch werden Arbeitnehmer*innen indirekt gezwungen, in Teilzeitarbeit zu
- 23 gehen.

- 24 Zwar sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren angepasst worden
- 25 (§ 2 PflegeZG, § 44a SGB XI - Pflegeunterstützungsgeld) (§ 3 PflegeZG - Pflegezeit)
- 26 (§§ 2 und 3 FPfZG - Familienpflegezeit), allerdings fehlt es noch an Umsetzung,
- 27 Einfachheit und Information.

28 Der Industrie ist seit Jahren der demografische Wandel bewusst, aber viele
29 Arbeitgeber*innen ignorieren die Problematik bzw. können Nachfragen der
30 Mitarbeiter*innen bezüglich der Rechtsansprüche der*des Einzelnen nicht beantworten.

31

32 Aus all den vorangegangenen Gründen sollte sich die IG BCE dafür einsetzen, darauf
33 hinzuwirken,

- 34 • dass alle Paragraphen in den unterschiedlichen Gesetzen, die den Bereich Pflege
35 betreffen, in einem einheitlichen Gesetz verankert werden.
- 36 • die Antragsstellung und die Behördenkommunikation zu vereinfachen und zu
37 beschleunigen.
- 38 • Arbeitgeber*innen zu verpflichten, Informationen über Rechtsansprüche der
39 Mitarbeiter*innen publik zu machen und Hilfestellung zu leisten.

40

41 **Ursprung:**

42 Bezirksfrauenausschuss Ulm

Antrag A050: Novellierung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG)

Laufende Nummer: 344

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 sich für die Novellierung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) einzusetzen.
- 2 Nachfolgende Punkte sind besonders zu berücksichtigen:
 - 3 • Mehr Investitionen und Ausbildung in Fachpersonal durch Einstufung der
 - 4 Ausbildung als förderungswürdig.
 - 5 • Festlegung des Personalschlüssels auf 1:5
 - 6 • Gerechte und einheitliche Entlohnung aller in der Pflege beschäftigten Personen.
 - 7 Forderung zur Flächentarifbindung und Wiederaufnahme der Verhandlungen.
 - 8
- 9 **Begründung:**
 - 10 Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln werden bis zum Jahr 2035 rund
 - 11 500.000 Fachkräfte fehlen, da wirken die kürzlich geschaffenen 13.000 Pflegestellen
 - 12 in stationären Einrichtungen wie ein Tropfen auf den heißen Stein.
 - 13 Durch Förderungswürdigkeit dieses Berufes ist es möglich, einen Zuschuss von der
 - 14 jeweiligen Landesregierung zum Ausbildungsgehalt zu gewähren.
 - 15 Arbeitnehmer*innen in diesem Arbeitsbereich sollten eine bessere Rentenanswartschaft
 - 16 nach mind. 7-jähriger Tätigkeit in diesem Beruf gewährt werden (z. B. mehr
 - 17 Rentenpunkte).
 - 18
 - 19 Im Schnitt versorgt **eine** Pflegekraft in Deutschland 10 Menschen, bei höheren
 - 20 Pflegegraden wie z. B. Pflegegrad 1 ist die Versorgung 1:8.
 - 21 Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im Durchschnitt 13 Patient*innen, die
 - 22 folgenden Beispiele zeigen, dass es auch anders geht.
 - 23 Schweiz: 1:8, Niederlande: 1:7, USA: 1:5,3. Ein unangemessener Personalschlüssel
 - 24 führt zu hoher Belastung der Arbeitnehmer*innen, Krankheit und Fluktuation.
 - 25
 - 26 Nach mehr als 30-jähriger Vereinigung beider deutscher Staaten ist die
 - 27 unterschiedliche Bezahlung in Ost und West nicht akzeptabel und unsolidarisch.
 - 28 Wir, die Mitglieder der IG BCE, fordern einen Tarifvertrag mit dynamisierter

- 29 Entlohnung und werden alle Organisationen, die sich dafür einsetzen, mit unserer
30 Solidarität unterstützen.
31
- 32 Pflege geht uns alle an, ob jung oder alt! Pflegen und gepflegt werden betrifft uns
33 alle, Eltern hat jeder von uns!
34 Unfälle und Krankheiten passieren und zu jeder Zeit können auch wir Pflege benötigen.
35
- 36 Jeder Mensch muss sich Pflege und pflegen menschenwürdig leisten können!
37
- 38 **Ursprung:**
39 Landesbezirksfrauenausschuss Nordost

Antrag A051: Pflege und Begleitung von Sterbenden

Laufende Nummer: 104

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien wird beauftragt, sich beim Gesetzgeber
- 2 einzusetzen, die Finanzierung für die Begleitung einer sozialverträglichen
- 3 Pflegesituation für Sterbende sicherzustellen.

4

5 **Begründung:**

- 6 Anspruch auf Pflegezeit wird Beschäftigten gewährt, die eine nahe Angehörige/einen
- 7 nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen. Ein Anspruch auf Freistellung
- 8 besteht für die häusliche oder auch außerhäusliche Betreuung von minderjährigen,
- 9 pflegebedürftigen, nahen Angehörigen und für die Begleitung von nahen Angehörigen in
- 10 der letzten Lebensphase. Der Anspruch gilt für alle Pflegegrade. Es handelt sich um
- 11 eine sozialversicherte, von dem*der Arbeitgeber*in nicht bezahlte vollständige oder
- 12 teilweise Freistellung von der Arbeitsleistung für die Dauer von bis zu sechs
- 13 Monaten. Der Anspruch besteht nur gegenüber Arbeitgeber*innen mit mehr als 15
- 14 Beschäftigten.

- 15 Beschäftigte haben während der Freistellung nach dem Familienpflegezeitgesetz
- 16 Anspruch auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen beim Bundesamt für Familie und
- 17 zivilgesellschaftliche Aufgaben. Hier muss nachgebessert werden. Es kann keinem
- 18 zugemutet werden, nach dem Versterben eines*einer Angehörigen sich um die Schulden
- 19 bzw. um das Nacharbeiten der Minus-Stunden zu kümmern.

- 20 „Wer sich dazu entschieden hat, einen nahestehenden Menschen zu Hause zu pflegen, dem
- 21 bietet die Pflegeversicherung verschiedene Hilfen und Leistungen.“ So steht es
- 22 geschrieben, nur dass diese Hilfen nicht ausreichend sind, wenn man einen
- 23 pflegebedürftigen Menschen zu Hause hat und man berufstätig ist. Die Hilfen sind
- 24 immer an die Pflegebedürftigkeit gekoppelt. Die Pflegestufen werden durch den
- 25 Medizinischen Dienst ermittelt. Es findet kaum Berücksichtigung, wie hoch der Aufwand
- 26 des Pflegenden tatsächlich ist. Es gibt vorgegebene Zeiten, die irgendwer einmal
- 27 eingeführt hat. Die höchste Stufe würde circa 900,- Euro betragen. Weiter sagt man,
- 28 dass für 10 Tage Pflegeunterstützungsgeld bezahlt werden kann. Wo sind hier die
- 29 langfristig zu Pflegenden berücksichtigt worden? Die Krankenkassen sparen durch die
- 30 Pflege zu Hause auch noch Geld, denn wenn die Kranken in Heimen untergebracht werden,
- 31 kostet es circa 3.000,- bis 4.000,- €.

- 32 Für einen Menschen, der arbeitet und seine Arbeitsstelle für eine gewisse Zeit

33 aufgeben möchte, um den*die Angehörige*n zu pflegen, ist dies aus finanzieller Sicht
34 nicht möglich. Sicher gibt es Freistellungsmöglichkeiten, die vorsehen, dass man die
35 Zeit nacharbeiten kann. Die Leistungen der finanziellen Hilfen müssen durch die
36 Aufnahme von Krediten später zurückgezahlt werden. Dies ist ein unzumutbarer Zustand
37 für die Pflegenden. Hier muss von den Krankenkassen bzw. Sozialämtern eine Regelung
38 gefunden werden, dass die Familie zumindest ihren Lebensunterhalt bestreiten kann,
39 ohne dass die Familie noch mehr belastet wird. Es muss die Möglichkeit auf bezahlte
40 teilweise/Vollzeit-Freistellung geschaffen werden.

41 Es sind die Fälle, wo es keine Hoffnung mehr für den*die Erkrankte*n gibt. Hier
42 müssten 6 Monate oder bis zu einem Jahr berücksichtigt werden.

43

44 **Ursprung:**

45 Ortsgruppe Kreis Höxter

Antrag A052: Fünf Tage Zusatzurlaub für Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Care-Arbeit in der Pflege leisten

Laufende Nummer: 221

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE für eine Gesetzesinitiative einsetzt, durch die
- 2 Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Pflege von pflegebedürftigen Menschen übernehmen,
- 3 Zusatzurlaub erhalten. Die Höhe des Zusatzurlaubs soll abhängig von der Pflegestufe
- 4 gewährt werden.
- 5 Die Aufteilung des Zusatzurlaubes ist den pflegenden Arbeitnehmer*innen überlassen.
- 6 Alle bisherigen gesetzlichen Ansprüche bleiben davon unberührt, wie zum Beispiel:
- 7 Leistungen über das Pflegegesetz, zusätzliche Rentenpunkte und Weiteres.

8

9 **Begründung:**

- 10 Die mehrheitlich von Frauen geleistete unbezahlte Care-Arbeit (Sorgearbeit) stellt
- 11 eine zusätzliche Belastung neben der beruflichen Tätigkeit dar.
- 12 Mit diesem Antrag soll eine Kompensation für geleistete Care-Arbeit eingeleitet und
- 13 dadurch mehr Akzeptanz für die gesellschaftlich notwendige Care-Arbeit geschaffen
- 14 werden.
- 15 Wir setzen uns dafür ein, dass unbezahlte Care-Arbeit gesellschaftliche Anerkennung
- 16 erfährt, indem Arbeitnehmer*innen, die pflegen, mit Zusatzurlaub einen Ausgleich
- 17 erfahren.

18

19 **Ursprung:**

- 20 Bezirksfrauenausschuss Hamburg/Harburg

Antrag A053: Familienpolitik für die Mitte der Gesellschaft. Unterstützung für Arbeitnehmer*innen mit Kindern.

Laufende Nummer: 258

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE ist Gestalterin für die Lebens- und Arbeitszeit von arbeitenden Eltern.
- 2 Sie nutzt ihren politischen Einfluss, um Partnerschaftlichkeit im Familienalltag zu
- 3 fördern und erhebt die folgenden Forderungen:
- 4 1. Die Ausweitung der Partnerschaftsmonate im Bundeselterngeld- und
- 5 Elternzeitgesetz (BEEG) - im ersten Schritt von zwei auf vier Monate. Die
- 6 Umsetzung der EU-Richtlinie zur bezahlten Freistellung für 10 Tage von Vätern
- 7 (beziehungsweise des zweiten Elternteils) nach der Geburt ihrer Kinder ist mit
- 8 der Elternzeitregelung nicht erfolgt und muss forciert werden.
- 9 2. Die Abschaffung des Ehegattensplittings (per Stichtagsregelung) und die
- 10 Einführung eines obligatorischen Rentensplittings in der Ehe tragen zu einem
- 11 gerechten Ausgleich zwischen Erwerbsarbeit und Care-Arbeit von Männern und
- 12 Frauen bei.
- 13 3. Die IG BCE setzt sich auf allen Ebenen der Politik dafür ein, die Vereinbarkeit
- 14 von Beruf und Familie voranzubringen. Der Ausbau der Kinderbetreuung spielt
- 15 dabei eine große Rolle. Ein Fokus muss dabei auf den Bereich der Grundschulen
- 16 gelegt werden und dabei müssen auch Lösungen für Ferienzeiten mitgedacht werden.
- 17 Die Möglichkeit, ganztags in Schulen und Kindertagesstätten betreut zu werden,
- 18 darf nicht ausschließlich Kindern von in Vollzeit berufstätigen Eltern
- 19 vorbehalten sein.
- 20 4. Die IG BCE macht sich für eine Erneuerung der Kindergrundsicherung stark. Dabei
- 21 geht es zur Erreichung des Ziels, Kinder nicht in Armut aufwachsen zu lassen,
- 22 auch um eine Vereinfachung des Leistungsangebots.
- 23 5. Die IG BCE fordert die/den Gesetzgeber*in auf, die Regelungen zur Betreuung
- 24 erkrankter Kinder zu überarbeiten und dabei den Kinderkrankengeldbezug bis zum
- 25 Alter des Kindes von 14 Jahren zu erhöhen. Außerdem sollen Eltern zusätzliche
- 26 Freistellungstage für ihre kranken Kinder erhalten.
- 27 6. Alle Beschäftigungsverhältnisse, also auch die Mini-Jobs, sind in die sozialen
- 28 Sicherungssysteme einzubeziehen. Wir wollen Mini- und Midi-Jobs entsprechend
- 29 reformieren. Bestehende Fehlanreize für Arbeitgeber*innen, reguläre
- 30 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Mini-Jobs
- 31 aufzuspalten, sollen zukünftig vermieden werden. Außerdem dürfen

Arbeitnehmer*innen, die ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis eingegangen sind, nicht weniger Nettoentgelt erhalten als bisher. Entlang dieser Leitplanken werden wir mit dem DGB gemeinsam Vorschläge entwickeln.

Begründung:

Die Corona-Pandemie zeigt, dass vermeintliche Errungenschaften in der Kinderbetreuung, in der Chancengleichheit von Kindern, in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und in der gleichmäßigen Aufteilung der Care-Arbeit in der Familie nicht krisenfest sind. Ohne Notbetreuungsplätze - und selbst diese sind oftmals zeitlich eingeschränkt - müssen die Kinder zu Hause betreut werden, während die Eltern im Homeoffice (genauer gesagt beim mobilen Arbeiten @home) ihre Arbeit erledigen müssen. Den Kindern kann auf diese Weise nicht die Aufmerksamkeit und Förderung zuteil kommen, die sie für ihre Entwicklung benötigen. Das bezieht sich nicht nur auf die Bildung der Kinder, sondern auch auf die Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen. Von diesen Fehlentwicklungen sind in besonderem Maße Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern betroffen, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder im Home-Schooling zu unterstützen und auch nicht über die dafür notwendige Infrastruktur, wie beispielsweise einen Computer und eine stabile Internetverbindung verfügen.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom Mai 2020 hat gezeigt, dass die Mehrbelastung der Kinderbetreuung in der Pandemie in mehr als der Hälfte der Familien den Müttern zufällt. Ein Drittel hat ihre Arbeitszeit verkürzt, viele arbeiteten aber auch schon vor Corona in Teilzeit. Mit dem Ehegattensplitting steht bei diesen Frauen eine besonders niedrige Summe auf dem Gehaltszettel. Die IG BCE fordert deshalb die Abschaffung des Ehegattensplittings und die obligatorische Einführung des Rentensplittings. Während die Anreizwirkung im Steuerrecht Teilzeitarbeit von Frauen zementiert, besteht mit dem Rentensplitting ein positiver Anreiz, Erwerbsarbeit und Care-Arbeit partnerschaftlich zu organisieren. Beim Rentensplitting geben die Partner*innen mit den höheren Rentenanwartschaften in der Ehezeit einen Teil dieser Ansprüche an die Partner*innen mit den geringeren Ansprüchen ab. Diese werden dann quasi aufgestockt, sodass für die Dauer der Ehe gleich hohe Rentenanwartschaften auf den Rentenkonten der Eheleute verbucht werden. Bisher ist ein Rentensplitting unter Eheleuten nur auf Antrag möglich, dem beide Eheleute zustimmen müssen. Mit einem obligatorischen Rentensplitting wird das Prinzip der Partnerschaftlichkeit besonders in den Zeiten mit kleinen Kindern in der Familie ausgebaut.

Partnerschaftlichkeit in der Betreuung und Erziehung der Kinder wird auch mit der Erweiterung der Partnerschaftsmonate im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) gefördert. Im überwiegenden Teil der Konstellationen nehmen die Väter die zwei Partnerschaftsmonate, häufig aufgrund des zu erwartenden höheren Einkommensverlustes. Mit der Erweiterung auf vier Monate werden Väter (beziehungsweise das andere Elternteil) stärker in die Elternzeit gebracht.

75 Die Entscheidung, nach der Geburt der Kinder die Arbeitszeit zu verkürzen, hat
76 vielfältige Gründe. Ein wesentlicher Faktor ist das Betreuungsangebot von Krippe,
77 Kindergarten, Schule und Hort. Der Ausbau von Ganztags-Grundschulen würde vielen
78 Eltern, insbesondere Müttern, die Möglichkeit geben, aus der so genannten
79 „Teilzeitfalle“ herauszukommen. In dieser stecken vor allem Frauen, die unfreiwillig
80 Teilzeit arbeiten, da sie die Stunden nicht aufstocken können.

81 Bei den Ganztags-Angeboten dürfen die Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern
82 nicht hinten herunterfallen. Bislang sind längere Öffnungszeiten in der Krippe, im
83 Kindergarten und im Hort oftmals an die Berufstätigkeit der Eltern gebunden. Aber
84 gerade auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien benötigen Förderung und
85 Unterstützung, um ihr Entwicklungspotenzial zu entfalten. Betreuungs- und
86 Aktivitätsangebote müssen auch in den Schulferien gemacht werden. Zwölf Wochen Ferien
87 im Jahr können mit dem durchschnittlichen Urlaubsanspruch Beschäftigter nicht
88 abgedeckt werden. Wenn Eltern ihren Urlaub „hintereinander“ nehmen, bleibt keine
89 gemeinsame erholsame Zeit mit der ganzen Familie.

90 In Deutschland gibt es viele Einzelleistungen der Familienförderung. Trotzdem wächst
91 jedes fünfte Kind in Armut auf. Durch eine Bündelung der Leistungen und damit eine
92 Vereinfachung des Leistungsangebots soll eine existenzsichernde Grundsicherung für
93 Kinder aus einkommensschwachen Haushalten erfolgen. Dazu zählt auch ein Betrag, der
94 gezielt für Angebote von Sportvereinen, Musikschulen etc. eingesetzt wird und nicht
95 auf das Konto der Eltern überwiesen wird, sondern beispielsweise auf eine
96 „Kinderkarte“.

97

98 Die IG BCE fordert das Heraufsetzen des Alters beim Anspruch auf Kinderkrankengeld.
99 Auch mit 12 oder 13 Jahren kann ein krankes Kind noch nicht allein zu Hause gelassen
100 werden. Eine erhebliche Erleichterung bei der Betreuung erkrankter Kinder sind
101 zusätzliche Freistellungstage. Die IG BCE schlägt vor, Eltern drei Tage im Jahr zu
102 geben, an denen sie auch ohne Attest vom Arzt zur Betreuung und Pflege ihrer
103 erkrankten Kinder zu Hause bleiben können. Diese Tage können vor allem bei kurzen,
104 verhältnismäßig leichten Erkrankungen, wie Erkältungen oder Magen-Darm-Erkrankungen
105 genommen werden, bei denen das Aufsuchen eines Arztes nicht unbedingt notwendig ist.

106 Mini-Jobs müssen reformiert werden, so dass Fehlanreize für die Umwandlung
107 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entfallen. Die Kosten dieser Reform
108 sollen vorrangig durch Arbeitgeber*innenbeiträge getragen werden.

109

110 **Ursprung:**

111 Hauptvorstand

Antrag A054: Verlängerung der Partnermonate im Rahmen der Elternzeit

Laufende Nummer: 332

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A053
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE möge sich dafür einsetzen, dass im Elternzeitgesetz die
- 2 Möglichkeit geschaffen wird, die Partnermonate zu erhöhen.

3

4 **Begründung:**

- 5 Während 2008 rund 20 Prozent der Väter in Elternzeit gingen, waren es 2015 bereits
- 6 rund 36 Prozent. Diese Veränderung ist zu großen Teilen dem Elterngeld und den damit
- 7 verbundenen Partnermonaten zu verdanken. Wir fordern deshalb die Möglichkeit zu
- 8 schaffen, die Partnermonate von 2 auf 4 Monate zu erhöhen.

9

10 **Ursprung:**

- 11 Frauenforum des Bezirks Ibbenbüren

Antrag A055: Einführung von Elternschutz

Laufende Nummer: 106

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A053
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass der gHV seinen politischen Einfluss dahingehend geltend macht: Es soll ein
- 2 gesetzlicher Elternschutz analog zum Mutterschutz eingeführt werden.

3

4 **Begründung:**

- 5 Schützenswert ist nicht nur die Mutter mit ihrem Kind, sondern die ganze Familie. Die
- 6 Findungsphase mit einem neugeborenen Kind ist fragil und sollte daher nicht von
- 7 finanziellen Sorgen überschattet werden. Außerdem gilt es, noch immer vorhandene
- 8 Rollenbilder aufzubrechen und auch Vätern einen intensiven Start ins Leben mit einem
- 9 neuen Familienmitglied zu ermöglichen. Bisher nehmen Väter nach der Geburt zumeist
- 10 Urlaub oder lediglich zwei Monate Elternzeit (die finanziell von den zwei
- 11 Partnermonaten des Elterngeldes abgedeckt sind).

12

13 **Ursprung:**

- 14 Vertrauenskörper Johnson & Johnson Medical GmbH

Antrag A056: Kinderbetreuungszeiten bei Schließung von Betreuungseinrichtungen gesetzlich regeln

Laufende Nummer: 218

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Südniedersachsen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A053
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich für eine gesetzliche Regelung zur Freistellung der Eltern bei
- 2 Ausfall von Kinderbetreuung einsetzen.

3

4 **Begründung:**

- 5 Nicht nur während der Pandemie fallen Betreuungszeiten von Kindern für Familien an,
6 weil eine Einrichtung, z. B. Kindertageseinrichtungen, Schule, Hort die Leistung
7 nicht erbringt. Solche Zeiten müssen aus unserer Sicht in Zukunft auch mit
8 abgesichert werden. Während der Pandemie wurden zu den bisher gültigen 10 Tagen bei
9 Kinderkrankheiten weitere 10 Tage pro Elternteil für den Ausfall der Kinderbetreuung
10 auch für gesunde Kinder verändert. Es können sogar alle 20 Tage, für Ausfall der
11 Kinderbetreuung genutzt werden. So eine Regelung darf nicht nur befristet
12 abgeschlossen werden. Um die Krankenkassen nicht zu stark zu belasten, sollten 10
13 Tage für Krankheiten und mindestens 5 Tage für Ausfall bei Kinderbetreuung pro
14 Elternteil angestrebt werden.

15

16 **Ursprung:**

- 17 Vertrauensleute Albemarle und Synthomer am Standort Langelsheim

Antrag A057: Anhebung der Altersgrenze des Kinderkrankengeldes von 12 auf 14 Jahre

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A053
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Fachabteilungen sich gegenüber der
- 2 Bundesregierung für eine Anhebung der Altersgrenze des Kinderkrankengeldes (§ 45 Abs.
- 3 1 SGB V) von 12 auf 14 Jahre einsetzt.

4

5 **Begründung:**

- 6 Der Bezug des Kinderkrankengeldes endet mit dem 12. Geburtstag des Kindes, obwohl
- 7 Kinder bis zum 14. Lebensjahr von Kinderärzt*innen medizinisch betreut werden.
- 8 Auch 12- bis 14-jährige Kinder benötigen Unterstützung, wenn sie krank sind. Aus
- 9 diesem Grund ist die Anhebung der Altersgrenze sinnvoll, damit Arbeitnehmer*innen
- 10 sich im Krankheitsfall um ihre Kinder kümmern können.

11

12 **Ursprung:**

- 13 Landesbezirksfrauenausschuss Rheinland-Pfalz/Saarland

Antrag A058: Verdoppelung der gesetzlichen Kinderkrankentage

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE möge sich dafür einsetzen, dass die Verdoppelung der Kinderkrankentage pro
- 2 Elternteil, die während der Corona-Pandemie eingeführt wurden dauerhaft erhalten
- 3 bleibt.

4

5 **Begründung:**

- 6 Vor der Pandemie: 10 Tage pro Elternteil, 20 Tage bei Alleinerziehenden.
- 7 Während Corona: 20 Tage pro Elternteil, 40 Tage bei Alleinerziehenden.
- 8 Die gesetzliche Regelung der Kinderkrankentage vor der Pandemie ist unzureichend,
- 9 weil Kinder oft länger als 10 Tage krankheitsbedingt betreut werden müssen. Die
- 10 dauerhafte Verdoppelung der Kinderkrankentage bedeutet eine erhebliche Unterstützung
- 11 der Eltern, um insbesondere auch Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

12

13 **Ursprung:**

- 14 Bezirksfrauenausschuss Mittelrhein

Antrag A059: Erweiterung des Entgeltfortzahlungsgesetzes um die Kinderkrankenpflegetage

Laufende Nummer: 120

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Abteilungen sowie ihren Partner*innen
2 werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Entgeltfortzahlungsgesetz
3 in § 3 EntgFG um die Kinderkrankenpflegetage gem. § 45 SGB V (Sozialgesetzbuch Nummer
4 5) erweitert wird.

5

6 **Begründung:**

- 7 Kinderkrankengeld ist aktuell in § 45 SGB V geregelt. Demnach handelt es sich hierbei
8 um eine Entgeltersatzleistung, mit der eine unbezahlte Freistellung einhergeht. Die
9 Betroffenen müssen sowohl der*dem Arbeitgeber*in als auch der Krankenkasse mitteilen,
10 dass ihr Kind krank ist. Die*der Arbeitgeber*in teilt dann der Krankenkasse die Höhe
11 des Entgelts, für die Entrichtung der Lohnersatzleistung mit. Die*der Betroffene
12 erhält sodann 90 % des Nettoentgelts abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge als
13 Lohnersatzleistung von der Krankenkasse ab dem ersten Krankheitstag des Kindes.

- 14 Dies führt aus unserer Sicht zur ungerechtfertigten finanziellen Benachteiligung von
15 Eltern, insbesondere von alleinerziehenden Müttern, da im Normalfall, basierend auf
16 dem Entgeltfortzahlungsgesetz, für eine Zeitspanne von sechs Wochen die volle
17 Entgeltfortzahlung garantiert ist.

- 18 Um Eltern künftig nicht mehr schlechter zu stellen, beantragen wir daher, dass die
19 Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall um die Summe der Kind-Krank-Tage gem. § 45 SGB V
20 erweitert wird.

- 21 Die*der Arbeitgeber*in wiederum könnte die Kosten in Höhe von 90 % des Nettolohnes
22 von den Krankenkassen einfordern und müsste die Entgeltfortzahlung in dem Fall nicht
23 alleine tragen, sondern lediglich für den fehlenden Differenzbetrag aufkommen.

- 24 Dies wäre eine gesellschaftspolitische Investition in Zukunft und wäre aus unserer
25 Sicht außerdem zielführend, da es die Elternrolle aufwerten und eine finanzielle
26 Benachteiligung gegenüber Beschäftigten ohne Kinder im Krankheitsfall künftig
27 ausschließen würde.

- 28 Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass Eltern in der
29 Gesellschaft eine wichtige Schlüsselposition einnehmen. Der Key-Account-Manager der

- 30 Krise ist die Key-Account-Mama und/oder der Key-Account-Papa - alle Key-Account-
31 Eltern.
- 32 So ist es keine Überraschung, dass Ende Januar 54 % vom WSI (Wirtschafts- und
33 Sozialwissenschaftliches Institut) befragten Frauen mit Kindern ihre Gesamtsituation
34 als stark/äußerst belastend einstufen. Unter den Männern mit Kindern im Haushalt
35 taten das 44 %. Ganze 62 % der Alleinerziehenden fühlen sich stark oder äußerst stark
36 belastet. Es ist sicherlich nicht verwunderlich, dass rund 90 % der Alleinerziehenden
37 in Deutschland Mütter sind.
- 38 Gerade in Krisenzeiten ist eine finanzielle Absicherung ein wichtiger Eckpfeiler für
39 Arbeitnehmer*innen. Dies impliziert Verbindlichkeit und Kontinuität im persönlichen
40 Einkommen. Die aktuelle Regelung in § 45 SGB V führt aus unserer Sicht jedoch zum
41 Gegenteil.
- 42 So müssen Eltern nicht nur wochenlang auf die darin geregelte Lohnersatzleistung
43 durch die Krankenkasse warten, sondern erhalten auch noch weniger Geld für die
44 Sorgearbeit, als wenn sie selbst erkrankt wären, obwohl sie sich, wenn die Kinder
45 krank sind, die Nächte mit den Kleinen um die Ohren schlagen. Sehr ernüchternd fühlt
46 es sich für die Betroffenen auch an, wenn sie für die Betreuung ihres erkrankten
47 Kindes dann Wochen später die Abrechnung von der Krankenkasse erhalten. Denn:
48 Lediglich 90 % des individuellen Nettolohnes, von denen die Krankenkassen dann auch
49 noch die Sozialleistungen abführen, erhält der pflegende Elternteil von der
50 Krankenkasse des Kindes.
- 51 Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamts von 2019 sind über 92 % der in einer
52 Beziehung lebenden Väter berufstätig, 70 % der alleinerziehenden Mütter sind
53 berufstätig und 68 % der Mütter in einer Beziehung sind es auch.
- 54 Diese Zahlen zeigen nicht nur, dass die Erziehungslast nach wie vor in den Händen der
55 Mütter liegt, sondern auch, dass die Gehälter der Mütter damit drastisch gekürzt
56 werden.
- 57 Eine Erweiterung des Entgeltfortzahlungsgesetzes um die jeweiligen in § 45 SGB V
58 geregelten Kinderkrankentage würde die Eltern aus unserer Sicht finanziell entlasten.
59 Auch der Druck mit der zusätzlichen Beantragung des Geldes bei der Krankenkasse würde
60 dadurch wegfallen.
- 61 Damit könnte ein Zeichen für die gesellschaftspolitische Bedeutung von Familien
62 gesetzt werden.
- 63
- 64 **Ursprung:**
- 65 Landesbezirksfrauenausschuss Bayern

Antrag A060: Fünf Tage Zusatzurlaub für Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Care-Arbeit in der Kinderbetreuung leisten

Laufende Nummer: 222

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE für eine Gesetzesinitiative einsetzt, durch die
- 2 Arbeitnehmer*innen, die unbezahlte Care-Arbeit in Form von Kinderbetreuung leisten,
- 3 Zusatzurlaub als Ausgleich für die besonderen Herausforderungen erhalten.
- 4 Pro Kind bis zum einschließlich 12. Lebensjahr stehen Arbeitnehmer*innen fünf
- 5 zusätzliche Urlaubstage pro Kalenderjahr zu. Es können maximal zehn Zusatzurlaubstage
- 6 in Anspruch genommen werden.
- 7 Die Aufteilung des Zusatzurlaubes ist den betreuenden Arbeitnehmer*innen überlassen.
- 8 Alle bisherigen gesetzlichen Ansprüche bleiben davon unberührt, wie zum Beispiel:
- 9 Kindergeld, Elterngeld, Elternzeit, Kinderkrankentage, Urlaubsanspruch und Weiteres.

10

11 **Begründung:**

- 12 Die mehrheitlich von Frauen geleistete unbezahlte Care-Arbeit (Sorgearbeit) stellt
- 13 eine zusätzliche Herausforderung neben der beruflichen Tätigkeit dar.
- 14 Mit diesem Antrag soll eine Kompensation für geleistete Care-Arbeit eingeleitet und
- 15 dadurch mehr Akzeptanz für die gesellschaftlich notwendige Care-Arbeit geschaffen
- 16 werden.
- 17 Wir setzen uns dafür ein, dass unbezahlte Care-Arbeit gesellschaftliche Anerkennung
- 18 erfährt, indem Arbeitnehmer*innen, die Kinder betreuen, mit Zusatzurlaub einen
- 19 Ausgleich erfahren.

20

21 **Ursprung:**

- 22 Bezirksfrauenausschuss Hamburg/Harburg

Antrag A061: Berechnungsgrundlage Elterngeld

Laufende Nummer: 158

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken,
2 dass der Bemessungszeitraum zum Zwecke der Ermittlung des durchschnittlichen
3 Arbeitsentgeltes für Leistungen nach den §§ 18 bis 20 MuSchG und dem § 2b BEEG
4 insoweit geändert wird, dass bei der Bestimmung des Bemessungszeitraums
5 Kalendermonate unberücksichtigt bleiben, in denen die berechtigte Person
6 Lohnersatzleistungen erhalten hat. Weiterhin sind wiederkehrende Einmalzahlungen wie
7 z. B. tarifliche Jahresleistung oder zusätzliches Urlaubsentgelt zu berücksichtigen.

8

9 **Begründung:**

- 10 Der Gesetzgeber hat in den o. g. Paragraphen den Bemessungszeitraum zum Zwecke der
11 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes für Leistungen nach dem MuSchG
12 (Mutterschutz) und dem BEEG (Bun­des­el­terngeld- und Elternzeitgesetz) geregelt.

- 13 Das durchschnittliche Arbeitsentgelt ist ausschlaggebend für die Berechnung des
14 Elterngeldes. Hat die berechtigte Person innerhalb der letzten 12 Kalendermonate vor
15 der Geburt des Kindes Lohnersatzleistungen erhalten, finden diese Berücksichtigung
16 bei der Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes. Dies führt dazu, dass das
17 ermittelte durchschnittliche Arbeitsentgelt deutlich geringer ausfällt und infolge
18 dessen dieses verminderte Arbeitsentgelt die Berechnungsgrundlage zur Höhe des
19 Elterngeldes darstellt.

- 20 Aus unserer Sicht konterkariert diese Berechnungsgrundlage den Ansatz der
21 Vereinbarkeit von Beruf und Familie und stellt junge Familien - und vor allem
22 Alleinerziehende - vor sehr schwierige finanzielle Herausforderungen.

23

24 **Ursprung:**

- 25 VKV Evonik Industries AG, Marl

Antrag A062: Elterngeld für ein weiteres Jahr, wenn keine Betreuungsangebote der Kommune vorhanden sind, sowie kostenlose, qualifizierte Kinderbetreuung

Laufende Nummer: 103

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der geschäftsführende Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich für eine
- 2 Änderung der bestehenden Gesetze einzusetzen. Familien soll eine kostenlose,
- 3 qualifizierte Kinderbetreuung angeboten werden. Falls die Kommune den Familien die
- 4 nach dem 1. Lebensjahr ihres Kindes gesetzlich zugesicherte Kinderbetreuung nicht zur
- 5 Verfügung stellt, erhalten die Familien stattdessen ein Anrecht auf verlängertes
- 6 Elterngeld.

7

8 **Begründung:**

- 9 Aktuell ist die Situation so, dass Eltern, die ihr Kind nach der Geburt alleine zu
- 10 Hause betreuen, nur für ein Jahr Elterngeld beantragen können. Ab dem 1. Geburtstag
- 11 des Kindes hat das Kind einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. In den meisten
- 12 Fällen haben die Städte und Gemeinden aber gar nicht genug Betreuungsplätze, um allen
- 13 Familien einen Platz anbieten zu können. Es bleiben also regelmäßig viele Familien,
- 14 auch nach dem 1. Lebensjahr des Kindes, ohne Betreuungsplatz und so kann weiterhin
- 15 zumindest ein Elternteil nicht wieder arbeiten gehen und die Familie muss mit weniger
- 16 Einkommen auskommen.
- 17 Bedenkt man nun, dass alle Familien, denen ein Betreuungsplatz zusteht, die diesen
- 18 aber aufgrund der fehlenden Plätze nicht bekommen, Schadenersatz zusteht, und bedenkt
- 19 man den verwaltungstechnischen Aufwand, der hinter diesem ganzen Prozess steht, so
- 20 ist dieses System, wie es aktuell ist, unnötig teuer und führt zu Frustration auf
- 21 allen Seiten.
- 22 Darüber hinaus soll die Kinderbetreuung in ganz Deutschland kostenlos sein. Nur so
- 23 bietet man den Eltern, die auch wieder arbeiten, dies aber aus bestimmten Gründen
- 24 nicht mehr in Vollzeit können, vernünftige Möglichkeiten, dies auch wieder zu tun.
- 25 Gleichzeitig entlastet es die Familien finanziell und führt dazu, dass die
- 26 Familienplanung wieder attraktiver wird.

27

- 28 **Ursprung:** Bezirksfrauenausschuss Münster-Bielefeld

Antrag A063: Altersgrenze für den Anspruch auf Kindergeld erhöhen

Laufende Nummer: 375

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG Bergbau, Chemie, Energie mit all ihren Gremien dafür einsetzt, die
- 2 Altersgrenze für den gesetzlichen Kindergeldanspruch von volljährigen Kindern zu
- 3 erhöhen.

4

5 **Begründung:**

- 6 In unserer heutigen Zeit ist es kein Einzelfall mehr, wenn junge Menschen nach ihrer
- 7 Berufsausbildung noch ein Studium, eine weitere Berufsausbildung oder eine
- 8 weiterführende Schule bzw. Weiterbildung beginnen.

- 9 Oftmals beginnt mit diesem Lebensabschnitt auch die erste eigene Unabhängigkeit. Der
- 10 Auszug von zu Hause, die erste eigene Wohnung und damit ein großer Sprung in der
- 11 persönlichen Entwicklung.

- 12 Durch die derzeitige Regelung, wodurch der Anspruch auf Kindergeld nach dem 25.
- 13 Lebensjahr endet, führt dies anschließend bei vielen sich Weiterbildenden zu einer
- 14 enormen finanziellen Mehrbelastung.

- 15 Menschen über 25 Jahre, die einer Weiterbildung nachgehen, müssen sich zusätzlich
- 16 selbst versichern, da sie die Möglichkeit der Familienversicherung nicht mehr nutzen
- 17 können. Somit stehen die sich Weiterbildenden vor einer Mehrbelastung von über 300
- 18 Euro im Monat, ohne dass sich in ihrem Ausbildungsstatus oder in ihrem Einkommen
- 19 irgendetwas verändert hat.

- 20 Durch diese Problematik werden viele junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung
- 21 sowie in ihrer Chance auf einen höheren Bildungsgrad beeinträchtigt. Da Bildung sowie
- 22 Chancengleichheit einige der gewerkschaftlichen Kernthemen sind, sollte sich die IG
- 23 BCE für eine Erhöhung dieser Altersgrenze einsetzen.

24

25 **Ursprung:**

- 26 Landesbezirksjugendausschuss Bayern

Antrag A064: Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen - Partnerschaftlichkeit stärken

Laufende Nummer: 478

Antragsteller*in:	Bundesfrauenausschuss
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich dafür ein, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- 2 erreicht und Partnerschaftlichkeit als Gestaltungsprinzip innerhalb der Familien
- 3 gefördert wird.
- 4 Die IG BCE fordert deshalb einen gesetzlichen Anspruch zur Gestaltung von
- 5 Arbeitszeit- und Arbeitsortsoveränität, der tarifvertraglich auszugestalten ist.
- 6 Dazu gehören klare Richtlinien zu Homeoffice und mobiler Arbeit. Insbesondere aus der
- 7 Perspektive der Familien sind sowohl klare Regelungen als auch Grenzen wichtig.
- 8 Die IG BCE fordert eine gute Umsetzung der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie 2019/1158
- 9 seitens des Gesetzgebers, unter anderem durch den Ausbau eines Maßregelungsverbots,
- 10 d. h. ein Verbot von Suspendierung, Kündigung (inkl. deren Vorbereitung) oder
- 11 vergleichbarer Maßnahmen, Herabstufung oder Versagung einer Beförderung,
- 12 Aufgabenverlagerung, Änderung des Arbeitsortes, Gehaltsminderung oder Versagung der
- 13 Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen, negativer Leistungsbeurteilung oder Ausstellung
- 14 eines schlechten Arbeitszeugnisses, wenn diese aufgrund oder infolge der
- 15 Inanspruchnahme bestehender Rechte im Zusammenhang mit der Sorgearbeit steht.
- 16 Wir halten es für erforderlich, dass Unternehmen die Arbeitszeitwünsche ihrer
- 17 Belegschaften berücksichtigen. Unternehmen müssen verpflichtet werden, die
- 18 Arbeitszeitbedürfnisse der Beschäftigten zu erfassen und deren Realisierung
- 19 anzustreben. Dazu gehört auch, Beschäftigten in einem unbefristeten
- 20 Teilzeitarbeitsverhältnis einen Anspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit einzuräumen.
- 21 Die IG BCE wird bei der Weiterentwicklung der lebensphasenorientierten Arbeitszeiten
- 22 die Belange von Familien und Pflegenden stärker berücksichtigen. Eine Möglichkeit
- 23 wären zusätzliche Freistellungstage für Eltern und für Pflegende, wenn Kinder
- 24 erkranken und deren Pflege oder im Pflegefall die Pflege nicht abgesichert werden
- 25 kann. Der Bundesfrauenausschuss schlägt deshalb drei bezahlte Freistellungstage ohne
- 26 Nachweispflicht für Eltern und in gleichem Maße für Pflegende vor. Außerdem darf die
- 27 Inanspruchnahme von Elternzeit tarifvertragliche Leistungen nicht mindern,
- 28 beispielsweise durch Stichtagsregelungen. Hier gilt es, einen anteilmäßigen Anspruch
- 29 zu definieren.
- 30 Um Eltern und Pflegende nicht von der beruflichen Entwicklung zu entkoppeln, ist das
- 31 System der betrieblichen Weiterbildung lebensphasenorientiert zu gestalten, deshalb

32 muss die Ausbildung und die betriebliche Weiterbildung unter familienpolitischen
33 Aspekten weiterentwickelt werden. Die IG BCE setzt sich für eine flächendeckende
34 Teilzeitausbildung, insbesondere für junge Eltern, ein.
35 Die IG BCE hat den Auftrag, die Vereinbarkeit von Beruf, Leben und Ehrenamt zu
36 organisieren. Die Organisation der ehrenamtlichen Strukturen muss unter der Prämisse
37 der Beteiligung von Eltern und Pflegenden geprüft werden. Zur besseren Einbindung von
38 Eltern und Pflegenden nutzt die IG BCE gezielt digitale Formate.

39

40 **Begründung:**

41 In unserer Gesellschaft haben sich die Werte verschoben. Auf der einen Seite stehen
42 Selbstverwirklichung und Kommunikation stärker im Vordergrund als früher.
43 Gleichzeitig führt die Wiederbelebung traditioneller Werte zu einer Aufwertung von
44 Ehe und Familie. Damit verbunden sind hohe Erwartungen seitens der Beschäftigten
45 hinsichtlich der Ausgestaltung der Work-Life-Balance und der Vereinbarkeit von Beruf
46 und Familie.

47 80 Prozent aller Menschen in Deutschland sind oder werden Eltern. Laut Statistischem
48 Bundesamt haben lediglich 22 Prozent aller Frauen im Alter von 45 bis 49 Jahren keine
49 Kinder. In fast 30 Prozent aller Haushalte leben Kinder, ungefähr 70 Prozent davon
50 mit minderjährigen Kindern. Ein Fünftel unserer Mitglieder - so die Schätzung - lebt
51 also mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Oft stehen die Teilnahme an Sitzungen,
52 die Beteiligung in politischen Prozessen und das gewerkschaftliche ehrenamtliche
53 Engagement im Widerspruch zu familiären Erfordernissen. Wir brauchen aber engagierte
54 Eltern, die ihre Erfahrungen in den politischen Diskurs einbringen und das auch in
55 der Rushhour des Lebens. Deshalb streben wir für Eltern flexiblere
56 Beteiligungsmöglichkeiten an.

57 Immer mehr Mütter sind erwerbstätig und somit hat der Anteil berufstätiger Eltern
58 zugenommen. Infolge dessen sollten auch beide die Fürsorgearbeit teilen und echte
59 Partnerschaftlichkeit leben. Das ist leider viel zu selten der Fall. Derzeit leisten
60 laut Angaben des Bundesfamilienministeriums Frauen 50 Prozent mehr unbezahlte Arbeit
61 als die Männer, in Familien mit Kindern sogar 80 Prozent. Auch die Pflege naher
62 Angehöriger leisten überwiegend Frauen, wie Studien des Wirtschafts- und
63 Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI) zeigen. Die Corona-Krise hat uns das
64 nochmals bestätigt. Im Lockdown hat jede dritte berufstätige Frau die Arbeitszeit
65 reduziert, um die Familienarbeit zu organisieren, während es bei den Männern nur
66 jeder Fünfte war. Mit der Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen und der
67 Schulen standen Eltern vor sehr großen Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit
68 mussten sie Fürsorgearbeit und Erwerbsarbeit gleichzeitig organisieren. Das führte zu
69 einer sehr hohen zeitlichen und emotionalen Belastung.

70 Familienpolitik unter dem Primat der Partnerschaftlichkeit zu gestalten, ist folglich
71 ein wichtiges Thema für die IG BCE. Damit Partnerschaftlichkeit verwirklicht werden
72 kann, brauchen wir geänderte Rahmenbedingungen und ein entsprechendes Bewusstsein für
73 Gleichstellung und für Partnerschaftlichkeit. Partnerschaftlichkeit bedeutet für uns,
74 dass innerhalb einer Familie (unabhängig vom Beziehungsstatus der Eltern) die

75 Fürsorgearbeit gleich aufgeteilt wird.

76 Für eine nachhaltige Mitgliedergewinnung und -bindung müssen wir Rahmenbedingungen
77 für Partnerschaftlichkeit gestalten und das in der Gesellschaft, in unseren Betrieben
78 und auch in unserer Gewerkschaft. Die IG BCE muss zur Partnerin der Eltern werden,
79 sie entwickelt sich zu einer Elterngewerkschaft weiter.

80

81 **Ursprung:**

82 Bundesfrauenausschuss

Antrag A065: Flexible Kinderbetreuung

Laufende Nummer: 183

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A064
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Flexible Arbeitszeitmodelle erfordern die Möglichkeit flexibler Kinderbetreuung.
- 2 Daher fordern wir die IG BCE auf, sich für flexible Kinderbetreuungsmodelle
- 3 einzusetzen, um unregelmäßige Arbeitszeiten der Eltern besser berücksichtigen zu
- 4 können.

5

6 **Begründung:**

- 7 Die Kinderbetreuung von Kleinkindern und schulpflichtigen Kindern soll flexibler
- 8 werden, um unregelmäßige Arbeitszeiten der Eltern, wie am Wochenende oder im
- 9 Schichtdienst, besser zu berücksichtigen. Besonders für alleinstehende Elternteile
- 10 ist es fast unmöglich, die Betreuung der Kinder sicherzustellen.
- 11 Kinderbetreuung und Erziehung sowie die Pflege von Angehörigen stellen oftmals
- 12 Konflikte zur Arbeit dar.
- 13 Eine Entlastung, wie flexible Kinderbetreuung, verbessert die Vereinbarkeit von Beruf
- 14 und Familie.
- 15 Die Einrichtung der Betreuungsstätten mit flexiblen Öffnungszeiten sollte in fast
- 16 jeder Stadt angeboten werden.
- 17 Beispiel: Kompakt 11/2020, Manuela Grieger, Betriebsratsvorsitzende von Infra Leuna
- 18 bei Halle in Sachsen-Anhalt.

19

20 **Ursprung:**

- 21 Bezirksfrauenausschuss Freiburg

Antrag A066: Schichtmitarbeiter*innen nicht vergessen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE macht auf den verschiedenen Ebenen ihren politischen Einfluss geltend, um
- 2 sicherzustellen, dass bei den zentralen Zukunftsthemen Mobilitätswende und
- 3 Kinderbetreuung die Interessen von Schichtmitarbeiter*innen berücksichtigt werden.

4

5 **Begründung:**

- 6 Auch in unserem Bezirk werden seit geraumer Zeit die Mobilitätswende und der
- 7 Kitausbau vorangetrieben. Wir fordern die Handelnden in Politik, bei freien Trägern
- 8 und in den Verkehrsverbünden dazu auf, die Interessen der Schichtmitarbeitenden
- 9 hierbei stärker in den Fokus zu nehmen.

- 10 Wenn wir möchten, dass die Mobilitätswende in unserem Bezirk flächendeckend gelingt,
- 11 müssen wir auch dafür sorgen, dass die Schichtmitarbeitenden zu allen Schichten
- 12 pünktlich und bequem zu ihrem Arbeitsplatz gelangen können, ohne im Winter
- 13 stundenlang an zugigen Bahnhöfen
- 14 oder Bushaltestellen zu stehen. Gerade an Wochenenden ist es in vielen Betrieben im
- 15 Bezirk fast unmöglich, pünktlich zur Frühschicht zu kommen. Hier fordern wir
- 16 Nachbesserungen, die diese Mitarbeiter*innengruppe in den Blick nehmen.

- 17 Bei der Kinderbetreuung stehen viele Mitarbeitende vor demselben Problem; die
- 18 Betreuungszeiten sind hauptsächlich für Eltern ausgelegt, bei denen maximal ein
- 19 Elternteil Schicht arbeitet. Das geht allerdings an der Realität vielerorts vorbei,
- 20 wo es nicht selten vorkommt, dass beide Elternteile im Schichtdienst tätig sind. Wenn
- 21 sie Glück haben, sind beide Eltern im selben Betrieb tätig und können die Kinder
- 22 sprichwörtlich am Werkstor übergeben oder haben zusätzlich private
- 23 Betreuungsmöglichkeiten. Dies darf aber als Gesellschaft nicht unser Anspruch sein.
- 24 Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im ganzen Bezirk Betreuungsmöglichkeiten für
- 25 Kinder von Schichtmitarbeitenden geschaffen werden, um auch diesen Eltern gerecht zu
- 26 werden.

27

28 **Ursprung:**

- 29 Vertrauenskörper Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG

Antrag A067: Unterstützung für Alleinerziehende

Laufende Nummer: 167

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken,
- 2 folgende Verbesserungen für Alleinerziehende zu bewirken.

- 3 • Finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung.
- 4 • Einen Ausgleich für die durch erziehungsbedingte Teilzeit-Beschäftigung
- 5 reduzierte Altersversorgung.

6

7 **Begründung:**

8 Alleinerziehende sind allein für sich und ihr Kind verantwortlich - insbesondere
9 finanziell. Sie sind darauf angewiesen, dass das Kind fremdbetreut wird, um einer
10 eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen zu können.

11 Häufig arbeiten sie in Teilzeit. Da die Fremdbetreuung überwiegend immer noch
12 kostenpflichtig ist, ist die Situation als Alleinerziehende*r finanziell angespannt.

13 Wir beantragen daher eine Reform zugunsten der Alleinerziehenden. Diese soll die zwei
14 o. g. Punkte umfassen.

15

16 **Ursprung:**

17 Bezirksfrauenforum Recklinghausen

Antrag A068: Finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende bei Kurzarbeit

Laufende Nummer: 215

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Südniedersachsen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Mehr finanzielle Unterstützung vom ersten Tag an bei Kurzarbeit auf 87 % mit Kind.

2

3 **Begründung:**

- 4 Bisher gibt es 67 % Kurzarbeitergeld, nach 4 Monaten 77 % und nach 8 Monaten 87 %,
5 bei mindestens 50 % Kurzarbeit. Darüber hinaus gibt es nur in der Pandemie mehr
6 Unterstützung in Form von Entschädigungszahlungen wegen Kita- und Schulschließungen
7 für 20 Wochen. Gerade bei Alleinerziehenden, die häufig in Teilzeit tätig sind, fällt
8 es sehr vielen gerade in den niedrigen Entgeltgruppen sehr schwer, mit dem
9 Kurzarbeitergeld für die laufenden Lebenshaltungskosten aufzukommen.
10 Die Belastungen sind so schon groß genug, da braucht es keine zusätzlichen
11 finanziellen Probleme in der Kurzarbeit. Da muss grundsätzlich etwas geändert werden.
12 Wir halten diese Forderungen für sinnvoll, damit Alleinerziehende nicht in
13 existenzielle Nöte geraten. Dazu kommt dann noch die Sorge um den Arbeitsplatz.

14

15 **Ursprung:**

- 16 Bezirksfrauenausschuss Bezirk Südniedersachsen

Antrag A069: Gleichstellung als Zukunftschance und gewerkschaftlicher Auftrag. Frauen.Macht.Gerechtigkeit - unter den Bedingungen der Transformation

Laufende Nummer: 254

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich innerhalb ihres Einflussbereiches dafür ein, die industrielle
- 2 Transformation geschlechtergerecht zu gestalten. Sie fordert Politik und Wirtschaft
- 3 auf, alle wirtschafts- und industriepolitischen Maßnahmen daraufhin zu prüfen, welche
- 4 Auswirkungen sie auf Frauen und Männer haben. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um
- 5 negative Auswirkungen, insbesondere für Frauen, auszuschließen. Außerdem setzen wir
- 6 uns dafür ein, dass sich Menschen im Bildungssystem frühzeitig mit den Werten unserer
- 7 Demokratie vertraut machen. Bloß mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens, dass
- 8 Frauenrechte nur in einer Demokratie realisiert werden können und dass Frauenrechte
- 9 schützenswert sind, lassen sich die künftigen Herausforderungen in Wirtschaft und
- 10 Gesellschaft meistern.
- 11 Für die geschlechtergerechte Gestaltung der Transformationsprozesse im Betrieb müssen
- 12 die Rechte der Betriebsrät*innen gestärkt werden. Die IG BCE fordert die Politik auf,
- 13 im Betriebsverfassungsgesetz verbindliche Gleichstellungsausschüsse zu verankern. In
- 14 diesen paritätisch besetzten Gleichstellungsausschüssen beraten Betriebsrat und
- 15 Arbeitgeber*in über Maßnahmen zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und
- 16 Männern und vereinbaren konkrete Umsetzungsschritte für den Betrieb. Wesentlich sind
- 17 dabei auch eine transparente Entgeltstruktur und eine faire Entgeltgestaltung. Hier
- 18 sind die Rechte des Betriebsrates noch nicht ausreichend beschrieben. Die IG BCE
- 19 fordert deshalb die Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes hinsichtlich der
- 20 Stärkung der Kontrollrechte durch den Betriebsrat und der Pflicht der Unternehmen zur
- 21 regelmäßigen Überprüfung der Entgeltstrukturen. Wir halten es für nicht akzeptabel,
- 22 wenn eine unkorrekte Anwendung unserer Tarifverträge auf den Schultern einzelner
- 23 Beschäftigter ausgetragen werden sollte. Deshalb bestehen wir darauf, die
- 24 Einflussmöglichkeiten der Betriebsräte zu stärken, beispielsweise durch wirksame
- 25 Instrumente zur Überprüfung der Eingruppierung oder einen digitalen Zugriff auf die
- 26 Entgeltlisten.
- 27 Der Zugang zu betrieblicher Weiterbildung ist entscheidend für die zukünftige
- 28 Beschäftigungsfähigkeit von Frauen und Männern. Die IG BCE fordert eine
- 29 Geschlechterquote, um alle Beschäftigten angemessen an betrieblicher Weiterbildung zu
- 30 beteiligen. Außerdem sollen Unternehmen verpflichtet werden, geschlechtergerechte

31 Weiterbildungspläne zu erstellen. Ein dafür zu etablierendes Controlling soll die
32 Wirksamkeit der eingeleiteten Gleichstellungsmaßnahmen prüfen.

33 Um die geschlechtergerechte Gestaltung der Transformation im Betrieb mit mehr
34 Priorität zu versehen, braucht es eine entsprechende Führungskultur und diverse
35 Führungsteams. Derzeit sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert. Um dies
36 schneller zu ändern, fordern wir die/den Gesetzgeber*in auf, den Geltungsbereich des
37 Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der
38 Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG) auf alle Unternehmen mit mehr als
39 2.000 regelmäßig inländischen Beschäftigten auszuweiten. Sollten Quoten nicht
40 erreicht werden, sind Sanktionen einzuführen. Zudem setzt sich die IG BCE dafür ein,
41 dass die Unternehmen verpflichtet werden, ihre eigenen Strukturen auf
42 Diskriminierungspotenziale zu prüfen und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einzuleiten.
43 Die IG BCE befördert eine Führungskultur in den Unternehmen, in der die
44 Gleichstellung von Frauen und Männern integraler Bestandteil ist, und nutzt Orte des
45 sozialpartnerschaftlichen Handelns, um diese Unternehmenskultur weiter auszubauen.
46 Die IG BCE setzt sich dafür ein, dass Modelle geteilter Führung in den Unternehmen
47 Anwendung finden.

48 Im Zuge der digitalen Transformation müssen Frauen Zugang zu allen Arbeitsmitteln
49 erhalten und bei der Technikentwicklung ist die weibliche Perspektive zu
50 berücksichtigen. Bei Algorithmen und Systemen der künstlichen Intelligenz ist stets
51 die weibliche Perspektive mitzudenken und zu implementieren.

52

53 **Begründung:**

54 Der Anteil der Frauen in der Erwerbstätigkeit hat sich in den letzten vierzig Jahren
55 verdoppelt. Mit diesem Tempo hat die gewerkschaftliche Organisation der Frauen nicht
56 mithalten können. Die IG BCE hat Erfolge vorzuweisen - darauf sind wir auch stolz.
57 Jetzt gilt es, das Tempo zu beschleunigen. Gelingt es, die Transformation der
58 Industrie geschlechtergerecht zu gestalten, ihr ein weibliches Profil zu geben, dann
59 wird dies dabei helfen, Frauen für eine Mitgliedschaft in der IG BCE zu gewinnen. In
60 der Transformation der Industrieproduktion steckt nämlich die historische Chance, die
61 kommenden Veränderungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu nutzen.
62 Sowohl die ökologische Transformation als auch die Digitalisierung verändern, was,
63 wie und mit wem produziert wird. Auch die industrielle Infrastruktur wird sich in den
64 kommenden Jahren grundlegend wandeln. Die Berücksichtigung der weiblichen
65 Perspektiven und die Vertretung der Interessen der Frauen sind wichtige
66 Voraussetzungen, um mehr Frauen für unsere gewerkschaftliche Arbeit zu begeistern.
67 Mit der geschlechtergerechten Gestaltung der Transformation wird für Frauen sehr
68 konkret gewerkschaftliches Handeln spürbar und erlebbar. Das sind beste
69 Voraussetzungen, um Frauen erfolgreich zu werben.

70 In einigen Unternehmen ist die Transformation bereits im vollen Gange. Es ist also
71 der richtige Zeitpunkt, um jetzt Einfluss zu nehmen und die Veränderungsprozesse im
72 Sinne weiblicher werdender Belegschaften zu gestalten. Der Anteil erwerbstätiger
73 Frauen ist bereits rasant gestiegen und wird durch den sich verschärfenden

74 Fachkräftemangel weiter steigen; der Trend der Feminisierung der Arbeitswelt setzt
75 sich fort. Weiblichere Belegschaften formulieren andere Ansprüche an die Gestaltung
76 der Arbeitswelt, etwa zu den Themen Arbeitszeit oder Qualifizierung. Um hier
77 geschlechtergerecht zu gestalten, sind die Mitbestimmungsrechte der Betriebsrät*innen
78 zu stärken. Die Forderung nach verbindlichen Gleichstellungsausschüssen beruht auf
79 der Erfahrung, dass mit derartigen (bisher freiwillig eingerichteten) Ausschüssen die
80 Gleichstellung von Frauen und Männern stetig verfolgt und im Betrieb deutlich
81 verbessert wird.

82 Das bedeutet nicht, dass Betriebsrät*innen nicht auch ohne Einrichtung derartiger
83 Ausschüsse Erfolge erzielen können. Eine verbindliche Einführung eines paritätisch
84 besetzten Gleichstellungsausschusses im Betrieb garantiert allerdings, dass dauerhaft
85 zwischen Arbeitgeber*in und Betriebsrat an Gleichstellungsthemen gearbeitet wird. Der
86 Gleichstellungsausschuss muss Einfluss auf Recruiting, Personalplanung und
87 Stellenbesetzung nehmen können. Das gilt insbesondere dann, wenn das Recruiting
88 mittels künstlicher Intelligenz erfolgt. In diesem Kontext müssen die
89 geschlechtergerechte Ausschreibung und die Besetzung implementiert und gewährleistet
90 werden.

91 Wir wissen, unter anderem aus der Offensive Frauen, dass eine geschlechtergerechte
92 Unternehmenskultur allein nicht automatisch zu mehr Gleichstellung im Betrieb führt.
93 Die Unternehmenskultur trägt zur Orientierung bei, aber es sind die Führungskräfte,
94 die entscheidend Einfluss auf die Umsetzung nehmen oder auch nicht. Es braucht eine
95 Führungskultur, die Gleichstellung im Betrieb fördert. Dies könnte durch monetäre
96 oder ideelle Anreizsysteme unterstützt werden. Verschiedentlich ist belegt, dass
97 diverse Führungsteams produktiver und erfolgreicher sind. Dass sich dabei mehrere
98 Personen eine Führungsposition teilen, kann zu einer höheren Beteiligung von Frauen
99 führen. Die Evaluierung des FüPoG hat gezeigt, dass Unternehmen freiwillig zu wenig
100 tun, um Frauen in Führung zu bringen. Deswegen braucht es einen gewissen Zwang durch
101 die Quote und stärkere Sanktionen, wenn gegen die gesetzlichen Regelungen verstoßen
102 wird.

103 Qualifizierung ist ein wichtiges Instrument, um Menschen in der Transformation zu
104 begleiten und arbeitsfähig zu halten. Aus dem Monitor Digitalisierung ist bekannt,
105 dass in Bezug auf Weiterbildung generell Handlungsbedarf in den Unternehmen besteht.
106 Gegenwärtig ist der Zugang von Frauen und Männern zur Weiterbildung unterschiedlich
107 und Frauen profitieren seltener von betrieblicher Weiterbildung als Männer. Wenn die
108 Unternehmen zukünftig mehr in die Qualifizierung ihrer Beschäftigten investieren,
109 soll eine geschlechtergerechte Weiterbildungsquote sicherstellen, dass Frauen ebenso
110 wie Männer von Weiterbildungen profitieren und in ihrer beruflichen Entwicklung nicht
111 abgehängt werden.

112 In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass mit dem Ausfall der Betreuungs- und
113 Lernstrukturen für Kinder und Jugendliche es überwiegend Frauen sind, die diesen
114 Ausfall kompensieren. Studien des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
115 Instituts (W.S.I.) der Hans-Böckler-Stiftung haben gezeigt, dass jede dritte
116 berufstätige Frau in der Corona-Pandemie ihre Arbeitszeit reduziert hat. Bei den
117 Männern war es nur einer von fünf. In zwei Dritteln aller Familien, die vor Corona

118 die Fürsorge-Arbeit partnerschaftlich geteilt haben - in denen es also einen Konsens
119 zu einer fairen Verteilung der Fürsorgearbeit gab - waren es die Frauen, die während
120 der Pandemie die Fürsorge-Arbeit übernommen haben. Die Wissenschaft spricht in diesem
121 Zusammenhang von der Retraditionalisierung der Rollenbilder. Parallel erleben wir
122 gerade ein Zerbröseln des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Verlassen von Wegen
123 der Vernunft und das Erstarken rechtspopulistischer bis -extremer Kräfte.
124 Auseinandersetzungen werden zunehmend verhärtet und absolut geführt. Dies betrifft
125 auch die Auseinandersetzung um die Frauenrechte. Zunehmend werden Feminist*innen
126 diffamiert. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Das erfordert den Einsatz
127 unserer IG BCE-Mitglieder und der Organisation als Ganzes. Die Gleichstellung von
128 Frauen und Männern ist ein grundlegender Wert unserer Demokratie. Der Status der
129 Umsetzung der Frauenrechte ist ein Indikator für den Zustand einer Demokratie. Unsere
130 Forderung, die Transformation geschlechtergerecht zu gestalten, setzt dieses
131 Grundverständnis in der Gesellschaft voraus, damit wir aufhören können, das Anliegen
132 an sich zu debattieren, und in die tatsächliche Gestaltung kommen können.

133

134 **Ursprung:**

135 Hauptvorstand

Antrag A070: Gleichstellung und Chancengleichheit - standhaft auch in Krisenzeiten

Laufende Nummer: 78

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A069
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, die
- 2 Gleichstellungspolitik positiv zu fördern und damit eine echte Chancengleichheit
- 3 zwischen Männern und Frauen sowie eine faire Teilhabe von schwerbehinderten
- 4 Beschäftigten auch und insbesondere in Krisenzeiten sicherzustellen.
- 5 Die Unterstützungsleistungen für Familien müssen noch weiter ausgebaut und
- 6 krisensicher gemacht werden. Die Wertigkeit der Kindererziehung muss erhöht werden.
- 7 Weiter muss der Inklusionsansatz fokussiert werden. Hierbei spielen unsere
- 8 zukunftsfähigen Branchen eine Vorbildrolle für die gesamtgesellschaftliche Inklusion.
- 9 „Vielfalt/Diversity“ muss in unseren Branchen mit Überzeugung gelebt werden, dies ist
- 10 ein wichtiger Schritt in eine diskriminierungsfreie Gesellschaft.
- 11 Unter allen Mitteln verstehen wir, den Einfluss auf die Politik und die Gesetzgebung
- 12 wahrzunehmen und die tarifvertraglichen Gestaltungsrahmen, unsere Struktur und unsere
- 13 Gemeinschaft zu nutzen, um positive Veränderungen zu erzielen.

14

15 Einfluss auf Politik und Gesetzgebung:

16

17 1. Elternzeit und Elterngeld

- 18 Wir fordern die IG BCE dazu auf, in der Politik und der Gesetzgebung darauf
- 19 hinzuwirken, dass individuelle Arbeitszeitwünsche während und nach der Elternzeit
- 20 ermöglicht und gefördert werden. Individuelle Teilzeitmöglichkeiten sowie
- 21 Steigerungsmöglichkeiten aus der Teilzeit bis hin zur Vollzeit müssen geschaffen
- 22 werden. Hierzu ist auch das Betriebsverfassungsgesetz anzupassen, damit eine
- 23 verbindliche qualitative Personalbedarfsplanung eingefordert werden kann. Die
- 24 Mitbestimmungsrechte des BR müssen erweitert werden. Die IG BCE wird außerdem
- 25 aufgefordert, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Wertigkeit der Kindererziehung
- 26 erhöhen, um diese dann gemeinsam mit der Politik umzusetzen.

27

28 2. Infektionsschutz/Kinderkrankengeld

29 2.1 Eltern

Wir fordern die IG BCE dazu auf, in der Politik und der Gesetzgebung darauf hinzuwirken, die Entschädigung des Verdienstausfalles auf 100 % des Familieneinkommens zu erhöhen, sobald Betreuungseinrichtungen (staatlich angeordnet) schließen, die Präsenzpflcht im Unterricht ausgesetzt ist bzw. der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wurde. Außerdem fordern wir die IG BCE dazu auf, sich auch dafür starkzumachen, die Hürden zum Erhalt dieser Entschädigungen abzubauen. Es müssen mit der Politik gemeinsam Regelungen geschaffen werden, die nicht zur Überlastung von erwerbstätigen Eltern und insbesondere von alleinerziehenden erwerbstätigen Eltern führen.

2.2 Risikogruppen und Schwangere

Wir fordern die IG BCE dazu auf, in der Politik darauf hinzuwirken, dass in den Bundespandemieplänen gesetzlich klare, bundeseinheitliche Regelungen bezüglich des Arbeitsschutzes für Risikogruppen und Schwangere geschaffen werden.

3. Inklusion auch in Krisenzeiten

„Die Inklusion hat in der Pandemie eine Rolle rückwärts gemacht.“

Menschen mit Behinderung werden während der COVID-Krise noch stärker als in der Vergangenheit benachteiligt. Inklusives Leben und Arbeiten wird durch viele neue Vorschriften, welche auf die Einschränkungen der Kolleg*innen nur wenig Rücksicht nehmen, immer schwieriger.

3.1 Teilhabe im Betrieb

Die IG BCE wird aufgefordert, in der Politik und der Gesetzgebung mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, dass eine echte Barrierefreiheit am Arbeitsplatz für sämtliche Arbeitsabläufe sowie für alle Informationsquellen, welche den Beschäftigten wichtig sind, sichergestellt wird.

In einem ersten Schritt müssen im Pandemieplan der Bundesregierung Maßnahmen für Mitarbeiter*innen mit Einschränkungen geschaffen werden, welche eine übliche Teilhabe auch in Zeiten von einer Pandemie und darüber hinaus ermöglichen.

In Zusammenarbeit mit den Integrationsämtern sollen diese Maßnahmen dann zügig umgesetzt werden.

3.2 Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die IG BCE wird aufgefordert, in der Politik und der Gesetzgebung darauf hinzuwirken, dass Inklusion in allen Branchen ernst genommen wird, Stellen flächendeckend geschaffen werden und der Gesetzgeber noch mehr Unterstützungsleistungen für Unternehmen bietet, die eine hohe Teilhabe ermöglichen.

Fokusgruppe „Gleichstellung“:

Die IG BCE wird aufgefordert, eine Fokusgruppe „Gleichstellung“ in jedem Bezirk und auf Bundesebene einzurichten. Ziel soll eine flächendeckende, überregionale Analyse der Verbesserungspotenziale sowie eine Ableitung von möglichen Maßnahmen sein. Die IG BCE wird außerdem aufgefordert, hierzu einen Gleichstellungskongress durchzuführen.

Tarifvertragliche Gestaltungsrahmen nutzen:

Die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert, sich tarifpolitisch stärker mit Themen der Gleichstellung und insbesondere mit dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu beschäftigen sowie die Betriebsrät*innen dabei zu unterstützen, hier gute Regelungen im Betrieb zu finden.

Begründung:

Begründung zu Punkt 1 "Elternzeit und Elterngeld":

Teilzeit während und nach der Elternzeit ist durch den gesetzlichen Rahmen für jeden Elternteil grundsätzlich möglich. Diese Möglichkeit wird allerdings häufig durch die/den Arbeitgeber*in verhindert. Die Hürden, diesen Teilzeitananspruch abzulehnen, sind für ihn*sie sehr niedrig. Die vom Gesetzgeber gewählten Begrifflichkeiten „betriebliche Gründe“ und bei Teilzeit während Elternzeit „dringende betriebliche Gründe“ sind nicht ausreichend definiert, was eine nicht gerechtfertigte Ablehnung durch die*den Arbeitgeber*in erleichtert. Die/Der einzelne Arbeitnehmer*in müsste sein*ihr Recht einklagen, diese Hürde ist für viele Kolleg*innen oft zu groß.

Die niedrige Hürde der Ablehnung durch die/den Arbeitgeber*in führt auch dazu, dass Eltern gegen alle Vernunft ihren Vollzeitarbeitsplatz nach der Elternzeit wieder annehmen. Dieser Anspruch kann nicht so leicht verwehrt werden, was dann aber oft zur klassischen Doppelbelastung bei den Eltern führt. Besonders in Krisenzeiten führt die Tatsache, dass Teilzeitanprüche abgelehnt werden, zur Überschreitung der individuellen Belastungsgrenze von erwerbstätigen Eltern, da zusätzlich der Druck von außen durch Existenznöte, Arbeitsplatzgefährdung oder fehlende Kinderbetreuungsstrukturen zunimmt.

Eltern sind gleichwertig wie alle Stammbeschäftigten zu sehen, die Hürden der Nicht-Beschäftigungsmöglichkeit müssen dringend abgebaut werden.

Für viele Teilzeitbeschäftigte entspricht die Dauer ihrer Arbeitszeit nicht ihren Wünschen. Zeitrealitäten und -wünsche klaffen leider oft weit auseinander. Diese Steigerungsmöglichkeiten sollen auf veränderte Betreuungsmöglichkeiten des Kindes mit wachsendem Alter individuell abgestimmt werden können.

Die Wertigkeit der Kindererziehung muss erhöht werden, auch um den Wohlstand der Gesellschaft und der Industrie zu erhalten. Eltern stellen den größten Anteil der Beschäftigten dar und sind damit überproportional an der Wirtschaftsleistung beteiligt. Sowohl bei der Kaufkraft als auch bei der erbrachten Arbeitsleistung und den damit einhergehenden Sozialversicherungsbeiträgen. Die Kinderbetreuung ist somit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

111 Für die Betreuung des Kindes könnte der betreuende Elternteil grundsätzlich Entgelt
112 aus steuerlichen Mitteln erhalten. Vorstellbar wäre auch der Bezug von Elterngeld von
113 dem*der Arbeitgeber*in, damit die Eingliederung auch für diesen*diese interessanter
114 gemacht wird. Denkbar wäre, dass die Zahlung wegfällt, wenn die staatliche Betreuung
115 (Kindergarten, Krippe, Schule) sichergestellt ist: Elterngeld-Zahlung also nicht nur
116 für 12 bzw. 14 Monate, sondern bis die Betreuung passgenau zum Arbeitsplatz
117 sichergestellt ist und Arbeiten wieder möglich ist.

118

119 **Begründung zu Punkt: "2. Infektionsschutz/Kinderkrankengeld**

120 **2.1 Eltern":**

121 Wir begrüßen die befristeten Änderungen zum Kinderkrankengeld und der damit
122 verbundenen Anerkennung, dass Homeoffice und die Kinderbetreuung bzw. das
123 Homeschooling nicht miteinander vereinbar sind. Diese Anerkennung muss Grundsatz
124 sein. Allerdings handelt es sich beim Kinderkrankengeld auch nicht um 100 %
125 Lohnersatzleistung.

126 Bei wegfallenden oder eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten muss die Entschädigung
127 des Verdienstausfalles bei 100 % liegen. Um die Gleichberechtigung zwischen Männern
128 und Frauen, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten zu fördern, muss das
129 Familieneinkommen als Ganzes betrachtet werden. Dies gewährleistet dann auch die
130 innerfamiliäre Entscheidungsfreiheit, welcher Elternteil die Betreuung übernimmt. Der
131 wegbrechende Teil des Familieneinkommens soll in vollem Umfang entschädigt werden.
132 Diese Entschädigungszahlungen dürfen zeitlich nicht befristet werden.

133 Eine mögliche Notfallbetreuung darf ab dem Schulalter nicht zum Anspruchsausschluss
134 für eine Freistellung von Eltern nach Infektionsschutzgesetz führen. Für Schulkinder
135 stellt die Notfallbetreuung nur eine Unterstützung dar, je nach Entwicklungsstand des
136 Kindes muss der zeitliche Aufwand für Homeschooling bemessen und entschädigt werden.
137 Der zeitliche Aufwand für die Betreuung kann stark von der Qualität der angebotenen
138 Notfallbetreuung abhängen.

139 Auch die Hürden, eine Notfallbetreuung in Anspruch nehmen zu können, müssen abgebaut
140 werden. Homeoffice und gleichzeitig Homeschooling führt zu extremer Doppelbelastung.
141 Die in vielen Bundesländern getroffene Regelung, „den Lohnersatz über
142 Infektionsschutz nicht zu gewähren, wenn ein Elternteil im Homeoffice arbeiten kann“,
143 sehen wir als falsch an, besonders für alleinerziehende Eltern.

144

145 **Begründung zu Punkt: "2.2 Risikogruppen und Schwangere":**

146 Um die individuelle Schutzbedürftigkeit von besonderen Risikogruppen und Schwangeren
147 in einer Pandemie zu gewährleisten, braucht es klare Abgrenzungen und Definitionen,
148 bis hin zum Tätigkeitsverbot mit vollem Lohnausgleich. Hier agiert bei dieser
149 Pandemie jeder Betrieb unterschiedlich und mit unterschiedlichen Maßnahmen. Das soll
150 mit klaren Vorgaben im Arbeitsschutz verhindert und zum Schutz der betroffenen
151 Personen verändert werden.

152

153 **Begründung zu Punkt: "3. Inklusion auch in Krisenzeiten - 3.1 Teilhabe im Betrieb":**

154 Menschen mit Behinderung wurden und werden während der COVID-Krise noch stärker als
155 in der Vergangenheit benachteiligt. Inklusives Leben und Arbeiten wird durch viele
156 neue Vorschriften, welche auf die Einschränkungen der Kolleg*innen nur wenig
157 Rücksicht nehmen, immer schwieriger.

158 Mitarbeiter*innen, die z. B. auf das Lippenlesen oder die Mimik der
159 Arbeitskolleg*innen angewiesen sind, haben mit der verordneten Maskenpflicht ihre
160 Teilhabe am normalen Arbeitsleben erst einmal verloren. Hier müssen digitale
161 Lösungen, welche das Gesprochene in Text umwandeln, zur Unterstützung von
162 gehörgeschädigten Beschäftigten verpflichtend angeboten werden. Außerdem müssen
163 Arbeitsräume technisch und organisatorisch so gestaltet werden, dass die persönliche
164 Schutzausrüstung (also MNS) auf ein Minimum reduziert werden kann.
165 Gefährdungsbeurteilungen stellen hierfür die Grundlage, das gesetzlich Verankerte
166 TOP-Prinzip kann dabei helfen.

167 Verordnungen, Regelungen, Pandemiepläne, Gefährdungsbeurteilungen etc. müssen auch in
168 Podcasts zur Verfügung gestellt werden, damit sehgeminderte Mitarbeiter*innen alle
169 aktuellen Regelungen kennen.

170 Alle Informationen müssen barrierefrei zur Verfügung gestellt werden, im Idealfall
171 werden damit zwei oder mehr Sinne angesprochen, um endlich die Diskriminierung
172 unserer Kolleg*innen zu unterbinden.

173

174 **Begründung zu Punkt "3.2 Teilhabe am Arbeitsmarkt":**

175 Laut der Studie „Inklusionsbarometer Arbeit 2020“, durchgeführt von „Aktion Mensch“,
176 waren im Oktober 2020 13 % mehr Menschen mit Schwerbehinderung arbeitslos als zur
177 selben Zeit im Vorjahr. Durch die Corona-Krise hat auch die Inklusion auf dem
178 Arbeitsmarkt einen deutlichen Rückschlag erlitten. Besonders schwerwiegend äußert
179 sich die Situation in Bayern: Hier sind die Arbeitslosenzahlen von Menschen mit
180 Schwerbehinderung um 19,1 % gestiegen!

181 Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die in besonderen Maßen von den Corona-
182 Maßnahmen betroffenen Branchen, wie etwa Gastronomie, Hotellerie oder
183 Gemeinschaftsverpflegung, gleichzeitig den größten Anteil an Stellen für Menschen mit
184 Behinderung zur Verfügung stellen. Umso wichtiger ist es, dass Inklusion in allen
185 Branchen ernstgenommen wird und Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

186 Vorstellbar wären zusätzliche Unterstützungsleistungen für Betriebe mit einer hohen
187 Schwerbehindertenquote, z. B. steuerliche Vergünstigungen etc.

188 Der Kündigungsschutz für schwerbehinderte Kolleg*innen darf auch in Krisenzeiten
189 nicht aufgeweicht werden, die Entscheidungen der Integrationsämter sind eindeutig zu
190 hinterfragen.

191

192 **Begründung zu Punkt: "Fokusgruppe" „Gleichstellung“:**

193 Die bezirklichen Fokusgruppen sollen aus ehrenamtlichen sowie hauptamtlichen

194 Bezirksvorstandsmitgliedern gebildet werden. Unterstützt werden sollen sie von
195 erwerbstätigen Eltern, Mitarbeiter*innen mit Behinderung, Alleinerziehenden,
196 Mitarbeiter*innen mit Pflegefall in häuslicher Betreuung etc. Für den Austausch
197 sollen regionale Veranstaltungen genutzt werden.
198 Zusammengefasst werden die Ergebnisse in der Bundesfokusgruppe, die analog zu den
199 Fokusgruppen auf Bezirksebene zusammengesetzt ist und die Landesbezirke entsprechend
200 repräsentiert.

201 Die Entwicklung sowie die Umsetzung von Maßnahmen betrachten wir als
202 Querschnittsaufgabe für die gesamte Organisation, verteilt über alle Ebenen sowie
203 über Vorstandsbereiche hinweg. Hierzu wird die Organisation aufgefordert, einen
204 Gleichstellungskongress unter Einbeziehung von Politik und Öffentlichkeit zu
205 gestalten. Die zu entwickelnden Maßnahmen werden neue Anforderungen an Gesetzgebung,
206 an Gesellschaft, aber auch an unsere Tarifpolitik ergeben.

207

208 **Begründung zu Punkt: "Tarifvertragliche Gestaltungsrahmen nutzen":**

209 Solange die/der Gesetzgeber*in die in der Krise entstandenen Schwächen nicht
210 ausgleicht, sollten wir versuchen, über gute Tarifverträge die Lücken zu schließen.

211 Einige Regelungen in Tarifverträgen können als Vorbild dienen, (z. B. TV
212 Lebensarbeitszeit und Demografie (Chemische Industrie) TV Moderne Arbeitswelt
213 (Chemische Industrie), mit den dazugehörigen Vereinbarungen zur Bewältigung der
214 Corona-Pandemie, MTV Chemische Industrie § 8 etc.) bzw. sollten sukzessiv weiter
215 ausgebaut und krisenfest gemacht werden.

216 Es geht nicht darum, in die Tarifaufonomie der Tarifkommissionen einzugreifen, es
217 geht mehr darum, darauf hinzuwirken, dass das Thema „Vereinbarkeit von Familie und
218 Beruf“ auch dort eine wichtige Rolle spielt. Das kann durch Schulungen und auch Best-
219 Praxis-Beispiele gefördert werden. Insbesondere muss bei neuen Tarifabschlüssen
220 darauf geachtet werden, dass Regelungen familienfreundlich sind, wie z. B.
221 Stichtagsregelungen zum Nachteil von Ruhenden (wie Mitarbeiter*innen in Eltern- oder
222 Pflegezeit, aber auch für Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit).

223

224 Wichtige Themenbereiche für erwerbstätige Eltern bzw. Familien:

225 • Angehörigenbetreuung:

226 • Pflegezeit, Pflegegeld...

227 • Arbeitsunterbrechung zur Angehörigenbetreuung mit Lohnfortzahlung/
228 Teillohnfortzahlung

229 • Familiäre Ausnahmesituationen, mit Freistellungsregelungen für Pflege und
230 Kinderbetreuung

231 • Arbeitszeitflexibilisierung

232 • Teilzeitarbeit, Gleitzeitarbeit, Arbeitszeitautonomie

233 • Telearbeit/Homeoffice, mobiles Arbeiten

234 • Elternförderung

- 235 • Kinderbetreuung anbieten (Studie Bundesregierung 2018, nur 2,6 % der
- 236 Betriebe)
- 237 • Belegplätze Krippe/Kindergärten
- 238 • Betriebskindergärten:
- 239 • z. B. Bereitstellung von Betriebskindergärten ab gewisser
- 240 Unternehmensgröße (Ausgestaltung regional abhängig - evtl. können
- 241 Plätze in bestehenden kommunalen Kindergärten sichergestellt
- 242 werden)
- 243 • Betriebskrippen
- 244 • betriebliche Kindertagesstätten
- 245 • Ferienprogramme - finanziert und organisiert durch die
- 246 Unternehmen
- 247 • Ein definierter Teil von Stellen/Aufgaben wird vom Unternehmen für
- 248 zurückkehrende Eltern bereitgehalten (Quote)
- 249 • Beratung (vor oder während der Schwangerschaft) über rechtliche und
- 250 tarifvertragliche Fragen und Regelungen von Betriebsvereinbarung wird
- 251 sichergestellt (Elterngeld/Elternzeit/Elternbonus etc.)
- 252 • Elternzeit/Familienphase
- 253 • Zusätzliche Rahmen für Familienzeiten schaffen
- 254 • Wiedereingliederungsmodell nach Elternzeit, finanziert über die/den
- 255 Arbeitgeber*in
- 256 • Wiedereingliederungsworkshop, Planungsgespräch, Perspektivengespräch
- 257 • Zusätzlicher Elternbonus:
- 258 • z. B. solange Entschädigungszahlungen aus dem Infektionsschutz
- 259 befristet und unterhalb 100 % des Verdienstauffalls sind
- 260 • oder ab dem Wegfall des Elterngeldes
- 261 • Kinderbonus zur Geburt eines Kindes etc.
- 262 • Tarifbestandteile, die in Freizeit umgewandelt werden können
- 263 • betriebliche Altersvorsorge, auch während Elternzeit
- 264 • Urlaub/betriebliche Altersvorsorge darf nicht über 2 Partner*innenmonate
- 265 reduziert werden
- 266 • Übertragung/Verlängerung der Elternzeit
- 267 • Qualifizierung/Qualifikationserhalt während der Elternzeit
- 268 • Kontaktpflege während Elternzeit
- 269 • Wiedereinstellungszusagen
- 270 • Familienservice
- 271 (Kinderbetreuung, Angehörigenbeistand, Pflegeberatung, Haushaltspflege, Vermittlung
- 272 von Au-pair-Dienst etc. über Verbände anbieten)
- 273 • Systematische Teilzeitsysteme (auch im Rahmen von Schichtarbeit), die in

274 vertretbaren Arbeitszeitkorridoren immer möglich sind und die Standard-
275 Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen abdecken

276

277 **Ursprung:**

278 Landesbezirksvorstand Bayern

Antrag A071: Arbeiter*innen aller Gender, vereinigt Euch!

Laufende Nummer: 236

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A069
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Dass sich die IG BCE mit all ihren Organen für absolute Gleichstellung von Frauen und
- 2 Männern einsetzt.
- 3
- 4 Dies soll sich insbesondere in einer Überprüfung der Tarifverträge und
- 5 Betriebsvereinbarungen nach mittelbarer und unmittelbarer Benachteiligung ausdrücken.
- 6
- 7 Gleichrangig mit der Forderung nach absoluter Gleichstellung ist die Umsetzung in den
- 8 eigenen Strukturen und Betrieben. Die absolute Gleichstellung von allen Geschlechtern
- 9 muss sich in absoluter Lohngerechtigkeit ausdrücken. Tarifliche Sonderzahlungen wie
- 10 Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. sind dahingehend zu überprüfen, dass sich die
- 11 Nutzung von Elternzeit nicht unmittelbar benachteiligend auswirkt. Es müssen also
- 12 bereits in der beruflichen Orientierung geschlechtsneutrale und ganzheitliche
- 13 Ansprachen und Informationsmöglichkeiten geschaffen werden, um jungen Menschen eine
- 14 berufliche Orientierung unabhängig ihres Geschlechts zu ermöglichen.
- 15
- 16 Ein Schlüssel zur Vorbeugung von Sexismus im Betrieb liegt in der Ausbildung. Hierfür
- 17 müssen bereits die Ausbilder*innen im Zuge ihres Ausbilder*innenlehrgangs Kompetenzen
- 18 gelehrt bekommen und entwickeln, um Sexismus in der Ausbildung vorzubeugen,
- 19 frühzeitig zu erkennen und entgegenzuwirken. Ebenso müssen die
- 20 Ausbilder*inneneignungs-Prüfungen angepasst werden, um schon früh auf dieses Thema
- 21 aufmerksam zu machen.
- 22
- 23 Anonymisierte Bewerbungsverfahren müssen zum Standard werden, damit nur noch die
- 24 Qualifikation und nicht das Geschlecht oder die Herkunft über die Vergabe eines
- 25 Postens entscheidet. Durch Tarifverträge ist eine Ungleichbezahlung zwischen den
- 26 Geschlechtern im Organisationsbereich der IG BCE minimiert. Daher sehen wir die
- 27 Tarifbindung als entscheidendes Instrument an, um geschlechterspezifische
- 28 Ungleichheit einzudämmen. Die Ausweitung der Tarifbindung muss daher auch vor diesem
- 29 Hintergrund als Ziel formuliert werden.
- 30
- 31 Um sowohl den Gender-Pay-Gap als auch den Gender-Pension-Gap zu schließen, ist es

notwendig, dass beide Elternteile die Möglichkeiten von Elternzeit in Anspruch nehmen. Hierdurch kann vermieden werden, dass wie in den meisten Fällen die weiblich gelesene Person betreffende Teilzeitfälle abgemildert bzw. verhindert werden kann.

Die Akzeptanz, dass auch männlich gelesene Personen Elternzeit in Anspruch nehmen können, muss in der Belegschaft geschaffen werden. Arbeiten die Erziehungsberechtigten, muss es betrieblich oder politisch möglich sein, Betreuung für die Kinder zu bekommen. Sollte dies nicht funktionieren, muss sich die Arbeitszeit der Eltern nach den Betreuungszeiten der Kinder richten, sodass die Betreuung sichergestellt ist.

Entsprechend der Gleichstellungsbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen, fordern wir die verpflichtende Errichtung von Gleichstellungsbüros in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeiter*innen. Hierhin können sich die Kolleg*innen bei Problemen und Fragen zur Gleichstellung wenden. Die gewählten Gleichstellungsbeauftragten werden für ihre Arbeit bezahlt freigestellt, analog zur Freistellung von Betriebsrät*innen. Die Anzahl der Gleichstellungsbeauftragten soll angelehnt an das BetrVG mit der Anzahl der Beschäftigten steigen.

Absolute Gleichstellung von allen Geschlechtern im Betrieb kann es jedoch nur geben, wenn auch die Belegschaft in dieser Thematik geschult und sensibilisiert wird. Daher fordern wir die IG BCE auf, unser bereits bestehendes Schulungsangebot auszubauen und eine Kampagne zu entwickeln, die geschlechterneutral auf Ungleichbehandlung im Betrieb aufmerksam macht. Plakate und Aufkleber hierzu können Tipps für den Alltag geben, dürfen jedoch nicht der alleinige Bestandteil dieser Kampagne sein. Aufklärung auf Betriebsversammlungen gehört genauso dazu wie die ständige Thematisierung in Gesprächen mit dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten.

Hierbei müssen insbesondere die Ausbilder*innen sowie Ausbildungsbeauftragten und ausbildende Abteilungen dafür sensibilisiert werden, um jungen Menschen vom Beginn ihres Berufslebens an aufzuzeigen, dass eine Ungleichbehandlung der Geschlechter nicht akzeptabel ist und betriebliche Konsequenzen haben kann.

Arbeiter*innen aller Geschlechter, vereinigt Euch!

Nur gemeinsam können wir uns aus dem Patriarchat befreien und eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander und nebeneinander leben können. Deshalb sollen Betriebsrät*innen, Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen sowie Vertrauensleute im Umgang mit sexistischem Verhalten und geschlechterdiskriminierenden Strukturen im betrieblichen Alltag sensibilisiert werden.

73

74 Diese Gremien sind der Einhaltung des Allgemeinen Gleichstellungs-Grundsatzes genauso
75 verpflichtet wie Arbeitgeber*innen auch. Auf unseren Seminaren für Gremien der
76 betrieblichen Mitbestimmung müssen wir unsere Inhalte stärker auf die Themen Sexismus
77 und Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz ausrichten. So werden neue Betriebsrät*innen
78 und Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen für das Thema sensibilisiert und können
79 angemessen und rechtssicher darauf reagieren.

80

81 **Begründung:**

82 In der vielseitigen deutschen Gesellschaft leben Menschen mit verschiedensten
83 Religionen, Geschlechtern und Weltbildern. Jede Person für sich hat ihren Platz in
84 diesem Land oder befindet sich auf der Suche nach diesem. Es leben verschiedene
85 Kulturen miteinander. Themen wie Diversity und Gleichstellung werden regelmäßig
86 angesprochen. Eine große Diskussion und ein Austausch dürfen nicht vermieden werden,
87 denn über dieses Thema wird immer noch viel zu wenig berichtet.

88 Ein Grundsatz der Toleranz der verschiedenen Weltanschauungen liegt in großen Teilen
89 der Gesellschaft vor, doch nicht jede*r besitzt genügend Empathie, andere
90 Weltanschauungen zu akzeptieren und zu respektieren. Auch wird gerade im öffentlichen
91 Auftreten häufig hervorgehoben, dass Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land
92 sei. Obwohl seitens der Politik sehr häufig von solch einer weltoffenen Gesellschaft
93 gesprochen wird, sieht die Realität häufig anders aus. Die Gleichstellung von allen
94 Geschlechtern ist selbst in der Politik eine der zentralen Herausforderungen, um das
95 Leben in Deutschland zukunftsfähig und gerecht zu gestalten.

96 Problematisch für dieses Bild ist ebenfalls die momentane politische Lage im Land. Zu
97 Zeiten, in denen reaktionäre Meinungen und Ansichten viel Raum einnehmen, wird eine
98 weltoffene und tolerante Gesellschaft zunehmend angegriffen. Althergebrachte Werte
99 sind in vielen Fällen überholt und haben sich im Laufe der Jahre einem
100 gesellschaftlichen Wandel unterzogen. Dieser Wandel wird zunehmend von verschiedenen
101 gesellschaftlichen Gruppen blockiert oder gar umgangen. Es wird eine Rückbesinnung
102 auf alte Werte gepredigt und darauf verwiesen, dass die bisher gelebten Modelle gut
103 funktioniert haben und auch weiterhin gut funktionieren werden. Anhand der Mehrheiten
104 politischer Parteien ist zu erkennen, dass ein solches konservatives Weltbild
105 scheinbar tief in den Köpfen der Menschen verankert ist. Dies liegt einerseits an der
106 durchlebten Erziehung und deren Umfeld, aber andererseits auch an der immer weiter
107 zunehmenden Konkurrenz, die jede Person in ihrem täglichen Leben erfährt.

108 Die Angst um die Zukunft für sich und eventuelle Nachkommen resultiert dabei häufig
109 in Angst bzw. einer Ablehnung gegenüber neuen Dingen oder anderen Lebensmodellen. Für
110 diese Personengruppe ist es meist einfacher, in alten Denkmustern zu verharren,
111 anstatt die jeweiligen Ängste und Sorgen lösungsorientiert zu betrachten.

112 Diese ablehnende Haltung führt in der Gesellschaft zu verschiedenen Problemen, die
113 dabei aber nicht von der breiten Masse als Problem erkannt werden. Dennoch
114 beeinflussen diese Faktoren nicht nur unser tägliches Leben im Privaten, sondern sehr

115 häufig auch in der Arbeitswelt. Personen, die nicht dem klassischen Berufsbild
116 entsprechen, haben häufig Nachteile im Berufsalltag.

117 Das spiegelt sich nicht nur in den schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt wider,
118 sondern auch am Festhalten von veralteten Rollenbildern. Diese Rollenbilder
119 resultieren letztendlich in ein Wertesystem, welches verschiedenen Personen, die
120 scheinbar nicht den Erwartungshaltungen entsprechen, die Fähigkeiten abspricht, sich
121 produktiv mit in die Arbeit einzubringen. Ein Beispiel hierfür sind FINTA (Frauen,
122 Inter-Menschen, nichtbinäre Menschen, Trans-Menschen und agender Menschen), die in
123 der Produktion eines Unternehmens tätig sind und dort im täglichen Arbeitsablauf
124 Vorurteilen und Verurteilungen ausgesetzt sind. Aber auch eine nicht heterosexuelle
125 Orientierung kann zu Verurteilungen führen. Genau diese Vorurteile oder
126 Verurteilungen führen häufig zu einer Abwertung verschiedener Personen und es wird
127 diesen abgesprochen, am Berufsalltag konstruktiv mitzuwirken. Wir sind von solchen
128 Situationen schockiert, wie viele solcher Situationen gibt es noch in der heutigen
129 Zeit? Wir müssen keine aufwendigen Statistiken anführen, um zu wissen, dass dies zu
130 viele Situationen in unserem täglichen Alltag betrifft. Sexismus ist traurigerweise
131 immer noch allgegenwärtig. Es ist auch kein Geheimnis, dass weiblich gelesene
132 Personen im Durchschnitt weniger verdienen als ihre männlich gelesenen Kollegen. Doch
133 warum befinden sich immer noch relativ wenige weiblich gelesene Personen auf höheren
134 Karrierestufen? Warum sind Berufe, in den weiblich gelesene Personen stark vertreten
135 sind, weiterhin so unterbewertet? Warum stecken wir so tief im traditionellen
136 Familienmodell fest? Um etwas zu ändern, müssen Menschen aller Geschlechter auf ihrem
137 gesamten Lebensweg die gleichen Chancen - persönlich, beruflich, familiär und sozial
138 - erhalten.

139 Wir sehen in diesen Gegebenheiten einen dringenden Handlungsbedarf und Potenziale,
140 wie wir dieser Diskriminierung begegnen. Die gleichberechtigte Teilhabe von allen
141 Geschlechtern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die Überwindungen von
142 Rollenstereotypen und der Kampf gegen Sexismus sind zentrale Aufgaben, für die wir
143 uns einsetzen wollen und werden. Wir sind dafür verantwortlich, diesem wichtigen
144 Thema eine Plattform zu geben.

145

146 **Diskriminierung in der beruflichen Orientierung**

147 Die Berufswahl beginnt schon im Kleinstkindalter und setzt sich im Kindergarten und
148 später in der Schule fort. Zum Teil werden bestimmte Berufe für ein Geschlecht von
149 vornherein ausgeschlossen, da keine gendersensible Berufsorientierung durchgeführt
150 wird. Gleichzeitig wird die Wahl eines geschlechtertypischen Berufes durch die
151 Rollenbilder und Erwartungen der Eltern noch zusätzlich verstärkt. Während der
152 Schulzeit erkennen die Kinder und Jugendlichen Interessen und Kompetenzen, die von
153 außen entweder gestärkt oder geschwächt werden. Dies beeinflusst natürlich die
154 spätere Berufswahl. Auch die Medien vermitteln den Jugendlichen ein bestimmtes
155 Rollenbild. Diese Rollenbilder werden von vielen jungen Menschen häufig nicht
156 hinterfragt, sondern teilweise einfach übernommen. Zum Zeitpunkt der Berufswahl
157 befinden sich die Jugendlichen in einer Phase der Identitätsfindung. Sie vergleichen

158 sich mit anderen und orientieren sich an schon gegebenen Anschauungen. Hierunter
159 fallen auch die sogenannten „geschlechtertypischen Berufe“.
160 Viele junge weiblich gelesene Personen entscheiden sich aufgrund dieser anerzogenen
161 Regelung der Arbeitswelt für einen Beruf im Dienstleistungssektor (60 %
162 Frauenanteil). Junge männlich gelesene Personen hingegen wählen eher einen Beruf im
163 Produktionssektor (87,7 % Männeranteil).
164 Dies lässt sich exemplarisch an zwei Berufen zeigen: Kaufmann*frau für Büromanagement
165 und Kraftfahrzeugmechatroniker*in. Der Frauenanteil für Ausbildungsstarter*innen
166 zum*zur Kaufmann*frau für Büromanagement betrug im Jahr 2018 insgesamt 71,8 %.
167 Zum*zur Kraftfahrzeugmechatroniker*in hingegen betrug der Frauenanteil nur 4,4 %.
168 Den Weg der schulischen Ausbildungen wählen ebenfalls mehr Mädchen und junge Frauen.

169

170 **Diskriminierung in der Stellenbesetzung und der Bewerbung**

171 Nicht nur beim Start des Berufslebens gibt es Ungleichheiten. Auch werden viele
172 Machtpositionen in Unternehmen eher von männlich gelesenen Personen belegt. Trotz der
173 im Jahr 2016 eingeführten gesetzlichen Frauenquote sind in nur 16,16 % aller
174 1.392.000 im Handelsregister eingetragenen Unternehmen in Deutschland Frauen in
175 Führungspositionen vertreten. Dies entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben. Im
176 Dienstleistungssektor für den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sind
177 die wenigsten Frauen (8,24 %) in Führungspositionen präsent. Aber nicht nur in den
178 Unternehmen überwiegen die männlich gelesenen Personen, auch sind im deutschen
179 Bundestag nur 31 % der Abgeordneten Frauen.

180 In der Bundesrepublik leben etwa 42 Millionen Frauen und 41 Millionen Männer. Dies
181 spiegelt sich jedoch in der Politik nicht wider. Es wird deutlich, dass die
182 Machtpositionen wie Geschäftsführer*in oder Präsident*in hauptsächlich an männlich
183 gelesene Personen vergeben werden. Obwohl die Frauenquote nicht überall verpflichtend
184 ist und es keine Sanktionen bei Nichterfüllung gibt, sehen sich viele männlich
185 gelesene Personen durch diese benachteiligt.

186 Weiblich gelesene Personen, die nicht in Führungspositionen arbeiten, gelten als
187 insgesamt eher verträglicher. Man sagt ihnen nach, dass sie eher kooperieren, jedoch
188 emotional instabiler und wenig extravertiert seien. Weiblich gelesene Personen gelten
189 als nicht authentisch, wenn sie Charakteristiken aufweisen, die bei männlich
190 gelesenen Personen als „normal“ gelten. Zu diesen Charakteristiken zählen unter
191 anderem Meinungsstärke, Durchsetzungsfähigkeit und Zielstrebigkeit. Eine weiblich
192 gelesene Person, die harte Entscheidungen trifft, würde nicht in das
193 gesellschaftliche Frauenbild passen. Sie gilt eher als weich und sozial und ihr wird
194 ganzheitliches und nachhaltiges Denken zugeschrieben. Verhält sich eine weiblich
195 gelesene Person wie ihre männlich gelesenen Kollegen, werden ihr Adjektive wie
196 „unweiblich“ oder „gezwungen männlich“ zugeschrieben.

197 Für männlich gelesene Personen mit einer vorurteilsfreien Grundhaltung kommt es in
198 der Frage der Besetzung einer Führungsposition nicht auf das Geschlecht an, sondern
199 auf die Persönlichkeit, die fachliche Qualifikation und die Kontinuität der

200 Berufsbiografie. Trotzdem werden männlich gelesene Personen aufgrund der bloßen
201 Möglichkeit einer Schwangerschaft der weiblich gelesenen Person häufig in
202 Führungspositionen bevorzugt.
203 Nach wie vor passiert es, dass männlich gelesene Personen mit gleicher oder
204 geringerer Qualifikation bei Bewerbungen weiblich gelesenen Personen bevorzugt
205 werden. Dies kann einerseits an häufig vorkommenden Vorurteilen liegen, weiblich
206 gelesene Personen wären für bestimmte Berufszweige oder Positionen nicht geeignet.
207 Oft verbirgt sich hinter diesem Verhalten aber auch die Vorverurteilung seitens der
208 Arbeitgeber*innen, die eine mögliche Schwangerschaft und einen eventuell drohenden
209 Ausfall der Arbeitskraft sowie eine daraus resultierende angeblich aufwendige
210 Wiedereingliederung befürchten. Wird eine weiblich gelesene Person dann doch in einem
211 Job eingestellt, der als „typisch männlicher Beruf“ gesehen wird, kommt es nicht
212 selten vor, dass die weiblich gelesene Person mit der gleichen Qualifikation und dem
213 gleichen Aufgabenbereich trotzdem noch weniger verdient als ihre männlich gelesenen
214 Kollegen.

215

216 **Diskriminierung in der Erziehung**

217 Im Gegensatz zu den männlich gelesenen Personen arbeiten weiblich gelesene Personen
218 häufiger in Teilzeit. In Deutschland arbeiten, Stand März 2020, fast die Hälfte (47
219 %) der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. Bei den Männern ist es nur knapp jeder
220 Elfte (9 %). Die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen gibt an, aus familiären
221 Gründen mit reduzierter Stundenzahl zu arbeiten. Demnach werden immer noch
222 hauptsächlich weiblich gelesene Personen für Erziehung, Pflege und Haushalt zuständig
223 gemacht. Auf politischer Ebene trägt dazu auch das Ehegattensplitting bei. Dadurch
224 wird die wirtschaftliche Position der weiblich gelesenen Person geschwächt.
225 Gleichzeitig sorgen fehlende KiTa-Plätze für Gründe, nur in Teilzeit arbeiten zu
226 können. Einige weiblich gelesene Personen arbeiten demnach unfreiwillig in Teilzeit,
227 da ihnen andere Verpflichtungen im Weg stehen. In Freizeit, Freundeskreis und auch
228 Partnerschaft werden heute noch vollzeitbeschäftigte weiblich gelesene Personen als
229 „Rabenmütter“ betitelt. Ihnen wird nachgesagt, sie würden ihre Kinder nicht lieben,
230 würden lieber arbeiten als Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, die Karriere sei
231 ihnen generell wichtiger als ihre Familie und sie würden die Erziehung
232 vernachlässigen.

233 Um sowohl den Gender-Pay-Gap als auch den Gender-Pension-Gap zu schließen, zu
234 geraten, zu mildern, ist es notwendig, dass beide Elternteile die Möglichkeiten von
235 Elternzeit in Anspruch nehmen. Hierdurch kann vermieden werden, dass wie in den
236 meisten Fällen die weiblich gelesene Person betreffende Teilzeitfalle abgemildert
237 bzw. verhindert werden kann.

238

239 **Diskriminierung im Betrieb**

240 Die Diskriminierung von weiblich gelesenen Personen im Berufsleben findet nicht nur
241 in Bereichen der Stellenbesetzung und der Bezahlung statt, auch innerhalb der

242 Belegschaft oder durch die Begebenheiten im Betrieb stoßen weiblich gelesene Personen
243 gegenüber ihren männlich gelesenen Kollegen auf Diskriminierung.

244

245 **Betriebliche Akteur*innen als Unterstützer*innen**

246 Betriebsrät*innen und Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen haben im Betrieb die
247 Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass niemand aufgrund seines*ihres Geschlechts im
248 Betrieb diskriminiert wird. Leider kommen Betriebsrät*innen und Jugend- und
249 Auszubildendenvertreter*innen dieser Aufgabe - oft aus Unwissen - nicht nach.

250

251 **Ursprung:**

252 Landesbezirksjugendausschuss Nord

Antrag A072: Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen ermöglichen

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme mit Änderungen
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 28: (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich gegenüber den Sozialpartner*innen dafür ein, bessere
- 2 Rahmenbedingungen für Frauen in Führung zu schaffen. Um dies zu erreichen, wirken wir
- 3 auf die Umsetzung folgender Maßnahmen hin:
- 4 1. Die konsequente Umsetzung einer lebensphasenorientierten Personalpolitik. Dazu
- 5 zählen wir, dass sorgebedingte Auszeiten kein Hindernis für die Karriere
- 6 darstellen dürfen, sondern als normaler Bestandteil eines Erwerbslebens gesehen
- 7 werden. Für die Beschäftigten in diesen Phasen sollen besondere Angebote
- 8 geschaffen werden, die eine Karriereplanung auch in dieser Zeit ermöglichen, wie
- 9 z. B. eine Beratung für den Wiedereinstieg nach der Elternzeit, der Aufbau eines
- 10 Elternnetzwerks und ein wertschätzender Umgang mit Mitarbeitenden, die
- 11 Sorgearbeiten übernehmen.
- 12 2. Ermöglichung von Führung in Teilzeit und teilender Führung. Wir fordern die
- 13 Sozialpartner*innen dazu auf, mehr Führung in Teilzeit und teilende Führung zu
- 14 ermöglichen. So werden Rahmenbedingungen geschaffen, die es erlauben, Führung
- 15 und Sorgearbeit miteinander zu vereinbaren. Wir fordern die Unternehmen dazu
- 16 auf, ihre Stellenbesetzungsprozesse auf Teilzeit und Jobsharing zu überprüfen.
- 17 Hier gibt es in verschiedenen Unternehmen bereits Instrumente, um Jobsharing-
- 18 Tandems zu finden. Wir wollen hier durch einen intensiven Austausch mit den
- 19 Sozialpartner*innen über die verschiedenen Möglichkeiten aufklären und sie in
- 20 den Betrieben vorantreiben.
- 21 3. Wir setzen uns für Arbeitszeitsouveränität ein, auch in Führungspositionen. Sie
- 22 ist gemeinsam mit neuen Formen der Arbeitsorganisation ein wichtiger
- 23 Erfolgsfaktor, um gute Rahmenbedingungen in der Führung zu schaffen.
- 24 4. Ermöglichung von digitaler und nicht ortsgebundener Führung. Die Corona-Pandemie
- 25 hat gezeigt, dass sich Teams auch aus der Distanz und über digitale Tools leiten
- 26 lassen. Wir fordern die Sozialpartner*innen dazu auf, nach der Krise nicht zu
- 27 einer starren Präsenzkultur zurückzukehren, sondern vielfältige Formen der
- 28 ~~4. Führung zu ermöglichen.~~

Führung zu ermöglichen, sofern dies die Tätigkeit zulässt.

5. Wir fordern einen gleichberechtigten Zugang zu Telearbeit und mobilem Arbeiten für alle Beschäftigten.

6. Wir fordern unsere Sozialpartner*innen dazu auf, Diversität in Führungsstilen zuzulassen und nicht nur männlich geprägte Führungsstile wertzuschätzen. Dies eröffnet nicht nur Frauen den Weg in Führungspositionen, sondern ist auch Teil eines generellen Wandels der Führungskultur, die die Digitalisierung erfordert. Dazu muss die leider noch weit verbreitete Maxime des „Think Manager, Think Male“ überwunden werden.

7. Wir fordern die gezielte Förderung von Partnerschaftlichkeit. Damit mehr Frauen Führungspositionen wahrnehmen können, ist auch die Aufteilung der Sorgearbeit zu Hause ein entscheidender Faktor. Durch gezielte Information, Beratung und Bildungsangebote, wie Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit sowie in der Karriereplanung gelingen kann, können wir als IG BCE zusammen mit den Sozialpartner*innen Frauen auf dem Weg in Führungspositionen unterstützen.

Ehrenamtliche Frauen in der IG BCE in Führung bringen

Damit auch innerhalb der ehrenamtlichen Gremien der IG BCE mehr Frauen in Führung gelangen können, wollen wir uns für folgende Forderungen einsetzen:

- Fortsetzung gezielter Förderungs- und Bildungsangebote für Frauen, damit sie darin gestärkt werden, führende Funktionen in den Betriebsratsgremien und Aufsichtsräten, im Betrieb sowie in den verschiedenen ehrenamtlichen Gremien der IG BCE übernehmen können.
- Überprüfung unserer Strukturen (wie zum Beispiel die Uhrzeit von BR- und VL-Sitzungen, Bildungsangebote) hinsichtlich der Vereinbarkeit mit Sorgearbeit, um möglichst vielen Menschen ein ehrenamtliches Engagement in unserer Organisation zu ermöglichen.
- Überprüfung, ob und wie Führung im Tandem sich auch für BR- und VL-Vorsitzende umsetzen lässt.

Begründung:

Der Anteil von Frauen in den Vorständen der 160 börsennotierten Unternehmen in Deutschland beträgt 2021 lediglich 12,3 Prozent. Damit bildet Deutschland im internationalen Vergleich das Schlusslicht. Kein einziges der 30 größten Unternehmen kann einen Frauenanteil von 30 % in seinen Vorständen vorweisen. Zudem gibt es in keinem der 30 größten Unternehmen einen Frauenanteil von 30 % im Vorstand, und keines dieser Unternehmen wird von einer Frau geleitet. Nur vier deutsche Unternehmen haben mehrere Frauen im Vorstand, während dies bei 97 % der amerikanischen und 87 % der französischen Großunternehmen der Fall ist. Diese Zahlen zeigen, dass deutsche Unternehmen, auch die in den von uns vertretenen Branchen, ihre Rahmenbedingungen und ihre Führungskultur verändern müssen, damit es mehr Frauen möglich wird, in

69 Führungspositionen aufzusteigen. Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von
70 Frauen und Männern in Führungspositionen (FüPoG I) hat bereits mit klaren
71 Anforderungen an die Mindestanzahl von Frauen in Aufsichtsräten erfolgreich einen
72 Wandel in deren Besetzung erreicht. Dieser Wandel soll mit der Überarbeitung des
73 FüPoG II nun bei den Unternehmensvorständen fortgesetzt werden. Aber das allein wird
74 nicht ausreichen. Um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in
75 Führungspositionen zu erreichen, müssen sich langfristig die Rahmenbedingungen in den
76 verschiedenen Führungsebenen der Unternehmen ändern. Zum Beispiel durch eine
77 lebensphasenorientierte Personalpolitik, die Ermöglichung von Führung in Teilzeit und
78 geteilter Führung, die Anerkennung von nicht typisch männlichen Führungsstilen und
79 die Etablierung von Arbeitszeitsouveränität der Arbeitnehmer*innen. Deshalb wollen
80 wir als IG BCE in den Betrieben darauf hinwirken, dass wir in den oben genannten
81 Bereichen Fortschritte erzielen und strukturelle Barrieren und schlechte
82 Rahmenbedingungen abbauen, die heute noch Frauen trotz einer gleichwertigen
83 Qualifikation von Führungspositionen fernhalten.

84

85 **Ursprung:**

86 Landesbezirksfrauenausschuss Rheinland-Pfalz/Saarland

Antrag A073: Der Genderblick auf die Digitalisierung

Laufende Nummer: 333

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die Welt der Bits und Bytes braucht mehr Frauen, die sich kompetent in der digitalen
- 2 (Arbeits-)Welt zurechtfinden. Daher fordern wir die IG BCE auf, sich dafür
- 3 einzusetzen, dass in den Unternehmen:
- 4 • geeignete Qualifizierungsprogramme, Lernmethoden, Inhalte und Konzepte zur
- 5 Verfügung stehen, die die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an
- 6 der digitalen Arbeitswelt ermöglichen.
- 7 • Arbeitgeber*innen sich in der Verantwortung sehen, dafür geeignete
- 8 Lernstrukturen zu schaffen und die Kosten zu tragen, und die Sorge dafür tragen,
- 9 dass die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern
- 10 berücksichtigt werden (z. B. Eltern- und Pflegezeiten, Karrierewege).
- 11 • Mitarbeiter*innen, die ein distanziertes Verhältnis zu neuen Technologien haben,
- 12 sich mit ihren Bedenken ernst genommen fühlen und trotzdem für Veränderungen
- 13 gewonnen werden können.
- 14
- 15 **Dafür müssen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:**
- 16 • Wie können insbesondere Ältere mitgenommen werden, um sich zu qualifizieren und
- 17 für Neues offen zu sein?
- 18 • Wie müsste ein geschlechtersensibler Umgang mit der Digitalisierung aussehen?
- 19 • Wie kann der Widerspruch zwischen kritischer Distanz gegenüber neuen
- 20 Technologien am Arbeitsplatz und dem manchmal unbedarften Gebrauch im Privaten
- 21 aufgelöst werden?
- 22 • Wie kann eine Sensibilität für Digitalisierung und Datenschutz entwickelt
- 23 werden?
- 24
- 25 **Handlungsbedarf und erste notwendige Schritte**
- 26 Für die Arbeitnehmer*innen benötigen wir Entwicklungskonzepte und Schutzmechanismen,
- 27 z. B.:
- 28 • Der Technik angemessene Konzepte für die betriebliche Weiterbildung, auch
- 29 während Phasen der Familienarbeit und beim Wiedereinstieg.
- 30 • Präventionsmaßnahmen gegen Arbeitsplatzverlust, unter Berücksichtigung der

- 31 Ersetzbarkeit von Tätigkeiten in typischen Frauen- bzw. Männerberufen durch die
32 Digitalisierung.
- 33 • Die Ausbildung in technischen Berufen dahingehend prüfen, ob der Zugang für alle
34 Geschlechter gleichermaßen gestaltet ist.
 - 35 • Sensibilität durch eine geschlechtergerechte Programmierhaltung.
 - 36 • Digitale Bildung, die die Benachteiligung von Frauen in MINT-Berufen aufnimmt
37 und gegensteuert.
 - 38 • Prüfung von Personalsoftware auf diskriminierende Algorithmen und
39 Verfahrensweisen.

40

41 **Nutzbare Methoden und Instrumente:**

- 42 • Die fachliche Kompetenz in den Belegschaften, z. B. durch altersgemischte
43 Lerngruppen für den intergenerationellen Wissenstransfer.
- 44 • Menschen, die durch ihre geschlechtsspezifische Wahrnehmung auf Genderblocker
45 hinweisen können.
- 46 • Die Expertise der IG BCE in den Bezirken, Landesbezirken und den Fachabteilungen
47 der Hauptverwaltung.
- 48 • Betriebsvereinbarungen zur Umsetzung der Charta der Gleichstellung.
- 49 • Betriebliche Strategien gegen den digitalen Gendergap.

50

51 **Unsere Forderungen:**

52 Für die Gestaltung der Digitalisierung müssen Politik, Arbeitgeber*innen,
53 Arbeitnehmer*innen und ihre Verbände beteiligt sein. Geeignete Bildungsangebote und
54 die notwendige materielle Ausstattung müssen zur Verfügung stehen bzw. entwickelt,
55 bestehende Berufe ordnungspolitisch angepasst werden. Die digitale Entwicklung muss
56 mit einer gendersensiblen Betrachtung begleitet werden. Arbeitsplatzsicherheit in der
57 Digitalisierung ist eine vorrangige Aufgabe von Arbeitgeber*innen, Betriebsrät*innen,
58 der IG BCE und der Bundesagentur für Arbeit. Eine individuelle Bildungs- und
59 Entwicklungsberatung begleitet die Beschäftigten und gibt Impulse für die eigenen
60 Aufstiegs- und Entwicklungswege. Alternsgerechte und gendersensible Arbeits- und
61 Lernwelten für die digitale Arbeit müssen gestaltet werden. Forschung, um
62 genderkritische Mechanismen identifizieren und beseitigen zu können.

63

64 **Begründung:**

65 Digitalisierung ist eines der Topthemen in den gewerkschaftlichen und betrieblichen
66 Meinungen. Aber was weiß wer über die Digitalisierung wirklich? Herrscht ein
67 Bewusstsein über die Digitalisierung, so wie sie sich aktuell darstellt, und wie
68 werden die Menschen damit konfrontiert? Ist die Technik mehr was für Männer? Gibt es
69 weibliche und männliche Algorithmen bzw. gibt es eine gender-unsensible

70 Programmierung?

71 Diese Fragen sind bisher in der gewerkschaftlichen Diskussion nur unzureichend
72 beantwortet. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive müssen Antworten und dort, wo
73 das nötig ist, Lösungen gefunden werden, damit Frauen und Männer gleichberechtigt und
74 chancengleich mit der Technik umgehen und an ihr teilhaben können.

75

76 **Ursprung:**

77 Bezirksfrauenausschuss Hannover

Antrag A074: Frauen im digitalen Wandel

Laufende Nummer: 181

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich an geeigneter Stelle dafür einsetzen, dass die Chancen der
- 2 Digitalisierung so genutzt werden, dass die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von
- 3 Frauen in der Arbeitswelt weiter verbessert werden. Informatik muss in allen
- 4 Schulplänen ab der Grundschule verpflichtend mit integriert werden, dies setzt die
- 5 Zurverfügungstellung von Geräten analog den Schulbüchern voraus.

6

- 7 Hierfür sollen die Rahmenbedingungen auf der gesetzlichen wie tarifvertraglichen
- 8 Ebene geschaffen werden.

9

10 **Begründung:**

- 11 Frauen und Männer sind von dem digitalen Wandel gleichermaßen betroffen.
- 12 Durch die voranschreitende digitale Transformation wird die Arbeit verändert und
- 13 funktioniert nur, wenn die Voraussetzungen dafür da sind.
- 14 Der Prozess der Digitalisierung macht es nötig, sich für eine Verbesserung der Aus-
- 15 und Weiterbildung in den Schulen, Berufs- und Hochschulen einzusetzen.
- 16 Wer die Digitalisierung Industrie 4.0 nutzen will, soll dafür sorgen, dass alle
- 17 Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geschlecht, dies auch in der Schule lernen.
- 18 Nur so können sie die notwendigen Kompetenzen für Zukunftsberufe gleichberechtigt
- 19 erlernen.
- 20 Wird der digitale Wandel nicht Teil des Schullehrplanes, so fehlen später in der
- 21 Wirtschaft Fachkräfte und Innovationen werden gebremst.

22

23 **Ursprung:**

- 24 Bezirksfrauenausschuss Freiburg

Antrag A075: Aktionstag Equal Pay Day

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Den Equal Pay Day zukünftig in der IG BCE als Aktionstag stattfinden zu lassen. Der
- 2 Bundesfrauenausschuss und die entsprechende Abteilung der Hauptverwaltung
- 3 organisieren eine bundesweite Kampagne, die die Bezirke in ihren Aktionen
- 4 unterstützt.

5

6 **Begründung:**

- 7 Gerade die Corona-Krise hat uns wieder deutlich vor Augen geführt, wie
- 8 unterschiedlich die Gehaltsgefüge in Deutschland sind. Besonders mehrheitlich von
- 9 Frauen ausgeübte Berufe, z. B. in der Pflege, sind deutlich schlechter bezahlt, aber
- 10 „systemrelevant“.

- 11 Dies braucht dauerhaft mehr Öffentlichkeit!

12

13 **Ursprung:**

- 14 Bezirksfrauenausschuss Ludwigshafen

Antrag A076: Mehr Frauen in die Parlamente - Parität jetzt

Laufende Nummer: 346

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Wir fordern die IG BCE auf, sich dafür einzusetzen, dass ein bundesweit gültiges und
2 verfassungskonformes Paritätsgesetz, welches u. a. die gleichberechtigte Teilhabe von
3 Männern und Frauen in allen Parlamenten zum Ziel hat, verabschiedet wird.

4

5 **Begründung:**

- 6 Frauen. Macht. Zukunft. Unter diesem Motto fand unser Frauenkongress statt und hier
7 setzt sich die IG BCE für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am
8 gesellschaftlichen und politischen Leben ein, was nicht zuletzt im gerade
9 verabschiedeten Gleichstellungsprogramm zum Ausdruck kommt.

10

- 11 Wir Gewerkschafter*innen stehen für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen
12 unabhängig vom Geschlecht frei entfalten können. Ob faire Löhne, gute
13 Arbeitsbedingungen, mehr Frauen in Führung - die Themen sind vielfältig.
14 Frauenförderprogramme, Kampagnen, vieles können wir in den Betrieben vorantreiben,
15 doch auf Basis der Freiwilligkeit kommen wir nicht voran. Ohne den gesellschaftlichen
16 Rahmen werden wir weder nachhaltig noch erfolgreich sein.

17

- 18 Wenn wir wollen, dass Gesetze von Anfang an paritätisch angedacht und eingebracht
19 werden, müssen wir dafür sorgen, dass mehr Frauen in die Parlamente gewählt werden.

20

- 21 Es ist allerhöchste Zeit, dass sich was dreht und ein bundesweites Paritätsgesetz auf
22 den Weg gebracht wird.

23

24 **Ursprung:**

- 25 Bezirksfrauenausschuss Cottbus

Antrag A077: Der Internationale Frauentag als bundeseinheitlicher Feiertag

Laufende Nummer: 418

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Durch die Etablierung des Internationalen Frauentages als bundeseinheitlicher
- 2 Feiertag soll das Bekenntnis der Bundesrepublik zu seinen frauenpolitischen
- 3 Zielsetzungen deutlich unterstrichen werden.
- 4 Die gesamte Organisation möge mit ihrem Bekenntnis zu diesem Ziel auf das politische
- 5 System einwirken, um eine Umsetzung zu ermöglichen.

6

7 **Begründung:**

- 8 Im Antragstext enthalten.

9

10 **Ursprung:**

- 11 Bezirksfrauenkonferenz Schleswig-Holstein

Antrag A078: Frauentag

Laufende Nummer: 271

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen/Thüringen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A077
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Gesetzgeber soll aufgefordert werden, den Internationalen Frauentag
- 2 bundeseinheitlich zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

3

4 **Begründung:**

- 5 In Berlin ist dieser Tag bereits ein Feiertag. Im Sinne der Gleichberechtigung der
- 6 Frauen muss hier ein Zeichen gesetzt werden.

7

8 **Ursprung:**

- 9 Vertrauenskörper Fresenius Bad Homburg

Antrag A079: Frauentag zum bundesweiten Feiertag erklären

Laufende Nummer: 151

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A077
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird beauftragt, sich gegenüber der Bundesregierung
- 2 dafür einzusetzen, dass der Frauentag zum bundesweiten Feiertag erklärt wird.

3

4 **Begründung:**

- 5 Seit 1911 feiern Frauen den Internationalen Tag der Frauen, an dem weltweit auf
- 6 Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam gemacht wird. Der Tag
- 7 soll die bisherigen Errungenschaften der Frauenrechtsbewegung feiern, Aufmerksamkeit
- 8 für bestehende Diskriminierung und Ungleichheiten schaffen und dazu ermuntern, sich
- 9 selbst für eine Gleichstellung von Mann und Frau einzusetzen.
- 10 Um diesem Tag und der immer noch vielfach vorhandenen Ungleichbehandlung zwischen
- 11 Mann und Frau die Aufmerksamkeit und Beachtung zukommen zu lassen, muss dieser Tag
- 12 ähnlich wie der 1. Mai zum Feiertag erklärt werden.

13

14 **Ursprung:**

- 15 Bezirksfrauenausschuss Münster-Bielefeld

Antrag A080: Zusammenhalt statt Diskriminierung: Vielfalt stärken - unsere Arbeitsgesellschaft braucht alle.

Laufende Nummer: 262

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Wir setzen uns in unseren Strukturen, in den Betrieben und mitzugestaltenden Gremien
- 2 für mehr Diversität ein, um so einen konkreten Beitrag zur Förderung von
- 3 Gerechtigkeit, Fairness und Toleranz zu leisten. Dieses Ziel verfolgen wir innerhalb
- 4 und außerhalb der IG BCE, etwa mit Instrumenten der Frauenquote, fairen
- 5 Bewerbungsverfahren und Weiterbildung, etwa für mehr interkulturelle Kompetenzen.
- 6 Entsprechend unseren Zielen der Solidarität und Chancengerechtigkeit arbeiten wir
- 7 dafür, dass die Perspektiven der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in
- 8 ihrer Vielfalt bei politischen Entscheidungen einbezogen und mitdiskutiert werden.
- 9 Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von Alter, ethnischer Herkunft und
- 10 Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen
- 11 Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialer
- 12 Herkunft dürfen in den Betrieben und in der Gesellschaft keinen Platz haben. Unser
- 13 Leitbild ist der gegenseitige Respekt in einem fairen politischen Miteinander.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 Die Gesellschaft ist in ihrer ganzen Breite vielfältiger und diverser aufgestellt,
- 17 genauso wie die politische Landschaft vielfältiger geworden ist. Die politische
- 18 Vertretung der Mitgliederinteressen in der und durch die IG BCE muss das
- 19 berücksichtigen, u. a. in dem wir unsere politische Vernetzung erweitern, neu
- 20 ausrichten und zum Teil neu aufbauen. Dafür brauchen wir eine Kultur, die Vielfalt
- 21 begrüßt und Ausgrenzung entgegentritt. Wir stellen uns gegen eine zunehmende Aus- und
- 22 Abgrenzung, vorangetrieben durch rechte und populistische Kräfte in dieser
- 23 Gesellschaft. Wir integrieren und sind inklusiv, statt zu polarisieren und
- 24 auszugrenzen.
- 25 Kraft und Durchsetzungsfähigkeit entwickeln wir weiterhin auf der Basis unserer
- 26 engagierten Mitglieder und diese umfassen nicht nur eine bestimmte Gruppe, sondern
- 27 bilden eine starke Gemeinschaft, wenn sie die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.
- 28 Arbeit war schon immer einer der wichtigsten Integrationsmotoren dieser Gesellschaft
- 29 und auch heute noch sehen wir Ausbildung und Arbeit in dieser solidarischen
- 30 Tradition. Wenn dies nicht als gesamtgesellschaftliches Anliegen weiterhin und in

31 Vielfalt verfolgt wird, öffnet sich Raum für das manipulative Auspielen von Gruppen
32 gegeneinander, Misstrauen und schlimmstenfalls demokratiefeindliche gesellschaftliche
33 Diskurse. Menschen, etwa mit Migrationsgeschichte, dürfen im Sinne guter Arbeit keine
34 fehlenden Entwicklungsperspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten oder ein belastendes
35 Betriebsklima vorfinden. Die IG BCE stellt sich dem mit einem umfangreichen Paket
36 gewerkschaftspolitischer Initiativen entgegen. Dazu zählen folgende wichtige
37 Meilensteine, die auf unterschiedlichen Ebenen und für verschiedene Gruppen wirken:

- 38 • seit über 50 Jahren: Recklinghäuser Tagung des interkulturellen
39 Bundesarbeitskreises
- 40 • Mitinitiator der Charta der Vielfalt
- 41 • Muster-Betriebsvereinbarung gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz
- 42 • Jahrestagung im Arbeitskreis der Schwerbehindertenvertreter*innen - Gelegenheit
43 zum Austausch und zur Positionierung
- 44 • Sozialpartner*innenvereinbarung für Inklusion in der chemischen Industrie
- 45 • Charta der Gleichstellung und die Offensive Frauen
- 46 • Bundesfrauenausschuss setzt sich für die Interessen der Frauen in der IG BCE ein
- 47 • Sozialpartner*innenvereinbarung „Arbeit und Leben in Balance“, mit der/dem
48 Chemie-Sozialpartner*in

49 Mit weiteren Aktionen, Kampagnen und Veranstaltungen setzen wir uns gegen
50 Rechtsextremismus, Rassismus sowie Homo-, Trans- und Biphobie ein. Wir wollen unsere
51 Organisation und die Betriebe zukunftsfester machen: diverse Talente und vielfältige
52 Positionen reinholen und - gerade mit Blick auf die aktuelle Corona-Krisensituation -
53 die gewerkschaftliche Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung stärken.

54 Die IG BCE setzt sich für die faire Anerkennung und den offenen Zugang zu
55 Qualifikation am Beginn und während der gesamten beruflichen Laufbahn ein, unter
56 anderem mit Unterstützungsprogrammen für bestimmte betroffene Gruppen. Außerdem soll
57 bei der Besetzung von Stellen, vom Ausbildungsplatz bis zu den Führungspositionen,
58 sowohl für fehlende Chancengleichheit in Deutschland sensibilisiert als auch zur
59 Verbesserung dieser Situation mit Hilfe von Frauenquoten und fairen, gegebenenfalls
60 anonymisierten Bewerbungsverfahren beigetragen werden. Außerdem setzen wir uns für
61 mehr Kooperation zwischen den Vertreter*innen der unterschiedlichen Interessengruppen
62 ein, etwa den Gleichstellungsbeauftragten und den Integrationsbeauftragten.

63

64 **Ursprung:**

65 Hauptvorstand

Antrag A081: Gendermedizin - Gleichwertige Medikamententests an beiden Geschlechtern

Laufende Nummer: 137

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass mehr Gelder für Medikamenten-Tests
- 2 bereitgestellt werden. Die Anzahl von Proband*innen in der klinischen Forschung muss
- 3 deutlich erhöht werden, auch wenn deren Einsatz aufgrund hormoneller Schwankungen
- 4 teurer und langwieriger ist. Außerdem sollen die Publikationen hierzu veröffentlicht
- 5 werden. Frauen brauchen eine andere Vorsorge, Diagnostik
- 6 und Therapie als Männer.
- 7 Es gibt teilweise schon moderne Medikamente, die von Frauen besser vertragen werden.
- 8 Hier sollten die Ärzt*innen und auch die Patient*innen über Publikationen besser und
- 9 umfassender informiert werden. Bei der Medikamentenverordnung und den Dosierungen
- 10 muss zwingend das Geschlecht bedacht werden.
- 11 Das Arzneimittelrecht ist so zu ändern, dass nachgewiesener geschlechtsspezifischer
- 12 Zusatznutzen entsprechend vergütet wird und die eventuellen Mehrkosten dafür durch
- 13 die GKV zu tragen sind. Auch sollten die Krankenkassen dafür Sorge tragen, dass
- 14 Gendermedizin in den Arztpraxen Einzug
- 15 hält und auch entsprechende Medikamente verordnet werden. Ziel ist eine bessere
- 16 Medizin - für beide Geschlechter.

17

18 *Begründung:*

- 19 In den 1980er Jahren begann die WHO, sich mit den Unterschieden zwischen Frauen und
- 20 Männern in der Medizin zu beschäftigen. In den 1990er Jahren wurde die Gendermedizin
- 21 entwickelt.
- 22 2001 gab die WHO eine Empfehlung heraus, geschlechterspezifische Gesundheitsvorsorge
- 23 zu entwickeln und umzusetzen.
- 24 So ist auch seit Längerem bekannt, dass Frauen im Vergleich zu Männern aufgrund einer
- 25 stärkeren Immunantwort auch stärkere Entzündungsreaktionen aufweisen. Im
- 26 Zusammenhang
- 27 damit stehen auch Autoimmunerkrankungen, von denen wiederum Männer prozentual
- 28 geringer betroffen sind. Frauen werden häufiger wegen psychischer Erkrankungen wie
- 29 Depressionen behandelt, Männer hingegen häufiger wegen Suchterkrankungen,
- 30 insbesondere wegen Alkoholabhängigkeit.
- 75 % der Patient*innen, die an Autoimmunerkrankungen wie Rheuma, Lupus oder Multipler

31 Sklerose leiden, sind weiblich.
32 Eine besondere Bedeutung erhielt die Gendermedizin im Zusammenhang mit
33 Untersuchungen
34 bezüglich Herzerkrankungen bei Frauen. Dabei wurde festgestellt, dass Beschwerden
35 weiblicher Patienten oft, auch aufgrund anderer Symptomatik, zu spät oder falsch
36 diagnostiziert werden. Myokardhypertrophie, welche 10 % der Menschen über 70 Jahren
37 in unserer Gesellschaft betrifft, ist eine der häufigsten Todesursachen in der
38 westlichen Gesellschaft. Mehr Frauen als Männer sind betroffen und die Symptome,
39 Verlauf und Therapie des Krankheitsbildes unterscheiden sich bei beiden
40 Geschlechtern. Die Ursachen dafür sind bisher weitgehend ungeklärt. Die Testungen
41 orientierten sich lange nur an einem Mensch-Modell: dem Mann.
42 Die männliche Medizin beginnt mit der Maus. Getestet werden neue Medikamente zunächst
43 an tierischen Probanden: nämlich jungen, männlichen Mäusen. Die meisten Medikamente
44 wurden nur an männlichen Probanden getestet und die Therapien auf diese abgestimmt.
45 Wirkstoffe, die nur bei weiblichen Tieren eine gute Wirkung zeigen, kommen gar nicht
46 erst in die Entwicklung.
47 Frauen waren wegen dem Auf und Ab ihrer Hormone hier unbeliebt, sie können schwanger
48 werden und wurden somit als ungeeignete Testpersonen ausgeschlossen.
49 Frauen von den Tests auszuschließen, birgt aber eine Gefahr.
50 Ein bekanntes Beispiel: das Herzmittel Digoxin. Hier wurde in einer Langzeitstudie,
51 die dann nach Geschlechtern getrennt gemacht wurde, festgestellt, dass Frauen im
52 Schnitt mit diesem Medikament sogar früher an Herzproblemen sterben als ohne.
53 Noch ein Beispiel: Bei einer Gripeschutzimpfung genügt bei Frauen die halbe Dosis,
54 um die gleiche Wirkung wie bei Männern zu erzielen. Auch der Schutz hält bei Frauen
55 länger an. Auch das unterschiedliche Gesundheitsbewusstsein, Unterschiede in der
56 Wirksamkeit von Medikamenten oder im Suchtverhalten sind Schwerpunkte von
57 Gendermedizin, die besonders beachtet werden müssen.

58 **Ursprung:**
59 BFA Augsburg

Antrag A082: Gender und Gesundheit

Laufende Nummer: 146

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A081
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, seine Mitbestimmungsmöglichkeiten in
- 2 den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen dazu zu nutzen, den vorhandenen
- 3 Gestaltungsspielraum der Krankenkassen im Bereich der genderspezifischen
- 4 Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsvorsorge weiter auszubauen. Zudem
- 5 soll die Bundesregierung durch den Hauptvorstand der IG BCE aufgefordert werden, den
- 6 gesetzlichen Rahmen dazuzustellen. Besonders der Gesundheitsbereich muss im Rahmen
- 7 der Gleichstellung noch stärker in den politischen Fokus rücken.

8

9 **Begründung:**

- 10 Gesundheit beinhaltet neben einer gesunden Work-Life-Balance und einer nachhaltigeren
- 11 Lebensweise auch die richtige und gendergenaue ärztliche Betrachtung und Behandlung
- 12 von Frauen und Männern.
- 13 Frauen zeigen bei vielen bekannten Erkrankungen andere Symptome als Männer. Dennoch
- 14 werden Krankheiten aktuell nicht hinreichend auf genderspezifische Unterschiede
- 15 untersucht.
- 16 Weiterhin ist es wichtig dabei, sich nicht nur auf anatomische und physiologische
- 17 Merkmale zu beschränken. Es gilt, biologische und soziale Unterschiede von
- 18 Geschlechtern bezüglich folgender Aspekte wie Verwendung, Nebenwirkungen oder auch
- 19 Strategien und Therapien zu berücksichtigen, um adäquate Behandlungsmaßnahmen zu
- 20 gewährleisten.
- 21 Schon jetzt sind die Krankenkassen angehalten, Angebote je nach Geschlecht
- 22 unterschiedlich zu gestalten, doch halten sie sich nicht daran.
- 23 Ein großes Problem ist die Medikamentenforschung. Frauen sind in klinischen Studien
- 24 unterrepräsentiert und geschlechtsdifferenzierte Dosierungsangaben von Medikamenten
- 25 fehlen. Klinische Studien und die Prüfung von Arzneimitteln sollen das Geschlecht,
- 26 das Sozialverhalten und das Alter mit einbeziehen. Die Auswirkungen dabei sind, dass
- 27 Arzneimittelnebenwirkungen bei Frauen etwa 1,5-mal häufiger als bei Männern
- 28 auftreten.
- 29 Zudem betreffen Krankheiten Frauen und Männer unterschiedlich. Zum Beispiel bekommen
- 30 Frauen Herzinfarkte in der Regel 10 Jahre später als Männer und zeigen komplett
- 31 unterschiedliche Warnzeichen. Schlaganfälle töten häufiger Frauen als Männer und in

32 zunehmend jüngerem Alter. Viele Nierenerkrankungen verlaufen bei Männern schwerer als
33 bei Frauen, Depression und Osteoporose werden bei Männern häufig vernachlässigt.

34 Nur durch genderspezifische Maßnahmen können eine bessere Versorgung, Prävention,
35 Gesundheitsförderung und Heilbehandlung gewährleistet werden und die Lebensqualität
36 steigen.

37

38 **Ursprung:**

39 Landesbezirksfrauenausschuss Westfalen

Antrag A083: Blutspende ohne Diskriminierung

Laufende Nummer: 248

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 dass die IG BCE, mit all ihren Gremien den Bundesgesundheitsminister und die
2 Bundesregierung dazu aufruft, die „Richtlinie Hämotherapie“ durch das Paul-Ehrlich-
3 Institut anpassen zu lassen. Es sollen keine Gruppen kategorisch aufgrund ihrer
4 sexuellen Orientierung oder Identität ausgeschlossen werden. Das Risikoverhalten muss
5 unabhängig von diesen Kategorien individuell eingeschätzt werden.

6

7 Blutspenden helfen, Leben zu retten und täglich werden ca. 15.000 Spenden benötigt.
8 Nur 2-3 % der Bevölkerung spenden regelmäßig Blut und dazu kommt eine Begrenzung von
9 jährlich max. 4 bzw. 6 Spenden. Jedoch scheiden jedes Jahr viele Blutspender*innen
10 durch Erreichen der Altersgrenze oder Erkrankungen aus, ebenso in der Ferienzeit oder
11 während der Corona-Pandemie geht die Zahl der Spender*innen zurück. Trotz der
12 Knappheit werden homosexuelle, bi- und transsexuelle Männer, die Sex mit Männern
13 haben, von der Blutspende ausgeschlossen, außer sie hatten mindestens ein Jahr lang
14 keinen Sex.

15

16 **Begründung:**

17 Das Risiko einer Infektion mit einer übertragbaren Krankheit für die/den Empfänger*in
18 ist durch das Risikoverhalten der/des Spender*in zu hoch. Das Risikoverhalten dieser
19 Personengruppe wird pauschalisiert, anstatt das tatsächliche Risiko individuell durch
20 eine Abfrage des Sexualverhaltens, der Verhütung und Untersuchungen auf ansteckende
21 Krankheiten zu bewerten. Dabei wird bereits jede Blutspende auf verschiedene
22 ansteckende Krankheiten zuverlässig getestet.

23 Die "Richtlinie Hämotherapie" muss angepasst werden, um die Versorgung mit
24 Blutkonserven in „Krisenzeiten“ besser zu sichern und queere Menschen nicht ohne
25 Weiteres auszuschließen.

26 Blutspenden sind ein Akt der Solidarität und niemand sollte dabei diskriminiert
27 werden!

28

29 **Ursprung:**

30 Bezirksjugendausschuss Alsdorf

Antrag A084: Blutspende ohne Diskriminierung

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A083
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE mit all ihren Gremien den Bundesgesundheitsminister und die
- 2 Bundesregierung dazu aufruft, die „Richtlinie Hämotherapie“ durch das Paul-Ehrlich
- 3 Institut anpassen zu lassen. Es sollen keine Gruppen kategorisch aufgrund ihrer
- 4 sexuellen Orientierung oder Identität ausgeschlossen werden. Das Risikoverhalten muss
- 5 unabhängig von diesen Kategorien individuell eingeschätzt werden. Blutspenden helfen
- 6 Leben zu retten und täglich werden ca. 15.000 Spenden benötigt. Nur 2-3 % der
- 7 Bevölkerung spenden regelmäßig Blut und dazu kommt eine Begrenzung von jährlich max.
- 8 4 bzw. 6 Spenden. Jedoch scheiden jedes Jahr viele Blutspender*innen durch Erreichen
- 9 der Altersgrenze oder Erkrankungen aus, ebenso in der Ferienzeit oder während der
- 10 Corona-Pandemie geht die Zahl der Spender*innen zurück. Trotz der Knappheit werden
- 11 homosexuelle, bi- und transsexuelle Männer, die Sex mit Männern haben, von der
- 12 Blutspende ausgeschlossen, außer sie hatten mindestens ein Jahr lang keinen Sex.

13

14 **Begründung:**

- 15 Das Risiko einer Infektion mit einer übertragbaren Krankheit für die/den Empfänger*in
- 16 ist durch das Risikoverhalten der/des Spenderin/Spenders zu hoch. Das Risikoverhalten
- 17 dieser Personengruppe wird pauschalisiert, anstatt das tatsächliche Risiko
- 18 individuell durch eine Abfrage des Sexualverhaltens, der Verhütung und Untersuchungen
- 19 auf ansteckende Krankheiten zu bewerten. Dabei wird bereits jede Blutspende auf
- 20 verschiedene ansteckende Krankheiten zuverlässig getestet.

- 21 Die Richtlinie Hämotherapie muss angepasst werden, um die Versorgung mit
- 22 Blutkonserven in „Krisenzeiten“ besser zu sichern und queere Menschen nicht ohne
- 23 Weiteres auszuschließen.

- 24 Blutspenden sind ein Akt der Solidarität und niemand sollte dabei diskriminiert
- 25 werden!

26

27 **Ursprung:**

- 28 Bezirksjugendausschuss Alsdorf

Antrag A085: Der Mensch im Mittelpunkt - LSBTIQ*

Laufende Nummer: 263

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich für gelebte Vielfalt ein und hat dies auch in ihrer Satzung
- 2 fixiert. Unser Ziel ist eine Wirtschaft und Gesellschaft mit den Menschen im
- 3 Mittelpunkt. Durch solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit wollen wir
- 4 gleiche Lebenschancen für alle realisieren - unabhängig von Geschlecht, Alter,
- 5 Qualifikation, Herkunft, Religion und Weltanschauung sowie politischer oder sexueller
- 6 Orientierung oder Identität. Menschen müssen selbstbestimmt leben können, durch gute
- 7 Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten und sich Träume erfüllen können - ohne
- 8 aufgrund ihres Lebensmodells diskriminiert zu werden.
- 9 Obwohl sich für LSBTIQ* (Kurzform für u. a. lesbische, schwule, bisexuelle, trans*-,
- 10 inter*- und queere Menschen) in den letzten Jahren vieles verbessert hat
- 11 (Sichtbarkeit, gesellschaftliche Akzeptanz, rechtliche Absicherung), machen viele
- 12 noch immer Diskriminierungserfahrungen in der Gesellschaft, der Familie und am
- 13 Arbeitsplatz.
- 14 Die IG BCE steht für Chancengleichheit von Menschen jeglicher sexueller Identität,
- 15 Geschlechtsidentität und jedweden geschlechtlichen Ausdrucks. Sie setzt sich dafür
- 16 ein, dass die Interessen, Belange und Probleme von LSBTIQ* im Arbeitsalltag gesehen
- 17 und berücksichtigt werden.
- 18
- 19 Die IG BCE will für das Thema LSBTIQ* sensibilisieren und dazu beitragen, dass in
- 20 Unternehmen und Betrieben Bedingungen geschaffen werden, unter denen Lesben, Schwule,
- 21 Bisexuelle, Trans*- und Inter*-Menschen sich akzeptiert und eingebunden fühlen.
- 22 Dies kann geschehen, wenn das „Thema“ LSBTIQ* als Querschnittsthema platziert wird.
- 23 Verstärkt gilt es, Betriebsvereinbarungen zum Schutz vor Diskriminierung, zur
- 24 Förderung der Vielfalt und des partnerschaftlichen Verhaltens am Arbeitsplatz
- 25 anzuregen und zu unterstützen, die auch LSBTIQ* berücksichtigen. Ziel ist es, dass
- 26 LSBTIQ* - wie alle anderen Mitarbeiter*innen - im Berufsleben und am Arbeitsplatz
- 27 ihre Geschlechtsidentität oder ihre sexuelle Orientierung zeigen können, ohne
- 28 Diskriminierung zu erfahren. Die jeweiligen Lebensmodelle dürfen sich nicht negativ
- 29 auf die Berufstätigkeit oder die Aufstiegschancen auswirken.
- 30 Bei Personalplanung, Aus- und Weiterbildung, Gestaltung von sanitären Einrichtungen
- 31 usw. muss das Thema LSBTIQ* mitgedacht werden. Betriebsrät*innen haben hier eine
- 32 besondere Verantwortung. Mit einem diesbezüglichen Qualifizierungsangebot werden die

- 33 Betriebsrät*innen durch die IG BCE auch bei dieser Herausforderung unterstützt.
- 34 Zur Anpassung bzw. Konkretisierung bestehender (Arbeits-)Gesetze wird sich die IG BCE
- 35 - zusammen mit dem DGB - bei politischen Entscheidungsträger*innen einsetzen.
- 36 Beispielhaft seien hier genannt:
- 37 • Wir brauchen die rechtliche Absicherung der sogenannten Regenbogenfamilien - die
 - 38 die Vielfalt der gelebten Familienformen, ob Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-
 - 39 Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans- und intergeschlechtlichen
 - 40 Eltern, widerspiegeln. Deshalb muss das Abstammungsgesetz reformiert werden.
 - 41 • Ein oft unterschätzter Aspekt ist die gendergerechte oder -reflektierte Sprache.
 - 42 Sprache beeinflusst das (Mit-)Denken. Sprachformen, die dies berücksichtigen und
 - 43 auch trans- und intergeschlechtliche Menschen sowie Personen, die sich als
 - 44 nicht-binär identifizieren, einbeziehen, repräsentieren diese angemessen. Ebenso
 - 45 von Bedeutung ist es, in Wort, Bild und Medien LSBTIQ* sichtbar zu machen - als
 - 46 Normalität. Gesetzliche Regelungen, die ausschließlich das Verhältnis zwischen
 - 47 Männern und Frauen benennen und nicht-binäre Personen unerwähnt bleiben, müssen
 - 48 sprachlich erweitert werden.
 - 49 • die Mittel für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sollten
 - 50 aufgestockt werden, um Beratungsangebote für queere Menschen auszubauen.
 - 51 • Geschlechtsbezogene Gleichstellungsmaßnahmen müssen Raum für Menschen lassen,
 - 52 die weder männlich noch weiblich sind. Sie dürfen niemanden zwingen, sich einem
 - 53 „Mehrheitsgeschlecht“ zuzuordnen, und Angehörige eines anderen Geschlechts nicht
 - 54 benachteiligen.
 - 55 • Begriffsschärfung im Betriebsverfassungsgesetz und des AGG: Es ist zu prüfen,
 - 56 wie man die Belange nicht-binärer Menschen in die weiteren Wahlrechtsregelungen
 - 57 integrieren kann (was keine Aufhebung oder Änderung frauenfördernder Regelungen
 - 58 beinhaltet).
 - 59 • Mit einem nationalen Aktionsplan gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit, wie es ihn in
 - 60 einigen Bundesländern bereits gibt, muss dieses Ziel nachhaltig
 - 61 gesellschaftspolitisch verankert werden.

62

63 **Begründung:**

64 Zu Diskriminierungserfahrungen zählen das Lächerlich-Machen, Beleidigungen,

65 Kontaktabbruch, Bedrohungen, Mobbing bis hin zu körperlicher Gewalt. Direkt

66 arbeitsplatzbezogene Diskriminierung zeigt sich darin, dass (vor allem Trans*-

67 Personen) einen Arbeitsplatz nicht bekommen, bei der Weiterbildung und im beruflichen

68 Aufstieg weniger berücksichtigt werden und Gehaltsbenachteiligungen erfahren. Circa

69 30 % der LSBTIQ* erfahren Diskriminierung im Arbeitsleben, rund ein Drittel ist den

70 Arbeitskolleg*innen gegenüber nicht geoutet oder geht mit der sexuellen Orientierung

71 oder der geschlechtlichen Identität verschlossen um. Die Werte schwanken hier nach

72 Branchen und Berufen.

73

74 Deshalb ist es notwendig, ein (betriebliches) vorurteilsfreies Umfeld zu schaffen,
75 welches einen offenen Umgang, die sexuelle Identität oder Orientierung „erlaubt“.
76 LSBTIQ* leiden häufiger an psychischen und physischen Erkrankungen als heterosexuelle
77 Personen. Diskriminierung kann also die psychische und auch die körperliche
78 Gesundheit beeinträchtigen - zum Schaden von LSBTIQ*-Menschen und zum Nachteil für
79 Unternehmen.

80

81 **Ursprung:**

82 Hauptvorstand

Antrag A086: Förderung egalitär geführter Ehen und eheähnlicher Lebensgemeinschaften

Laufende Nummer: 463

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Darmstadt
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A085
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die Gremien und Organe der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und
- 2 Energie auf politischer Ebene für eine besondere Förderung egalitär geführter Ehen
- 3 und eheähnlicher Lebensgemeinschaften, insbesondere in Bezug auf Erwerbstätigkeit,
- 4 Kindererziehung und Rente, einsetzen.
- 5
- 6 Für eine Gleichberechtigung beider Partner*innen während und nach einer Ehe oder
- 7 eheähnlichen Lebensgemeinschaft ist es unabdingbar, folgende Möglichkeiten zu nutzen,
- 8 um die egalitäre Form des Zusammenlebens zu fördern.
- 9
- 10 a) Eine steuerrechtliche Begünstigung für egalitär geführte Ehen und eheähnliche
- 11 Lebensgemeinschaften
- 12 b) Förderung von Teilzeit in Unternehmen (z. B. Teilzeit in Schichtberufen)
- 13 c) Ein Recht auf Kinderbetreuung für berufstätige Gemeinschaften
- 14 d) Eine Rentenreform, die dazu beiträgt, dass negative Auswirkungen auf die Höhe
- 15 der Rente unter beiden Lebenspartner*innen gleichermaßen verteilt werden.
- 16

17 **Begründung:**

18 In der Begründung werden wir „Ehe und eheähnliche Lebensgemeinschaft“ gleichstellen
19 und nur noch als Lebensgemeinschaft bezeichnen.

20

21 In vielen Lebensgemeinschaften herrscht häufig immer noch das Prinzip der/des
22 "Mehrverdienerin"/„Mehrverdieners“. Im Zuge der Gleichberechtigung von
23 Lebenspartner*innen muss eine Veränderung stattfinden. Besonders, wenn Kinder zu der
24 Lebensgemeinschaft gehören, entscheidet diese im überwiegenden Teil der Fälle, dass
25 die/der Partner*in mit dem geringeren Einkommen seine/ihre Arbeitszeit stark
26 reduziert oder sogar ganz zu Hause bleibt, um die Kinderbetreuung und -versorgung zu
27 übernehmen. Dies führt dazu, dass diese/r Partner*in sich unter anderem durch das
28 geringere Einkommen sowie die damit verbundene Reduzierung der

29 Sozialversicherungsbeiträge in eine Abhängigkeit von seiner/seinem Lebenspartner*in
30 begibt. In einigen Fällen führt diese Ungleichverteilung sogar dazu, dass die/der
31 Partner*in, die/der den größten Teil der Betreuungsaufgaben übernommen hat,
32 seinen/ihren Beruf für mehrere Jahre ganz aufgibt oder sich einen Mini-Job sucht.
33 Nicht zuletzt im Fall einer Trennung wirkt sich dies wiederum negativ auf die
34 (zukünftige) Lebenssituation dieser/dieses Partnerin/Partners aus.

35

36 **Ursprung:**

37 Vertrauensleute der Merck KGaA, Darmstadt

Antrag A087: Gleichstellung drittes Geschlecht

Laufende Nummer: 145

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber dafür
- 2 einzusetzen, dass die Gleichstellung des dritten Geschlechts für gesundheitliche
- 3 Chancengleichheit und Gesundheitsförderung aufgenommen und berücksichtigt wird.

4

5 **Begründung:**

6 **Gleichstellung des dritten Geschlechts im Gesundheitswesen**

- 7 Alle gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland sollen unabhängig ihres
- 8 Geschlechts den gleichen Zugang zu Gesundheitsdiensten und die gleichen Chancen
- 9 haben, ihre Gesundheit zu erhalten bzw. gesund zu werden.

- 10 Menschen mit einer Besonderheit der Geschlechtsentwicklung sollen sich nicht
- 11 gezwungen sehen, sich einem der Geschlechter „männlich“ oder „weiblich“ zuordnen zu
- 12 müssen, um eine gute Gesundheitsförderung zu erfahren.

13

14 **Ursprung:**

- 15 Bezirksfrauenausschuss Dortmund-Hagen

Antrag A088: Bessere Bildung für das Jahrzehnt der Transformation - gleiche Bildungschancen für alle und Recht auf Weiterbildung

Laufende Nummer: 261

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die gesellschaftliche und digitale Transformation beeinflusst deutlich die Lebens-
- 2 und Arbeitswelt der Menschen im Laufe ihrer Bildungsbiografie. Das begründet für uns
- 3 als IG BCE die Notwendigkeit, sich den immer komplexer werdenden Zusammenhängen von
- 4 gesellschaftlicher Bildung und selbstverständlicher Weiterbildung zu stellen. Dabei
- 5 leitet uns unsere Überzeugung, dass das Recht auf gleiche Bildungschancen für alle
- 6 sowie das darauf aufbauende Recht auf Weiterbildung Grundlage unseres Handelns ist.
- 7 Neue gesellschaftspolitische Realitäten und die sich verändernden Anforderungen
- 8 innerhalb der Arbeitswelt erfordern ein viel stärkeres Umdenken in der
- 9 Bildungspolitik Deutschlands, um den Ansprüchen und Interessen der Menschen und damit
- 10 auch unserer Mitglieder gerecht zu werden. Bildung und die Fähigkeit, sich den
- 11 verändernden Gegebenheiten zu stellen, entscheidet mit darüber, ob und welche
- 12 Richtung die Transformation in unserer Gesellschaft einschlägt, aber viel mehr noch,
- 13 wer in Zukunft zu den gesellschaftlichen Gewinner*innen oder Verlierer*innen gehören
- 14 wird.
- 15 Wir müssen politisch darauf einwirken, dass unser gesellschaftliches Verständnis von
- 16 Bildung dringend einer Änderung, Fokussierung bedarf, damit jeder Mensch seinen Platz
- 17 findet - und zwar unabhängig von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen
- 18 Hintergründen oder individuellen Beeinträchtigungen.
- 19 Nur die vollständige Durchlässigkeit der Schulsysteme bis hin zu Universitäten und
- 20 Hochschulen für Arbeitnehmende mit chancengleichen Zugangswegen und eine intensive
- 21 Zusammenarbeit mit den beruflichen Bildungsträgern und -wegen sowie die intensive
- 22 Kooperation mit Breitenbildungsinstitutionen wie den Volkshochschulen erwirkt einen
- 23 erforderlichen Bildungsaufbruch. Das wiederum braucht es, um die notwendige
- 24 gleichberechtigte Teilhabe der Menschen am Transformationsprozess zu ermöglichen. Wir
- 25 brauchen eine neue Verantwortungsgemeinschaft.
- 26 Der Zugang zu Bildung darf nicht weiter als Lebensabschnittserfahrung definiert
- 27 werden, sondern muss die grundsätzliche Offenheit und Verbindlichkeit im Rahmen der
- 28 eigenen Lebensbiografie haben.
- 29 Der kontinuierliche Kompetenzerhalt und -zugewinn jedes Einzelnen darf dabei nicht
- 30 vom Zufall abhängig sein, sondern bedarf individueller finanzieller, zeitlicher und

beratender Förderwege.

Dazu ist es notwendig, deutlich mehr in Bildung zu investieren und damit die Chancen für alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu erhöhen. Der Zugang zu Bildung muss kostenfrei sein. Hierzu gehören die unabdingbaren analogen und digitalen Ressourcen genauso wie der Zugang zu Bildungseinrichtungen und der staatlichen Finanzierung des notwendigen Bildungsbedarfs.

Dabei sind für uns die unverrückbaren Grundsätze zur Bildung der Zukunft, die im letzten Kongress Grundlage unserer Positionierung waren, weiterhin gültig.

Wir erleben häufig, dass wir Talente in Schulsystemen verlieren, die nicht auf persönliche Förderung und Beteiligung ausgerichtet sind. Die in der Pandemie erfahrenen Benachteiligungen von Schüler*innen, aber auch teilweise Auszubildenden, die keinen oder eingeschränkten Zugang zu digitaler Bildung erhielten, machen deutlich, dass die Forderung nach digitaler Chancengleichheit und Gleichberechtigung rasch und nachhaltig beantwortet werden muss.

Eine zeitgemäße digitale Ausgestaltung der Schulen, Berufsschulen und Universitäten sowie des Lehrpersonals und der Schüler*innen ist dabei ein zentrales Element. Nur so können die Potenziale unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des privaten Umfeldes entwickelt, eine belastbare Grundlage für den lebensbegleitenden Lernprozess und Lebensperspektiven eröffnet werden.

Die langjährige Forderung der IG BCE nach einem Ausbau der Beratungsstruktur vor und während der Erwerbstätigkeit wurde mit dem Qualifizierungschancengesetz verbessert. Heute hat jede*r Versicherte einen Anspruch auf eine lebensbegleitende Berufsberatung. Trotz dieses Teilerfolges bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

Verantwortung der Sozialpartner

Bildung braucht stabile politische Rahmenbedingungen. Deshalb ist politische Bildung mit einer klaren Ausrichtung auf unsere parlamentarische Demokratie der Garant für Wohlstand und Veränderungsbereitschaft im globalen Wettbewerb. Die IG BCE bekennt sich mit ihrer gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit, unsere verfassungsgegebenen Werte in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Sie stellt neben der fachspezifischen, gewerkschaftlichen Bildung eine der tragenden Säulen unserer Organisation dar.

Die IG BCE wird ihren Einfluss auf die Arbeitgeber*innen wahrnehmen, damit sie ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag für die Demokratie und die Stärkung im Betrieb leisten. Dabei muss die Ausübung des Ehrenamtes, in- und außerhalb des Betriebes, mit den dafür notwendigen Freistellungsmöglichkeiten ermöglicht werden. Dazu sollen Sozialpartnervereinbarungen geschaffen werden, die durch die gesetzliche Weiterentwicklung der Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene flankiert werden.

Zusätzlich gehören positive Diskursunterstützung und demokratiefördernde Bildungsmaßnahmen der IG BCE in Unternehmen zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft, die von der Stabilität der Demokratie maßgeblich profitieren.

Demokratie und Erwachsenenbildung

Als Demokrat*in wird man nicht geboren. Es bedarf regelmäßiger Übung und des Bewusstwerdens für ein komplexes Politikmodell, einer friedlichen und auf einer hohen Beteiligung ausgelegten Staatsform. Rechtspopulistische und auf die Ungleichheit des Menschen beruhende Parolen sind Gift für unser Gemeinwesen, die Menschen, Investitionsbestrebungen und Mitbestimmungs- und Beteiligungsstrukturen. Es braucht deshalb eine Mehrheit aktiver Unterstützer*innen für die Demokratie, die nur durch vielfältige Anstrengungen der politischen Erwachsenenbildung in vielfältigen Formaten und Themen gefunden werden. Das Gelingen funktionierender Demokratiestrukturen und der Anerkennung der demokratischen Institutionen kann aber nur mit der Überzeugung eines großen Teils der Bevölkerung einhergehen.

Verantwortung politischer Strukturen

Wir brauchen, um den Transformationsprozess für den Bereich der Bildung in seiner Gesamtheit gestalten zu können, eine klare strategische Ausrichtung der politisch Handelnden. Damit die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung im Zeitalter des digitalen Wandels von Berufsbildern und Erwerbsbiografien gestärkt wird, bedarf es einer Begleitung des Prozesses und einer Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“. Die hier beschriebenen Entwicklungsperspektiven werden wir unterstützen und umsetzen.

Die IG BCE wird ihren Einfluss auf die Parlamente wahrnehmen, Gesetzgebungen zur Wahrung von Bildungsmöglichkeiten wie das Bildungsurlaubsgesetz oder die Finanzierung der Heimvolkshochschulen voranzutreiben. Ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz auf Bundesebene muss die entscheidenden Weichen für die Landesgesetzgebung stellen und gleichzeitig eine Kooperation zwischen Bund und Land auf breiter Ebene im gesamten Bildungssystem ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für ein Bildungsförderungsgesetz ein, in dem die unterschiedlichen und für Weiterbildungsinteressierte oft unübersichtlichen staatlichen Förderungen der individuellen Weiterbildung, beispielsweise das BaföG, Aufstiegs-BaföG und die Bildungsprämie, harmonisiert werden.

Die Demokratieförderung darf nicht mehr kurzfristig und zeitlich sehr begrenzt einzelne Projekte finanzieren, sondern benötigt eine langfristige und vielfältige Struktur, die von allen wesentlichen Akteur*innen unserer Gesellschaft und Wirtschaft getragen wird – ideell, finanziell und strukturell. Die IG BCE wird ihre Anstrengungen im Rahmen ihrer gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit leisten.

Begründung:

Unsere Gegenwart zeigt, was in Zukunft dauerhaft sein wird: sich in einer ständig ändernden Welt gemeinsam zurechtzufinden. Eigene Urteilskraft zu entwickeln, um im anschwellenden Informationsangebot zu erkennen, was morgen ist.

Der Mensch ist keine betriebswirtschaftliche Ressource. Seine Träume, Wünsche, sein

116 Handeln und sein Nichthandeln entscheiden die Welt. Während wir eine beschleunigende,
117 gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation, eine gut funktionierende und
118 moderne Infrastruktur fast schon wie selbstverständlich fordern und entwickeln,
119 bleibt der Mensch oft unberücksichtigt. Für unsere Zukunft brauchen wir aber alle
120 Menschen. Jede*r muss mitgenommen werden. Mit Blick auf unsere älter werdende
121 Gesellschaft ein hoher Anspruch. Darum müssen die Hürden für die allgemeine,
122 politische und berufliche Bildung geschliffen werden.

123 Als Gewerkschaft sehen wir die Schwierigkeiten von Beschäftigten, die sich persönlich
124 fort- und weiterbilden wollen. Es ist viel privates Engagement von Nöten. Das
125 schaffen häufig nur die Stärksten.

126 Vorhandene Instrumente wie die Bildungsurlaubsgesetze gehören modernisiert, um sie
127 für gegenwärtige Fragestellungen und Probleme bei ihrer Anwendung in der Gegenwart
128 zukunftsfest weiter zu gestalten. Ehrenamtliches Engagement in demokratischen
129 Institutionen und die dafür notwendige Erlangung von Kompetenzen für ihre Ausübung in
130 demokratischen Institutionen, wie z. B. als gewerkschaftliche Vertrauensleute,
131 gehören ohne Wenn und Aber anerkannt.

132 Unsere Demokratie steht auf dem Prüfstand. Viele wichtige Institutionen stehen in
133 starker Kritik (z. B. die freien und öffentlichen Medien). Den politischen
134 Akteur*innen wird häufig nur noch wenig Vertrauen geschenkt, kommunale Mandate können
135 teilweise nur noch schwierig besetzt werden und Beschäftigte des öffentlichen
136 Dienstes, wie z. B. Polizist*innen, Feuerwehrbeamt*innen oder Richter*innen, werden
137 immer weniger wertgeschätzt. Während es umfangreiche Kinder- und Jugendprogramme zur
138 Förderung politischer Bildung gibt, sind Programme der politischen Erwachsenenbildung
139 von mehr oder minder privaten Initiativen abhängig. Dabei ist es von enormer
140 Bedeutung, dass im gesamten Leben die Möglichkeit besteht, sich politisch
141 fortzubilden. Und das ist in einer komplexer werdenden Welt mit unterschiedlichsten
142 Vorstellungen und Ansprüchen auch sehr wichtig. Politische Bildung gehört deshalb
143 auch für Erwachsene kontinuierlich gefördert.

144

145 **Ursprung:**

146 Hauptvorstand

Antrag A089: Sozialpartnerschaft in der Bildung stärken

Laufende Nummer: 150

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A088
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 2: (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 3: (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 4: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die ~~Abteilung Aquara (Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik)~~ aufgefordert IG
- 2 BCE
- 3 ~~wird~~, über den Bildungsrat Chemie eine gemeinsame Resolution zum Thema
- 4 „Sozialpartnerschaft in der Bildung stärken“ an die Kultusministerkonferenz ~~zu~~
- 5 adressierent.
- 6 **Begründung:**
- 7 Bei Gesprächen mit Berufsanfänger*innen, Auszubildenden, aber auch Studierenden stellt
- 8 man massive Bildungslücken zum Thema Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung sowie
- 9 soziale Marktwirtschaft fest.
- 10 Auf die Frage „Was machen Gewerkschaften deiner Meinung nach?“ erhält man immer öfter
- 11 die Antwort: „Gibt es die noch?“ Solche und ähnliche Antworten sind ein Beleg dafür,
- 12 dass in den Lehrplänen der Bundesländer deutlich zu wenig zu den Grundlagen unseres
- 13 Wirtschaftssystems verankert ist.
- 14 Dies muss sich ändern, um langfristig im Bewusstsein kommender Generationen zu
- 15 verankern, was die Grundlagen unseres Demokratieverständnisses und gesellschaftlichen
- 16 Wohlstands sind, um diese nicht zu gefährden.
- 17
- 18 **Ursprung:**
- 19 Bezirksvorstand Recklinghausen

Antrag A090: Digitalisierung in der schulischen Bildung

Laufende Nummer: 98

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A088
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, im Rahmen der Enquete-Kommission zur
- 2 Digitalisierung in der Arbeitswelt verstärkt auf die Kultusministerkonferenz
- 3 einzuwirken, dass die Digitalisierung an den allgemeinbildenden Schulen
- 4 schnellstmöglich umgesetzt wird. Hierzu zählt insbesondere:

- 5 • technische Ausstattung
- 6 • Internetzugang
- 7 • Qualifizierung der Lehrkräfte
- 8 • kein/e Schüler*in ohne Endgerät

9

10 **Begründung:**

- 11 In der Corona-Krise/beim Homeschooling hat sich gezeigt, dass die Digitalisierung in
- 12 den Schulen noch immer nicht angekommen ist. Zum einen mangelt es an guter
- 13 technischer Ausstattung, zum anderen an der Qualifizierung der Lehrkräfte.
- 14 Die Schulen, Schüler*innen und Lehrkräfte besitzen entweder keine oder private oder
- 15 unzureichende Endgeräte. Sozial schwächere Familien sind benachteiligt. Es gibt
- 16 selten eine gemeinsame Lernplattform, die bereits im Schulalltag etabliert ist.
- 17 Es gibt Berührungsängste und eine Scheu vor der Umsetzung der Technik, vielleicht
- 18 sogar Unwissenheit. Die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien sind für den modernen
- 19 Umgang mit Technik und Medien noch nicht ausgelegt.
- 20 Die Schüler*innen sind die Fachkräfte von morgen. Deswegen ist die schnelle und
- 21 unbürokratische Umsetzung dringend notwendig.

22

23 **Ursprung:**

- 24 Bezirksfrauenforum Recklinghausen

Antrag A091: Jetzt einen Schub machen, (Nord)Deutschland! - Erwachsenenbildung als Schlüsselbaustein der Transformationsgesellschaft

Laufende Nummer: 101

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg/Harburg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A088
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • Beschäftigte brauchen Strukturen und Unterstützung, um sich auch nach dem ersten
2 Berufsabschluss kontinuierlich weiterbilden zu können.
- 3 • Deutschland benötigt ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz, welches die Leitlinien
4 und Unterstützung für die Umsetzung und Förderung in den Bundesländern
5 ermöglicht.
- 6 • Die Beschäftigten unseres Bezirks brauchen ein Bildungsurlaubsgesetz, welches
7 den heutigen gesellschaftlichen Fragestellungen gerecht wird und welches auch
8 genutzt werden kann.
- 9 • Auch das Bildungsurlaubsgesetz in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen
10 erfordert eine Weiterentwicklung.
- 11 • Unsere Demokratie ist nicht nur auf viele Unterstützer*innen angewiesen, sondern
12 es ist auch insbesondere politische Erwachsenenbildung in vielfältigen Formaten
13 und Themen erforderlich, damit ein großer Teil der Bevölkerung sich daran
14 beteiligen kann.
- 15 • Die Demokratieförderung darf nicht mehr kurzfristig einzelne Projekte
16 finanzieren, sondern benötigt eine langfristige und vielfältige Struktur, die
17 von allen wesentlichen Akteur*innen unserer Gesellschaft und Wirtschaft getragen
18 wird - ideell, finanziell und strukturell.
- 19 • Arbeitgeber*innen müssen auch ihren Beitrag für die Demokratie und die
20 grundsätzliche Förderung ihrer Beschäftigten leisten. Es braucht hier dringend
21 zumindest Sozialpartner*innenvereinbarungen, die das Ehrenamt in- und außerhalb
22 des Betriebes mit Freistellungsmöglichkeiten ohne Nachteile für die
23 Arbeitnehmer*innen ermöglicht. Zusätzlich gehören positive Diskursunterstützung
24 und Demokratie-fördernde Bildungsmaßnahmen in Unternehmen zur gesellschaftlichen
25 Verantwortung der Wirtschaft, da sie von der Stabilität der Demokratie
26 maßgeblich profitieren.

27

28 **Begründung:**

29 Unsere Gegenwart zeigt, was in Zukunft dauerhaft wird: in einer sich ständig
30 ändernden Welt sich gemeinsam zurechtzufinden und sich nicht dauerhaft unsicher zu
31 fühlen, was morgen ist. Und während für eine sich beschleunigende
32 Transformationsgesellschaft und -wirtschaft eine gut funktionierende und moderne
33 Infrastruktur fast schon selbstverständlich scheint, bleibt die Ressource Mensch
34 immer noch zu wenig berücksichtigt.

35 Als Gewerkschaft sehen wir die Schwierigkeiten von Beschäftigten, die sich persönlich
36 fort- und weiterbilden wollen. Es ist viel privates Eigenengagement von Nöten. Das
37 schaffen häufig nur die Stärksten. Wir brauchen aber für unsere Zukunft alle. Darum
38 müssen Hürden für die allgemeine, politische und berufliche Bildung kräftig reduziert
39 werden.

40 Vorhandene Instrumente wie die Bildungsurlaubsgesetze gehören modernisiert, um sie
41 für gegenwärtige Fragestellungen und Probleme bei ihrer Anwendung in der Gegenwart
42 zukunftsfest weiter zu gestalten. Ehrenamtliches Engagement in demokratischen
43 Institutionen und die dafür notwendige Erlangung von Kompetenzen für ihre Ausübung in
44 demokratischen Institutionen, wie zum Beispiel als gewerkschaftliche Vertrauensleute
45 gehören ohne Wenn und Aber anerkannt. Auch digitale Bildungsangebote oder Blended-
46 Learning-Möglichkeiten müssen anerkannt werden, da es natürlich heute möglich sein
47 muss, Corona hin oder her, mit einem digitalen Bildungsnachweis von zu Hause lernen
48 zu dürfen. Und schließlich braucht es genügend Sachkompetenz bei der Genehmigung von
49 Bildungsurlaubsseminaren. Beispielsweise haben moderne Bildungsveranstaltungen häufig
50 die verschiedensten Medien im Einsatz. Und da ist das Thema Arbeiter*innenfotografie
51 keine Hobbyliebhaberei, sondern damit können Themen wie die Entwicklung von Arbeit,
52 Gerechtigkeit, Macht und Ausbeutung ideal vermittelt werden.

53 Unsere Demokratie steht seit einigen Jahren, wie selten in den letzten Jahrzehnten,
54 auf dem Prüfstand. Viele wichtige Institutionen stehen in starker Kritik (z. B. die
55 freien und öffentlichen Medien). Den politischen Akteur*innen wird häufig nur noch
56 wenig Vertrauen geschenkt, kommunale Mandate können teilweise nur noch schwierig
57 besetzt werden und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, wie zum Beispiel
58 Polizist*innen, Feuerwehrbeamte*innen oder Richter*innen, werden immer weniger
59 wertgeschätzt. Während es umfangreiche Kinder- und Jugendprogramme zur Förderung
60 politischer Bildung gibt, sind Programme der politischen Erwachsenenbildung von mehr
61 oder minder privaten Initiativen abhängig. Dabei ist es von enormer Bedeutung, dass
62 im gesamten Leben die Möglichkeit besteht, sich politisch fortzubilden. Und das ist
63 in einer komplexer werdenden Welt mit unterschiedlichsten Vorstellungen und
64 Ansprüchen auch sehr wichtig. Politische Bildung gehört deshalb auch für Erwachsene
65 kontinuierlich gefördert. Projektförderung nach den jeweiligen politischen
66 Verhältnissen von Bundes- und Landtagen ist hier fehl am Platz.

67 Alle Menschen bedürfen der materiellen und institutionellen Unterstützung für ihre
68 individuellen Entwicklungs- und Bildungswege. Nach dem humanistischen und
69 humboldtschen Bildungsideal, welches für moderne Gesellschaften mit den beschriebenen
70 Herausforderungen an die Zukunft selbstverständlich sein sollte, ist das Individuum
71 mit seinen Chancen zu jeder Zeit gerecht zu fördern. Und die kann bei jedem Menschen
72 zu einem anderen Zeitpunkt sinnvoll und gewünscht sein. Viele Beschäftigte bekommen

73 auch erst weit nach den ersten Bildungsabschlüssen, aufgrund ihrer Herkunft oder
74 ihrer persönlichen Lebenssituation, den Wunsch oder auch die Notwendigkeit, weitere
75 Bildungsabschlüsse zu absolvieren. Der stetige Wandel und der Hinzugewinn neuer
76 Erkenntnisse ist für eine Wirtschaft im transformativen Prozess nicht
77 selbstverständlich, sondern geboten.

78 Aus diesen Gründen ist eine weitreichende „Infrastrukturmaßnahme“ für alle Menschen
79 unabdingbar. Ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz auf Bundesebene muss hier die
80 entscheidenden Weichen für die Landesgesetzgebung stellen und gleichzeitig eine
81 Kooperation zwischen Bund und Land auf breiter Ebene im gesamten Bildungssystem
82 ermöglichen. Universitäten müssen hier stärker mit den gesellschaftlichen und
83 beruflichen Anforderungen und ihren Institutionen verschränkt werden, damit die
84 Zusammenarbeit eine breite, regelmäßige Fort- und Weiterbildung aller Erwachsenen zu
85 jedem Zeitpunkt im Leben ermöglichen. Finanzielle Fördersysteme, wie beispielsweise
86 ein Lebensbildungskonto für jeden Menschen, können nicht nur strukturelle Hemmnisse
87 abbauen, sondern sie ermöglichen auch die voraussetzungsarme Unterstützung nach dem
88 Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“.

89 Norddeutschland braucht jetzt einen Schub durch alle Strukturen, damit die
90 Wissensgesellschaft Deutschland nicht weiterhin nur ein Schlagwort ist. Es ist zu
91 früh, um dies zu spät zu finden.

92

93 **Ursprung:**

94 Bezirksvorstand Hamburg/Harburg

Antrag A092: Bildungszugang gerechter machen

Laufende Nummer: 328

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A088
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich in den folgenden Jahren mit den immer noch bestehenden großen
2 Chancenungleichheiten zwischen allen Gesellschaftsschichten auseinandersetzen. Wir
3 sehen hier folgende Handlungsfelder:

4

5 **Niederschwelliger Zugang zur Förderung**

- 6 • Förderungseinrichtungen zum Ausgleich von schlechten schulischen Leistungen sind
7 oft nur spärlich vorhanden.
8 • Förderungsangebote fehlen häufig im ländlichen Raum oder sind für viele nicht
9 zugänglich, da sie nicht erreichbar sind.

10

11 **Zugang zu Bildungsmöglichkeiten**

- 12 • Benötigte Hochschulen und Universitäten sind oftmals nur in einer entfernten
13 Stadt zugänglich.
14 • Büchereien mit Fachliteratur sind vor allem in Regionen, die nur eine geringe
15 Bevölkerungsdichte haben, nicht vorhanden.
16 • Um Zugang zu Bildung zu haben, wird ein stabiler Internetzugang mit
17 entsprechender Leistung benötigt.
18 • Der Gebrauch angepasster hochwertiger technischer Endgeräte zählt zum Zugang zur
19 Bildung auch dazu. Alle Schüler*innen und Student*innen bekommen den Unterschied
20 im Distanzunterricht deutlich zu spüren, wie wichtig die vorhandene technische
21 Ausstattung ist. Sind technische Endgeräte nicht vorhanden, kann angebotener
22 Unterricht oder ähnliches nicht in vollem Umfang genutzt werden, weil der Zugang
23 zu Bildung durch fehlendes technisches Equipment verwehrt bleibt.

24

25 **Finanzielle Mittel**

- 26 • Finanzierung der Kinder und Jugendlichen durch Eltern soll nicht ausschlaggebend
27 dafür sein, welche Chancen und Möglichkeiten entstehen.
28 • Finanzierung des Studiums oder der Unkosten, zum Beispiel Wohnheim, sind für
29 viele kaum oder nicht tragbar und die Möglichkeit zu studieren, ist somit nicht
30 vorhanden.

- Finanzierung von privaten Hochschulen oder Unis. Manche Studiengänge sind nur in Verbindung mit Unkosten zu belegen, die nicht für jeden tragbar sind.
- Schlechte Noten können oftmals ohne spezifischen Nachhilfeunterricht nicht gebessert werden. Dieser verursacht hohe Kosten.
- Hochwertige technische Geräte, die für die Schulbildung oder für die Ausbildung benötigt werden, können nicht von allen finanziert werden.

Ausgebaute Infrastruktur

- Gleichwertiger Zugang zum Internet.
- Ausbau des Netzes geht in vielen Regionen, wenn überhaupt, schleppend voran.
- Im ländlichen Raum sind kaum öffentliche Verkehrsmöglichkeiten vorhanden.

Unterschiede im Bildungsniveau

- Schulische Abschlüsse haben in den verschiedenen Bundesländern ein unterschiedliches Niveau, da Prüfungsaufgaben des Abiturs unterschiedlich gewertet werden.
- Unterschiedliche Lehrpläne.

Dazu soll ein bundesweiter Diskussionsprozess angestoßen werden, der sich auf allen Ebenen mit den regionalen und überregionalen Ungleichheiten auseinandersetzt. Im Rahmen des Diskussionsprozesses sollen Lösungs- und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet und in angemessener Form nach innen und außen präsentiert werden.

Die Partizipation und die Unterstützung seitens der Politik ist erforderlich.

Es sollen nicht nur Kampagnen gestartet werden, sondern auch Lösungsvorschläge entstehen und umgesetzt werden. Um die vielfältigen Probleme zu erfassen, sollte sich mit dem Thema Chancengleichheit nicht nur auf Bundesebene beschäftigt werden. Es soll damit ermöglicht werden, dass alle Interessen und Probleme der Jugend berücksichtigt werden und die Gestaltung und Umsetzung der Kampagnen und Lösungsansätze realistisch und brauchbar sind. Den Anstoß zum Umdenken wollen wir nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Politik geben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Ursprung:

Bezirksjugendausschuss Kelheim-Zwiesel

Antrag A093: Gewerkschaft intensiver in die Lehrpläne an allgemeinbildenden Schulen integrieren

Laufende Nummer: 329

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE gemeinsam mit dem DGB dafür sorgt, dass in allen Bundesländern das
- 2 Thema Gewerkschaften - Geschichte, Gegenwart, Zukunft - und die Wichtigkeit und
- 3 Brisanz dieser auf die Lehrpläne in allgemeinbildenden Schulen aufgenommen wird.
- 4 Grundsätzlich soll dabei auch das Thema betriebliche Mitbestimmung thematisiert
- 5 werden.
- 6
- 7 **Begründung:**
- 8 Wir als IG BCE-Jugend stellen jedes Jahr fest, dass viele neue Auszubildende in
- 9 unseren Branchen noch nie etwas von Gewerkschaften gehört haben und dadurch auch die
- 10 Wichtigkeit dieser nicht erfassen. Problematisch wird es hier bei noch nicht
- 11 erschlossenen Betrieben der IG BCE, da dort gar kein Bewusstsein darüber herrscht,
- 12 dass man sich in einer Gewerkschaft organisieren kann, um Arbeits- und
- 13 Lebensbedingungen zu verbessern.
- 14
- 15 **Ursprung:**
- 16 Bezirksjugendausschuss Ludwigshafen

Antrag A094: Bildungsurlaub modernisieren

Laufende Nummer: 349

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien in den Bundesländern dafür
- 2 einsetzt, dass folgende Mindestanforderungen in den Ländergesetzen, den
- 3 Bildungsurlaub betreffend, festgeschrieben werden:
- 4 Der Bildungsurlaub soll in Bildungszeit umbenannt werden.
- 5 Dazu sollen Arbeitnehmer*innen jährlich 10 Tage Bildungszeit zur Verfügung stehen.
- 6 Diese soll für politische, kulturelle und persönliche Bildung zur Verfügung stehen.
- 7 Zusätzlich soll die Bildungszeit auch für berufsbegleitende, berufliche und
- 8 ehrenamtliche Fort- und Weiterbildungen genutzt werden können.
- 9 Besonders fordern wir, dass sich die IG BCE dafür einsetzt, dass in Bayern und
- 10 Sachsen Gesetze betreffend der Bildungszeit eingeführt werden, um es dortigen
- 11 Arbeitnehmer*innen zu ermöglichen, diese zu nutzen.
- 12 Zusätzlich soll die IG BCE die Bildungszeit stärker bewerben.
- 13
- 14 **Begründung:**
- 15 Wenn Arbeitnehmer*innen sich fort- und weiterbilden wollen, brauchen sie Zeit dafür.
- 16 Diese ist ein knappes Gut, gerade wenn man Kinder oder zu pflegende Angehörige hat,
- 17 aber auch wenn man sich ehrenamtlich oder politisch engagiert. Um sich fort- und
- 18 weiterzubilden, bleibt daher nur der eigene Urlaub. Da Urlaub aber primär zur
- 19 Erholung genutzt werden soll, gibt es den Bildungsurlaub. Dieser beinhaltet aber das
- 20 Wort „Urlaub“.
- 21 Um aber auch begrifflich klar zu machen, dass es sich nicht um eine Art Urlaub zur
- 22 Erholung handelt, fordern wir die Umbenennung in Bildungszeit.
- 23 Bildungszeit soll für die Berufsbildung, die allgemeine, politische Bildung und die
- 24 gewerkschaftliche Bildung genutzt werden können. Diese Fortbildung findet im Rahmen
- 25 von Seminaren statt. Unsere Idee der Bildungszeit soll auch flexibel nutzbar sein, um
- 26 berufsbegleitend, z. B. für Meister*innen- oder Uniprüfungen, lernen zu können. Um
- 27 ausreichend Zeit für Bildung zu haben, fordern wir, dass allen Arbeitnehmer*innen 10
- 28 Tage Bildungszeit jährlich zustehen.
- 29 Lebenslanges Lernen wird in unserer zunehmend komplexeren Welt immer wichtiger. Je
- 30 besser man qualifiziert ist, umso besser sind die eigenen Chancen auf dem
- 31 Arbeitsmarkt. Gleichzeitig kann man sich beruflich weiterqualifizieren und Aufgaben

32 übernehmen, die mehr Verantwortung, aber auch mehr Gehalt bieten können. Bildungszeit
33 dient, neben dem lebenslangen Lernen, auch der sozialen Aufstiegsmobilität.
34 Diese soziale Aufstiegsmobilität wollen wir auch auf das Ehrenamt erweitern. Wenn man
35 Bildungszeit auch für Fort- und Weiterbildung im Ehrenamt nutzen könnte, ermöglicht
36 man vielen Menschen, ihr Ehrenamt überhaupt erst ausüben zu können.
37 Die meisten Arbeitnehmer*innen wissen nicht, was Bildungsurlaub ist oder haben noch
38 nie davon gehört. Das zeigt sich auch an den Zahlen, denn jedes Jahr nutzen nur 0,5-2
39 % der Arbeitnehmer*innen ihren Bildungsurlaub (vgl. Studie der „Einflussfaktoren der
40 Weiterbildungsfaktoren und -strukturen der Förderung in den Bundesländern“ 2020).
41 Dies liegt auch an dem geringen Bekanntheitsgrad. Um diesen zu steigern, fordern wir,
42 dass sich die IG BCE dafür einsetzt, die Bildungszeit bundesweit bekannter zu machen.
43 Bildung fällt in die Kulturhoheit der Länder. Es ist daher unrealistisch, ein
44 Bundesgesetz zum Thema Bildungszeit zu verabschieden. Daher soll die IG BCE mit den
45 Ländern einzeln in Verhandlung treten. In diesen Verhandlungen sollen möglichst viele
46 unserer Forderungen umgesetzt werden, um gleichzeitig die Gesetze weitestgehend zu
47 harmonisieren. Da in Sachsen und Bayern keine Gesetze zur Bildungszeit existieren,
48 sollen dort verstärkt Verhandlungen angestrebt werden, um den dortigen
49 Arbeitnehmer*innen Bildungszeit zu ermöglichen.

50

51 **Ursprung:**

52 Landesbezirksjugendausschuss Westfalen

Antrag A095: Anspruch auf Bildungsurlaub in Sachsen

Laufende Nummer: 347

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch A094
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE in all ihren Strukturen und mit all ihrer Energie dafür
- 2 einsetzt, dass im Bundesland Sachsen Arbeitnehmer*innen und Auszubildende das Recht
- 3 auf Bildungsurlaub erhalten. Dies umfasst insbesondere das Recht auf politische,
- 4 berufliche und ehrenamtliche Weiterbildung.

5

6 **Begründung:**

- 7 Die Benachteiligung von sächsischen Arbeitnehmer*innen muss endlich aufhören!
- 8 Arbeitnehmer*innen haben nach einem Übereinkommen der Internationalen
- 9 Arbeitsorganisation (ILO-Übereinkommen 140) Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub.
- 10 Die BRD hat das Übereinkommen 1976 ratifiziert, aber niemals in ein Gesetz überführt.
- 11 Die meisten Bundesländer haben diese Lücke durch entsprechende Landesgesetze
- 12 geschlossen, aber Sachsen hat das, neben Bayern, bis heute noch nicht getan.

13

- 14 Eine Änderung der Situation in nächster Zeit ist nicht absehbar. Mit Einführung eines
- 15 Bildungsurlaubes in Sachsen, würden die sächsischen Arbeitnehmer*innen innerhalb der
- 16 BRD eine Gleichstellung erhalten.

17

- 18 Derzeit haben Arbeitnehmer*innen im Bundesland Sachsen nicht die Möglichkeit, sich
- 19 politisch, beruflich und ehrenamtlich weiterzubilden, ohne dafür ihren
- 20 Erholungsurlaub oder ihre Freizeit in Anspruch zu nehmen.

21

- 22 Gerade in der heutigen Zeit ist es aus unserer Sicht von enormer Wichtigkeit, sich
- 23 mit dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen, um in Diskussionen gewerkschafts-
- 24 und gesellschaftspolitische Standpunkte zu vertreten. Den sächsischen
- 25 Arbeitnehmer*innen wird dieses grundlegende Recht auf Bildung derzeit erschwert.

26

27 **Ursprung:**

- 28 Bezirksfrauenausschuss Leipzig

Antrag A096: Bildungsurlaub? Was soll denn das sein? Wir fordern mehr Aufklärung!

Laufende Nummer: 419

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A094
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien sowie politischen Partner*innen im
- 2 Rahmen einer Kampagne nach den jeweiligen Bildungsurlaubsgesetzen der Länder für eine
- 3 stärkere Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs einsetzt. Auch sollen die
- 4 Betriebsrät*innen per Gesetz verpflichtet werden, eine*n Beauftragte*n zu benennen,
- 5 der/die von der/vom Arbeitgeber*in für die Tätigkeit im erforderlichen Ausmaß
- 6 freizustellen ist. Beschäftigte sollen mindestens jährlich über den Bildungsurlaub
- 7 informiert werden. Für etwaige Informationsveranstaltungen sind die Beschäftigten für
- 8 deren Dauer von der Arbeit unter Fortzahlung der Vergütung freizustellen.

9

10 **Begründung:**

- 11 Deutschlandweit beanspruchen etwa 2-3 % der Beschäftigten Bildungsurlaub. Wir sind
- 12 der Auffassung, dass diese Zahl erheblich gesteigert werden sollte.
- 13 Bildungsurlaub ist ein wichtiges Instrument, insbesondere zur politischen Bildung für
- 14 Arbeitnehmer*innen, die sich nicht täglich mit politischen oder gesellschaftlichen
- 15 Themen auseinandersetzen (können). Eine vermehrte Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs
- 16 kann auf Dauer das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken. Hierfür
- 17 ist es notwendig, die Beschäftigten im Betrieb besser über den Bildungsurlaub
- 18 aufzuklären, damit sie ihren Anspruch auf Bildungsurlaub kennen und nutzen.

19

20 **Ursprung:**

- 21 Bezirksjugendausschuss Ibbenbüren

Antrag A097: Entlastung der arbeitenden Mitte - mehr Gerechtigkeit durch einen nachhaltigen Umbau des Steuersystems

Laufende Nummer: 255

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 1. Die IG BCE fordert eine Reform der Einkommensteuer, um Haushalte mit kleinen und
2 mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten. Insbesondere muss der
3 Grundfreibetrag erhöht werden, sodass die Belastung mit Einkommensteuer erst ab
4 einem höheren Einkommen greift als bisher. Außerdem muss die erste Tarifzone
5 abgeschafft werden, in der die Steuerprogression durch stark ansteigende
6 Grenzsteuersätze besonders heftig ausfällt, um den sogenannten
7 „Mittelstandsbauch“ bei der Einkommensteuer zu beseitigen. Der Tarif soll
8 linear-progressiv ansteigen, damit Bezieher*innen höherer Einkommen gemäß ihrer
9 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen relativ höheren Beitrag zum
10 Steueraufkommen leisten. Die IG BCE fordert ferner eine Erhöhung des
11 Spitzensteuersatzes, der allerdings erst bei höheren Einkommen als bisher fällig
12 werden soll, damit er wirklich nur von Gutverdiener*innen bezahlt wird. Die um
13 drei Prozentpunkte zusätzliche Belastung mit der sogenannten „Reichensteuer“
14 bleibt erhalten.
15
- 16 2. Die IG BCE fordert die Abschaffung der Pendlerpauschale in ihrer jetzigen Form
17 und die Einführung eines Mobilitätsgeldes, das unabhängig vom Einkommen und vom
18 gewählten Verkehrsmittel sein soll. Die Höhe des Mobilitätsgeldes muss einer
19 Anhebung der jetzigen Pendlerpauschale von 30 auf 40 Cent je Kilometer
20 entsprechen. Der Betrag muss von der Einkommensteuerschuld abgezogen werden bzw.
21 bei kleineren Einkommen als Steuergutschrift ausgezahlt werden.
22
- 23 3. Die IG BCE fordert eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von
24 Gewerkschaftsbeiträgen. Statt im Werbungskosten-Pauschbetrag aufzugehen, muss
25 eine Möglichkeit geschaffen werden, Gewerkschaftsbeiträge zusätzlich zum
26 Pauschbetrag steuerlich geltend zu machen, beispielsweise durch eine steuerliche
27 Gleichbehandlung mit den Mitgliedsbeiträgen der politischen Parteien.
28
- 29 4. Die IG BCE fordert eine Anpassung des Steuerrechts, um eine drohende

30 Doppelbesteuerung von Renten zu vermeiden. Diese Regelung muss im Zweifel in
31 jedem Einzelfall einer juristischen Prüfung standhalten. Darüber hinaus fordern
32 wir, das Steuersystem verstärkt an tariflichen Lösungen auszurichten. So soll
33 sichergestellt werden, dass tarifvertragliche Lösungen zum Tragen kommen, bevor
34 der Sozialstaat regulierend eingreift.

35

36 5. Wir fordern ein Auslaufen des Ehegattensplittings. Verheiratete Paare sollen
37 ebenfalls nach dem Individualsteuertarif besteuert werden. Dabei muss der
38 Grundfreibetrag des/der einen Ehepartner*ins auf das Einkommen des/der anderen
39 übertragbar sein, sofern der/die erste Ehepartner*in diesen nicht oder nicht
40 vollständig ausschöpft. Diese Regelung soll nur für noch zu schließende Ehen
41 gelten. Bereits geschlossene Ehepaare erhalten das Recht, weiterhin nach dem
42 Ehegattensplittingtarif besteuert zu werden, wenn sie sich bereits in der
43 Vergangenheit für die gemeinsame Veranlagung entschieden haben.

44

45 6. Die IG BCE fordert die Abschaffung der Abgeltungsteuer. Alle Kapitaleinkünfte
46 müssen bei der individuellen Einkommensteuererklärung deklariert werden und in
47 der Folge der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz versteuert
48 werden.

49

50 7. Die IG BCE fordert eine soziale CO₂-Bepreisung. Mit einem Klimageld müssen die
51 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung vollständig an die Bürger*innen zurückgegeben
52 werden. Mit einem jährlichen Pauschalbetrag für jede/n Bürger*in würden
53 steigende CO₂-Preise ausgeglichen. Die ökologische Anreizwirkung bleibt so
54 bestehen, ohne negative soziale Verteilungswirkungen weiter zu vertiefen.
55 Darüber hinaus fordern wir eine Abschaffung der EEG-Umlage und eine Absenkung
56 der Stromsteuer auf das europäisch zulässige Minimum. Die Kosten der
57 Energiewende sollten perspektivisch vollständig aus dem Bundeshaushalt
58 finanziert werden.

59

60 8. Wir fordern eine angemessene Beteiligung von Unternehmen an der Finanzierung
61 staatlicher Aufgaben. Deshalb ist eine weitere Absenkung des Steuersatzes der
62 Körperschaftsteuer abzulehnen. Vielmehr sollte perspektivisch ein Steuersatz von
63 25 Prozent angestrebt werden, wie er vor der letzten Unternehmenssteuerreform
64 galt. Die Bundesregierung fordern wir auf, sich in internationalen
65 Verhandlungen, im Rahmen von EU und OECD, für eine Vereinheitlichung der
66 Bestimmung der Bemessungsgrundlagen einzusetzen. Auf dieser Basis sollte eine
67 internationale Mindestbesteuerung von 25 Prozent angestrebt werden. Die
68 Gewerbesteuer soll in eine Gemeindewirtschaftsteuer weiterentwickelt werden und
69 neben Gewerbetreibenden den Kreis der Steuerpflichtigen auf alle selbstständig
70 Tätigen ausweiten. Für Einzelunternehmen und Personengesellschaften sollen
71 Freibeträge gelten und die Steuerzahlung soll auf die Einkommensteuerschuld

anrechenbar bleiben. Eine Anrechnung auf die Körperschaftsteuerschuld von Kapitalgesellschaften lehnen wir ab. Die Unternehmen sollten da entlastet werden, wo sie höhere Kosten durch die Transformation zu tragen haben und wo sie in den Standort Deutschland investieren, z. B. durch verbesserte Abschreibungsregelungen.

9. Die IG BCE fordert die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Bei der Besteuerung sind ausreichend hohe Freibeträge einzurichten. Auch sollen gesparte Beträge zur Vorsorge für das Rentenalter steuerfrei bleiben.

10. Wir fordern eine verfassungskonforme Reform der Erbschaftsteuer, die auf eine Begünstigung bestimmter Vermögensarten verzichtet. Dort, wo die Besteuerung zu unternehmensbedrohenden Liquiditätsengpässen führen könnte, sind großzügige Stundungsregeln einzuräumen.

Begründung:

Allgemeine Reform-Notwendigkeit des Steuersystems

Der deutsche Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft stehen vor enormen Herausforderungen durch die sozial-ökologische Transformation, die Digitalisierung, den demografischen Wandel sowie die Krisenfolgen und Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie. Während es richtig und notwendig ist, Zukunftsinvestitionen in die Transformation auch über eine verstärkte Nettokreditaufnahme zu finanzieren, ist der Staat aber auch auf eine solide Finanzbasis aus Steuermitteln angewiesen, um seinen Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge angemessen nachkommen zu können. Die Ausgestaltung des Steuersystems muss dabei wieder gerechter werden und dem Prinzip der Leistungsfähigkeit stärker folgen. Das bedeutet in einer Sozialen Marktwirtschaft, dass stärkere Schultern auch einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls tragen müssen, nicht nur in absoluten Beträgen, sondern auch relativ.

Reform der Einkommensteuer

Der Tarifverlauf des deutschen Einkommensteuersystems und die kalte Progression sorgen dafür, dass kleine und mittlere Einkommen über Gebühr mit Einkommensteuerzahlungen belastet werden, sobald Einkommensbezieher*innen steuerpflichtig werden. Insbesondere der steile Anstieg der Steuerprogression bei niedrigen Einkommen ist ungerecht. Zwar suggeriert der Eingangssteuersatz von 14 Prozent eine geringe steuerliche Belastung. Allerdings steigt der Grenzsteuersatz in der ersten Tarifzone, also oberhalb des Grundfreibetrags von 9.744 Euro, bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 14.754 Euro zügig auf 24 Prozent. Dort flacht sich der Tarifverlauf ab. Dies hat zur Folge, dass ein Anstieg des Einkommens in unteren Bereichen mit einer deutlichen Zunahme der Steuerlast einhergeht. Im weiteren Tarifverlauf steigt der Grenzsteuersatz langsamer an. Diesen Missstand gilt es zu beheben. Einerseits sollte der Grundfreibetrag angehoben werden, um kleine Einkommen

114 komplett von der Einkommensteuerpflicht zu befreien. In der Folge sollte die erste
115 Tarifzone entfallen und der Tarif ab dem neuen Grundfreibetrag linear-progressiv
116 ansteigen. Das bedeutet, dass die Grenzsteuerbelastung über den Tarifverlauf konstant
117 wächst, bis der Spitzensteuersatz erreicht ist.

118 Der Spitzensteuersatz wiederum sollte erst ab einem höheren zu versteuernden
119 Einkommen greifen als bisher. Nach aktuellem Steuerrecht reicht schon ein zu
120 versteuerndes Einkommen von rund 59.000 Euro aus, um dem Spitzensteuersatz zu
121 unterliegen. Im Jahr 2018 gab es etwa 1,7 Millionen Steuerpflichtige mit einem
122 monatlichen Bruttoeinkommen zwischen 5.000 und 7.000 Euro, die einen Teil ihres
123 Einkommens mit dem Spitzensteuersatz von 42 Prozent versteuern mussten. Diese Gruppe
124 gehört aber sicherlich nicht zu den Spitzenverdiener*innen in Deutschland. Deshalb
125 sollte der Spitzensteuersatz erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 76.800 Euro
126 greifen. Gleichzeitig sollte der Spitzensteuersatz spürbar angehoben werden, damit
127 Bezieher*innen hoher und sehr hoher Einkommen einen wirklich angemessenen Anteil an
128 der Finanzierung des Gemeinwohls leisten.

129

130 **Abschaffung Pendlerpauschale und Einführung Mobilitätsgeld**

131 Nach der aktuellen steuerlichen Regelung können nur Personen ihre Kosten für den
132 Arbeitsweg steuerlich geltend machen, wenn sie überhaupt Einkommensteuer zahlen.
133 Gerade Bezieher*innen kleiner Einkommen können sich daher ihre Pendelkosten nicht
134 erstatten lassen. Da die Pendlerpauschale die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer
135 reduziert, ist der Nutzen daraus umso höher, je größer das zu versteuernde Einkommen
136 ist. Das ist ungerecht. Um diese Ungerechtigkeit zu beheben, sollte die
137 Pendlerpauschale abgeschafft werden. Stattdessen sollte es ein Mobilitätsgeld geben,
138 das unabhängig vom Einkommen und vom gewählten Verkehrsmittel ist. Allen
139 Pendler*innen sollte pro zurückgelegtem Kilometer auf dem Arbeitsweg der gleiche
140 Betrag von der Steuerschuld abgezogen werden. Ohne Anpassung würde auch diese Lösung
141 dazu führen, dass Bezieher*innen kleiner Einkommen, wenn sie nicht
142 einkommensteuerpflichtig sind, vom Mobilitätsgeld ausgeschlossen wären. Deshalb muss
143 das Mobilitätsgeld in diesen Fällen als negative Steuerzahlung an die betreffenden
144 Personen ausgezahlt werden.

145

146 **Verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen**

147 Nach aktuell geltendem Steuerrecht werden Gewerkschaftsbeiträge als Werbungskosten
148 erfasst. Sofern die Summe aus Gewerkschaftsbeitrag und weiteren Werbungskosten 1.000
149 Euro nicht übersteigt, fallen die Gewerkschaftsbeiträge in den Arbeitnehmer*innen-
150 Pauschbetrag. Das Einkommensteuerrecht unterstellt also einen gleich hohen Aufwand
151 für die Werbungskosten von Gewerkschaftsmitgliedern und nicht gewerkschaftlich
152 organisierten Steuerpflichtigen. Dies benachteiligt Gewerkschaftsmitglieder, was
153 erstens ungerecht und zweitens verfassungsrechtlich mindestens bedenklich ist, da die
154 Koalitionsfreiheit besagt, dass der Staat gewerkschaftliche Tätigkeit nicht behindern
155 darf. Deshalb muss eine Regelung im Einkommensteuerrecht geschaffen werden, sodass
156 Steuerpflichtige ihren Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zum Arbeitnehmer*innen-

157 Pauschbetrag steuerlich geltend machen können. Dies würde einen Beitrag zur
158 Steigerung der Attraktivität einer Gewerkschaftsmitgliedschaft leisten.

159

160 **Ausrichtung des Steuersystems an tariflichen Lösungen**

161 Tarifvertragliche Lösungen haben stets innovative Beiträge zur Modernisierung der
162 Arbeitswelt geleistet und sind daher unverzichtbarer Teil in der Erklärung der
163 Wohlstandsgewinne seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der
164 aktuellen Entwicklungen, mit Blick auf die sozial-ökologische Transformation, auf die
165 Digitalisierung und auf den demografischen Wandel, ergeben sich immer neue
166 Regelungsbedarfe. Viele Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen direkt die Art und
167 Weise, wie Beschäftigte heute und in Zukunft arbeiten. Die Tarifvertragsparteien sind
168 am besten in der Lage, die Arbeitsbedingungen zu regulieren. Deshalb sollten
169 tarifliche Lösungen immer zuerst angestrebt werden, bevor die Politik regulierend von
170 außen eingreift.

171 Dies betrifft auch das Steuersystem, welches tarifliche Lösungen nicht einschränken
172 soll. Gleichzeitig darf sich der Staat, mit Verweis auf die Sozialpartnerschaft,
173 nicht aus seinen wesentlichen Aufgabenbereichen zurückziehen. Denn nicht immer sind
174 die Voraussetzungen für eine tarifliche Lösung gegeben. Deshalb es ist entscheidend,
175 eine Balance zu finden zwischen den Bereichen, in denen die Sozialpartner*innen
176 gemeinsam tarifliche Lösungen für die Beschäftigten erarbeiten und den Bereichen, in
177 denen der Sozialstaat seiner Verantwortung und der Sorgfaltspflicht für seine
178 Bürger*innen nachkommen muss.

179

180 **Auslauf des Ehegattensplittings**

181 Die Besteuerung von Ehepaaren hat wesentlichen Einfluss auf die Beteiligung am
182 Erwerbsleben. Insbesondere Ehepaare mit hohen Einkommen, bei denen das Einkommen
183 aber
184 ungleich auf beide Ehepartner*innen verteilt ist, profitieren vom Ehegattensplitting.
185 In der Realität führt das häufig dazu, dass Frauen in geringerem Umfang oder gar
186 keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Diese ungleiche Teilhabe am Erwerbsleben gilt es,
187 durch eine Reform der Ehegattenbesteuerung zu beheben.

188 Allerdings gilt es, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Ehepaare in der
189 Vergangenheit teilweise ihr Lebensmodell auch unter Berücksichtigung des geltenden
190 Steuerrechts entwickelt haben. In diese Entscheidungen darf rückwirkend nicht
191 eingegriffen werden. Deshalb soll die Neuregelung nur für Ehen gelten, die nach einem
192 Stichtag geschlossen wurden. Alle vor dem Stichtag geschlossenen Ehen profitieren von
193 einem Vertrauensschutz und erhalten deshalb die Wahlmöglichkeit, entweder im
194 ursprünglichen Besteuerungssystem zu bleiben oder sich ebenfalls für die
195 Individualbesteuerung zu entscheiden.

195

196 **Abschaffung Abgeltungsteuer**

197 Kapitalerträge werden nach geltendem Recht mit der Abgeltungsteuer belegt, deren

198 Steuersatz 25 Prozent beträgt. Einkommen aus Erwerbstätigkeit unterliegen hingegen
199 dem Steuersatz der Einkommensteuer. Insbesondere hohe Kapitaleinkommen werden damit
200 steuerrechtlich gegenüber Einkommen aus Erwerbsarbeit steuerlich bevorzugt. Dieser
201 Umstand ist ungerecht.

202 Die Abgeltungsteuer wurde mit dem Argument eingeführt, Steuerhinterziehung zu
203 vermeiden. Der Erfolg ist zweifelhaft. Wie aktuelle Entwicklungen zeigen, trägt vor
204 allem die internationale Steuerkooperation zur Reduktion von Steuerhinterziehung bei.
205 Auf die Abgeltungsteuer kann also verzichtet werden. Stattdessen müssen
206 Kapitalerträge steuerrechtlich wieder Einkommen aus Erwerbsarbeit gleichgestellt
207 werden und der individuellen Einkommensbesteuerung unterliegen.

208

209 **CO2-Bepreisung und Klimageld**

210 Der Einstieg in die Bepreisung von Kohlenstoffdioxid ist vollzogen. Der CO2-Preis hat
211 eine sozial ungerechte Verteilungswirkung zur Folge. Er belastet einkommensschwächere
212 Haushalte stärker als Haushalte mit höheren Einkommen. Aus diesem Grund sollte ein
213 Klimageld ausgezahlt werden, das als Pro-Kopf-Zahlung auszugestalten ist. Diese würde
214 dieser ungerechten Wirkung entgegenwirken und einkommensschwächere Haushalte würden
215 eine Nettoentlastung erfahren. Die beabsichtigte ökologische Lenkungswirkung bliebe
216 allerdings erhalten.

217

218 **Abschaffung der EEG-Umlage**

219 Bei der Finanzierung der weiteren Energiewende, also der Förderung der erneuerbaren
220 Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnologien, sehen wir eine
221 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sollte die EEG-Umlage komplett abgeschafft
222 und nicht, wie im Konjunkturpaket der Bundesregierung vorgesehen, gedeckelt werden.
223 Die Politik hat einschneidende Maßnahmen beschlossen, wie den gleichzeitigen Ausstieg
224 aus der Atom- und der Kohleverstromung. Aus diesen Entscheidungen erwächst der
225 Politik auch eine Verantwortung für den Einstieg in die neuen Technologien. Dies kann
226 nicht nur von den Stromkund*innen geschultert werden, sondern muss aus den
227 allgemeinen Steuermitteln und damit aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

228

229 **Unternehmenssteuern**

230 Die Form der Unternehmensbesteuerung richtet sich in Deutschland nach der Rechtsform.
231 Einzelunternehmen und Gesellschafter*innen von Personengesellschaften sind
232 einkommensteuerpflichtig. Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn der
233 Körperschaftsteuer. Es ist richtig und notwendig, dass auch Kapitalgesellschaften
234 einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben leisten. Denn auch
235 Kapitalgesellschaften profitieren beispielsweise von Investitionen des Staates in die
236 physische und die digitale Infrastruktur. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen
237 der Transformation sind wesentliche staatliche Investitionen notwendig. Diese dienen
238 in erster Linie dazu, die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu
239 sichern. Hiervon profitieren auch die Unternehmen, weshalb sie sich mit einem

240 angemessenen Teil an der Finanzierung zu beteiligen haben.

241 In der Phase der Wertschöpfung sind die Unternehmen zu entlasten. So sollten sie für

242 die Differenzkosten zur Wettbewerbsfähigkeit treibhausgasneutraler Produkte

243 kompensiert werden, bis es ein globales regulatorisches Level-Playing-Field gibt.

244 Wenn Unternehmen Gewinne erzielen, sollen sie dann auch gerecht besteuert werden.

245 Eine internationale Vereinheitlichung der Ermittlung von Bemessungsgrundlagen bei der

246 Körperschaftbesteuerung ist notwendig, um einen ineffizienten internationalen

247 Steuerwettbewerb zu verhindern. Mit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage sollte auf

248 eine Mindestbesteuerung hingewirkt werden. Dies würde einen Wettbewerb um die

249 niedrigsten Steuersätze verhindern und Steuerdumping vermeiden.

250 Eine Reform der Gewerbesteuer ist notwendig, um den Kreis der Steuerpflichtigen zu

251 erweitern. So würden etwa auch Freiberufler*innen unter einer

252 Gemeindewirtschaftsteuer steuerpflichtig. Dies ist auch gerecht, da auch diese

253 Personenkreise von der Bereitstellung kommunaler Infrastrukturen profitieren und

254 deshalb zur Finanzierung herangezogen werden sollten. Die Ausgestaltung der Steuer

255 sollte auf kommunaler Ebene verbleiben, da die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahme

256 der Gemeinden ist. Die Gemeinden müssen in eine Lage versetzt werden, wichtige

257 Investitionen zu tätigen, die für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation

258 notwendig sind, die zur Verbesserung der Standortqualität beitragen und die die

259 Lebensqualität der Bürger*innen steigern.

260

261 **Vermögenssteuer**

262 Die Vermögen in Deutschland sind extrem ungleich verteilt. Die vermögendsten 10

263 Prozent aller Haushalte in Deutschland verfügen über nahezu zwei Drittel des

264 Nettovermögens, wohingegen die untere Hälfte der Vermögensverteilung nahezu kein

265 Nettovermögen besitzt. Mit hohem Vermögen gehen in der Regel auch hohe (Kapital-)

266 Einkünfte einher, die die Ungleichverteilung noch weiter befeuern. Außerdem bringen

267 große Vermögen häufig auch politischen und gesellschaftlichen Einfluss mit sich.

268 Vermögende sollen deshalb, gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, an der

269 Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt werden.

270

271 **Erbschaftsteuer**

272 Erbschaften und Schenkungen erhöhen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei den

273 Empfangenden, ohne dass diese dafür etwas getan haben müssen. Erben stellt per se

274 keine Leistung dar. Der Vermögenszuwachs, der in der Regel auch Einkommenszuwächse

275 mit sich bringen dürfte, muss deshalb einer gerechten Besteuerung unterliegen. Dabei

276 ist es entscheidend und vom Bundesverfassungsgericht auch angemahnt, keine

277 Vermögensart zu priorisieren.

278

279 **Ursprung:**

280 Hauptvorstand

Antrag A098: Veränderung des Ehegattensplittings im Steuerrecht

Laufende Nummer: 102

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A097
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Der Hauptvorstand wird aufgefordert, derart auf die Gesetzgebung einzuwirken, dass
2 das sog. Ehegattensplitting im Steuerrecht zugunsten einer steuerrechtlichen
3 Familienförderung verändert wird. Von dieser Veränderung sollen alle
4 Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen, profitieren. Um weiterhin einen
5 Vorteil für Ehegatt*innen zu erhalten und Kinder zu unterstützen, kann der
6 Kinderfreibetrag gegen einen fixen „Ehegattenfreibetrag“ und das dynamische
7 Ehegattensplitting gegen ein Erziehungsleistungssplitting getauscht werden. Durch
8 einen fixen Ehegattenfreibetrag für alle Steuerpflichtigen wird auch die sozial
9 unausgewogene Förderung von Alleinverdiener*innen beseitigt und das moderne
10 Rollenbild einer Partnerschaft auch im Steuerrecht festgeschrieben. In seiner
11 jetzigen, fast 60 Jahre alten Form entspricht das Ehegattensplitting nicht mehr der
12 Lebenswirklichkeit und muss – ähnlich wie das Scheidungs- oder das Rentenrecht – an
13 die gelebten Geschlechterrollen einer Industriegesellschaft angepasst werden.

14

15 Begründung:

16 Das Ehegattensplitting wurde 1958 aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils
17 eingeführt und sollte Eheleute gegenüber Nicht-Verheirateten steuerlich bevorteilen.
18 Hiermit wurde das bereits 1934 durch die Nationalsozialisten in Deutschland
19 eingeführte Steuermodell wieder aufgegriffen, das u. a. zum Zweck hatte, die Frauen
20 zu Hause zu halten. Rein ökonomisch ist es nach dem Splittingmodell für viele
21 Gutverdiener-Ehefrauen unsinnig, einer besteuerten Erwerbstätigkeit nachzugehen. Je
22 größer der Einkommensunterschied zwischen Ehegatt*innen ist, umso mehr „lohnt“ sich
23 das Splitting. Kinderlose Ehepaare haben sogar gegenüber Alleinerziehenden mit
24 Kindern einen Steuervorteil. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden
25 Industriegesellschaft kann dies so nicht bestehen bleiben, im Gegenteil, Kinder
26 müssen gefördert werden. Denn das Grundgesetz Artikel 6 stellt auch die Familie unter
27 Schutz und es ist endlich an der Zeit, Familien steuerlich noch mehr zu fördern.
28 Vor einigen Jahren hat die Bundesregierung das Scheidungsrecht reformiert. Hiernach
29 wird die Erwerbstätigkeit des/der bisher nicht arbeitenden Ehepartners*in
30 eingefordert – das Steuersplitting konterkariert diese Reform.
31 Ähnlich sieht es im Rentenrecht aus: Auch hier wird auf eine eigene Altersversorgung

32 jedes/jeder Ehepartners*in gebaut, bei der Hinterbliebenenversorgung gab es sogar
33 erhebliche Abstriche für den/die nicht-erwerbstätige*n Partner*in. Hier ist für
34 den/die nicht-erwerbstätige*n Partner*in die Altersarmut vorprogrammiert.
35 Diese und andere Reformen haben dazu geführt, dass sich immer mehr Paare die
36 Erziehungsarbeit teilen und sich die Geschlechterrollen verändert haben. Daher
37 erscheint es nur logisch, dass ein fast 60 Jahre altes Steuermodell endlich
38 reformiert wird.

39

40 **Ursprung:**

41 Bezirksfrauenausschuss Gelsenkirchen

Antrag A099: Abschaffung des Ehegattensplittings in der jetzigen Form

Laufende Nummer: 331

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A097
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE möge sich in den Parlamenten dafür einsetzen, dass das
- 2 Ehegattensplitting, und dadurch die Benachteiligung von Frauen, abgeschafft wird.

3

4 **Begründung:**

- 5 Von den Steuervorteilen des Ehegattensplittings profitieren nach wie vor überwiegend
- 6 Männer. Das liegt daran, dass Frauen zu 90 Prozent in Steuerklasse V gehen, während
- 7 ihre Männer in Steuerklasse III stärker vom Ehegattensplitting profitieren. Je größer
- 8 der Einkommensunterschied zwischen den Ehepartner*innen ist, desto größer wird der
- 9 Steuervorteil. Das führt auch dazu, dass Frauen bei der Sozialversicherung, bei
- 10 Lohnersatzleistungen dann deutlich geringere Nettoansprüche haben als Männer. Diese
- 11 führen auch zu geringeren Rentenleistungen und damit in die Altersarmut. Deshalb
- 12 fordern wir eine schon lange fällige Reform des Ehegattensplittings zugunsten von
- 13 Familien und Alleinerziehenden.

14

15 **Ursprung:**

- 16 Frauenforum IG BCE Bezirk Ibbenbüren

Antrag A100: Uneingeschränkte steuerliche Abzugsfähigkeit für Beiträge zu Berufsverbänden

Laufende Nummer: 89

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A097
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE möge sich dafür einsetzen, dass auch für
2 Arbeitnehmer*innen die Beiträge zu Berufsverbänden steuerlich uneingeschränkt
3 abzugsfähig sind.

4

5 **Begründung:**

- 6 Derzeitig sind Beiträge zu Berufsverbänden für Arbeitnehmer*innen zwar im Rahmen der
7 Werbungskosten steuerlich abzugsfähig, werden aber mit der Werbungskostenpauschale in
8 Höhe von derzeit 1.000,00 €, welche in der Regel die Beiträge bei Weitem übersteigt,
9 verrechnet.

- 10 Somit bewirken die Beiträge bei einem Großteil der Arbeitnehmer*innen keinerlei
11 Reduktion des zu versteuernden Einkommens.

- 12 Für Arbeitgeber*innen besteht hingegen für die Beiträge zu Arbeitgebervereinigungen
13 eine uneingeschränkte Abzugsfähigkeit im Rahmen der Betriebsausgaben.

- 14 Durch die uneingeschränkte Abzugsfähigkeit – auch für Arbeitnehmer*innen – und damit
15 die steuerliche Gleichbehandlung beider Tarifparteien können die Bekräftigungen der
16 Politik zur Stärkung der Tarifpartnerschaft, der Tarifverträge und der Tarifbindung
17 praktisch untermauert werden.

- 18 Beispielhaft sei hier nochmal aus der Rede der Bundeskanzlerin anlässlich des 6.
19 Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE zitiert: „Deshalb werde jedenfalls ich
20 alles dafür tun, die Tarifbindung in Deutschland wieder zu steigern und nicht noch
21 weiter einzuschränken. Denn auch bezüglich der Flexibilisierungen, die notwendig sein
22 werden, was die Arbeitszeit und die Erreichbarkeit anbelangt, werden wir sehr viel
23 besser arbeiten können, wenn wir Tarifpartner in den Betrieben und auch breite
24 Tarifverträge haben. Das ist ein Ziel, das ich mir sehr stark für die Zukunft gesetzt
25 habe.“

26

27 **Ursprung:**

- 28 Bezirksvorstand Nordostbayern

Antrag A101: Aus der Krise lernen: Umgang mit der Corona-Pandemie und die Folgen daraus

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A097
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die Corona-Pandemie wird uns in den nächsten Monaten und Jahren weiter beschäftigen.
- 2 Sie hat gezeigt, dass, wenn es darauf ankommt, der Staat handlungsfähig ist und
- 3 wichtige Impulse setzen muss.
- 4 Ziel muss es sein, stärker als zuvor aus der Krise zu kommen und von der
- 5 Pandemiesituation zu lernen - in allen Lebensbereichen. Politik auf allen Ebenen muss
- 6 entsprechende Lehren aus der Pandemie ziehen, damit wir als Gesellschaft zukünftige
- 7 Krisen besser überstehen und große Herausforderungen wie die Transformation der
- 8 Industrie besser meistern können.
- 9 Die IG BCE wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Wegen dafür
- 10 einsetzen, dass
- 11 • eine gerechte Verteilung der Lasten der Krise erfolgt. Nicht die
- 12 Arbeitnehmer*innen dürfen die Hauptlasten der Krise stemmen, sondern auch die
- 13 Kapitaleseite ist zu beteiligen. Wir fordern eine einmalige Corona-Abgabe und
- 14 eine dauerhafte Besteuerung von Kapital und Vermögen - insbesondere von jenen,
- 15 die durch die Krise profitiert haben,
- 16 • diejenigen, die besonders unter der Corona-Pandemie gelitten haben,
- 17 Unterstützung erhalten und eine Reparatur der wirtschaftlichen und sozialen
- 18 Langzeitschäden gewährleistet wird. Die staatliche Unterstützung darf nicht mit
- 19 der Krise enden, sondern muss langfristig angelegt sein. Auch als Impuls, um
- 20 Teile der Gesellschaft wieder miteinander zu versöhnen,
- 21 • resiliente Wertschöpfungsketten auf europäischer Ebene geschaffen werden und
- 22 eine enge Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen, Forschung und Staat in
- 23 strategisch entscheidenden Grundversorgungssystemen (z. B. Energie, Gesundheit,
- 24 Ernährung und Verkehr) forciert wird,
- 25 • finanzielle Impulse des Staates an Bedingungen, wie z. B. Mitbestimmung,
- 26 Tarifbindung, Produktion, in Europa gekoppelt werden,
- 27 • staatliche Corona-Hilfen nur an Unternehmen ausgeschüttet werden, die ihrer
- 28 sozialen Verantwortung nachkommen. Hierzu zählen neben dem Zahlen von Steuern in
- 29 Deutschland insbesondere Tarifbindung und Mitbestimmung,
- 30 • eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Unternehmen, Forschung und

- 31 Sozialpartnern - auch bei der bevorstehenden Transformation der Industrien in
32 Europa - zu mehr Klimaneutralität erfolgt,
33 • ein Aufbau einer digitalen Infrastruktur im Schulsektor erfolgt, damit
34 Homeschooling auch unabhängig vom Elternhaus erfolgreich durchgeführt werden
35 kann.

36

37 **Begründung:**

38 Die Corona-Pandemie hat unsere Welt verändert. Bis vor einem Jahr hätte niemand damit
39 gerechnet, welche tiefgreifenden Veränderungen dieses Virus in unserer Lebensrealität
40 auslöst. Die Krise hat gezeigt, wie verletzlich unsere Lebensweise ist. Praktisch über
41 Nacht stand das gesellschaftliche Leben still und die Angst vor der Überlastung
42 unseres Gesundheitssystems zwang uns dazu, das gesellschaftliche Leben auf ein
43 Minimum zu reduzieren.

44 Auch die Wirtschaft war starken Einbrüchen ausgeliefert: Liefer- und
45 Wertschöpfungsketten brachen weg und es zeigte sich, wie abhängig wir als
46 Gesellschaft von fragilen Drittstaaten sind. Kolleg*innen mussten in Kurzarbeit und
47 bangten um ihre Existenz, während Aktionär*innen mit ihren Wetten auf volatile
48 Aktienkursentwicklungen ihr Vermögen weiter ausbauen konnten. Wann sich unsere
49 Gesellschaft wieder normalisieren wird, ist fraglich. Ob sie jemals wieder so werden
50 kann wie vor der Pandemie, ist ebenfalls nicht sicher.

51 Wir müssen aus den Erfahrungen der Pandemie lernen. Wir werden die Pandemie zum
52 Anlass nehmen, um auf wesentliche Schwachstellen hinzuweisen, auf die wir schon in
53 der Vergangenheit hingewiesen haben.

54 Wir erwarten, dass die politischen Kräfte in unserem Land darauf hinwirken, dass die
55 europäische Zusammenarbeit gestärkt wird und resiliente Wertschöpfungsketten
56 geschaffen werden, die uns aus der Abhängigkeit von der Grundstoffproduktion in
57 fragilen Drittstaaten befreien. Vor allem in strategisch wichtigen Feldern, wie der
58 Energieproduktion, der Gesundheit, Ernährung und dem Transportbereich, muss es
59 geschlossene Wertschöpfungsketten auf europäischer Ebene geben. Der Staat hätte damit
60 auch die Möglichkeit, die Kräfte des Marktes im Sinne der Menschen zu steuern, indem
61 er entsprechende Impulse gibt und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Unternehmen
62 und Staat stärkt. Nicht nur mit Blick auf Corona, sondern auch mit Blick auf
63 bevorstehende Mammutaufgaben, wie z. B. die Transformation der Industrien, sollte die
64 Zusammenarbeit gestärkt werden.

65 Wir erwarten, dass eine gerechte Verteilung der Lasten der Krise erfolgt. Nicht
66 Arbeitnehmer*innen sollen die Hauptlast stemmen, sondern auch die Kapitaleseite, die
67 zum Teil von der Krise profitiert hat. Es ist nicht richtig, wenn Unternehmen
68 Dividenden ausschütten, während zeitgleich Teile der Belegschaften in Kurzarbeit sind
69 oder Lohnkürzungen hinnehmen müssen.

70 Die Spaltung zwischen arm und reich hat sich auch im Schulsystem gezeigt: Während das
71 digitale Homeschooling besonders dort gut funktionierte, wo die Eltern die
72 entsprechenden Möglichkeiten privat anbieten konnten, waren finanziell schlechter

73 situierte Kinder auf die Infrastruktur des Staates angewiesen, dessen Schwächen sich
74 während der Corona-Pandemie offenbart haben. Wir erwarten, dass der Staat in die
75 Zukunft investiert und allen Menschen - unabhängig von ihrem Geldbeutel - die
76 gleichen Chancen ermöglicht. Vor allem Menschen, die besonders unter der Corona-
77 Pandemie gelitten haben, tragen soziale Folgeschäden davon. Diese müssen repariert
78 werden. Die Unterstützung darf nicht mit der Krise enden, sondern muss langfristig
79 angelegt sein.

80

81 **Ursprung:**

82 Landesbezirksvorstand Nordrhein

Antrag A102: Steuergesetzgebung

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand wird aufgefordert, seine politischen Kontakte für die Durchsetzung
- 2 folgender Änderungen in der Steuergesetzgebung zu nutzen:
- 3 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und den Handel mit Wertpapieren
- 4 steuerpflichtig zu machen.
- 5 • Den Spitzensteuersatz für Besserverdienende anzuheben und eine Reichensteuer
- 6 einzuführen.
- 7 • Die Einführung einer Digital- bzw. Internetsteuer, um bei Unternehmen wie
- 8 Google, Facebook und Amazon die Umsatzsteuerentrichtung durchzusetzen.
- 9 • Die Steuerschlupflöcher zu schließen, Steuerflucht und Steuerhinterziehung
- 10 strenger zu ahnden und die jeweiligen Stellen mit mehr Personal auszustatten.

11

12 **Begründung:**

13 Trotz großer Wirtschaftskraft des letzten Jahres unseres Landes ist die Spaltung in
14 arm und reich stets größer geworden. Infolge dessen sind der soziale Frieden sowie
15 unsere demokratischen Strukturen zunehmend gefährdet. Um dieser Entwicklung
16 entgegenzuwirken muss die faire monetäre Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg für alle
17 Gesellschaftsschichten gegeben sein.

18 Erforderlich ist insbesondere eine gerechte Steuerlastverteilung. Wir sind der
19 Meinung, durch die Umsetzung dieses Antrags werden gerechte Steuermehreinnahmen
20 generiert.

21 Eine sinnvolle Verwendung der Steuermehreinnahmen in Bildung, Forschung,
22 Infrastruktur sowie Soziales ist eine Investition in die Zukunft und stärkt den
23 Wirtschaftsstandort Deutschland.

24 Gewährleistet muss sein, dass die Lohnentwicklung im selben Maß wie das
25 Wirtschaftswachstum steigt. Nur faire Löhne verhindern Altersarmut und sichern
26 zugleich den sozialen Frieden unserer Gesellschaft.

27

28 **Ursprung:**

29 AK Senioren Bezirk Saarbrücken

Antrag A103: Steuerfreiheit bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld (Jahressonderzahlung)

Laufende Nummer: 139

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird durch den Ordentlichen Gewerkschaftskongress aufgefordert, mit ihrer
- 2 Politik bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, die tariflichen Sonderzahlungen
- 3 Urlaubs- und Weihnachtsgeld (Jahressonderzahlung) zukünftig nicht mehr zu besteuern.
- 4 Um niedrigere Einkommen auszugleichen, soll die Steuerfreiheit nur bei Einkommen
- 5 unter durchschnittlich 3.000,00 € Brutto monatlich greifen.

6

7 **Begründung:**

- 8 Gerade in den unteren Einkommensgruppen unter durchschnittlich 3.000,00 € brutto
- 9 monatlich sind die Beschäftigten auf das Geld aus den Sonderzahlungen angewiesen, um
- 10 ihr Leben bestreiten zu können. Diese Sonderzahlungen werden zu Erholungszwecken
- 11 genutzt, um größere Anschaffungen zu tätigen oder um Versicherungen zu bezahlen.

- 12 Das Geld, das dem Staat dadurch verloren geht, wird über andere Steuern wie Mehrwert-
- 13 oder Versicherungssteuer wieder dem Staatshaushalt zugeführt und steigert die
- 14 Kaufkraft unserer Mitglieder.

- 15 Weiterhin ist zu beachten, dass in vielen Branchen die tarifliche Situation
- 16 angespannt ist, nicht viel über dem Mindestlohn liegt und bei vielen Beschäftigten zu
- 17 Engpässen und Notlagen führt.

- 18 Wir sind der Auffassung, dass diese Sonderzahlungen eine verdiente Anerkennung für
- 19 die guten Leistungen der Arbeitnehmer*Innen sind und keinem steuerlichen Zwang
- 20 unterliegen dürfen.

21

22 **Ursprung:**

- 23 Bezirksfrauenausschuss Nordostbayern

Antrag A104: Wohnungsnot trotz Bau-Boom: Preistreiberei beenden

Laufende Nummer: 269

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 In Deutschland steigt die Wohnungsnot – zumindest für Menschen mit geringem oder
2 mittlerem Einkommen. Insbesondere in Ballungszentren ist die Suche nach bezahlbarem
3 Wohnraum oft ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Das bedeutet für viele Menschen,
4 dass die räumliche Trennung zwischen ihren Arbeitsplätzen bzw. Bildungseinrichtungen
5 und ihrem privaten Leben immer größer wird. Lange Fahrtzeiten, hohe Mobilitätskosten,
6 ein vermehrter CO₂-Ausstoß und eine Einschränkung der Lebensqualität sind die Folgen.
7
- 8 Betrachtet man die aktuelle Entwicklung, so ist zu befürchten, dass sich der Anteil
9 der sozial geförderten Wohnungen durch das Auslaufen der Preisbindung weiter
10 reduzieren wird. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Wohnen ist ein Grundrecht
11 und kein Luxusgut und muss deshalb im Grundgesetz abgesichert werden. Zur Bekämpfung
12 von Wohnungsnot und der Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum ist ein verstärkter
13 Neubau von Wohnungen erforderlich.
14
- 15 Wir fordern deshalb, dass
- 16 • insbesondere dem Mangel im städtischen Raum durch eine gezielte Suche nach
17 Freiflächen und Verdichtungsmöglichkeiten (z. B. Wohnungen auf einstöckigen
18 Supermärkten) sowie die Förderung von Neubauten entgegengewirkt wird. Dazu muss
19 auch der kommunale Besitz an Grundstücken vermehrt werden. Wir brauchen
20 schnellere Genehmigungsverfahren und angemessene planungsrechtliche Vorgaben. Es
21 müssen mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr gebaut werden. Der
22 Anteil der neuen Wohnungen muss aber in jedem Fall höher sein als die
23 Reduzierung von Sozialwohnungen durch die Aufhebung der Preisbindung.
 - 24 • Kommunen wieder verstärkt selbst als Bauherren und Vermieter auftreten.
25 Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt und, wo nicht vorhanden, neu
26 gegründet werden. Genossenschaftsmodelle und Stiftungen können eine hilfreiche
27 Ergänzung sein.
 - 28 • die Preisbindung für Sozialwohnungen und anderweitig geförderte Wohnungen nicht
29 zeitlich begrenzt wird, sondern dauerhaft bestehen bleibt. Dabei ist allerdings
30 abzuwägen zwischen der Preisbindung einerseits und einer finanziellen

- 31 Ausstattung von Wohnungsunternehmen (genossenschaftlich oder kommunal)
32 andererseits, die sinnvolle und erforderliche Modernisierungen möglich macht.
- 33 • neben dem verstärkten Neubau die Umwandlung von Miet- in (luxussanierte)
34 Eigentumswohnungen begrenzt wird. Sie trägt wesentlich zur Gentrifizierung von
35 ganzen Stadtvierteln bei, bewirkt die „Vertreibung“ von angestammten
36 Bewohner*innen und leistet damit der Privilegierung von bestimmten Vierteln
37 Vorschub. Wir brauchen dringend einen wirksamen Umwandlungsschutz, der
38 insbesondere Finanzinvestor*innen und Immobilienspekulant*innen einen deutlichen
39 Riegel vorschiebt und die Rechte der Bewohner*innen stärkt. Das gilt in
40 besonderer Weise auch für Wohnungen, die in Ferienunterkünfte umgewandelt und
41 über Onlineportale wie Airbnb und andere befristet vermietet werden.
 - 42 • wir mehr Rechtssicherheit durch einen qualifizierten Mietspiegel bekommen. Die
43 im letzten Jahr eingeleitete Reform ist ein Schritt in die richtige Richtung.
44 Einheitliche Vorgaben zur Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln sorgen
45 dafür, dass überhöhte Renditeerwartungen von Vermieter*innen gedämpft werden.
46 Die um sich greifende Praxis der gerichtlichen Überprüfung von Vergleichsmieten
47 kann somit eingedämmt werden.
 - 48 • Mieten für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden
49 dürfen. So kann beispielsweise die Umlage für Modernisierungskosten auf 1,50
50 Euro pro Quadratmeter begrenzt werden.
 - 51 • Neubauten noch stärker als bisher an den Bedarfen der Bewohner*innen
52 ausgerichtet werden. Stichworte sind hier Barrierefreiheit, Zunahme von Single-
53 Haushalten, neue Mobilitätsanforderungen, spiel- und altersübergreifende
54 Erholungs- und Aufenthaltsräume und mehr Energieeffizienz.
 - 55 • Innenstädte durch Nutzungsänderungen wieder stärker belebt und bewohnt werden
56 und sich Menschen nicht nur zum Einkaufen in den Citys aufhalten. Stadtkerne,
57 die zu reinen Einkaufszentren verkommen sind, veröden außerhalb der
58 Landesöffnungszeiten und könnten zur Schaffung preiswerten Wohnraums genutzt
59 werden.
 - 60 • mit einem vernünftigen CO₂-Preis Vermieter*innen zur Modernisierung motiviert
61 werden. Energetische Gebäudesanierungen können erheblich zur Einhaltung der
62 Klimaziele beitragen und müssen deshalb vorangetrieben werden. Deshalb darf bei
63 allen Anstrengungen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum das Thema
64 Energieeffizienz nicht außer Acht gelassen werden. Ganz im Gegenteil müssen
65 dringend weitere Maßnahmen forciert werden. Hier fordern wir insbesondere eine
66 schnellere energetische Sanierung des Gebäudebestands, die aber nicht zu Lasten
67 der Mieter*innen gehen darf. Energieeinsparungen können zum Beispiel durch eine
68 bessere Dämmung verwirklicht werden. Weitere Treibhausgasminderungen in der
69 Wärmezeugung können insbesondere durch den Ausbau von Nah- und
70 Fernwärmenetzen, den Ausbau von Gebäude-Photovoltaik und mehr Wärmepumpen
71 realisiert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der Stromverbrauch bezahlbar
72 bleiben muss.
 - 73 • Regularien geschaffen werden, damit Wohneigentum zur Vermögensbildung und

74 Alterssicherung genutzt werden kann. Für viele Menschen ist die eigene Wohnung
75 bzw. das eigene Haus ein Lebenstraum. Durch die Begrenzung der Maklercourtage
76 und eine Reduzierung der Kaufnebenkosten kann zur Realisierung dieses Wunsches
77 beigetragen werden.

78

79 **Begründung:**

80 Bei Neuvermietungen in Deutschland steigen die Preise um rund 35 % - in den Städten
81 sogar um fast 40 %. Diese erheblichen Preissteigerungen gehen einher mit einem
82 schleichenden Abschied vom sozialen Wohnungsbau. Gab es noch 1990 2,86 Millionen
83 belegungsgebundene Sozialwohnungen in Deutschland, so sind es 2020 nur noch 1,07
84 Millionen. In Deutschland laufen Preisbindungen nach 20 bzw. 25 Jahren aus. Werden
85 also nicht in gleichem Maß Sozialwohnungen gebaut, verschärft sich diese Situation
86 kontinuierlich.

87

88 Es ist inzwischen keine Seltenheit mehr, dass viele Menschen mehr als die Hälfte
89 ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Dieser Preisdruck führt zu Verdrängung,
90 einem erhöhten Aufkommen von Pendler*innen, Schaffung von „Problemvierteln“ und
91 vielem mehr. Ein Ende dieser Spirale ist derzeit kaum abzusehen.

92

93 Es ist höchste Zeit, über die Zukunft der Städte und eine ausgewogene
94 Bewohner*innenstruktur nachzudenken. Eine moderne Stadtentwicklung braucht ein
95 demokratisches, soziales und ökologisches Gleichgewicht.

96

97 Kommunen beschäftigen sich mit der Frage, wie die Lebens- und Aufenthaltsqualität der
98 Stadtkerne verbessert werden kann. Hier wäre zu überlegen, ob insbesondere die
99 Standorte ehemaliger großer Kaufhäuser nicht als Wohnraum genutzt werden können. Das
100 belebt die Innenstädte und sorgt durch die Ansiedlung von entsprechender
101 Infrastruktur (Cafés und Restaurants) insgesamt für mehr Aufenthaltsqualität.

102

103 **Ursprung:**

104 Hauptvorstand

Antrag A105: Bezahlbares Wohnen für Arbeitnehmer*innen, Studierende und Azubis

Laufende Nummer: 88

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu A104
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE möge sich mit ihren Gremien und Organisationseinheiten dafür einsetzen,
- 2 dass die Politik sich weiterhin mit dem Thema "bezahlbarer Wohnraum" befasst. Trotz
- 3 der Corona-Krise hat sich die angespannte Situation für Mieter*innen und Käufer*innen
- 4 nicht nur im Großraum München, sondern vielerorts in Deutschland weiter verschärft.
- 5 Es müssen die derzeit umgesetzten Maßnahmen, z. B. die Mietpreisbremse, der
- 6 Mietspiegel überarbeitet und effektiv umgesetzt werden. Andere Maßnahmen, sei es der
- 7 Bau von Sozialwohnungen oder die Förderung von Genossenschafts- und Werkswohnungen,
- 8 die Förderung günstiger Eigentumswohnungen, Einheimischen-Programme, aber auch der in
- 9 Berlin beschlossene Mietendeckel, sollen offen und kritisch diskutiert werden.
- 10 Weiterhin muss mehr bezahlbarer Wohnraum für geringere und mittlere Einkommen
- 11 geschaffen werden, gerade in zentralen Lagen, um der fortschreitenden Gentrifizierung
- 12 entgegenzutreten.
- 13 Insbesondere ist hierbei auch auf bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und (Dual-
- 14)Studierende zu achten, welcher bspw. auch durch öffentliche Träger oder Unternehmen
- 15 gefördert werden soll. Vor allem in den Ballungsräumen müssen Wohnheime/-räume für
- 16 Auszubildende geschaffen werden.
- 17 Gemeinsam mit öffentlichen Trägern - bspw. der Bundesagentur für Arbeit - soll hier
- 18 die IG BCE, zusammen mit dem DGB, sich darum bemühen, die Wohnsituation für
- 19 Arbeitnehmer*innen, Studierende und Auszubildende zu verbessern und Angebote
- 20 transparenter werden zu lassen.

21

22 Begründung:

- 23 Nicht nur im Großraum München, sondern in vielen deutschen Metropolregionen, wie
- 24 Frankfurt, Berlin, Hamburg, Nürnberg, Stuttgart oder Köln, hat die Mietbelastung in
- 25 den vergangenen Jahren stark zugenommen. In München stiegen in den letzten 20 Jahren
- 26 die Mieten durchschnittlich um rund 65 %, im Vergleich dazu erhöhten sich die
- 27 Einkommen der privaten Haushalte um 33 % (ivd-süd). Gerade für Familien,
- 28 Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende und Rentner*innen, die ein niedriges
- 29 bis durchschnittliches Einkommen haben, ist es kaum mehr möglich, einen ansprechenden
- 30 Wohnraum zu mieten oder käuflich zu erwerben. Zwar gibt es verschiedene Instrumente
- 31 wie die Förderung von Sozialwohnungen, die bislang wirkungslose Mietpreisbremse oder

die stärkere Regulierung des Immobilienmarkts. Alle diese Instrumente haben bislang aber leider nicht zu einer Abkühlung des überhitzten Wohnungsmarktes geführt. Während die Mietpreisbremse weitgehend wirkungslos geblieben ist, sind einschneidendere Maßnahmen - wie der Berliner Mietendeckel - hoch umstritten und verfassungsrechtlich angreifbar. Zudem wird von staatlicher Seite kaum in den Immobilienmarkt eingegriffen, beispielsweise um überbordendes Anlageverhalten oder den Erwerb von Dritt- oder Viertwohnungen respektive „Airbnb-Wohnungen“ zu verhindern.

Die Problematik spitzt sich auch bei Auszubildenden und Student*innen immer mehr zu. Denn: Immer mehr junge Menschen finden in ihrer Region keinen Ausbildungsplatz, der zu ihnen passt, und müssen in eine neue Stadt umziehen oder lange Pendelwege dafür in Kauf nehmen. Laut einer Befragung der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung muss jede/r vierte Lehrstellenbewerber*in mehr als 20 Kilometer pendeln, um seinen/ihren Betrieb zu erreichen. 8,6 Prozent der Befragten haben sich über 100 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt beworben. 6,3 Prozent sind für ihre Ausbildung tatsächlich umgezogen.

Die Auszubildenden in den Branchen der IG BCE verdienen gut - jedoch gibt es auch viele Auszubildende, welche nur die Mindestausbildungsvergütung (in 2020: 515,00 €/Monat) bekommen. Mit dieser Vergütung ist es sowohl den Auszubildenden in unseren Branchen als auch den Auszubildenden mit Mindestausbildungsvergütung nach Abzug der Steuer- und Sozialabgaben meist nicht möglich, ein eigenes Zimmer/eine eigene Wohnung zu halten. Mit Blick auf die Investitionen der einzelnen Länder in Student*innenwohnheimen fordern wir hier eine Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

Die IG BCE wird daher sowohl für Arbeitnehmer*innen als auch für Auszubildende/(Dual-)Studierende angehalten, sich mit ihrer Interessensarbeit, aber auch der internen Gremienarbeit und im DGB für weitere Maßnahmen für bezahlbares Wohnen und Kaufen einzusetzen.

Vorstellbar wäre hier bspw., sich für eine Stärkung und Förderung des Genossenschaftssystems einzusetzen, die Regularien für Eigenbedarf, Erwerb von Immobilien und Mietenerhöhungen stärker zu regulieren oder den sozialen Wohnungsbau weiter zu intensivieren. Für Auszubildende wären mehr Wohnheime, Werkwohnungen oder Wohngemeinschaften oder auch eine Lockerung des Zugangs zum Wohngeld ein möglicher Vorschlag, um die Problematik zu lindern.

Ursprung:

Bezirksfrauen- und Bezirksjugendkonferenz München

Antrag A106: Neuausrichtung der Wohnungspolitik

Laufende Nummer: 153

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1

2 Soziale Wohnraumpolitik

3 Wohnen ist ein Menschenrecht und eine gute Wohnungsversorgung darf nicht vom
4 Geldbeutel oder persönlichen Schicksalsschlägen abhängig sein. Es muss zu den
5 Kernaufgaben von Wohnungspolitik gehören, dafür zu sorgen, dass auch Haushalte mit
6 geringen und durchschnittlichen Einkommen in ihren angestammten Quartieren wohnen
7 bleiben können. Es darf nicht sein, dass Gering- und Normalverdiener*innen ihren
8 angestammten Stadtteil verlassen müssen, weil es auf dem Markt nur noch Wohnungen
9 gibt, deren Mieten sie nicht bezahlen können.

10 Eine ausgewogene Bewohner*innenstruktur ist wichtig für die Quartiersentwicklung, für
11 die Integration und damit für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Es war
12 Kennzeichen und ein Erfolgsmodell der deutschen Wohnungspolitik in der
13 Nachkriegszeit, dass die Versorgung der Bevölkerung auf die breiten Schichten
14 ausgerichtet war. Diese Politik war auf sozialen Ausgleich und soziale Teilhabe
15 bedacht und sie hat verhindert, dass in unseren Städten, anders als in vielen anderen
16 Ländern, großflächige soziale Brennpunkte entstanden sind.

17 Wir fordern daher eine Neujustierung der sozialen Wohnraumpolitik:

18

19 1. Mehr bezahlbaren Wohnungsneubau:

20 Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss in
21 Zukunft wieder viel stärker auf die Realisierung von bezahlbarem Wohnraum in den
22 städtischen Ballungsräumen konzentriert werden. In den vergangenen Jahren sind
23 in den ländlichen Regionen teils doppelt so viele Wohneinheiten gebaut worden
24 wie benötigt. Im Gegensatz dazu wurde in den Metropolen zwischen 2016 und 2018
25 der jährliche Bedarf an Neubauwohnungen durchschnittlich nur zu etwa 70 Prozent
26 gedeckt. Und realisiert wurden ganz überwiegend Wohnungen, die sich
27 Normalverdiener*innen ohnehin nicht leisten können.

28 2. Bezahlbares Wohnen im Wohnungsbestand schaffen:

29 Auch mit einer stärkeren
30 Neubauleistung wird es auf den angespannten Wohnungsmärkten in den
31 Ballungsräumen allein nicht gelingen, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen zu
32 beheben. Gerade in diesen hochverdichteten Räumen fehlt es schlicht an genügend

33 Flächen und Baurecht, um mit Wohnungsneubau dieses Problem lösen zu können.
34 Gleichzeitig geht der Bestand an Sozialwohnungen seit vielen Jahren zurück.
35 Aufgrund der kurzen Preis- und Belegungsbindungen neuer geförderter Wohnungen
36 und des gleichzeitigen Auslaufens der Vielzahl an Belegungsbindungen älterer
Förderjahrgänge, fallen permanent mehr Wohnungen aus der Bindung als neue
hinzukommen.
37 Hier muss die Wohnungspolitik endlich wirksam gegensteuern. Auf den Wohnungsmärkten
38 werden unabhängig von der Marktsituation dauerhaft ausreichende Belegungsrechte für
39 Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am Wohnungsmarkt benötigt.
40 Diese Belegungsrechte wird man in Zukunft nur sichern können, wenn man auch den
41 Wohnungsbestand in den Blick nimmt. Es müssen Lösungen geschaffen werden, mit denen
42 pragmatisch wieder mehr Einfluss auf die Belegung im Wohnungsbestand genommen werden
43 kann.
44 Die Instrumente dazu – öffentlich geförderte Wohnraummodernisierung, Ankauf und
45 Verlängerung von Belegungsrechten – sind grundsätzlich vorhanden, müssen aber viel
46 intensiver genutzt werden.

47

48 **1. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stoppen:**

49 Die Umwandlung von Miet- in
50 luxussanierte Eigentumswohnungen trägt wesentlich zur Gentrifizierung von
51 Stadtvierteln bei. Wir brauchen einen wirksamen Umwandlungsschutz.

52 **2. Soziale Bodenpolitik entwickeln:**

53 Die Entwicklung der Bodenpreise hat erheblichen
54 Einfluss auf die Mieten. Boden ist ein lukratives Spekulationsobjekt geworden.
55 Diese Entwicklung trägt zu Verknappung von Bauland und stark steigenden
56 Bodenpreisen bei. Bodenspekulation muss darum zurückgedrängt werden. Wir
brauchen Instrumente, die Eigentümer*innen von Bauland dazu zwingen, innerhalb
von bestimmten Fristen auf dem Bauland auch zu bauen oder es zu verkaufen.

57

58 **Klimaschutz im Gebäudesektor mit sozialer Verantwortung**

59 Der Klimawandel erfordert einen ökologischen Umbau unseres gesamten
60 Wirtschaftslebens. Wir sehen darin große Chancen, wenn der Prozess sozial gerecht
61 gestaltet wird. In diesem Sinn unterstützen wir nachdrücklich das Ziel, den
62 Gebäudesektor bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu gestalten.

63 Angesichts immer noch niedriger Sanierungsraten im Gebäudesektor bedarf es allerdings
64 großer Anstrengungen und wirksamer Instrumente, um mehr Tempo für die
65 sozialverträgliche Umsetzung energetischer Sanierungen aufzunehmen. Die
66 Förderprogramme von Bund und Ländern für diesen ökologischen Umbau müssen deutlich
67 aufgestockt werden und neben der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus ein weiterer
68 Baustein zur Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum sein.

69 In keinem Fall dürfen die sozialen und ökologischen Ziele gegeneinander ausgespielt
70 werden. Daher fordern wir:

71

72 **1. Deutliche Aufstockung der Fördermittel zum klimagerechten Umbau des**
73 **Wohnungsbestands:**

74 Die derzeit bereitgestellten Mittel zur Förderung
75 energetischer Gebäudesanierung im Bestand reichen nicht aus, um die
76 Sanierungsrate im erforderlichen Umfang zu steigern und dabei gleichzeitig
77 tragbare Wohnkosten zu gewährleisten. Das Volumen der Bundesförderung für
78 effiziente Gebäude (BEG) muss daher über die jüngsten Maßnahmen im
79 Konjunkturpaket hinaus weiter auf mittelfristig fünf Milliarden Euro jährlich
80 erhöht und auf diesem Niveau verstetigt werden.

81 **2. Einführung einer Klima-Komponente im sozialen Wohnungsbau:**

82 Bei der Ergänzung der
83 Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau seitens der Länder sollte eine
84 dynamische Klima-Komponente eingeführt werden, um energieeffiziente Lösungen,
85 die über die gesetzlichen Mindestanforderungen an Neubauwohnungen hinausgehen,
86 stärker zu fördern.

87 **3. Aufstockung des Bundesprogramms „Energetische Stadtsanierung“:**

88 Das
Bundesprogramm „Energetische Stadtsanierung“ der KfW sollte aufgestockt werden,
um damit verstärkt auch umweltfreundliche Mobilitätskonzepte sowie
energieeffiziente Wärmeversorgungslösungen etc. auf Quartiersebene zu fördern.

89

90 **Begründung:**

91 Im März 2018 hat die Bundesregierung mit dem Wohngipfel eine Initiative gestartet,
92 die sich zum Ziel gesetzt hatte, der Wohnungsknappheit und den erheblichen
93 Mietsteigerungen in den Ballungsräumen mit einer wirksamen Wohnraumoffensive zu
94 begegnen. Bund, Länder und Kommunen haben daraufhin vereinbart, bis zum Ende der
95 Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen zu bauen, von denen 100.000
96 Sozialwohnungen sein sollten. Trotz der vordergründig hohen Priorität des Themas,
97 kostspieliger Maßnahmen wie dem Baukindergeld und einer Sonderabschreibung im
98 Mietwohnungsbau, wird das Ziel, die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, weit
99 verfehlt. Statt der angestrebten 1,5 Millionen Wohnungen werden wohl bis zum Ende der
100 Legislaturperiode nur rd. 1,2 Millionen Wohnungen fertiggestellt.

101 Im sozialen Wohnungsbau kann die Bundesregierung ihr Ziel von 100.000 neuen
102 Sozialwohnungen in vier Jahren zwar voraussichtlich erreichen, im selben Zeitraum
103 sind allerdings dreimal so viele Wohnungen aus der Bindung gefallen. Bis 1973 wurde
104 allein in der alten Bundesrepublik die Errichtung von jährlich mehr als 100.000
105 Sozialwohnungen gefördert; im Jahr 1987 gab es in Westdeutschland über vier Millionen
106 Sozialwohnungen. Seitdem ist der Bestand kontinuierlich auf 1,14 Millionen
107 Sozialwohnungen im Jahr 2019 zurückgegangen.

108 In vielen städtischen Wohnungsmärkten haben sich die Versorgungsengpässe für
109 bezahlbaren Wohnraum für Gering- und Normalverdiener enorm verschärft. Immer

110 deutlicher wird erkennbar, dass wir es nicht mit einem temporären
111 Marktungleichgewicht zu tun haben, sondern mit dem Resultat einer über viele Jahre
112 vernachlässigten Wohnungspolitik.
113 Gleichzeitig stehen wir angesichts des sich abzeichnenden Klimawandels vor der
114 Aufgabe, den Gebäudesektor bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu gestalten. Vor diesem
115 Hintergrund wird eine grundlegende Neuorientierung der Wohnungspolitik benötigt, die
116 den Blick auf den wachsenden Anteil der Bevölkerungsgruppen auf den Wohnungsmärkten
117 lenkt, die zum Teil deutlich mehr als ein Drittel ihres verfügbaren Einkommens für
118 das Wohnen aufwenden müssen. Es sind wirksame Impulse für das bezahlbare und
119 klimafreundliche Wohnen zu setzen.

120

121 **Ursprung:**

122 Landesbezirksvorstand Westfalen

Antrag A107: Soziale Gerechtigkeit durch Gleichberechtigung, Wohnraum und Bildung

Laufende Nummer: 373

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 **Präambel**

- 2 Soziale Gerechtigkeit wird als Leitwert der IG BCE betrachtet und die IG BCE-Jugend
3 setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein. Dieser Einsatz ist fest in unserer Arbeit
4 verankert.
- 5 Um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen, müssen verschiedene Gesichtspunkte
6 betrachtet werden. Grundsätzlich muss soziale Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern
7 erreicht werden, indem Unterschiede abgeschafft und tatsächliche Gleichberechtigung
8 hergestellt werden.
- 9 Nachfolgend sind wesentliche Kernpunkte zur Erreichung von sozialer Gerechtigkeit aus
10 Sicht der IG BCE-Jugend dargestellt.

11

12 **Bezahlbarer Wohnraum**

- 13 • Staatliche Subventionen für Unternehmen, wenn sie Wohnraum für Auszubildende und
14 Dualstudierende schaffen
- 15 • Auszubildende und Dualstudierende sollten nicht mehr als 1/3 ihrer Vergütung für
16 Wohnraum ausgeben müssen
- 17 • Industrieunternehmen sind attraktiver, wenn sie Wohnraum anbieten
- 18 Industrieunternehmen sind attraktiv, wenn sie ihren Mitarbeiter*innen Wohnraum
19 anbieten. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf junge Menschen in der Ausbildung
20 oder im dualen Studium gelegt werden. Auch wenn die Ausbildungsvergütungen in unseren
21 Branchen im Vergleich zu den meisten anderen Branchen höher sind, ist es als junger
22 Mensch dennoch nicht einfach, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Steigende Mietpreise
23 und ein eingeschränktes Angebot an Wohnraum stellen junge Beschäftigte vor große
24 Herausforderungen. Sie müssen sich entscheiden zwischen dem Umzug in die Nähe eines
25 Industriestandortes oder der Inkaufnahme eines langen, zeitaufwendigen und meist auch
26 sehr teuren Fahrtweges in den Betrieb. In beiden Szenarien muss ein Großteil der
27 Ausbildungsvergütung in die jeweilige Entscheidung investiert werden. Als alte
28 Faustregel gilt, die Kosten für Wohnraum sollten 1/3 des Gehalts nicht übersteigen.
29 Die Realität sieht jedoch besonders in Ballungsräumen und Industriestandorten oftmals
30 anders aus. Dadurch, dass Wohnen immer teurer wird, wird mitunter auch bis zur Hälfte

des Gehalts oder sogar mehr für die Miete fällig. Im Rahmen der Ausbildungsvergütung wird es dann zunehmend schwieriger oder gar unmöglich, eine passende Wohnung oder auch nur ein WG-Zimmer zu finden. Es bedarf somit der Unterstützung durch die Betriebe, bezahlbaren Wohnraum in ihrer Nähe anzubieten. Dies kann zum Beispiel in Form von Mitarbeiter*innenwohnungen erfolgen, etwa als WGs für Auszubildende oder aufgebaut wie Studierenden-Wohnheime.

Um dies zu erreichen, sollten Gespräche mit politischen Vertreter*innen, Wohnungsbaugesellschaften, Wohngenossenschaften und auch Arbeitgeberverbänden geführt werden, damit kostengünstiger Wohnraum gestaltet werden kann. Staatliche Subventionen für Unternehmen sollen es attraktiv machen, Wohnraum für Auszubildende und junge Beschäftigte zu schaffen.

Als Beispiel für gut funktionierenden Wohnungsbau ist das „Wiener Modell“ zu nennen, das sich auf Gemeindebau in Österreich, speziell in der Landeshauptstadt Wien, bezieht. Das Grundprinzip des Wiener Wohnungsbaus kann als Orientierungshilfe dienen, um den Wohnungsmarkt gerechter zu gestalten.

Dort hat sozialer Wohnungsbau Tradition und funktioniert, weil er einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich ist, hunderttausende Wohnungen umfasst und die Kosten von der Gemeinschaft getragen werden. Im Wiener Modell kostet jeder Quadratmeter die gleiche Miete, zuzüglich Betriebskosten und 10 % Steuern. Dies kann bereits im kleineren Maßstab in der Nähe von Industriestandorten umgesetzt werden.

Elternunabhängiges BAföG und BAB

- Grenzen und Hürden müssen verringert werden
- Kriterien zum Anspruch auf BAföG und BAB anpassen
- Erhöhung der Wohnpauschale bei BAföG und BAB

Vielen jungen Menschen wird die Möglichkeit eines BAföG- oder BAB(Berufsausbildungsbeihilfe)-Bezugs verwehrt, da das Einkommen der Eltern oder eines*einer Lebenspartner*in bei der Berechnung herangezogen wird. Daher fordern wir, dass gesetzliche Regelungen geschaffen werden müssen, um das Einkommen entsprechend abzugrenzen.

In der Berechnung werden jedoch nicht nur das Einkommen, sondern auch der Besitz dieser Angehörigen angerechnet. Was dabei jedoch nicht berücksichtigt wird, sind Verbindlichkeiten der Angehörigen. Bei der Berechnung wird so zum Beispiel herangezogen, dass die Eltern der*des Antragsstellenden ein Haus besitzen, was sich mindernd auf die Bezugshöhe auswirkt. Es wird jedoch nicht berücksichtigt, dass auf das Haus ggf. noch Hypotheken oder Kredite laufen, wenn es noch nicht abbezahlt ist.

Ohne zusätzliche finanzielle Hilfe können sich somit viele junge Menschen ein Studium nicht leisten oder haben Schwierigkeiten, ihr Leben ausschließlich mit der Ausbildungsvergütung zu finanzieren. Wir fordern, dass die Kriterien zur Berechnung von BAföG oder BAB grundlegend überarbeitet und geändert werden müssen.

71

72 **Soziale Gerechtigkeit**

- 73 • Erhöhung des Prozentsatzes für Elterngeld
74 • Kündigungsschutz in der Elternzeit von Vätern
75 • Langzeitkonto für Elternzeit nutzen (tarifliche Regelung)

76 Ein Großteil aller Bürger*innen hält soziale Gerechtigkeit für besonders wichtig und
77 erstrebenswert. Deshalb darf soziale Gerechtigkeit nicht weiterhin nur ein
78 Lippenbekenntnis sein.

79 Wir benötigen soziale Gerechtigkeit in der Bildung, denn die Bildungschancen von
80 (jungen) Menschen dürfen nicht von der (sozialen) Herkunft abhängig sein. Hierfür
81 muss Bildung in Deutschland tatsächlich kostenlos werden, indem die Kosten für
82 Lernmaterialien von Bund und Ländern zu tragen sind.

83 Soziale Gerechtigkeit muss jedoch auch über die Bildung hinausgehen, denn nach wie
84 vor übernehmen Frauen den Großteil der „Care Arbeit“. 75 % aller Elternzeit-Anträge
85 werden von Frauen gestellt – hierbei ist oftmals die finanzielle Absicherung der
86 Familie durch das meist höhere Einkommen des Mannes die Begründung. Die Entscheidung,
87 wer Elternzeit in Anspruch nimmt, darf nicht von existenziellen und karrierebedingten
88 Gründen abhängig sein. Es müssen Auffangmöglichkeiten wie z. B. die Aufstockung von
89 Elterngeld durch Langzeitkonten geschaffen werden.

90

91 **Begründung:**

92 Im Antragstext enthalten.

93

94 **Ursprung:**

95 Landesbezirksjugendausschuss Nord

Antrag A108: Einführung von digitalen Wahlen

Laufende Nummer: 239

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE sich für die Möglichkeit der Einführung von digitalen Wahlen generell
- 2 einsetzt.
- 3 Wir fordern daher, dass die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie sich dafür
- 4 einsetzt, dass eine weitreichende Änderung des Grundgesetzes sowie des darauf
- 5 aufbauenden BWahlG vorgenommen wird, welche es ermöglicht, eine Wahl auch über eine
- 6 digitale Zugangsmöglichkeit rechtskonform durchzuführen.
- 7 Des Weiteren fordern wir die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie dazu auf,
- 8 danach auch zu handeln und diese digitale Wahlmöglichkeit auch in die
- 9 innergewerkschaftlichen Prozesse zu implementieren. Die Durchführung einer Wahl auf
- 10 dem digitalen Weg sollte stets eine Kannbestimmung sein und keine Mussbestimmung.
- 11 Jede*r Bürger*in der Bundesrepublik Deutschland sowie jedes Mitglied der IG BCE soll
- 12 die Möglichkeit erhalten, seine*ihre Stimme online abgeben zu können. Allerdings
- 13 nicht dazu verpflichtet sein. Was eine Durchführung von herkömmlichen analogen Wahlen
- 14 nicht abschafft, sondern diese nur um eine digitale Wahlmöglichkeit erweitert. Die
- 15 genaue Durchführung einer digitalen Wahl, von dem Einsatz von Software und Hardware
- 16 muss von unabhängigen Stellen geprüft werden.

17

18 **Begründung:**

- 19 In den vergangenen Jahren zeichnet sich in allen Industriebranchen Deutschlands ein
- 20 klarer Trend zur Digitalisierung ab.
- 21 Die IG BCE selbst hat im Zuge der weltweiten Corona-Pandemie festgestellt, wie
- 22 wichtig es ist, digitale Möglichkeiten als Alternative zu herkömmlichen Methoden
- 23 voranzutreiben. Gerade im Jahr 2020, in welchem die Wahl der Vertrauenskörper und
- 24 Ortsgruppenvorstände ansteht, ist es von elementarer Wichtigkeit, diese auch
- 25 satzungsgemäß in dem Jahre abhalten zu können.
- 26 Es ist aufgefallen, dass die Kommunalwahlbeteiligung im Zuge der Corona-Pandemie in
- 27 Frankreich auf ein historisches Tief gefallen ist. Um dies in Zukunft zu verhindern,
- 28 ist es zwingend notwendig, Wahlen und Beschlüsse für alle digital zugänglich zu
- 29 machen.
- 30 Denn jede hinzugewonnene Stimme ist ein Erfolg für die Demokratie. Jede*r potenzielle
- 31 Wähler*in, welche*r am Tag der Wahl verhindert ist, kann diese mit der digitalen Wahl

32 trotzdem wahrnehmen.
33 Im Jahr 2020 ist der Alltag durch Richtlinien bestimmt, Abstände einhalten und
34 Menschenmengen meiden sind die Grundaussagen der Regierung. Für jede größere
35 Veranstaltung benötigt man ein Hygienekonzept, ist dies nicht in Ordnung, wird die
36 Veranstaltung abgesagt. Das wird aktuell vielen Ortsgruppen zum Verhängnis für ihre
37 Wahlen - wird nicht gewählt, so wird das Gremium aufgelöst.
38 Gesetzliche Alternativen nach § 32 BGB sind sehr zeitaufwendig und inhaltlich schwer
39 zu ermöglichen. Gerade in Gremien mit einer großen Mitgliederanzahl ist es
40 schlichtweg nicht möglich.
41 Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine Wahl in digitaler Form werden
42 Komplikationen mit terminlichen Fristen abgeschafft. Bei der Bundestagswahl in
43 Deutschland ist in den letzten Jahren ein klarer Trend erkennbar, welcher zeigt, dass
44 die Wahlbeteiligung der jüngeren Wähler*innen stetig steigt. Warum sollte man das
45 nicht nutzen und noch mehr fördern und dem entgegenkommen, gerade in Zeiten der
46 Digitalisierung?
47 Ein Grundkonzept könnte dafür auf Grundlagen des Onlinebankings gelegt werden.
48 Jede*r Wähler*in erhält über seine*ihre eID des Personalausweises einen eigenen
49 generierten Wahlcode auf sein*ihr persönliches, speziell gesichertes Postfach. Über
50 diesen Code erhält man auf der entsprechenden Wahlseite eine zufällig generierte
51 Wahlscheinnummer, um so die Anonymität zu gewährleisten. Nach Abgabe der Stimme wird
52 diese auf einen Server kopiert, welcher nicht an ein Netzwerk angeschlossen ist, um
53 diesen vor Hackangriffen zu schützen. Doppelte Sicherheit kann zusätzlich über ein
54 extra Gerät wie das Smartphone erzielt werden. Indem auf dieses ein zusätzlicher Code
55 zur Einwahl in den Wahlvorgang geschickt wird.
56 Eine repräsentative Studie ergab, dass 75 % der ab 18-Jährigen die Möglichkeit des
57 Onlinebankings ergreifen und eine 75 %ige Wahlbeteiligung wäre ja gar nicht mal so
58 schlecht.
59 Die Grundlage für eine digitale Wahl wurde mit Einführung der eID auf dem
60 Personalausweis gelegt. Diese ermöglicht es, auch im digitalen Bereich autorisiert zu
61 handeln.
62 Andere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz oder Estland, nutzen diese Möglichkeit
63 sehr erfolgreich und gerade in Estland lag die Wahlbeteiligung mit einer digitalen
64 Stimme bei den Parlamentswahlen im Jahr 2015 bei einem Drittel. Zum Jahr 2019 gab es
65 eine Steigerung der Wahlbeteiligung im digitalen Bereich auf 44 %. Der Trend zu
66 elektronischen Wahlen nimmt demzufolge stark zu.
67 Vorteile einer digitalen Wahl liegen auch in der Umwelt, welche durch weniger
68 Papierverwendung und den Entfall der Anfahrt mehr geschont wird. Des Weiteren ist
69 eine Online-Wahl deutlich günstiger, sodass Steuergelder und private Gelder nicht
70 verschwendet werden. Auch die Inklusion wird durch eine digitale Wahl vorangetrieben.
71 So können sich zum Beispiel gehbehinderte Menschen den Weg zur Wahlurne sparen und
72 einfach im Internet abstimmen.
73 Dieser Antrag ist als Anregung gedacht, auch größer zu denken. Die IG BCE kann mit
74 der erfolgreichen Durchführung von digitalen Wahlen zu einer der ersten großen

75 Organisationen Deutschlands und so somit Vorreiter auf dem Gebiet werden. Setzt sich
76 dies auf organisationaler Ebene erfolgreich durch, kann die IG BCE dies auch auf
77 andere Organisationen übertragen, bis hin auf nationaler Ebene mit beispielsweise
78 Bundestagswahlen. Die Zukunft der Digitalisierung ist unausweichlich, also warum
79 sollte man gerade bei Wahlen, welche die meisten der Menschen betreffen, in der Zeit
80 stehen bleiben?

81

82 **Ursprung:**

83 Bezirksjugendausschuss Dresden-Chemnitz

Antrag A109: Bezahlte Freistellung für Wahlhelfer*innen am Tag nach der Wahl

Laufende Nummer: 238

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE soll sich mit ihren zuständigen Gremien dafür einsetzen, dass die
- 2 Wahlhelfer*innen (bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen) am Tag nach der Wahl
- 3 von der Arbeit bezahlt freigestellt werden. Die Kolleg*innen opfern hier ihre
- 4 Freizeit, um die Demokratie zu stärken.
- 5 Damit die Erholung nachgeholt werden kann, sollte innerhalb der nächsten 24 Stunden
- 6 die anfallende Arbeitszeit/Schicht bezahlt freigestellt werden, sodass die
- 7 Wahlhelfer*innen ausgeruht zur Arbeit gehen können.

8

9 **Begründung:**

- 10 Es wird immer schwieriger, Kolleg*innen für das Amt des*der Wahlhelfer*in zu
- 11 gewinnen. Wir sollten das Amt attraktiver gestalten und somit das Ehrenamt stärken.
- 12 Jede*r Wahlhelfer*in opfert den freien Sonntag, um Wahlen durchführen zu können und
- 13 somit die Demokratie zu stärken.
- 14 Die Kolleg*innen unterbrechen ihre Erholungszeit und stellen ihre persönlichen
- 15 Belange in den Hintergrund, um die Gemeinschaft zu fördern.

16

17 **Ursprung:**

- 18 Bezirksjugendausschuss Oldenburg

Antrag A110: Cannabis in Deutschland am Vorbild Portugals entkriminalisieren

Laufende Nummer: 231

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Weiterleitung an Hauptvorstand
Sachgebiet:	A - Gesellschaft-Demokratie - Politik

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG Bergbau, Chemie, Energie mit all ihren Gremien dafür einsetzen soll,
- 2 Cannabis in Deutschland zu entkriminalisieren und eine regulierte Abgabe an
- 3 Erwachsene zu ermöglichen.
- 4
- 5 Unsere Vorstellung von einer zukunftsgerichteten Drogenpolitik basiert auf
- 6 Prävention, Regulierung und Schadensbegrenzung. Die derzeitige Drogenpolitik der
- 7 Bundesrepublik Deutschland ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Die bisherige
- 8 Verbotspolitik und die damit verbundene Strafverfolgung haben gezeigt, dass der
- 9 Cannabiskonsum weiter steigt und nur zu sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung
- 10 führt.
- 11
- 12 Seit mittlerweile 20 Jahren zeigt das Beispiel Portugal, wie eine erfolgreiche
- 13 Drogenpolitik und eine Entkriminalisierung von Drogen der Gesellschaft zu Gute
- 14 kommen. Mit diesem Schritt befürchten viele Menschen einen Anstieg des Drogenkonsums
- 15 bei Jugendlichen, eine Abschwächung für den Einstieg zu härteren Drogen und einen
- 16 allgemeinen Drogentourismus. All das ist in Portugal nicht passiert. So ist zum
- 17 Beispiel der Drogenkonsum in der Gruppe der besonders gefährdeten Personen (zwischen
- 18 15 und 34 Jahren) deutlich zurückgegangen und lag 2018 sogar unter dem europäischen
- 19 Durchschnitt.
- 20
- 21 Wir als drittgrößte Industriegewerkschaft müssen für unsere Mitglieder die
- 22 Versäumnisse der deutschen Politik der letzten Jahre wieder in den Fokus rücken und
- 23 fordern eine progressive Drogenpolitik, in der Cannabis entkriminalisiert und
- 24 reguliert abgegeben werden kann. Eine zeitgleiche Stärkung von Prävention und
- 25 Frühintervention sowie Beratung und Behandlung überwindet die Stigmatisierung und
- 26 hilft dabei, mit therapeutischer Bearbeitung problematische Konsummuster zu
- 27 bekämpfen.
- 28
- 29 Zuletzt wäre eine Entlastung der Polizei und Staatsanwaltschaften die Folge. Dadurch
- 30 würden finanzielle Mittel frei, die für Prävention, Schadensminderung und bessere

31 Therapieangebote eingesetzt werden können.

32

33 **Begründung:**

34 Erfolgt mündlich.

35

36 **Ursprung:**

37 Landesbezirksjugendausschuss Bayern